

Rosenland

Zeitschrift für lippische Geschichte

Nr. 31

August 2025

Inhaltsverzeichnis

Editorial	1
Beiträge	
Jürgen Hartmann „... da ich meinen Gästen nicht zumuten kann, sich mit Juden an einen Tisch zu setzen“ – Antisemitismus im Kurbad Salzuflen 1920 bis 1938	2
Andreas Ruppert Veltheim – 31. März 1925	72
Interview	
Vom Kleinen im Großen – vom Großen im Kleinen. Regionalgeschichte heute – ihre Bedeutung, ihre Rolle, ihre Perspektiven. Ein sehr persönliches Interview mit Prof. Dr. Peter Steinbach zum 20-jährigen Bestehen von Rosenland – Zeitschrift für lippische Geschichte	97
Rezensionen	
K. Banghard, Die wahren Germanen (U. Halle)	120
K. Günther u.a., Vom Kriegsende in ein neues Leben (A. Ruppert)	121
M. Lenniger, Graf Christoph Ludwig zur Lippe (A. Ruppert)	124
H. Ramspeck, Ein zerrissenes Leben (A. Ruppert)	126
K. Soppa/H. C. Jacobs, Kriegsende in Lage (A. Ruppert)	128
Ankündigung	
Sonderausgabe „150 Jahre Hermannsdenkmal“	131
Impressum	132

Editorial

Manches historische Phänomen ist allgemein bekannt, so etwa auch der „Bäder-Antisemitismus“, der, von den Seebädern ausgehend, seit der Kaiserzeit das Leben in deutschen Kurorten vergiftete. Erkennbar werden Ausmaß und Wirkung des Phänomens aber erst in der Analyse des Geschehens an einem konkreten Ort. Jürgen Hartmann hat es für Salzuflen, seit 1914 Bad Salzuflen, eines der größten norddeutschen Kurbäder, detailliert nachgezeichnet.

Andreas Ruppert erinnert an ein 100 Jahre zurück liegendes Unglück, als bei der Überfahrt über die Weser von Varenholz nach Veltheim 81 Menschen ertranken, von denen 78 in Detmold stationierte Reichwehrsoldaten waren.

Und so ganz nebenbei wird Rosenland 20 Jahre alt. Anlass für die Redaktion sich mit der aktuellen Rolle und der Perspektive der Regionalgeschichte zu befassen. Wer wäre da ein besserer Gesprächspartner als Prof. Peter Steinbach? Der nach eigener Aussage bekennende Heidenoldendorfer hatte mit seiner 1976 veröffentlichten Dissertation „Der Eintritt Lippes in das Industriezeitalter. Sozialstruktur und Industrialisierung des Fürstentums Lippe im 19. Jahrhundert“ die Forschung zur lippischen Zeitgeschichte angestoßen. Lippe war ihm auch bei seinem Wirken an den Universitäten Karlsruhe und Mannheim sowie in der Gedenkstätte Deutscher Widerstand in Berlin immer gegenwärtig. „Große“ Geschichte und Regionalgeschichte gehören für ihn zusammen.

Daneben finden sich wieder zahlreiche Rezensionen aktueller Literatur, darunter erstmals eines Bestsellers.

„... da ich meinen Gästen nicht zumuten kann, sich mit Juden an einen Tisch zu setzen“ – Antisemitismus im Kurbad Salzuflen 1920 bis 1938

von Jürgen Hartmann

1 Einleitung

Als der junge Salzufler Julius Kleeberg 1907 zu seiner Bar-Mitzwah von einem Onkel aus Hamburg 500 Goldmark geschenkt bekam, um mit seiner Familie eine Reise zu unternehmen, war die Entscheidung eindeutig: Es sollte ein Aufenthalt am Meer, auf der Nordseeinsel Norderney, sein. Die Mutter hatte zuvor gesundheitlich eine schwere Zeit durchlitten, das Reizklima sollte nun zur Erholung beitragen. Die Auswahl des Reiseziels hatten die Eltern getroffen, ohne dass dem 13-jährigen Julius die Gründe dafür bekannt waren. Für jüdische Deutsche hieß es schon damals aufgrund mannigfaltiger hautnaher Erfahrungen, den Erholungs- oder Kurort mit Bedacht auszuwählen. Bereits vor dem Ersten Weltkrieg grassierte in einigen Bädern an Nord- und Ostsee ein judenfeindliches Klima. Anders als die Insel Borkum, auf der die Kurkapelle seit 1897 täglich das antisemitische Borkum-Lied intonierte, Kurgäste „Juden raus!“ skandierten und jüdisch scheinende Gäste bedrohten – unter Billigung und später gar mit Unterstützung der Badeverwaltung –, galt Norderney als weltoffen und „judenfreundlich“. Die Familie Kleeberg konnte somit einen ungetrübten Urlaub genießen.¹

Der sogenannte Bäder-Antisemitismus in Deutschland war nicht ausschließlich ein Phänomen der Seebäder, sondern er zeigte sich ebenfalls in den Bädern und Kurorten auf dem Festland vom Harz bis in die Alpen – und er machte auch vor dem Teutoburger Wald und dem Kurbad Salzuflen, das seit April 1914 durch den Namenszusatz Bad „geadelt“ war, nicht Halt. Hier gedieh er im durch deutschnationale und völkische Hetze vergifteten Klima nach Erstem Weltkrieg und Revolution.²

Dieser Beitrag befasst sich mit der Entwicklung und den Erscheinungsformen dieses Bäder-Antisemitismus im Mikrokosmos Bad Salzuflen, mit dem Treiben antisemitischer Gruppierungen und Kurgäste, den antisemitischen Pensionsinhabern, den Erfahrungen jüdischer Kurgäste, der Rolle des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens (CV) und der Synago-

¹ JÜRGEN HARTMANN, Die Erinnerungen Julius Kleebergs an seine Kindheit und Jugend in Salzuflen und Bösingfeld 1899-1908, in: ROSENLAND, 10/2010, 2-25 (hier 24 f.).

² S. zum Bäderantisemitismus: FRANK BAJOHHR, „Unser Hotel ist judenfrei“. Bäder-Antisemitismus im 19. und 20. Jahrhundert, Frankfurt 2003; MICHAEL WILDT, „Der muß hinaus! Der muß hinaus!“ Antisemitismus in deutschen Nord- und Ostseebädern 1920-1935, in: MITTELWEG 36, 4/2001, 2-25. Am Rande auch MATTHIAS FRESE, Kuren und Tourismus. Kurorte und Bäder in Westfalen, Lippe und im Rheinland im 20. und 21. Jahrhundert, in: LU SEEGER/MATTHIAS FRESE/MALTE THIEßEN (Hg.), Kurorte in der Region. Gesellschaftliche Praxis, kulturelle Repräsentationen und Gesundheitskonzepte vom 18. bis zum 20. Jahrhundert, Göttingen 2024, 315-348, hier 321-323.

gengemeinde sowie dem Verhalten der Badeverwaltung und der Stadt. Wie unter einem Vergrößerungsglas zeigte sich in Salzuflen analog zu vielen Kurorten eine aggressive Agitation, wie sie in vergleichbarer Schärfe in vielen anderen Orten erst während der letzten Jahre der Weimarer Republik hervortrat. Ab Frühjahr 1933 wurde die Ausgrenzung jüdischer Kurgäste dann quasi zur Staatsdoktrin erhoben. Mit der Terroraktion im November 1938 endete der nur noch in Nischen und unter einem Ghetto ähnlichen Bedingungen existierende jüdische Kurbetrieb.

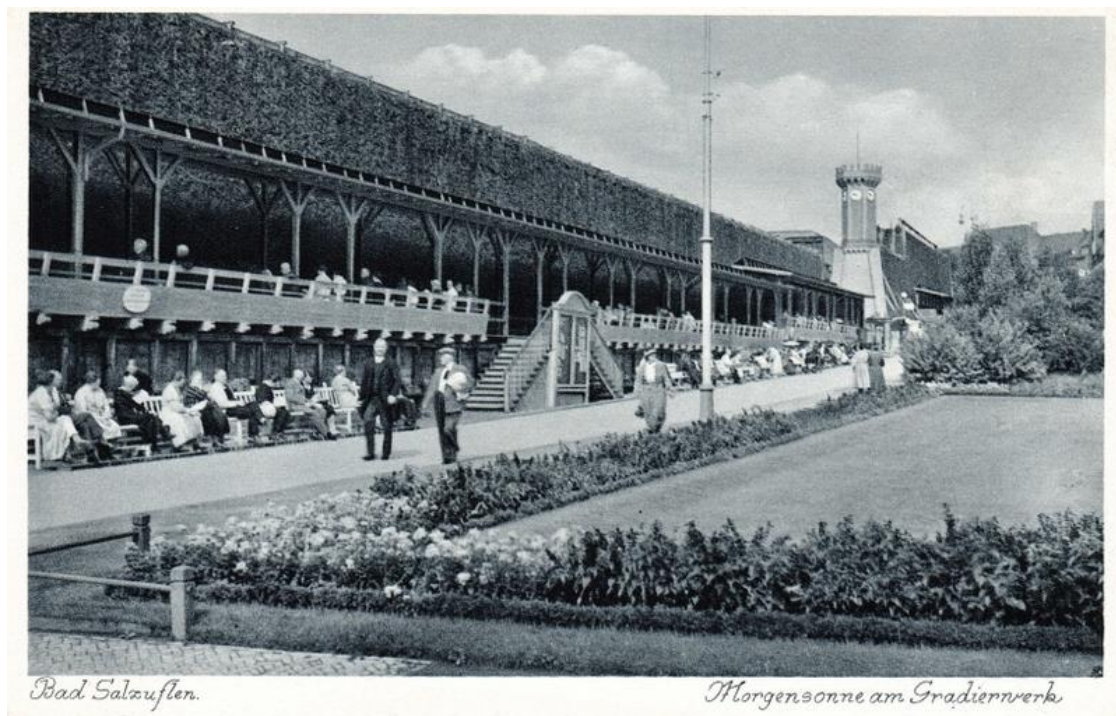


Abb. 1: Das Gradierwerk im Kurpark (Ansichtskarte), ca. 1929.
(Slg. Hartmann)

2 Zur Quellenlage

Neben Akten aus dem nordrhein-westfälischen Landesarchiv in Detmold und dem Stadtarchiv Bad Salzuflen und einer umfassenden Auswertung der lokalen wie deutschjüdischen Presse sind insbesondere die um 1990 im Russischen Sonderarchiv aufgefundenen Akten der Berliner Hauptstelle des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens (CV) von großer Bedeutung. Sie liegen als Mikroverfilmung unter anderem in der Wiener Holocaust Library in London vor, wo die noch vorhandenen Ostwestfalen und Lippe betreffenden Bestände vom Verfasser ausgewertet wurden. Darunter finden sich zwar nicht komplette, aber dennoch aussagekräftige Akten sowohl zum Bäder-Antisemitismus als auch zur Ortsgruppe des CV in Bad Salzuflen.³ Akten zur Badeverwaltung sind nur noch in geringem Umfang im NRW-Landesarchiv in Detmold vorhanden.⁴ Unterlagen oder Protokollbücher des Vereins der Fremden-

³ JÜRGEN HARTMANN, Der Bestand „Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens“ (CV) in der Wiener Library in London und seine Bedeutung für die lippische Regionalgeschichtsforschung, in: ROSENLAND, 13/2012, 43-50.

⁴ S. Bestand Landesregierung Lippe, Domänenabteilung, in: LANDESARCHIV NORDRHEIN-WESTFALEN ABT. OSTWESTFALEN-LIPPE (LAV NRW OWL), L 80.20.

heiminhaber sind nicht überliefert. Sogenannte Ego-Dokumente jüdischer Kurgäste zu ihren Erfahrungen mit antisemitischer Hetze und Ausgrenzung haben sich ausschließlich in den Akten des CV erhalten.



*Abb. 2: Kurpark-Promenade in Bad Salzuflen, ca. 1928.
Ansichtskarte des Verlags Glückstadt & Münden, Hamburg.
(Slg. Hartmann)*

3 Der Kurbetrieb in den 1920er Jahren

3.1 Zur Entwicklung des Kurbetriebs in Salzuflen

Das fürstliche Solebad in Salzuflen nahm 1818 seinen Betrieb auf. Das Kurwesen wuchs in den folgenden Jahrzehnten erst langsam, dann mit zunehmendem Tempo zu einer stattlichen wirtschaftlichen Größe an. Gemeinsam mit den 1850 gegründeten Hoffmann's Stärkefabriken erlebte die Stadt einen erheblichen Aufschwung, der große bauliche Veränderungen im Stadtbild mit sich brachte. Ab den 1880er Jahren entwickelte sich eine reizvolle Villen- und Bäderarchitektur, die gemeinsam mit attraktiven Kuranlagen eine wachsende Anziehungskraft auf Besucher ausübte.⁵ Bereits um die Jahrhundertwende wetteiferten rund 200 Pensions- und Hotelbetriebe um Kurgäste. Vor dem Ersten Weltkrieg waren es beinahe 300. Ein sichtbares Spiegelbild des florierenden Kurortes waren die steigenden Gästezahlen.

In der Zeit der Weimarer Republik belegte Bad Salzuflen den fünften Rang unter sämtlichen Bädern in Deutschland und übertraf benachbarte Orte wie Bad Oeynhausen und Bad Pyrmont deutlich. Dem Kurgast des größten Bades Norddeutschlands – wie die *Lippische Landes-Zeitung*

⁵ S. SONJA BEINLICH/ARNOLD BEUKE/STEFAN WIESEKOPSIEKER, Bad Salzuflens Stadtgeschichten. Eine stadtgeschichtliche Dauerausstellung in der Wandelhalle, Detmold 2024.

1928 in lokalpatriotischem Stolz feststellte⁶ – bot sich ein reichhaltiges Angebot an Kureinrichtungen, Sanatorien, Badeärzten, Hotels und Pensionen sowie an Gastronomie- und Unterhaltungsangeboten. Die reizvolle Region, der Teutoburger Wald mit Hermannsdenkmal und Externsteinen sowie idyllischen Städten wie Detmold oder Lemgo, bot den Kurgästen zahllose kurzweilige Ausflugsmöglichkeiten. In vielen Presseerzeugnissen jener Zeit fanden sich entsprechend positive Berichte.⁷

1898	2.200
1903	5.454
1906	8.500
1913	19.151
1920	24.500
1929	29.000

Tabelle 1: Ausgewählte Gästezahlen im Kurbad Salzuflen 1898 bis 1929.

Der Kurbetrieb war mit der Gründung einer Badeverwaltung zur Jahrhundertwende professionalisiert worden. Dieses machte sich im Ausbau der Infrastruktur, der weiteren Erschließung der Solequellen, einer verbesserten Koordination von medizinischem Angebot und Unterkünften, in der Steigerung der Qualität der Hotels und Pensionen, vor allem auch in einer intensiveren Werbetätigkeit bemerkbar.

Wie andere beliebte Kurorte war Salzuflen bis zum Ersten Weltkrieg und darüber hinaus ein Erholungsziel vorwiegend von wohlhabenden Kaufleuten, von Fabrikanten, Beamten und häufig von Offizieren. Von ihrer politischen Orientierung erst kaisertreu, teilweise auch völkisch-antisemitisch, nach 1918 zumeist deutschnational eingestellt fand man sich in der Regel einträchtig in der Ablehnung der Republik.

3.2 Der Kurdirektor Gustav Horstmann

Für die rasante Entwicklung des Bades stand wie kein anderer Gustav Horstmann (1866-1947). Der Sohn eines Gradiermeisters hatte 1898 als Inspektor und kommissarischer Leiter der Saline begonnen und war 1911 zum Salinendirektor befördert worden. Ab 1932 durfte er die Bezeichnung Kurdirektor führen. Horstmann war auch politisch aktiv. 1898/1899 wurde er als Vertreter des Bades in die Stadtverordnetenversammlung gewählt, so zuletzt vor dem Weltkrieg für die

⁶ LIPPISCHE LANDES-ZEITUNG (LLZ) vom 1. Februar 1928 zum „30-jährigen Amtsjubiläum des Badedirektors Horstmann“.

⁷ Ein ausführlicher mit farbigen Zeichnungen versehener Bericht eines begeisterten Journalisten: LUDWIG HEILBRONN, Bad Salzuflen – Ein Gesundquell zwischen Wesergebirge und Teutoburger Wald, in: WESTERMANN'S MONATSHEFTE, Bd. 148 I (1930), Heft 883, 73-80. Der Osnabrücker Redakteur und Schriftsteller (Lippmann) Ludwig Heilbronn, geboren 1869 in Insterburg, war jüdischer Herkunft. Sein Vater Aron konvertierte zu einem nicht bekannten Zeitpunkt. In der Meldekarte Ludwig Heilbronns ist unter Konfession „reformiert“ eingetragen; s. Meldekarte der Stadt Osnabrück, in: NIEDERSÄCHSISCHES LANDESARCHIV ABT. OSNABRÜCK (NLA OS), Dep 3 c Nr. 2000. Er starb im Januar 1941 in Osnabrück. Auskunft des NLA OS, 30. April 2025.

Wählerklasse I. Bis 1920 übte er sogar das Amt des 1. Rats Herrn aus. Um den Jahreswechsel 1917/18 hatte er sich dem gerade gebildeten lippischen Landesverband der extrem nationalistischen Deutschen Vaterlandspartei angeschlossen.⁸ In der Weimarer Zeit war er nach eigenen Aussagen Anhänger der Deutschen Volkspartei (DVP).⁹ Über viele Jahre hinweg bekleidete Gustav Horstmann ebenfalls das Amt des Vorsitzenden des Verschönerungsvereins. Er stand bis zu seinem 70. Lebensjahr im Frühjahr 1937 in Diensten der Lippischen Salinen- und Badeverwaltung. Zu seinem 30. Dienstjubiläum 1928 würdigte ihn die *Lippische Landes-Zeitung* als „kühnen Unternehmungsgeist“ mit „vornehmer, sachlicher Einstellung“ und „großer Energie“.¹⁰ Er galt tatsächlich als „ausgleichender, mäßiger Geist“ und – so im Urteil eines jüdischen Zeitgenossen – als „judenfreundlich“.



Abb. 3: Kurt Direktor Gustav Horstmann, 1925.
(Stadtarchiv Bad Salzuflen)

3.3 Jüdische Pensionen und Ärzte

Bad Salzuflen war ein beliebter Kurort bei Gästen jüdischen Glaubens. Die meisten von ihnen waren in religiösen Belangen liberal eingestellt, stiegen somit in Hotels und Pensionen ab, die von allen aufgesucht wurden. Für diejenigen, die konservativer oder gar orthodox ausgerichtet waren, auf koschere Küche und Gottesdienstangebote Wert legten, gab es zwei, zeitweise drei israelitische Pensionen im Ort.¹¹ Diese Pensionen warben in der deutschjüdischen Presse: vor allem im *Israelitischen Familienblatt*, in den Organen des CV (*Im deutschen Reich*, dann ab 1922 *CV-Zeitung*), in der zionistischen *Jüdischen Rundschau* wie im Organ *Der Schild* des Reichsbundes jüdischer Frontsoldaten (RjF). Im *Familienblatt* und dem CV-Organ inserierte häufig auch die Kurverwaltung für einen Besuch des Bades.

⁸ LIPPISCHE TAGES-ZEITUNG (LTZ) vom 3. Januar 1918. Neben Horstmann sind unter anderem der Fabrikant Leberecht Hoffmann und Bürgermeister Adolf Klappert als Unterzeichner eines Aufrufs des Landesverbandes genannt.

⁹ Dazu Horstmann im Fragebogen zur Entnazifizierung, April 1946, in: LANDESARCHIV NRW ABT. RHEINLAND (LAV NRW RHLD.), NW 1066 SBE Hauptausschuss Landkreis Lemgo, Nr. 346.

¹⁰ LLZ vom 1. Februar 1928.

¹¹ S. dazu BAJOHR 2003, 39 und 89.

Seit 1906 existierte die „Pension Hamlet“ nahe beim Kurpark („Villa am Kurpark“) erst in der Brüderstraße¹², ab etwa 1918 in der Augustastraße 4. Sie warb mit einem „streng religiösem Haushalt“ um Personal und mit koscherem Essen um Gäste. Betrieben wurde sie von Michel Hamlet, später dann von seinem Sohn Richard und dessen Frau Lina.¹³



Abb. 4: Anzeige der „Pension Hamlet, 1927.
(Wohnungsanzeiger für 1927)

Am 1. Mai 1913 hatte die „Pension Adler“ eröffnet.¹⁴ Bis zu ihrem Fortzug nach Geisa 1920 war Hedwig Adler Inhaberin und Leiterin.¹⁵ Anfangs trug die Pension noch den Zusatz „fr. Haus Sanssouci“. Sie befand sich in der Augustastraße 1a¹⁶, dann kurz in der Moltkestraße 5, und zuletzt in der ehemaligen „Villa Heimbürg“, Parkstraße 32, die Hedwig Adler im Frühjahr 1918 erworben hatte.¹⁷ Simon Aumann, früher in Mannheim Vertreter für die Firma des Vaters, dann in Framersheim bei Mainz tätig, hatte sich im November 1918 mit Hedwigs jüngerer Schwester Selma verlobt und sie kurz darauf geheiratet.¹⁸ Aumann trat in den Betrieb ein und führte ihn gemeinsam mit seiner Ehefrau Selma fort.¹⁹ Die „Pension Adler“ war ebenfalls „streng rituell“ und bot koschere Speisen an.

¹² S. Anzeige Hamlets mit Adresse Brüderstraße im GENERAL-ANZEIGER FÜR ESSEN UND UMGEGEND vom 27. Juli 1909.

¹³ Michel Hamlet, geboren am 22. Juli 1854 in Schötmar, gestorben am 8. Oktober 1936 in Bad Salzuflen. Richard Hamlet, geboren am 6. Mai 1891 in Schötmar. Lina Hamlet, geb. Berger, geboren am 21. April in Stolberg.

¹⁴ Anzeige zur Neueröffnung in ISRAELITISCHES FAMILIENBLATT (IF) vom 20. Februar 1913 und im BERLINER TAGEBLATT vom 17. Juni 1913.

¹⁵ Hedwig Adler, geboren am 10. Februar 1884 in Hohnhorst. In der Meldekartei ist sie als ledig und „Fremdenheiminhaberin“ eingetragen. Vgl. Meldekarte, in: STADTARCHIV BAD SALZUFLEN. Sie scheint über Geisa nach Hannover gezogen zu sein. 1922 heiratete sie dort und wanderte im September 1938 mit ihrem Mann Albert Rosenbaum über England nach Kuba, dann im Januar 1941 in die USA aus. Sie starb im Oktober 1962 in New York.

¹⁶ Anzeigen mit dem Zusatz finden sich im IF vom 27. Februar und 20. März 1913.

¹⁷ Vgl. LTZ vom 8. Februar 1918.

¹⁸ LTZ vom 25. November 1918 und 3. Januar 1919.

¹⁹ Simon Aumann, geboren am 1. November 1870 in Drömerstein. Selma Aumann, geb. Adler, geboren am 27. April 1883 in Hohnhorst. Am 16. März 1920 kam die gemeinsame Tochter Lieselotte zur Welt.

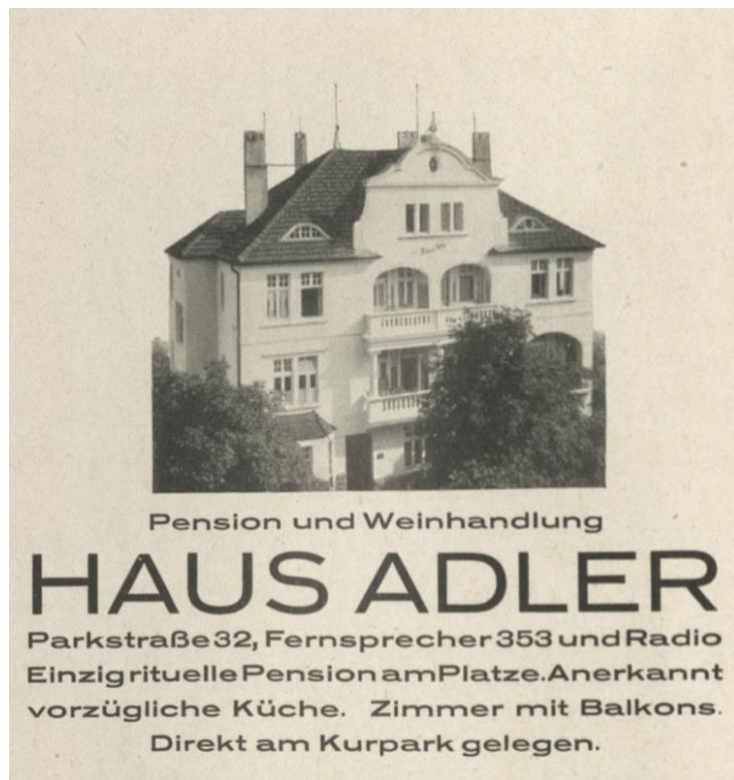


Abb. 5: Anzeige der „Pension Adler“, 1925.
(Wohnungsanzeiger für 1925)

Als dritte israelitische Pension öffnete 1922 die „Pension Schragenheim“ in der Roonstraße 31 ihre Türen, sie warb gleichfalls mit „streng rituell“.²⁰ Der Betrieb kam bereits vor dem Tod des Inhabers Moritz Schragenheim im Februar 1929 zum Erliegen.



Abb. 6: Anzeige der „Pension Schragenheim“, 1928.
(Wohnungsanzeiger für 1928)

²⁰ Anzeige zur Neueröffnung im IF vom 27. April 1922.

Offensichtlich nur für die Saison 1924 existierte das Angebot eines koscheren Mittags- und Abendtisches, welches Johanna Frank²¹ in der „Villa Hoppe“ in der Parkstraße 45 offerierte.²²

Das Angebot eines regelmäßigen Gottesdienstes am Sabbat für Kurgäste gestaltete sich dagegen schwierig. Es fehlte der Synagogengemeinde an einem Prediger oder Kantor.²³ Mitte der 1920er Jahre wurden daher an Freitagabenden in den Speisesälen der jüdischen Pensionen von geeigneten Gemeindemitgliedern oder befähigten „zufällig zur Kur weilenden Fremden“ Gottesdienste abgehalten. So lief es auch an den Sabbatmorgen. Diese improvisierten Gottesdienste empfanden zahlreiche Kurgäste als „unangenehm“, wie die *Jüdisch-Liberale Zeitung* zum Saisonende 1925 berichtete. Die Synagogengemeinde dachte daher über die Anstellung eines Kantors nach.²⁴ Realisiert wurde diese Absicht wahrscheinlich wegen der Kosten nicht. Ob eine andere Lösung gefunden wurde, ist nicht bekannt.

In den israelitischen Pensionen, ob als Zimmermädchen oder Aushilfen, arbeitete nicht ausschließlich jüdisches Personal. Sowohl Simon Aumann wie auch Michel Hamlet inserierten zwar wiederholt Stellen in den einschlägigen jüdischen Zeitungen, vor allem im *Israelitischen Familienblatt*, aber ebenso in der lippischen Tagespresse.²⁵ In einem Fall ist die Beschäftigung eines jüdischen Angestellten in einer nichtjüdischen Pension bekannt. Otto Mendel führte seit Mai 1932 in der „Villa Ursel“ (Inhaberin Daumenlang), Parkstraße 49, die Geschäfte.²⁶

Daneben waren im Salzufler Kurbetrieb zwei jüdische Ärzte tätig. Ein Jahr nach seiner Promotion an der Friedrich-Wilhelms-Universität zu Berlin ließ sich im April 1921 Dr. Bernhard Loewenthal in Salzuflen, Parkstraße 4, und damit direkt am Kurpark nieder.²⁷ Er hatte zuvor als Assistenzarzt im Wöchnerinnenheim der Heilsarmee und einige Monate als Frauenarzt in Berlin praktiziert. Im Dezember 1921 heiratete er Edith Mendel-Benjamin aus Hannover.²⁸ Im Septem-

²¹ Johanna Frank, geboren am 15. Mai 1873 in Sanders- oder Sondershausen, verzog im April 1929 in die „Villa Ursel“ in der Parkstraße 49, wo sie möglicherweise eine Anstellung erhalten hatte, dann im März 1930 meldete sie sich nach Duisburg ab. S. Meldekarte, in: STADTARCHIV BAD SALZUFLEN.

²² Beworben wurde das Angebot in drei zeitgleichen Anzeigen, s. JÜDISCHE RUNDSCHAU (JR) vom 17. Juni sowie IF und DER ISRAELIT vom 19. Juni 1924.

²³ Die Synagogengemeinde Bad Salzuflen-Schötmar umfasste 1931/32 114 Mitglieder, 70 davon stammten aus Bad Salzuflen, 44 aus Schötmar.

²⁴ JÜDISCH-LIBERALE ZEITUNG vom 4. September 1925.

²⁵ Beispielsweise suchte die „Pension Hamlet“ mehrere Dienstmädchen in der LLZ vom 12. Februar 1920 und das „Haus Adler“ eine Stundenfrau bzw. Aushilfe in LLZ vom 30. Mai 1922.

²⁶ Otto Mendel, geboren am 12. Dezember 1892 in Wuppertal-Elberfeld. S. Meldekarte, in: STADTARCHIV BAD SALZUFLEN.

²⁷ Dr. Bernhard Loewenthal, geboren am 17. Juni 1891 in Biesenthal. S. Meldekarte, in: STADTARCHIV BAD SALZUFLEN. Der Titel seiner Dissertation lautete: *Inversio uteri puerperalis acuta* [d.i. Akute Wochenbett-Gebärmutterumstülpung], Berlin 1920. S. seinen dortigen Lebenslauf in Anhang 2. Anzeige seiner Niederlassung in IF vom 28. April 1921.

²⁸ Heiratsanzeige in der JR vom 9. Dezember 1921. Edith Mendel-Benjamin, geboren am 15. Januar 1900.

ber 1922 kam Tochter Nanni zur Welt.²⁹ Die Ehefrau starb nach längerer Krankheit bereits im August 1925.³⁰



Abb. 7 u. 8: ehem. Praxis Dr. Bernhard Loewenthals, Parkstraße 4 (Foto: J. Hartmann, 2025);
Anzeige seiner Niederlassung im Israelitischen Familienblatt vom 28. April 1921.

Schon im Mai 1925 war die verwitwete Laborantin Hermine Blankenstein von Dippmannsdorf kommend zur Unterstützung in Haushalt und Praxis bei der Familie Loewenthal eingezogen.³¹ Sie war eine Schwester von Ediths Mutter³² und kümmerte sich ebenfalls um die Erziehung der Großnichte Nanni. Bernhard Loewenthal war ein angesehener und arbeitsamer Arzt, der ein Präparat mit der Bezeichnung Tachalgan gegen rheumatische und neuralgische Erkrankungen entwickelt hatte, das seit 1924 in Lizenz in einem Berliner Pharmaunternehmen gefertigt wurde.³³

²⁹ Geburtsanzeige im BERLINER TAGEBLATT vom 23. September 1922.

³⁰ Traueranzeige im BERLINER TAGEBLATT vom 8. August 1925. Die Beisetzung erfolgte auf dem jüdischen Friedhof in Hannover-Bothfeld.

³¹ Hermine Blankenstein, geb. Gans, geboren am 16. August 1879 in Neuss. Sie arbeitete ab 1913 als Medizintechnische Assistentin bei ihrem Bruder, dem Arzt Dr. Oscar Gans in Hamburg, wechselte dann in die Klinik von Paul Gerson Unna in Hamburg und zog 1923 nach Brandenburg. Von dort kam sie nach Bad Salzuflen. S. Meldekarte, in: STADTARCHIV BAD SALZUFLEN.

³² Edith stammte aus der ersten Ehe von Martha Mendel, geb. Gans, geboren am 13. August 1878 in Emmerich. Nach dem Tod ihres Ehemannes 1903 heiratete sie erneut. Martha und ihr Mann Bernhard Benjamin wurden am 18. November 1941 von Bremen aus ins Ghetto Minsk deportiert.

³³ S. Vertrag zwischen Loewenthal und der Fa. Dr. Laboschin AG (Berlin), 24. April 1924, in: LANDESARCHIV NRW ABT. WESTFALEN (LAV NRW WESTF.), L 001a Nr. 5796. Die „Labopharma Dr. Laboschin GmbH“ ist 1909 vom jüdischen Apotheker Dr. Joseph Laboschin (1869-1936, früher Hofapotheker des Prinzen Max von Baden) gegründet worden. Tachalgan wurde noch Ende der 1950er Jahre vom Nachfolgeunternehmen beworben. S. HIPPOKRATES. ZEITSCHRIFT FÜR PRAKTISCHE HEILKUNDE, Bd. 30/1959.



Abb. 9: Werbeanzeige für das Präparat Tachalgan.
(Ärzteblatt für Bayern vom 2. Februar 1935)

Auch der Hamburger Arzt Dr. Moses Goldschmidt ließ sich im Sommer 1929, als er an seinem Herzmuskel schwer erkrankte, von seiner Frau nach Bad Salzuflen zur Behandlung fahren.³⁴ Innerhalb der Synagogengemeinde Bad Salzuflen-Schötmar besaß Bernhard Loewenthal einen Sonderstatus, denn er gehörte der Zionistischen Vereinigung für Deutschland (ZVfD) an. Außerdem war Loewenthal seit Oktober 1922 Mitglied des Reichsbundes jüdischer Frontsoldaten (RjF).³⁵

Mit Dr. Alfred Joseph Benatt gab es ab Mai 1929 einen sehr versierten und in der Fachwelt anerkannten Leiter des Balneologischen Instituts der Lippischen Salinen- und Badeverwaltung in der Stadt.³⁶ Er war somit Beamter des Landes Lippe. Im April 1929 hatte er in Berlin Ruth Therese Herrmann geheiratet und war anschließend nach Bad Salzuflen gekommen. 1930 wurde die gemeinsame Tochter Elisabeth Gabriele geboren.

3.4 Nichtjüdische Angebote für Juden

Interessanterweise warben einige nichtjüdische Ärzte, Sanatoriums- und Pensionsbetreiber im *Israelitischen Familienblatt* oder in der *CV-Zeitung* gezielt um jüdisches Publikum. In letzterer inserierten das „Sanatorium Sonneck“ unter der Leitung von Dr. Werner Leuwer³⁷ sowie Dr. Erich Spindlers „Lehranstalt zur Ausbildung von ärztlichen Sprechstundengehilfinnen“ in der Parkstraße 14.³⁸ Mit seinem Sanatoriumsbetrieb in der Moltkestraße 35 machte Dr. Walther Richtzenhain ebenfalls Werbung für jüdische Kundschaft.³⁹ Er hatte sich im Februar 1932 als Facharzt für Nervenleiden in der Roonstraße 20 niedergelassen.⁴⁰ Richtzenhain hatte zuerst

³⁴ MOSES GOLDSCHMIDT, *Mein Leben als Jude in Deutschland 1873-1939*, bearbeitet von Raymond Fromm, Hamburg 2004, 173 f. Goldschmidt starb 1943 mittellos im Exil in Brasilien.

³⁵ S. Mitgliederliste der RjF-Ortsgruppe Herford, 1. Oktober 1935, in: LAV NRW OWL, M 4 A Nr. 27. Die Eintrittsdaten sind in der Liste, die neun Salzufler und einen Schötmaraner verzeichnet, angegeben.

³⁶ Dr. Alfred Josef Benatt, geboren am 10. März 1901 in Glogau. Ruth Therese E. Benatt, geb. Herrmann, geb. am 9. Juli 1908 in Graudenz. Tochter Elisabeth Gabriele, geboren am 20. Februar 1930 in Berlin. S. Meldekarte, in: STADTARCHIV BAD SALZUFLEN. Benatt hielt zahlreiche Vorträge über seine Arbeit, u. a. vor Mitgliedern des Ärztevereins Minden-Ravensberg-Lippe, s. LTZ vom 3. Juni 1930, und anlässlich des großen Balneologen-Kongresses in Bad Salzuflen, s. LLZ vom 17. April 1932. Daneben publizierte er seine Forschungsergebnisse, z. B. ALFRED BENATT, *Vergleichende experimentelle Untersuchungen zum Elektrolytgehalt der Organe*, Berlin 1927.

³⁷ CV-ZEITUNG (CVZ) vom 28. August 1931. Dr. Werner Leuwer war im Sommer 1931 von Stuttgart in die Stadt gekommen, die er im September 1932 wieder verließ. S. Meldekarte, in: STADTARCHIV BAD SALZUFLEN.

³⁸ CVZ vom 15. Oktober 1931. Dr. Erich Spindler war katholischen Glaubens. Er kam 1928 von Düsseldorf und meldete sich Ende Februar 1933 nach Berlin ab. S. Meldekarte, in: STADTARCHIV BAD SALZUFLEN.

³⁹ IF vom 2. Juni 1932.

⁴⁰ LLZ vom 11. Februar 1932. S. auch Meldekarte, in: STADTARCHIV BAD SALZUFLEN.

Theologie studiert und sich für die Friedensbewegung und die Sozialdemokratie in Darmstadt engagiert. 1919 war er aus dem Pfarrdienst ausgeschieden und hatte Medizin studiert, 1932 wurde er in Münster promoviert.⁴¹

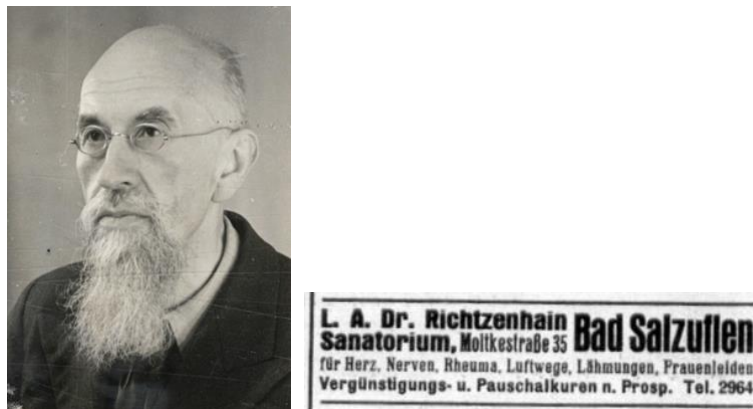


Abb. 10 u. 11: Dr. Walther Richtzenhain, 1946 (Hessisches Staatsarchiv Darmstadt, H 3 Darmstadt Nr. 72570);
Anzeige im Israelitischen Familienblatt vom 2. Juni 1932.

3.5 Der Verein der Fremdenheiminhaber

Als Interessenvertretung der zahlreichen Betreiber von Hotels und Pensionen hatte sich 1917 der Verein der Fremdenheiminhaber gebildet.⁴² Ins Vereinsregister wurde er 1926 eingetragen. Im Vorstand fungierte Simon Aumann („Pension Adler“) als Schriftführer, zeitweise nahm er die Funktion als Geschäftsführer wahr.⁴³ Im Verein wie Vorstand waren jedoch ebenso Inhaber von Unterkünften vertreten, die keine Juden aufnahmen. Als mitgliederstarke und eng mit dem Gastwirteverband kooperierende Organisation besaß der Verein politisches Gewicht. Er gab außerdem zeitweise den alljährlich zur Saison erscheinenden Wohnungsanzeiger heraus. Dieses Unterkunftsverzeichnis, in welchem die Mitglieder für ihre Hotels, Pensionen oder Kinderheime warben, wurde in hoher Auflage produziert und versendet.

3.6 Exkurs: Der Ansichtskartenverlag Glückstadt & Münden und Bad Salzuflen

Unter den zahlreichen Verlagen, die Postkarten mit verschiedenen Motiven aus dem Kurort Bad Salzuflen produzierten und verbreiteten, war auch der Verlag Glückstadt & Münden aus Hamburg. Dieser war vor der Jahrhundertwende von Moritz Glückstadt gegründet worden, 1903 trat der 36-jährige Anton Aron Münden als Partner ein. Nach dem Tod Glückstadts 1921 führte

⁴¹ Dr. Walther Richtzenhain, geboren am 15. Januar 1891 in Weimar. Zu seiner Biographie s. https://dfg-vk-darmstadt.de/Lexikon_Auflage_2/RichtzenhainWalther.htm (Aufruf: 25. Juli 2025).

⁴² LLZ vom 2. Mai 1917.

⁴³ STAATSANZEIGER FÜR DAS LAND LIPPE vom 21. April 1926.

Münden die Firma anfangs allein, dann ab 1925 mit Hilfe seiner Frau Hedwig und ab 1929 mit Unterstützung seines Sohnes Herbert fort.⁴⁴



*Abb. 12: Das Kurhaus in Bad Salzuflen, ca. 1928.
Ansichtskarte des Verlags Glückstadt & Münden, Hamburg (Slg. Hartmann).*



*Abb. 13: Das Ehepaar Hedwig und Anton Münden in Bad Salzuflen, 10. September 1928.
(Jüdisches Museum Berlin, Inv.-Nr. 2007/37/151)*

⁴⁴ Zur Geschichte des Verlages s. BJÖRN EGGERT, Glückstadt & Münden. Die „Arisierung“ eines Hamburger Postkartenverlags, in: DAS ARCHIV, 4/2012, 73-77 sowie die ausführliche Biografie Mündens unter https://stolpersteine-hamburg.de/index.php?MAIN_ID=7&BIO_ID=2699 (Aufruf: 24. Juli 2025).

Mehrere Motive aus diesem Verlag zum Kurbetrieb in Salzuflen sind bekannt. Im September 1928 weilten Anton und Hedwig Münden selbst zu einem Kuraufenthalt in der Salzstadt. Der Ansichtskartenverlag wurde 1939 „arisiert“. Herbert Münden konnte Anfang desselben Jahres noch mit seiner Ehefrau nach Bolivien emigrieren. Den Eltern gelang dieses nicht mehr. Anton und Hedwig Münden wurden am 15. Juli 1942 ins Ghetto Theresienstadt und von dort am 23. September ins Vernichtungslager Treblinka II deportiert.

4 „Die Stimmung in der Stadt ist auf Sturm gestiegen“ – Das politische Klima in Bad Salzuflen nach Weltkrieg und Revolution

Nach dem Ende des Ersten Weltkriegs und der Novemberrevolution herrschte in Bad Salzuflen – wie vielerorts – eine aufgeheizte und vergiftete politische Atmosphäre. Die militärische Niederlage, der Zusammenbruch des Kaiserreichs und die Ausrufung der Republik wurden von vielen als nationale Schmach empfunden. Besonders in konservativen Kreisen verband sich die Ablehnung der neuen Ordnung mit alten ideologischen Feindbildern: dem Liberalismus, der Sozialdemokratie – und dem Judentum. Diese Haltung hatte auch in Lippe eine längere Vorgeschichte. Schon seit den 1870er Jahren war die Konservative Partei im Fürstentum von judenfeindlichen Strömungen geprägt. Zahlreiche Parteigänger unterstützten den Kurs Adolf Stoeckers und beteiligten sich an der Verbreitung der Antisemitenpetition von 1880/81. Bedeutende Köpfe der lippischen Konservativen, etwa der Salzufler Pfarrer Theodor Krücke oder der Ökonom Emil Volland, gehörten zu den frühen Vertretern dieses Denkens. Nach 1918 sammelten sich die konservativen und christlich-sozialen Kräfte in der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP), die sich offen gegen die Republik stellte. In dieser Gemengelage erstarkte auch in Bad Salzuflen erneut der politische Antisemitismus – nun als Teil eines umfassenden Kampfes gegen die Weimarer Demokratie.

4.1 Die deutschnationale Hetze gegen die Republik 1919

Im Frühjahr 1919 kam es in Bad Salzuflen zu einem Konflikt in der Stadtverordnetenversammlung wegen einer auf Weisung des Bürgermeisters Adolf Klappert eingerichteten illegalen Bürgerwehr. Anfangs leugnete Klappert die Existenz der Bürgerwehr, später begründete er sie mit angeblichen Waffendiebstählen aus einem Depot und einem angeblich geplanten Putsch.⁴⁵ Offensichtlich gehörten rund 100 Männer dieser Truppe an. Viele von ihnen waren Mitglied der republikfeindlichen DNVP oder standen ihr nahe. Im Mai 1919 eskalierte die Situation. Am 6. Mai brach in einer Versammlung der Deutschnationalen mit dem Bielefelder Parteisekretär Wilhelm Lindner ein Tumult aus.⁴⁶ Lindner hatte die anwesenden Arbeiter mit der Parole „Wir kämpfen so lange, bis die rote Flut durchbrochen ist“ provoziert. In der entstandenen Unruhe feuerte plötzlich Erich Kissing, Sohn eines Pastors und Mitglied der DNVP, mehrere Schüsse mit einem Revolver ab. Durch die Kugeln wurde ein Arbeiter getötet und ein weiterer schwer

⁴⁵ VOLKSWACHT vom 19. März 1919.

⁴⁶ Zu diesem Vorfall s. WOLFGANG BENDER, Bewegte Jahre. Bad Salzuflen in der Weimarer Republik, in: FRANZ MEYER (Hg.), Bad Salzuflen. Epochen der Stadtgeschichte, Bielefeld 2007, 277-308, hier 278 f.

verletzt. Das *Berliner Tageblatt* bemerkte: „Die Stimmung in der Stadt, die schon seit langem erregt war, ist auf Sturm gestiegen“.⁴⁷ Am folgenden Vormittag kam es zu einer großen Protestversammlung auf dem Marktplatz, in den Betrieben wurde die Arbeit niedergelegt. Eine angeordnete Durchsuchung ergab, dass sich 136 Stiel-, 21 Eier-Handgranaten, 19 Karabiner, 39 Seitengewehre, 105 Infanteriegewehre, sechs Armeerevolver und vier leichte MG in den Händen der Bürgerwehr befanden. Einige der Waffen, die der Bürgermeister offensichtlich persönlich aus Bielefeld geholt hatte, waren auf dem Gelände von Hoffmann's Stärkefabriken gelagert worden.⁴⁸ Kissing hatte zwei MG und einige Handfeuerwaffen „im Hause“.⁴⁹ Er war kein Unbekannter, denn er hatte bereits eine Versammlung der Sozialdemokraten im Januar 1919 mutwillig gestört.⁵⁰ Die Bielefelder *Volkswacht*, das Organ der Sozialdemokratie für Ostwestfalen und Lippe, mutmaßte, dass die Bürgerwehr von einigen „Geldleuten“ geleitet und über großen Anhang in Pensionsinhaberkreisen verfügen würde. Bürgermeister Klappert hatte sich zeitweise abgesetzt und fehlte auch, als er der Stadtverordnetenversammlung Rechenschaft erstatten sollte.⁵¹ Die deutschnationale *Lippische Tages-Zeitung* bemühte sich, den Vorfall herunterzuspielen.⁵²

Der Erste Staatsanwalt Theodor Credé in Detmold, ein Anhänger der DNVP, billigte dem Täter Notwehr zu, was zu erneutem Protest führte. Dann wurde Kissing durch ihn überraschend gegen Kautions auf freien Fuß gesetzt. Credé unterließ mit seinem Handeln die Möglichkeit des Landespräsidiums fristgerecht Einspruch zu erheben. Er wurde daraufhin amtsenthoben.⁵³ Suspendiert wurde auf Drängen des Landespräsidiums auch Bürgermeister Klappert.⁵⁴ Der blutige Vorfall vom Mai 1919 versetzte die Stadt in einen Schockzustand. Zugleich ist er Beleg dafür, wie aufgeheizt die politische Atmosphäre sich darstellte und wie radikal die Feinde der noch jungen Demokratie agierten.

4.2 Die antisemitische Agitation des Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes 1920

Dennoch lässt sich das Ereignis in der Rückschau nur als Auftakt für eine weitaus aggressivere Agitation republikfeindlicher Organisationen betrachten – nun jedoch in Verbindung mit einem kaum zu steigerndem Judenhass. Im Sommer 1920 zeigte sich dieser rohe Radauantisemitismus in Bad Salzuflen in einer bisher nicht dagewesenen Dimension. Unter der Überschrift „Badehose und Hakenkreuz“ befasste sich gegen Ende August das *Mitteilungsblatt des Vereins zur Abwehr*

⁴⁷ BERLINER TAGEBLATT vom 7. Mai 1919. Zu Lindner s. https://de.wikipedia.org/wiki/Wilhelm_Lindner (Aufruf: 24. Juli 2025). Lindner übernahm ein Jahr später die Chefredaktion der deutschnationalen Lippischen Tages-Zeitung in Detmold. S. LLZ vom 11. Mai 1920.

⁴⁸ VOLKSWACHT vom 14. Mai und LTZ vom 26. Mai 1919.

⁴⁹ VOLKSWACHT vom 10. Mai 1919.

⁵⁰ LLZ vom 18. Dezember 1919.

⁵¹ VOLKSWACHT vom 28. Mai 1919.

⁵² LTZ vom 8. Mai 1919.

⁵³ JÜRGEN HARTMANN, Gegen die Juden und gegen die Republik! Die antidemokratische Rechte in Detmold 1914-1933, in: STADT DETMOLD (Hg.), Krieg – Revolution – Republik. Detmold 1914-1933. Dokumentation eines stadtgeschichtlichen Projekts, bearb. von Hermann Niebuhr u. Andreas Ruppert, Bielefeld 2006, 263-297, hier 275 f. Vgl. auch LLZ vom 11. November 1919.

⁵⁴ LLZ vom 13. Mai 1919

des Antisemitismus mit der Lage in den Bädern und Kurorten in Deutschland. „Toller denn je“ wuchere in diesem Jahr der Bäderantisemitismus, hieß es dort. Der Verfasser führte zahlreiche Beispiele der fanatischen Hetze an. Nicht nur die bereits traurige Berühmtheit erlangenden Auswüchse auf der Insel Borkum wurden erwähnt. Das Treiben der „Hakenkreuzritter“ hatte auf viele Orte übergreifen, vor allem auf Rügen, Swinemünde und die Insel Juist. Dort hatten Antisemiten in den Dünen einen hohen Galgen errichtet, ihn mit einem so genannten Davidstern gekrönt und eine Strohpuppe daran aufgehängt. Als Beispiel diene allerdings auch Bad Salzuflen, wo die Deutschvölkischen mit ihrem „berüchtigten Antisemitenhäuptling Prof. Werner-Gießen“ vor einer großen Menschenmenge aufgetreten seien.⁵⁵

Im Januar 1920 hatte sich zuerst eine Ortsgruppe des Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes (DVSTB) in Detmold gegründet. Im Mittelpunkt ihrer Agitation stand die „Judenfrage“.⁵⁶ Im Kampf gegen die „jüdische Weltherrschaft“ war der reichsweit rund 250.000 Mitglieder umfassenden Organisation jedes Mittel recht. Propagandistisch begleitet wurde sie von der republikfeindlichen *Lippischen Tages-Zeitung*, bei welcher nun Wilhelm Lindner, der im Mai 1919 den Tumult ausgelöst hatte, Chefredakteur war. Lindner selbst gehörte dem antisemitischen Bund an. Der DVSTB betrieb unter dem Zeichen des Hakenkreuzes einen hassgeschwängerten Antisemitismus, der von Verleumdungen, falschen Behauptungen und Drohungen geprägt war. Neben aggressiven Kundgebungen gehörten vor allem nächtliche Klebezettel- und Plakat-Aktionen zu seinen Methoden; aber selbst vor Pöbeleien und tätlichen Übergriffen schreckten seine Anhänger nicht zurück.

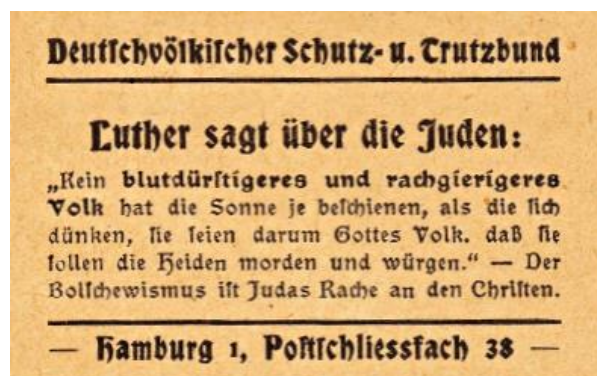


Abb. 14: Ein auch in Bad Salzuflen verbreiteter Klebezettel des DVSTB, 1920.

(<https://dx.doi.org/10.23691/jgo:source-138.de.v1> [29.07.2025])

Noch im Frühjahr 1920 bildete sich ein Landesverband mit Mitgliedern in Bad Salzuflen. Ein frühes Mitglied war Heinrich Limberg, der weiteren völkisch-antisemitischen Gruppierungen wie dem Germanen-Orden oder dem Cheruskerbund angehörte, bevor er ab 1923 Hitler unterstützte und zwei Jahre später in die NSDAP eintrat.⁵⁷ Im Frühjahr 1933 sollte er als Vorsitzender der Ortsgruppe des Kampfbundes für den gewerblichen Mittelstand in die Aktionen zum Boykott jüdischer Geschäfte involviert sein. Ein weiteres Mitglied war der Student Oskar Lucas.⁵⁸

⁵⁵ MITTEILUNGEN DES VEREINS ZUR ABWEHR DES ANTISEMITISMUS vom 21. August 1920.

⁵⁶ LTZ vom 25. Januar 1920.

⁵⁷ S. politischer Lebenslauf Heinrich Limbergs, 26. September 1933, in: LAV NRW OWL, L 113 Nr. 1252.

⁵⁸ Oskar Lucas war auch der Unterzeichner einer Anzeige der DVSTB-Ortsgruppe in der LTZ vom 8. August 1920.

Wie in Cranz oder Kolberg oder anderen Orten an der Ostsee kam es Anfang August 1920 in Bad Salzuflen zu Übergriffen.⁵⁹ Der DVSTB hatte eifrig für Veranstaltungen mit dem stellvertretenden Vorsitzenden des Gesamtverbandes, Dr. Ferdinand Werner aus Gießen, geworben.⁶⁰ Ein jüdischer Kurgast, Alfred Jonas aus Neuahaldensleben, berichtete dem Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens (CV) in Berlin bereits Anfang August von zahllosen tagtäglich angehefteten Klebezetteln und einem „antisemitischen Krawall“ im Kurpark.⁶¹ Dabei bedrängten Eiferer des DVSTB jüdische Passanten massiv. Siegmund Goldmann, der Syndikus des kleinen CV-Landesverbandes Ostwestfalen und Nachbargebiete, begab sich von Herford nach Bad Salzuflen und berichtete anschließend über die Vorgänge nach Berlin. Vorweg schickte er: „Wie in fast allen Badeorten herrscht auch in Salzuflen eine stark antisemitische Hetze“. Ein Vorfall ereignete sich seinem Bericht zufolge am Zeitungsstand beim Kurpark. Zwei Männer bemerkten dort im Beisein eines jüdischen Zeitungskäufers laut: „Hier kann man wohl nur Judenzeitungen bekommen“. Der jüdische Kurgast widersprach und wurde daraufhin lautstark als „Schieber“ beschimpft und aufgefordert, „nach Asien zu gehen“. Ein weiterer jüdischer Gast, ein Kaufmann aus Essen, verfolgte die Männer und ließ die Namen durch einen Schutzmann feststellen, was ihm ebenfalls antisemitische Beleidigungen einbrachte. Am Nachmittag saß der Kaufmann mit seinem Vetter auf der Terrasse des Kurhauses, als sich erneut mehrere streitsüchtige Pöbler bedrohlich näherten. Es kam nun zu einer heftigen Schlägerei mit den antisemitischen Aktivisten, die anschließend schnell verschwanden.⁶²

Den Höhepunkt erreichte die Hetze schließlich am 4. August 1920. In der deutschvölkischen Veranstaltung mit dem Redner Dr. Ferdinand Werner im „Hotel Kaiserhof“ kam es zum Aufruhr. Erschienen waren neben den Völkischen ebenso Anhänger der USPD, der SPD und der Gewerkschaften, teilweise auch der DDP. In Erinnerung an die schrecklichen Ereignisse vom Mai 1919 beabsichtigte man, den Antisemiten entschlossen entgegenzutreten. Wie viele überregionale Zeitungen griff das *Berliner Tageblatt* das Geschehen in einem kurzen Bericht auf:

„Der Redner [...] wurde im Verlauf seiner Ausführungen, die mit Anklagen und Vorwürfen gegen die Juden gespickt waren [...] von einem Teil der Versammlungsbesucher derart unterbrochen, dass es ihm nicht möglich war, seinen Vortrag zu beenden. Einige jüngere Teilnehmer drangen mit dem Ruf: ‚Haut ihn!‘ auf ihn ein und zerrten ihn von seinem Platz, worauf ein allgemeiner Tumult einsetzte. Mit Stühlen und Stöcken wurde ein Kampf geführt, wobei auch der Redner übel wegkam.“⁶³

⁵⁹ IF vom 9. September 1920.

⁶⁰ Zu Werner s. [https://de.wikipedia.org/wiki/Ferdinand_Werner_\(Politiker\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Ferdinand_Werner_(Politiker)) (Aufruf: 24. Juli 2025). Werner sprach in Detmold am 2., in Lage am 3., in Bad Salzuflen am 4. und in Lemgo am 5. August. S. LTZ vom 29. Juli 1920.

⁶¹ Alfred Jonas an CV-Zentrale, 2. August 1920, in: WIENER HOLOCAUST LIBRARY (WHL), MF 55/69/2348. Die CV-Zentrale wendete sich an Siegmund Goldmann, Syndikus des Landesverbandes Ostwestfalen und Nachbargebiete: „Nach Ansicht des Briefschreibers trage das Verhalten der jüdischen Kurgäste, besonders soweit sie in der Villa Hamlet wohnten, zur allgemeinen Missstimmung bei. Es wird zweckmäßig sein, die Kur- und Polizeiverwaltung auf dieses Treiben der Antisemiten aufmerksam zu machen und sie insbesondere zu veranlassen, gegen die Zettelkleber vorzugehen.“ S. CV-Zentrale an CV-Landesverband, 5. August 1920, EBD.

⁶² Bericht Siegmund Goldmanns (Syndikus) an CV-Zentrale, 8. August 1920, EBD.

⁶³ BERLINER TAGEBLATT vom 7. August 1920.

Die entstandene Massenschlägerei wurde Gegenstand polizeilicher Ermittlungen. In den Vernehmungen streuten die Anhänger des DVSTB perfide den Verdacht, Salzufler Juden hätten die Arbeiter für die Sprengung der Versammlung angeheuert und entlohnt. Diese Behauptung konnte in keiner Weise erhärtet werden. Im Gegenteil: In den Vernehmungen erfuhr die Polizei mehr über das Ausmaß der fanatischen antijüdischen Agitation in den Vortagen und somit über das massenhafte Verbreiten von Klebezetteln, über Pöbeleien und über vereinzelte Übergriffe.⁶⁴ Im Bündnis mit der *Lippischen Tages-Zeitung* hielt der DVSTB jedoch wider besseres Wissen an der Legende der Versammlungssprengung durch von Juden gedungene Arbeiter fest. Diese hätten Geld von den „bekannten jüdischen Herren Obermeyer und Hamlet“ erhalten.⁶⁵ Mit dem Aufruf zur Gründung einer Salzufler DVSTB-Ortsgruppe und der Aufforderung, dass sich Personen, die während der Veranstaltung durch die Arbeiter beschimpft oder angegriffen worden seien, melden sollten, wurde von völkischer Seite zusätzlich Öl ins Feuer gegossen.⁶⁶

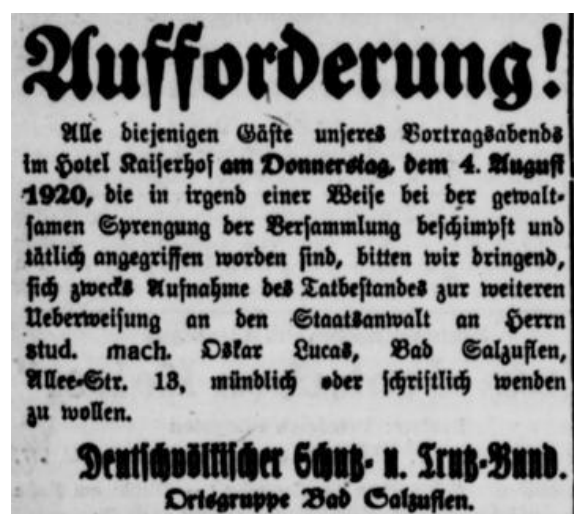


Abb. 15: Aufruf der DVSTB-Ortsgruppe Bad Salzuflen in der *Lippischen Tages-Zeitung* vom 8. August 1920.

Die Gegenwehr des CV in Form von aufklärerischen Anzeigen⁶⁷ wurde vom DVSTB-Landesverband Lippe in einer mit Hakenkreuzen verzierten Annonce verhöhnt:

„Wir haben die Vorgänge in Salzuflen der Staatsanwaltschaft bekanntgegeben und werden den Nachweis führen, dass Judengeld geflossen ist, um deutsches Blut fließen zu lassen.“⁶⁸

Die sich eindeutig der politischen Agitation und nicht journalistischen Grundsätzen verpflichtet sehende *Lippische Tages-Zeitung* zitierte noch aus einer angeblichen Zuschrift, welche die

⁶⁴ Vgl. Vorgang über die antisemitischen Aktivitäten des Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes in Bad Salzuflen mit Polizeibericht, August 1920, in: LAV NRW OWL, L 75 IV Gr. 7 Nr. 18 (alte Signatur).

⁶⁵ LTZ vom 6. August 1920. Robert Obermeyer und Michel Hamlet waren stadtbekannte CV-Mitglieder.

⁶⁶ LTZ vom 8. August 1920.

⁶⁷ LLZ vom 12. August 1920.

⁶⁸ LTZ vom 11. August 1920.

Gewaltbereitschaft der politischen „Linken“ dokumentieren sollte. Darin applaudierte der anonyme Verfasser der republikanischen Arbeiterschaft:

„Bravo, es lebe die Salzstadt. Geistige Waffen bei Ihrer polit. Gesellschaft haben keinen Zweck mehr, unüberzeugbare ‚Hetzapostel‘, die das gute Verhältnis der Bürger vernichten, können nur noch mit Knüppel regiert werden. Das ist der deutsche ‚Michel‘, der endlich erwacht ist. Ein anständiger Christ schreibt dieses.“⁶⁹

Zu einer staatsanwaltschaftlichen Untersuchung und einem Gerichtsverfahren wegen des vom DVSTB konstruierten Vorwurfs kam es nicht. Deutlich zutage trat jedoch: die antisemitische Bewegung jener Tage wies einen kaum mehr zu steigenden Grad der Radikalisierung auf. Dem enthemmten Hass und der brutalen Sprache folgten nicht selten die Artikulation von Vernichtungsfantasien und die Neigung zur Gewaltanwendung. Bei Friedrich Fischer-Friesenhausen, Gründungsmitglied des DVSTB in Detmold und selbsterklärter „Judenfresser“, führten die Vorgänge in Salzuflen und Lemgo, wo ebenfalls Besucher protestiert hatten, zu barbarischen Gedanken, denen er in seinem antisemitischen Blatt *Die Fackel* freien Lauf ließ:

„Da kam die rote Horde / mit Knüppeln und mit Rechen / Prof. Werner wollten / die deutschen ‚Goches‘ verdreschen / sie hatten ja das Blutgeld / der Jidden in den ‚Teschen‘ / [...] und eines guten Tages / beginnt das große Tau-meln / und mitten auf dem Marktplatz / sieht man die ‚Jiden‘ baumeln!“⁷⁰

Das *Israelitische Familienblatt* regte nach diesem Vorfall in Salzuflen und angesichts der massiven antisemitischen Hetzereien in anderen Bädern an, „den Boykott gewisser Badeorte für jüdische Badegäste zu proklamieren“:

„Mögen jene antisemitisch verseuchten Orte dann sehen, wie sie mit ihren judenfeindlichen Gönnern allein fertig werden.“⁷¹

Die deutschvölkische Agitation in Lippe, auch außerhalb der DNVP und des DVSTB, sollte sich in den nächsten Jahren fortsetzen.⁷² Bis Mitte der 1920er Jahre fanden sich republiktreue Parteien, Organisationen oder Personen, die – insbesondere nach dem Mord an Reichsaußenminister Walther Rathenau – dagegen Front machten. Nachdem Ende April 1924 ein Redner des antisemitischen Völkisch-Sozialen Blocks im „Tivoli“ in Schötmar aufgetreten war, zogen einige „Hakenkreuzler“ unter dem Absingen des Ehrhardt-Liedes⁷³ durch die Straßen. Der provokative Umzug rief den politischen Gegner auf den Plan und es kam zu Schlägereien.⁷⁴ Insgesamt

⁶⁹ LTZ vom 10. August 1920.

⁷⁰ Überschieden ist diese Hetzlyrik mit „Das Ende vom Lied. Eine witzige Betrachtung der Salzufler und Lemgoer Vorgänge“, s. DIE FACKEL, Nr. 3 vom August 1920.

⁷¹ IF vom 9. September 1920.

⁷² Bajohr spricht von einer deutlichen Radikalisierung des Bäderantisemitismus, s. BAJOHR 2003, 53.

⁷³ Zu den republikfeindlichen und antisemitischen Umtrieben der Brigade Ehrhardt s. https://de.wikipedia.org/wiki/Marine-Brigade_Ehrhardt (Aufruf: 23. Juli 2025).

⁷⁴ S. VOLKSBLATT vom 30. April 1924.

zeigte sich allerdings ebenfalls, dass es gegen die antisemitische Bedrohung von Kurgästen zu keinem Eingreifen von Seiten der Polizei, Justiz oder Behörden kam – trotz der Tatbestände wie Sachbeschädigung, Nötigung oder öffentlichem Aufruhr. Mit diesen rabiaten Aktionen gelang den Antisemiten die Mobilisierung größerer Massen als zuvor.⁷⁵

Für jüdische Kurgäste bedeuteten Erlebnisse wie die des Sommers 1920 eine sich einbrennende Erfahrung. Nicht selten gerieten nichtjüdische Besucher, die aufgrund ihres Erscheinungsbildes für Juden erachtet wurden, ebenfalls ins Visier von Radauantisemiten, gerade bei Protest oder Gegenwehr. Nahezu allgegenwärtig war die Ausgrenzung der Juden in symbolisch-demonstrativer Form durch zahlreiche Klebezettel. Bajohr nennt außerdem Kritzeleien und judenfeindliche Gedichte unter anderem in Umkleidekabinen und bezeichnet diese Agitationsformen als „Extremismus der sozialen Mitte“⁷⁶:

„Hinter der glänzenden Fassade des Kur- und Badelebens vor dem Zeitalter des Massentourismus braute sich [...] eine konflikträchtige Melange zusammen. Der Badeort bildete kein unpolitisches, privates Idyll, sondern spiegelte die vorhandenen gesellschaftlichen Konflikte, vor allem die heftigen Konkurrenzkämpfe bürgerlicher Gesellschaftsschichten ungeschminkt wider.“⁷⁷

Allerdings existierte kein allgemeiner antisemitischer Konsens. Die Impulse gingen von Gästen und auswärtigen Scharfmachern aus, nicht selten in Verbindung mit örtlichen Aktivisten. Um ein reines Importphänomen handelte es sich dabei nicht. Gerade mit dem Anwachsen der nationalsozialistischen Bewegung Ende der 1920er Jahre „bespielten“ heimische Antisemiten in wachsendem Maße das Feld Kurbetrieb.

4.3 Die Gründung einer CV-Ortsgruppe in Bad Salzuflen 1922

Die dauernde herausfordernde Agitation führte zur Bildung einer Ortsgruppe des CV. Schon seit mehreren Jahren gab es Mitglieder dieser Abwehrorganisation in Bad Salzuflen und Schötmar.⁷⁸ Sie gehörten zum Landesverband Ostwestfalen und Nachbargebiete mit Sitz in Herford. Dessen Syndikus war der dortige Lehrer und Prediger Siegmund Goldmann.⁷⁹ Eine reguläre Ortsgruppe in Lippe existierte ansonsten nur noch in Detmold. Der Impuls ging offenbar nach Drängen einiger CV-Mitglieder von der Synagogengemeinde Salzuflen-Schötmar aus. Sie machte Werbung für einen Vortrag mit dem CV-Funktionär und Redakteur der *CV-Zeitung* Artur Schweriner. Er war den Salzuflern kein Unbekannter, war er doch von 1903 bis 1906 als Lehrer und Prediger der Synagogengemeinde beschäftigt gewesen, hatte für die *Lippische Landes-Zeitung* geschrieben und den liberalen Reichs- und Landtagsabgeordneten Adolf

⁷⁵ Vgl. BAJOHR 2003, 57.

⁷⁶ BAJOHR 2003, 21.

⁷⁷ BAJOHR 2003, 27.

⁷⁸ Hinweis in IM DEUTSCHEN REICH, Mai 1913.

⁷⁹ Siegmund Goldmann (1878-1935) war seit etwa 1910 für den CV in Ostwestfalen und Lippe tätig. Ende 1934 musste er aus gesundheitlichen Gründen sein Amt als Syndikus niederlegen. S. Nachruf und Traueranzeigen in der CVZ vom 7. Februar 1935. Bis 1907 war Goldmann Lehrer und Prediger der Synagogengemeinde Lemgo.

Neumann-Hofer in dessen Wahlkämpfen unterstützt.⁸⁰ Die Werbetätigkeit für den CV stieß bei einigen Angehörigen der Gemeinde auf wenig Gegenliebe. Als „Hauptwiderstand“ gegen eine Ortsgruppengründung wurde der Kaufmann David Andermann identifiziert.⁸¹ Andermann stammte aus Österreich-Ungarn und galt einigen als „Ostjude“. Er war 1911 in die Stadt gekommen, 1913 wurde er eingebürgert.⁸² Andermann wäre „verschnupft“, wie Goldmann der Zentrale in Berlin berichtete, weil sich vor zwei Jahren einige der Delegierten des CV-Landesverbandes „außerordentlich scharf gegen die Ostjuden aussprachen“. Skeptisch zeigte sich der antizionistische CV auch gegenüber dem zugezogenen Arzt Dr. Bernhard Loewenthal. Dieser sei ein aktiver Zionist. Außerdem stoße der CV in Schötmar grundsätzlich auf eine bessere Resonanz als in Salzuflen.⁸³

Am 22. April 1922 gründete sich nach Schweriners Vortrag eine Ortsgruppe des CV. Zum Vorsitzenden wählten die Mitglieder Robert Obermeyer⁸⁴, zum zweiten Vorsitzenden Julius Eichmann aus Schötmar, zum Schriftführer David Andermann und zum Kassierer Max Kornberg, beide Salzuflen.⁸⁵ Der Hauptvorsitzende in Berlin begrüßte Obermeyer mit einem Glückwunsch und der eindringlichen Mahnung:

„Gleichzeitig bitten wir Sie ganz besonders, doch während der Sommersaison Ihr Augenmerk auf die Verhältnisse in Bad Salzuflen zu richten und uns von antisemitischen Strömungen usw. in Kenntnis zu setzen. Wir legen ganz besonderen Wert darauf, dass auch in den Badeorten Propaganda für unsere Bestrebungen getrieben wird und wären Ihnen daher sehr dankbar, wenn es Ihnen gelingen würde, unter den Badegästen Mitglieder für uns zu werben resp. aufklärend zu wirken. Sollten Sie es für angebracht halten, einen Vortrag während der Saison zu veranstalten, so bitten wir Sie, sich an den Landesverband wenden zu wollen, der Ihnen sicherlich gern behilflich ist.“⁸⁶

⁸⁰ Zu Schweriner s. JÜRGEN HARTMANN/DIETMAR SIMON, Artur Schweriner (1882-1941). Eine Projektskizze, in: ROSENLAND 3/2006, 31-37, sowie DIES., Ein unentwegter jüdischer Kämpfer. Artur Schweriner und sein „verpfushtes Leben“, in: MEDAON – MAGAZIN FÜR JÜDISCHES LEBEN IN FORSCHUNG UND BILDUNG, 13/2019, 25, online unter https://www.medaon.de/pdf/medaon_25_hartmann_simon.pdf (Aufruf: 25. Juli 2025).

⁸¹ CV-Landesverband Ostwestfalen und Nachbargebiete (CV-LV OWN) an CV-Zentrale, 28. März 1922, in: WHL, MF 55/19/731.

⁸² David Andermann wurde in Buczac (Galizien) geboren. Zu seiner Einbürgerung in Lippe s. den entsprechenden Vorgang, 1912/13, in: LAV NRW OWL, L 79 I Fach 47 Nr. 6 Bd. 1.

⁸³ CV-LV OWN an CV-Zentrale, 18. April 1922, in: WHL, MF 55/19/731.

⁸⁴ Obermeyer war bis kurz vor seinem Tod im Frühjahr 1931 Vertrauensmann der CV-Ortsgruppe. S. Notiz zur Beisetzung in CVZ vom 6. Februar 1931.

⁸⁵ CVZ vom 30. Juni 1922. S. auch Bericht über die Gründungsversammlung von Schweriner an den CV-Landesverband, 24. April 1922, in: WHL, MF 55/19/731. Als Beisitzer sind genannt: Hermann Rosenwald und Marga Silberbach aus Schötmar, Frau Jacob Eichmann und Frau Richard Hamlet [Lina Hamlet] aus Salzuflen. In einer undatierten handschriftlichen Mitgliederliste (ca. 1922/23) sind außerdem aufgeführt: [Simon] Aumann, Frl. Eichmann, Julius Eichmann, Michel Hamlet, Richard Hamlet, Salomon Obermeyer, Siegfried Obermeyer, Salomon Silberbach, [Max] Stamm.

⁸⁶ CV-Zentrale an Robert Obermeyer, 18. Mai 1922, in: WHL, MF 55/19/731.

Bekannt ist nur ein einziger weiterer Vortrag des CV in Bad Salzuflen. Wieder trat Artur Schweriner als Referent auf. Am 13. Dezember 1922 sprach er über seine Erfahrungen als Journalist beim Prozess gegen die Mörder des Reichsaußenministers Walther Rathenau.⁸⁷ Weitere Werbetätigkeiten der CV-Ortsgruppe sind nicht dokumentiert. Die Korrespondenzakte der CV-Zentrale mit Salzuflen endet im Dezember 1922.

Als stadtbekannte Persönlichkeiten der Ortsgruppe standen Richard Obermeyer wie auch der umtriebige Michel Hamlet (Inhaber der „Pension Hamlet“) oder der als „Ostjude“ geschmähte David Andermann wiederholt im Fokus von antisemitischen Bündeln und später der NSDAP. In der durch Umsturzversuche, Putsch- und Revolutionsvorbereitungen erhitzten Situation des Jahres 1923 sprang in einem Fall der Magistrat Andermann, der als Führer der örtlichen Kommunisten diffamiert wurde, halbherzig zur Seite. Diese propagandistische Gleichsetzung von Juden mit linken Umstürzern und Revolutionären wurde von rechter Seite permanent betrieben. Über Anzeigen in der *Lippischen Landes-Zeitung* und im sozialdemokratischen *Volksblatt* stellte sich der Magistrat nicht etwa eindeutig hinter den jüdischen Kaufmann, indem er erklärte, dass die Vorwürfe jeglicher Grundlage entbehren würden. Vielmehr verkündete er „neutral“, dass Andermann demjenigen eine „größere Summe“ zahle, der den Vorwurf beweisen könne.⁸⁸

5 Antisemitismus im Kurbetrieb: Die „Bäderlisten“ des Centralvereins und des *Israelitischen Familienblatts*

Die CV-Ortsgruppe war neben dem Landesverband ein wichtiger Ansprechpartner der Berliner Zentrale, in diesem Fall vor allem im Hinblick auf Unterkünfte judenfeindlicher Betreiber. Jüdische Reisende waren gezwungen, sich zunehmend rechtzeitig zu informieren, wo sie ihren Urlaub möglichst ohne Beeinträchtigungen verbringen konnten.⁸⁹ Manche Bäder wie Heiligenhafen oder Zinnowitz warben mit ihrer „Judenreinheit“. Das *Israelitische Familienblatt* und die *CV-Zeitung* veröffentlichten deshalb alljährlich zu Beginn der Saison Verzeichnisse über Erholungsorte, Hotels und Pensionen mit antisemitischem Charakter.⁹⁰ Die Verzeichnisse der beiden Zeitungen, auch als „Bäderlisten“ betitelt, nannten häufig dieselben Pensionen, aber sie waren nicht durchweg identisch, wichen später sogar deutlich voneinander ab.

Diese Jahr für Jahr erscheinenden sogenannten Bäderlisten stellte ein wichtiges Instrument zur Orientierung dar. Das veröffentlichte Verzeichnis war oftmals nicht ausreichend, hinzu kam der persönliche Austausch über vermeintlich sichere Kurorte. Ab 1919 füllte eine wachsende Zahl von Kurorten, Hotels und Pensionen die Spalten. Besonders heftige Auswüchse waren in den

⁸⁷ CVZ vom 11. Januar 1923. Vortrag zum Rathenau-Prozess, den Schweriner als Redakteur der CV-Zeitung begleitet hatte.

⁸⁸ S. Vorgang, September/Okttober 1923, in: LAV NRW OWL, L 75 V Gr. 7 Nr. 18; LLZ vom 6. Oktober 1923.

⁸⁹ Ob man Kurorte oder Sommerfrischen trotz antisemitischen Charakters aufsuchen sollte, war wiederholt auch Thema in der jüdischen Presse, s. IF vom 1. August 1929 („Soll ich – soll ich nicht?“).

⁹⁰ Das Verzeichnis wurde mitunter in weiteren jüdischen Zeitungen abgedruckt, s. beispielsweise DER SCHILD vom 27. Juni 1927.

Seebädern zu registrieren. Ende der 1920er Jahre hatte die Bäderliste alarmierende Dimensionen angenommen.

Georgenthal i. Thür. (Villa „Dahheim“.) Großbadarz i. Thür. Hotel Schickhaus. Dahneufsee i. Harz (Bentf. Bergfriede, Villa Dachs- berg, Villa Maria in Dachs- berg). Villa Dageim. Harzburg (Villa Winter- berg, Knochhäuser Str., Villa Waldfried, Bentf. Hl. Jagelberg). Bad Harzburg, Haus Ul- rich, Bentf.: Belchitzim. Amalienkaiferwegl. Haus Lanned. Dasserohe b. Wernigerode (Kurhaus). Karlsbad (Elisabethh., Hot. National, Römischer Feld- herr, Italia, Herenz, Insel Melia, Rosenfod, Kaiser- straße, Brandenburger Hof, Diamant, Haus Al- daja, Gasthof Alt-Heidel- berg, Buchhandlung Germ. Jatob). Rönigstein (Elbe) Gasthaus Ebenheit. Schneebedstosereb, Pension Waldfrieden, Inh. Elisabeth Giere. Bad Kreuth (bei Tegernsee) Hotel Bad Kreuth (nicht zu	Neustadt, Haus Humboldt. Goßstraße 17. Inhaber H. Gimmerthal. Neustädter (Kreis Stadt) Kurhotel Baberborn, Bentf. Fr. K. Köhling. Oberhof (Haus Achilles, Villa Waldheil, „Haus Naabenberg“ (früher „Haus in der Sonne“). Bentf.: Gerin Else Raabe. Oberdorf, Villa Rindt. Oeynhausen, Bentf. Mollen- hauer, Haus Walbeck, Herforder Straße, Hotel Klütisch, Herforder Str., Hotel Kaiserhaus, Herforder Str., Haus Hania, Geschw. Bekermann, Bahnhofstr., Haus Senger, Vorkastr., Haus Schäften, Inhaber Schlittgen, Bismarckstr., Frau Kant, Vorkastr. Byrmont (Haus Kernsick Villa Heimburg, Bentf. Fr. Monna („Israeliten wer- den nicht aufgenommen“). Haus Rheinfeld (Inh. Frau Bürgermeister Baage). Haus Waldbis, Inh. G. Wähl- stedt. Waldreihenhaus, Deutsches Heim. Kengsdorf i. Westerbald (Hotel z. Stern und Hotel	Waldruh. Bad Salzungen, Kurhaus. Bad Salzungen, Barstr. 11. Haus Zimmermann-Bage- des. (Auf seinen Schrift- stücken vermerkt: „Jüdischer Besuch nicht erwünscht“). Villa Margarethe = Cha- lotte, Inh. G. Schipper. Hotel Reichshof (Fr. Hofe). Schierke i. Harz (Haus Webel; Haus Waldeck- mühle, Inh. Alwin Trethar). Westerland auf Sylt. Pension Lambert. St. Andreassberg, Pension D. Hüttig. St. Vlasien, Villa Rehr- nieder (Israeliten werden nicht aufgenommen). Thale a. Harz Hotel Heim- burg, Inh. Krause, Hotel Kosttrappe, Inh. Krug. Wangerode, Hotel Frescha. Pension „Seelitz“, Inhaber Schmidt (Israeliten sind bei mir nicht zugelassen). — Pension Germania (Is- raeliten nicht angenehm). Wustrow (Disee). Pension Villa Anna, Inhaberin Fr. Marie Haß. Bad Wörthshausen, Pension Martha, Joh. Moosbauer.
--	---	---

Abb. 16: Bad Salzungen erstmals in der „Bäderliste“ des Centralvereins, 1921.
Im deutschen Reich, Mai 1921.

Der Kurort Bad Salzungen tauchte in diesen Verzeichnissen erstmals 1921 mit fünf Einträgen auf.⁹¹ Zwei der Unterkünfte wurden unter der Rubrik „christlich“ als konfessionell gebundene Häuser genannt, die anderen drei galten als antisemitisch. Bis 1931/32 steigerte sich diese Zahl auf 14 bzw. 15 Einträge, von denen drei bzw. vier als „christlich“ etikettiert wurden. Zu dieser Kategorisierung und den damit verbundenen Problemen an anderer Stelle mehr.

5.1 Die Erstellung der „Bäderlisten“

Das Erstellen dieser Verzeichnisse war mit großem Aufwand und diversen Schwierigkeiten verbunden. Die von CV-Ortsgruppenvorsitzenden, den sogenannten Vertrauensleuten, von Syndici der Landesverbände oder von Kurgästen und Mitgliedern gemeldeten Pensionen mussten überprüft werden. Dazu wurden die Häuser angeschrieben und um Äußerung gebeten. Um den Rückfluss zu erhöhen, nannte der CV als Vorteil, dass ein Eintrag in der „Bäderliste“ unerwünschte Anfragen von jüdischen Gästen vermeiden helfe. Aber viele der angefragten Häuser reagierten nicht. Der Redaktion des *Israelitischen Familienblatts* erging es nicht anders. Im Juli 1930 gewährte sie den Lesern unter der Überschrift „Wo Juden unerwünscht sind – und die Grundgesetze von Anstand und Sitte unbekannt sind!“ Einblicke in die unerfreuliche und unerquickliche Arbeit, indem sie unter anderem aus mehreren von antisemitischen Unter-

⁹¹ S. IM DEUTSCHEN REICH vom Mai 1921 und IF vom 19. Mai 1921.

kunftsbetreibern erhaltenen Schreiben zitierte. Ihr abschließendes Urteil lautete: „Cloaca maxima“.⁹²

Für den CV wurden vereinzelt die Vertrauensleute vor Ort aktiv, befragten die Inhaber und gaben Rückmeldung nach Berlin. Dieses barg den Vorteil, Missverständnisse ausräumen zu können und den Nachteil, zaudernden und konfliktscheueren CV-Vertretern Möglichkeiten der Relativierung zu bieten. Zu dieser Relativierung gehörte zunehmend das Label „christlich“. Christliche Häuser und Heime, die konfessionell gebunden waren, gab es in nahezu sämtlichen Bädern und Kurorten. Sie wurden im veröffentlichten Verzeichnis immer als solche kenntlich gemacht. Ab Mitte der 1920er erschienen unter diesem Etikett – zumindest im Beispiel Bad Salzuflen – aus Gründen der „Kosmetik“ zunehmend antisemitische Häuser. Das geschah nicht immer zur Freude christlicher Gastwirte oder Heimbetreiber, die nicht judenfeindlich eingestellt waren. In den von den Kurverwaltungen oder den Verkehrsvereinen herausgegebenen Wohnungsanzeigern fanden weitere Codes Anwendung. Manche Besitzer bezeichneten ihre Pension als „deutsches Haus“, was gleichbedeutend war mit: jüdische Deutsche unerwünscht. Daneben wies beispielsweise das Signet „Verein Deutscher Offiziere“ ebenfalls auf Gäste zumeist antisemitischen Charakters hin.⁹³

Grundsätzlich konnten jüdische Kurgäste trotz „Bäderliste“ vor negativen Erfahrungen nie sicher sein, denn manchmal stellten gerade die antisemitischen Gäste in einer ausgewählten Pension das Problem dar. Die Zuverlässigkeit der Angaben geriet ebenfalls ins Wanken, wenn Besitzer wechselten. Dann mussten nachträgliche Korrekturen oder zusätzliche Angaben erfolgen. Das größte Problem für den CV stellte es jedoch dar, wenn er plötzlich dem Protest der jüdischen Bürger vor Ort oder der eigenen Ortsgruppe ausgesetzt war wie am Beispiel Bad Salzuflen zu sehen ist.

5.2 Antisemitismus im Kuralltag: Salzufler Hotels und Pensionen in der „Bäderliste“

Der erste aktenkundige Hinweis auf eine antisemitisch eingestellte Pensionsinhaberin in Bad Salzuflen stammt aus dem Jahr 1919. Der Vertrauensmann des CV in Detmold, der Lehrer und Prediger Moritz Rülff, hatte die Zentrale auf die „Pension Schipper“, Lietholzstraße 1, hingewiesen.⁹⁴ Diese schrieb daraufhin die Inhaberin an:

„Es wird uns berichtet, dass Sie den Besuch jüdischer Badegäste nicht wünschen. Wir geben ein Verzeichnis heraus, in denen derartige Gasthöfe und Pensionen aufgeführt werden. Es liegt im Interesse der judengegnerischen Pensions-Inhaber ebenso wie des jüdischen Publikums, wenn das Verzeichnis auf dem Laufenden gehalten wird. Wir bitten deshalb um gefällige Mit-

⁹² IF vom 10. Juli 1930. In ihrer Aufstellung nannte die Redaktion auch die einzelnen Urheber.

⁹³ Dieses Signet verwendeten z. B. das Haus Langrehr, Baumstraße (dieses bezeichnete sich außerdem selbst als „christliches Haus“) und das „Haus Weber“, Moltkestraße, s. z. B. den Wohnungsanzeiger für 1932.

⁹⁴ Das „Haus Schipper“ in der Lietholzstraße 1 (später Nummer 12) firmierte zeitweise als „Villa Margarete Charlotte“. Inhaberinnen waren Anna, Gertrud und Hilka Schipper.

teilung, ob die uns zugegangene Nachricht richtig ist, damit wir das Erforderliche veranlassen können.“⁹⁵

Eine Antwort ist in den Akten nicht erhalten. Die „Pension Schipper“ bzw. „Villa Margarete Charlotte“ löste immer wieder Meldungen an den CV in Berlin aus. Alice Löwenstein aus Köln hatte 1920 auf eine Anfrage von dort die Antwort erhalten:

„Leider muss ich Ihnen mitteilen, dass ich in diesem Sommer keinen Platz in meinem deutschen Pensionshaus habe. Hochachtend gez. H. [Hilka] Schipper.“⁹⁶



Abb. 17: Die „Villa Margarete Charlotte“, ca. 1920.
(Slg. Hartmann)

Die „Villa Margarete Charlotte“ wurde somit 1921 in die „Bäderliste“ aufgenommen. Im Spätsommer 1924 erhielt die Kölnerin Paula Steinwasser ein Angebot für ein Zimmer von Hilka Schipper. Das Schreiben war mit einem gezeichneten Hakenkreuz versehen. Paula Steinwasser wendete sich sowohl an den CV als auch an die Kurverwaltung. An Pensionsinhaberin und Kurdirektion schrieb sie, dass sie ihren Verwandten abgeraten habe, den Badeort Salzuflen zu besuchen. Die Lippische Salinen- und Badeverwaltung antwortete distanziert nüchtern und ohne ein Wort zur Problematik der antisemitischen Einstellung der Pensionsinhaberin zu verlieren:

„Unseres Erachtens hätte durch das Zeichen in dem Briefe kein Grund vorgelegen, Ihre Verwandten von dem Besuch unseres Bades abzuhalten, denn die Einrichtungen bzw. Maßnahmen eines Hauses sollte man nicht verallgemeinern.“⁹⁷

⁹⁵ CV-Zentrale an Anna Schipper, 29. Juli 1919, in: WHL, MF 55/69/2348.

⁹⁶ Frau A. Löwenstein an CV-Zentrale nebst Anlage, 28. Juli 1920, EBD.

⁹⁷ S. Vorgang, September 1924, EBD.

Hier zeigte sich die klassische Haltung vieler Badeverwaltungen bei antisemitischen Vorfällen. Man verklärte diese sogar noch als „in weltanschaulich-politischer Hinsicht neutral“.⁹⁸ Ebenfalls 1924 erhielt eine Hamburger Jüdin auf ihre Buchungsanfrage von der Pensionswirtin Schipper eine unmissverständliche Absage, das Haus sei „judenfrei“.⁹⁹

Ein weiteres Beispiel. Im Mai 1920 – die neue „Bäderliste“ war soeben veröffentlicht worden – erhielt der CV von einem Berliner Mitglied ein Zimmerangebot übermittelt, das dieser von der „Pension Zimmermann-Vagedes“ in der Parkstraße 11 erhalten hatte. Neben diesem Angebot war zu lesen: „Jüdischer Besuch nicht erwünscht“. Auch dieses Haus gehörte zu den ersten, die 1921 gelistet wurden.¹⁰⁰



Haus Zimmermann-Vagedes

Parkstr. 11. Fernruf 2215

Vornehme Familienpension gegenüber dem Kurhause. Gute Verpflegung.
Zentralheizung. Zimmer mit fließendem Wasser. Das ganze Jahr geöffnet.
Preise von 6,00 RM an. Pauschalturen und Diät.

Abb. 18: Das „Haus Zimmermann-Vagedes“, 1932.
Wohnungsanzeiger für 1932.

Im Mai 1922 wendete sich ein Mitglied an den CV und berichtete, dass das „Haus Delius“, Parkstraße 19, die Aufnahme seiner Mutter abgelehnt hätte, nachdem man dort erfahren habe, dass diese Jüdin sei. Sie solle Abstand von einem Aufenthalt nehmen, da es sich um ein „streng christliches Haus“ handele. Der CV-Vertrauensmann Robert Obermeyer nahm Kontakt zur Inhaberin auf. Nach deren Angaben würden sehr wohl jüdische Gäste aufgenommen, wenn das „Renomee“ stimme:

„Nach der ganzen Unterhaltung mit Frl. Delius glaube ich annehmen zu dürfen, dass die Angaben auch den Tatsachen entsprechen. Ich werde mein

⁹⁸ S. dazu BAJOHR 2003, 111.

⁹⁹ IF vom 31. Juli 1924. Das *Israelitische Familienblatt* „witzelte“: „Sag’ an, wotantreue Hilka, ist’s Haus auch frei von Gilka?“. Die Berliner Destillationsfabrik Carl Joseph Aloys Gilka produzierte den bekannten „Gilka Kaiser-Kümmel“, einen beliebten Verdauungsschnaps.

¹⁰⁰ Julius Wohlaue an CV-Zentrale, 31. Mai 1920, in: WHL, MF 55/69/2348; s. IF vom 19. Mai 1921.

Augenmerk aber besonders auf diese Pension halten und bitte Sie, mich zu benachrichtigen, wenn irgendwelche derartige Vorkommnisse sich wieder einstellen würden.“¹⁰¹

Nach Berlin meldete er außerdem:

„Im Allgemeinen herrscht hier im Bade ein friedlicher Ton und muss ich zu meiner Freude feststellen, dass das Benehmen der jüdischen Kurgäste ein korrektes ist. Ich bin mit dem Badedirektor sehr befreundet, der sehr loyal denkt und für jeden Kurgast, ob Jude oder Christ, zu haben ist und irgendwelche Klagen zur Zufriedenheit der Gäste zu schlichten sucht.“

Aber Robert Obermeyer mahnte ebenfalls, dass sich jüdische Kurgäste möglichst unauffällig verhalten sollten:

„Es ist wünschenswert in Ihrem Blatt immer wieder darauf hinzuweisen, dass sich die Kurgäste unseres Glaubens in allen Bädern zurückhaltend und bescheiden bewegen, denn die heutige Zeit verlangt es gerade von uns.“¹⁰²

Diese geforderte Verleugnung der eigenen Herkunft angesichts des wachsenden Antisemitismus gehörte ganz und gar nicht zu dem, wofür der CV eintrat: für selbstbewusste deutsche Staatsbürger jüdischen Glaubens und die aktive, sichtbare Bekämpfung judenfeindlicher Haltungen. Das „Haus Delius“ wurde nicht in die Liste eingetragen. Ein weiterer Fall beschäftigte die CV-Zentrale im Sommer 1926. Lucie Rosenberg aus Berlin war von der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte nach Bad Salzuflen geschickt worden. Als Unterkunft wurde ihr die „Pension Billerbeck“, Herforder Straße 8, zugewiesen. Die CV-Mitarbeiter hielten zu ihrer Eingabe fest:

„Als sie sich dort meldete, wurde ihr von der Pensionsinhaberin gesagt: ‚Ich bedaure sehr, sie nicht aufnehmen zu können, da ich meinen Gästen nicht zumuten kann, sich mit Juden an einen Tisch zu setzen!‘“¹⁰³

Die „Pension Billerbeck“ wurde erst zur Saison 1928 in das Verzeichnis des CV aufgenommen.¹⁰⁴

¹⁰¹ R. Obermeyer an CV-Zentrale, 12. Juni 1922, in: WHL, MF 55/69/2348.

¹⁰² EBD.

¹⁰³ CV-Z an CV-LV, August 1926, EBD. S. zu einigen dieser Fälle und den Reaktionen von CV und Synagogengemeinde auch ANNA ULLRICH, Von „jüdischem Optimismus“ und „unausbleiblicher Enttäuschung“. Erwartungsmanagement deutsch-jüdischer Vereine und gesellschaftlicher Antisemitismus 1914-1938, Berlin/Boston 2019, 121-132.

¹⁰⁴ CVZ vom 1. Juni 1928, s. auch IF vom 12. Juli 1928. Im Eintrag in den Verzeichnissen 1928 bis 1931 findet sich regelmäßig der Zusatz: „Die Inhaberin erklärt: ‚Ich bedaure sehr, Sie als Jüdin nicht aufnehmen zu können, da ich meinen Gästen nicht zumuten kann, sich mit Juden an einen Tisch zu setzen.‘“

Salzburger (X): Haus Lindenlohl annonciert: „Judenfrei“.
Salzburger (IX): Pension Billerbeck. Die Inhaberin erklärt: „Ich be-
 dauere sehr, Sie als Jüdin nicht aufnehmen zu können, da ich meinen
 Gästen nicht zumuten kann, sich mit Juden an einen Tisch zu setzen.“
Kinderheim Hartmann. Christliches Haus. Der Inhaber legt jedoch
 Wert darauf, nicht als jüdenfeindlich zu gelten. **Haus Heilbrunn,**
Haus Langrehr, Haus Weber, Kinderheim Sonnenschein. Zusatz im
 Wohnungsanzeiger: Christliches Haus. **Haus Schmiedelamp,** Christliches
 Haus.
Salzburger (I): Seefisch, Wiener Café, lt. Prospekt deutschvölkisch geführt.

Abb. 19: CV-Bäderliste mit Eintrag der „Pension Billerbeck“, 1930.
 CV-Zeitung vom 30. Mai 1930.

Weitgehend machtlos war der CV bei Beschwerden von Kurgästen wegen antisemitischer Gäste in einer Pension oder in einem Hotel. So beklagte ein Hamburger Gast im von exzessiver Hetze geprägten Sommer 1920:

„Ich war im Bade Salzuflen im Hotel ‚Osnabrücker Haus‘ [...] abgestiegen, welches mir von einem jüdischen Herrn empfohlen worden war. Zu meiner Überraschung machte ich die Entdeckung, dass dort die Gäste (fast nur Agrarier etc.) sich äußerst antisemitisch zeigten, so dass ich es vorzog, aus-zuziehen. Ich bitte Sie, das Hotel auf Ihre Warnungsliste zu setzen, damit nicht andere jüdische Reisende dieselben trüben Erfahrungen machen.“¹⁰⁵

In diesem Fall war also nicht der Wirt Ursache, wie von Seiten des CV ausdrücklich angemerkt wurde. Das Hotel wurde nicht ins Verzeichnis aufgenommen.¹⁰⁶ Andere Pensionsbetreiber machten die Aufnahme jüdischer Gäste direkt abhängig vom Charakter der aufgenommenen nichtjüdischen Gäste. Das „Haus Nacke“, Unterer Gröchteweg 1, nahm offenbar manchmal Juden auf, manchmal wies es sie ab.¹⁰⁷ Ähnlich verhielt es sich mit der ärztlichen Pension von Dr. Fritz Waubke, Bismarckstraße 5. Eine Jüdin, die dort im Oktober 1921 zu Gast war, wurde gebeten, allein auf ihrem Zimmer zu essen. Nach Erkundigungen von CV-Syndikus Goldmann waren die anderen Gäste, „in der Mehrzahl frühere Offiziere und Beamte“, der Anlass. Da sich der Betreiber um die Jüdin bemüht gezeigt hätte, dürfte sich, so Goldmann, ein „Vorgehen gegen Dr. W. kaum empfehlen.“¹⁰⁸

5.3 Das Problem der Korrekturen

Den CV in Berlin erreichten vereinzelt Schreiben von Pensionsinhabern, die um Korrekturen oder Richtigstellungen von Einträgen in der „Bäderliste“ nachsuchten. So meldete sich 1923 der Inhaber des früheren „Hotels Reichshof“, Lange Straße 63/65, nun „Hotel Wiener Hof“. Das Haus wurde seit zwei Jahren im Verzeichnis geführt. Der Inhaber bat um Streichung, da

¹⁰⁵ Walter Süsskind an CV-Zentrale, 12. Juli 1920, in: WHL, MF 55/69/2348. Damals Sophienstraße 4, heute Salinenstraße 5.

¹⁰⁶ CV-LV OWN an CV-Zentrale, 8. August 1920, EBD.

¹⁰⁷ CV-Zentrale an CV-LV OWN, 1. September 1921 und CV-LV OWN an CV-Zentrale, 11. September 1921, EBD. Ein CV-Mitglied berichtete Goldmann allerdings auch davon, dass die Inhaber ihn bereits vier Jahre zuvor abge-wiesen hätten: „Isaacson! Ist das ein Jude? Juden nehmen wir nicht auf!“.

¹⁰⁸ CV-LV OWN an CV-Zentrale, 16. Oktober 1921, EBD.

„[...] mir jüdische Gäste genauso willkommen sind wie nichtjüdische und ich seit Übernahme des Hotels nie einer Bekennung feindlich gegenübergestanden habe und jüdische Gäste stets freundliche Aufnahme bei mir gefunden haben.“¹⁰⁹

Er nannte dabei unter anderem den CV-Vertrauensmann Obermeyer als Referenz. Aus nicht nachvollziehbaren Gründen strich man das Hotel nicht aus der Liste. Es war dort weiterhin als „Hotel Reichshof“ mit einem „Frl. Rose“ als Inhaberin verzeichnet. Erst 1926 notierte das *Israelitische Familienblatt* zum Eintrag, dass der nunmehrige Besitzer Oehler die Inhaberin geheiratet habe, das Hotel mit neuer Pächterin nun die Bezeichnung „Wiener Hof“ trage und es nicht den Tatsachen entspreche, dass „judenfeindliches Gebaren“ vorgekommen wäre.¹¹⁰ Nun erst entfiel die Nennung.

In einem anderen Fall handelte es sich um eine Diskrepanz zwischen dem im *Israelitischen Familienblatt* und in der *CV-Zeitung* abgedruckten Verzeichnis für 1929. In der Ausgabe des ersteren war die „Villa Dürkopp“ als „vornehme christliche Pension“ gelistet, in der im CV-Organ abgedruckten Liste fehlte das Haus.¹¹¹ Die Pension war wenige Wochen zuvor von einem neuen Besitzer übernommen worden. Der wandte sich nun an den CV und ersuchte um Korrektur:

„Aus israelitischem Bekanntenkreis erfuhr ich, dass mein Haus in Ihrer Zeitung unter den Bädernachrichten als ein antisemitisches Haus bezeichnet wurde. Ich glaube, dass diese Annahme aus veralteten Annoncen herrührt und bitte, dieses widerrufen zu wollen.“¹¹²

Nicht immer waren es Besitzer- oder Betreiberwechsel, die zu Einwendungen führten. Einige Inhaber konfessionell geprägter Häuser wollten auf keinen Fall als „judenfeindlich“ gelten. 1926 nahm deshalb das *Familienblatt* den Zusatz zum Eintrag des christlichen „Kinderheims Hartmann“, Oberer Gröchteweg 12, auf:

„Herr Hartmann weist darauf hin, dass das Heim zwar nach christlichen Grundsätzen geleitet wird, dass jüdische Kinder dort aber ebenso willkommen sind wie christliche und verschiedentlich Aufnahme gefunden haben.“¹¹³

Im Verzeichnis der *CV-Zeitung* blieb allerdings der Eintrag des „Kinderheims Hartmann“ ohne Erläuterungen bestehen. Das Ehepaar Hartmann wendete sich daher noch einmal im März 1928 an den CV:

¹⁰⁹ Albert Wagenführ an CV-Zentrale, 20. Juli 1923, EBD.

¹¹⁰ IF vom 24. Juni 1926.

¹¹¹ IF vom 20. Juni 1929.

¹¹² Otto Fritsch an CV-Zeitung, 19. Juni 1929, in: WHL, MF 55/69/2348. Fritsch gab auch an, das Haus nun als „Hotel Roseneck“ weiterzuführen.

¹¹³ IF vom 17. Juni 1926.

„Wie ich Ihnen schon früher mitteilte, war ich ganz erstaunt, mein Haus als antisemitisch bezeichnet zu finden. Der Vorsteher der hiesigen Gemeinde, sowie dessen Frau sind mit mir eng befreundet. Sie werden jederzeit dort Auskunft bekommen können. Ich möchte also nicht in vorbemerakter Bezeichnung in die Liste der Kurorte und Gasthäuser aufgenommen werden. Der Irrtum ist sehr bedauerlich.“¹¹⁴

Nun erst führte die *CV-Zeitung* das Kinderheim als „christliches Haus“ in ihrer Liste – und zwar mit dem irritierenden Vermerk „Man beachte die Bemerkungen im Wohnungsanzeiger“.

5.4 Die „Bäderliste“ als Auslöser eines innerjüdischen Konflikts

Die angeführten Mängel und Schwächen im Verzeichnis waren jedoch nicht ursächlich für einen innerjüdischen Konflikt, der sich im Frühjahr 1926 anbahnte. Es kam zu heftigen Spannungen zwischen der CV-Ortsgruppe und der Synagogengemeinde Bad Salzuflen auf der einen und der CV-Zentrale und ihrem Landesverbandssyndikus Goldmann auf der anderen Seite. In Bad Salzuflen hatte sich starker Ärger über das Verzeichnis breitgemacht. Aufgrund der vorgenommenen Verifizierungen war bereits vor Veröffentlichung der „Bäderliste“ bekannt, dass die fünf Einträge, die es 1925 gewesen waren, für die Saison 1926 auf 16 angestiegen waren.

Offensichtlich auf Drängen seines Vorstandsmitglieds Aumann befasste sich im April 1926 der Verein der Fremdenheiminhaber mit dem Verzeichnis des CV. Ohne jegliche Abstimmung mit der CV-Zentrale oder dem -Syndikus hatte Vereinsgeschäftsführer Aumann dort einen Beschluss herbeigeführt, „dass alle Heime, die Juden nicht aufnehmen wollen, [als] ‚christliches Haus‘ firmieren müssen.“¹¹⁵ Fast gleichzeitig erhob die Synagogengemeinde Einwände beim Syndikus Goldmann, wie dieser nach Berlin berichtete:

„Der Vorstand der Gemeinde Salzuflen wird telefonisch bei uns vorstellig, dass man den Ort Salzuflen aus der Liste der antisemitischen Badeorte fortlassen möge, da man der Meinung sei, die Veröffentlichung der antisemitischen Häuser verursache mehr Schaden als Nutzen. Wir reichen Ihnen diesen Antrag, der Bände spricht, ohne Stellungnahme weiter. [...] [Es] ist ein Musterbeispiel, das u. E. in der C.V.-Zeitung angeprangert werden sollte.“¹¹⁶

Intern teilte die Zentrale Goldmann mit, dem Ansinnen der Salzufler auf keinen Fall Folge zu leisten:

¹¹⁴ Hartmann an CV-Zentrale, März 1928, in: WHL, MF 55/69/2348.

¹¹⁵ Auszug aus einem Vermerk des CV-LV OWN, 12. April 1926, EBD. Aufgeführt sind: ‚Haus Bergfrieden‘, Am Obernberg – ‚Haus Langrehr‘, Baumstr. 17 – ‚Haus Schipper‘, Lietholzstr. 1 – ‚Haus Weber‘, Inh. Frau Niemeyer, Moltkestr. 31 – ‚Daheim‘, Parkstr. 40 – ‚Friedrichsruh‘, Parkstr. 48 – ‚Heilsbrunn‘, Roonstr. 5 – ‚Poppelbaum Fehling Teutonia‘, Roonstr. 19 – Christl. Hospiz, Wenkenstr. 30 – ‚Haus Schmiedeskamp‘, Wüstenerstr. – ‚Kinderheim Sonnenschein‘ (Frl. Müller), Moltkestr. 36 – ‚Kinderheim Hartmann‘, Oberer Gröchteweg.

¹¹⁶ CV-LV OWN an CV-Zentrale, 30. April 1926, EBD.

„Wenn wir auch den Wunsch der Gemeinde verstehen können, die befürchten muss, dass der Reiseverkehr dadurch leidet, wenn in Salzuflen eine Anzahl Hotels als antisemitisch aufgeführt werden, so sind wir doch unseren Mitgliedern gegenüber verpflichtet, sie vor unliebsamen Vorkommnissen zu bewahren. Solche sind aber unausbleiblich, wenn sich erholungssuchende Glaubensgenossen nichtsahnend an eines dieser Häuser wenden sollten.“¹¹⁷

Nachdem Goldmann diese Entscheidung der Synagogengemeinde übermittelt hatte, intervenierte deren Vorsitzender direkt in Berlin und versuchte Einfluss zu nehmen:

„Wir halten die Art der Veröffentlichung für eine außerordentlich starke Schädigung der Gesamtinteressen des Bades und der an dem Bade Interessierten. [...] Salzuflen nimmt in der Aufstellung den größten Raum ein, ein Moment, was bei der sprichwörtlich gewordenen ängstlichen Sinneseinstellung unserer Glaubensgenossen einfach verheerend wirken muss, ganz besonders, wenn die Aufstellung nur oberflächlich betrachtet wird. Da sagt sich der ängstliche Jude: Nach Salzuflen um Gottes Willen nicht! Die Größe des Druckraums musste so groß werden, weil jede angeblich antisemitische Pension neben den Namen, den Besitzer und Straße und Hausnummer trägt, was unserer Ansicht nach zunächst durchaus überflüssig war, weil der Name des Hauses durchaus genügt hätte. Dadurch würde der Raum um die Hälfte kleiner geworden sein. So aber erweckt es den Anschein, als ob hier fast alles völkisch wäre, während es in Wirklichkeit so ist, dass neben diesen von Ihnen aufgeführten 12 Häusern antisemitischer Einstellung mehr als 200 Hotels und Pensionen vorhanden sind, die gern Juden nehmen, also ein verschwindend geringer Prozentsatz, viel geringer als z. B. im benachbarten Oeynhaus, das in Ihrer Liste bedeutend günstiger abschneidet.“¹¹⁸

Gleichzeitig betonte die Synagogengemeinde, dass vor Ort vieles getan würde, um jüdischen Kurgästen Orientierung bei der Auswahl einer genehmen Unterkunft zu bieten, allerdings gelte es, Schaden abzuwenden:

„Die Badeverwaltung selbst ist durchaus judenfreundlich. Die Fremdenheime sind in dem ‚Verein der Fremdenheim-Inhaber‘ organisiert und dieser Verein ist durchaus judenfreundlich, was am besten dadurch dargetan wird, dass der 2. Vorsteher unserer Gemeinde, Herr S. Aumann, Vorstandsmitglied und angestellter Geschäftsführer des Vereins ist.“¹¹⁹

Letztlich insistierte auch die Synagogengemeinde, der CV möge künftig auf die Nennung der antisemitischen Häuser verzichten und stattdessen auf den saisonalen Wohnungsanzeiger des Vereins der Fremdenheiminhaber verweisen:

¹¹⁷ CV-Zentrale an CV-LV OWN, Mai 1926, EBD.

¹¹⁸ Synagogengemeinde Salzuflen-Schötmar an CV-Zentrale, 14. Mai 1926, EBD.

¹¹⁹ EBD.

„In diesem Wohnungsanzeiger sind diejenigen Häuser, die antisemitisch sind, richtiger aber gesagt, die durchweg antisemitische Gäste haben, als ‚christliches Haus‘ besonders gekennzeichnet. [...] Wir [...] möchten bitten, in Zukunft bei unserem Bade vielleicht folgenden Text zu wählen: ‚In dem von der Badeverwaltung herausgegebenen Wohnungsanzeiger, der kostenlos verabfolgt und versandt wird, sind Fremdenheime, in denen nur Völkische verkehren, mit ‚christliches Haus‘ bezeichnet.‘ Wir glauben, dass so allen Teilen am besten gedient ist.“¹²⁰

Vertrauensmann Robert Obermeyer legte wenige Tage später mit der Bitte um den Abdruck eines von ihm verfassten werbenden Artikels über das Kurbad in der *CV-Zeitung* nach.¹²¹ In Berlin entschied man sich gegen die Aufnahme. Um die Situation aber zu beruhigen, veröffentlichte die Redaktion folgende Notiz:

„Verschiedene Anfragen. Das Herzbad Salzuflen ist keineswegs antisemitisch. Nur die in unserer Liste angegebenen Häuser (eine verschwindend geringe Zahl gegenüber den 300 dort vorhandenen Gasthäusern) lehnen die Aufnahme von Juden ab.“¹²²

Mit dieser kurzen Mitteilung erzielte die CV-Zentrale jedoch eine andere Reaktion als erwartet. Vom Vorstand der Synagogengemeinde wendete sich nun Max Stamm an die Verantwortlichen in Berlin:

„[Wir] können leider nur feststellen, dass das uns bewiesene Entgegenkommen nicht als besonders groß bezeichnet werden kann. Wir können Ihnen aber nicht vorenthalten, was die Folge der Notiz bereits gewesen ist und wollen Ihnen nur einige Zahlen nennen, die besser sprechen als alles andere. Am Platze sind nur zwei ausgesprochen jüdische Pensionen. Wir nennen zunächst Haus Adler (Inh. S. Aumann). Das Haus hatte am 15. cr. 7 Gäste gegen 80 im Vorjahre, das bedeutet knapp 9%. Dann nennen wir das Haus Hamlet, am gleichen Tage 3 Gäste (darunter 2 Verwandte) gegen 94 in den Vorjahren. Eine weiter für sich sprechende Einzelheit: Zeichner dieses sprach heute morgen mit dem 1. Buchhändler am Platze. Er fragte mich, wie es komme, dass in diesem Jahre überhaupt keine Juden hier seien. Er merke das am besten am Verkauf des ‚B.T.‘ [Berliner Tageblatt, JH]. Er hätte dieses Blatt zum 1. Juli ganz aufbestellt, weil es doch nicht verkauft würde. Wir sind

¹²⁰ Synagogengemeinde Salzuflen-Schötmar an CV-Zentrale, 14. Mai 1926, EBD.

¹²¹ R. Obermeyer an CV-Zentrale, 18. Mai 1926, EBD. Die verwischte Mikrofilmaufnahme lässt sich leider nur zum Teil entziffern. U. a. heißt es darin: „Salzuflen mitten im demokratischen Lipperstaat gelegen, dessen Bevölkerung sich stets auch während der Hochflut der antisemitischen Welle judenfreundlich benommen hat, legt ganz besonderen Wert darauf, unseren Glaubensgenossen einen störungsfreien und erfolgreichen Verlauf ihrer Kur zu sichern.“

¹²² CVZ vom 11. Juni 1926.

soweit, dass wir uns bald als judenreines Bad bezeichnen können. Was gedenken Sie dagegen zu tun?“¹²³

Die verfahrenre Situation drohte zu eskalieren. In der Zentrale hatten die Mitarbeiter ein Antwortschreiben nach Bad Salzuflen vorbereitet, dass mit folgenden Sätzen endete:

„Wir bitten Sie, uns nicht verübeln zu wollen, wenn wir gegenüber den schweren und ungerechtfertigten Vorwürfen, die Sie uns machen, und mit denen Sie unsere allerorten als nützlich anerkannte Tätigkeit in ein ganz falsches und ungünstiges Licht stellen, Ihnen ein deutliches ‚Jeder kehre vor seiner Tür‘ zurufen. Tun Sie an Ihrem Orte das Ihre und wir werden uns herzlich freuen, wenn wir im nächsten Jahre Ihre Stadt ganz aus unserer Liste streichen können. [...] Ich gebe zu bedenken, dass Sie mit der Kritik, die Sie uns mit Ihrem Schreiben angedeihen ließen, doch wahrlich die Axt an die Wurzel unserer Vereinsarbeit gelegt haben.“¹²⁴

Dr. Alfred Wiener, Syndikus des Hauptverbandes, bemühte sich um Deeskalation und sandte statt des Schreibens Siegmund Goldmann nach Bad Salzuflen, um das Gespräch mit Max Stamm zu suchen und die „Differenz wegen der Liste“ zu erledigen. Stamm zeigte tatsächlich Einsicht und erklärte sich einverstanden, „die Sache auf sich beruhen zu lassen“. Goldmann berichtete der Zentrale außerdem:

„Aus seinen [Stamms, JH] Äußerungen ging hervor, dass die ganze Aktion gegen uns von zwei Personen in Bewegung gesetzt ist und zwar von dem Arzte Dr. Loewenthal und dem Pensionsinhaber Aumann (Pension Adler), die beide in diesem Jahre über erheblichen Ausfall klagen. Ob dieser Ausfall aber auf unsere Veröffentlichung zurückzuführen ist, scheint uns sehr zweifelhaft, da wir feststellen konnten, dass auch in Oeynhausen und in den Kurorten des Harzes die Zahl der Besucher und der jüdischen Besucher ganz besonders zurückgegangen ist.“¹²⁵

Der Konflikt erwies sich nur als temporär beigelegt. Bereits drei Monate nach dem Gespräch deutete sich an, dass die Ortsgruppe des CV sich wenig geneigt zeigte, den Hauptverband in Bezug auf das Bäderverzeichnis weiter zu unterstützen. Dieses hatte sich bereits bei der Verifizierung der „Pension Billerbeck“, welche die Jüdin Lucie Rosenberg aus Berlin abgewiesen hatte, angedeutet. Die Ortsgruppe sprach sich dagegen aus, dieses Haus kurz vor Ende der Saison noch als Nachtrag „auf die schwarze Liste“ der *CV-Zeitung* zu setzen. Sie verwies darauf, dass die Verhältnisse im kommenden Frühjahr „sowieso eingehend nachgeprüft werden müssen“.¹²⁶ Als Syndikus Goldmann die Ortsgruppe allerdings im Februar 1927 zu eben diesem

¹²³ Synagogengemeinde Salzuflen-Schötmar an CV-Zentrale, 22. Juni 1926, in: WHL, MF 55/69/2348.

¹²⁴ Entwurf eines Schreibens der CV-Zentrale an die Synagogengemeinde Salzuflen-Schötmar, 25. Juni 1926, EBD.

¹²⁵ CV-LV OWN an CV-Zentrale, 28. Juli 1926, EBD.

¹²⁶ CV-LV OWN an CV-Zentrale, 5. September 1926, EBD.

Zweck anschrieb, reagierte statt des Vertrauensmanns Obermeyer der Pensionsinhaber Aumann, und zwar im Namen des Vereins der Fremdenheiminhaber – ein deutlicher Affront:

„In Erledigung der uns überlassenen Zuschrift [...] teilen wir Ihnen höfl. mit, dass wir in unserem Verein keine antisemitischen Pensionen anzugeben haben und bitten von einer Aufnahme in der Rubrik antisemitischer Häuser in dem CV-Blatt Abstand nehmen zu wollen. Sollten wider Erwarten Reibereien vorkommen, so wird der Vorstand die nötigen Schritte unternehmen und Sie alsdann in Kenntnis setzen.“¹²⁷

Goldmann machte wie im Vorjahr Aumann und Dr. Loewenthal als treibende Kräfte in dieser Angelegenheit aus. Der Landesverbandssyndikus schien mittlerweile jedoch der Diskussion müde. Der Zentrale schlug er vor, in der „Bäderliste“ nur noch die Notiz aufzunehmen, dass sich potentielle Kurgäste mit Auskunftersuchen an den Verein der Fremdenheiminhaber oder Simon Aumann wenden könnten.¹²⁸ Die Zentrale mochte zwar nicht auf den Vorschlag eingehen, da sie Aumann als parteiisch betrachtete, unterbreitete nun aber ihrerseits das Angebot, antisemitische Häuser als „christlich“ zu bezeichnen:

„Wir müssen aber auf alle Fälle die Gewähr haben, dass unsere Mitglieder in den betreffenden Häusern keinen Unannehmlichkeiten ausgesetzt sind, andernfalls sehen wir keinen Anlass, die Häuser zu streichen. – Bei aller Rücksichtnahme auf die Interessen der jüdischen Einwohner in Salzuflen können wir nicht die ebenso berechtigten Interessen unserer Mitglieder, die dorthin zur Erholung kommen, vernachlässigen.“¹²⁹

Letztlich jedoch beugte sich Berlin dem Ansinnen der Salzufler. In der „Bäderliste“ für 1927 waren in der *CV-Zeitung* nur die bekannten „christlichen Häuser“ notiert: Haus Langrehr, Haus Weber, Haus Heilbrunnen, Kinderheim Sonnenschein, Kinderheim Hartmann. Daneben fand sich der Hinweis: „Man beachte die Bemerkungen im ‚Wohnungsanzeiger‘“. ¹³⁰ Das *Israelitische Familienblatt* dagegen führte neben diesen fünf Häusern weitere acht antisemitische auf.¹³¹ Die Korrespondenz zwischen CV-Zentrale, dem Landesverbandssyndikus und der Ortsgruppe Bad Salzuflen zur „Bäderliste“ endet in der erhaltenen Akte mit dem Frühjahr 1928. Die Dokumente in anderen Zusammenhängen darin reichen jedoch bis in den Sommer 1931.

5.5 Das Ende der „Bäderliste“

Aufgrund der wachsenden Zahl der Einträge und der besseren Handlichkeit legte das *Israelitische Familienblatt* die „Bäderliste“ ab 1929 als gedruckte Broschüre unter dem Titel „Wo Juden

¹²⁷ CV-LV OWN an CV-Zentrale, 19. Februar 1927, EBD.

¹²⁸ CV-LV OWN an CV-Zentrale, 21. Februar 1927, EBD.

¹²⁹ CV-Zentrale an CV-LV OWN, 24. Februar 1927, EBD.

¹³⁰ CVZ vom 8. April 1927.

¹³¹ IF vom 19. Mai und 7. Juli 1927.

unerwünscht sind“ bei.¹³² Die Redaktion erweiterte die Liste außerdem um die Sparte „Von Nationalsozialisten, Deutschvölkischen usw. bevorzugte Gaststätten“.¹³³ Die letzte Liste dieser Art wurde mit der Ausgabe des *Familienblatts* vom 2. Juni 1932 in Umlauf gebracht.

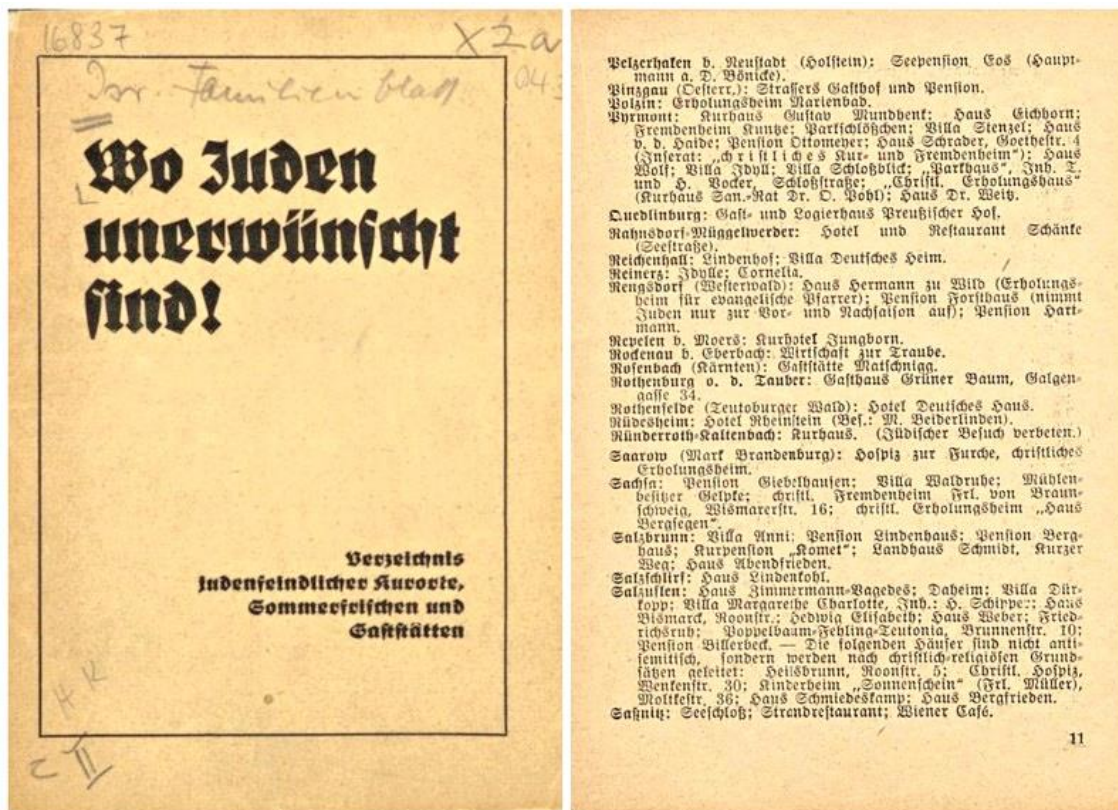


Abb. 20: Titelblatt der Broschüre „Wo Juden unerwünscht!“ und Seite mit den Einträgen zu Bad Salzuflen.
Beilage zum Israelitischen Familienblatt vom 11. Juni 1931.

Der CV hatte angesichts der Entwicklung zur Saison 1932 kapituliert. Er publizierte wegen des Umfangs und der dauernden Veränderungen kein Verzeichnis mehr, sondern forderte dazu auf, sich direkt bei ihm zu erkundigen.¹³⁴ Nach der „Machtübernahme“ durch die Nationalsozialisten erübrigte sich die Veröffentlichung einer solchen Liste. Den unter Kontrolle stehenden deutschjüdischen Presseorganen wäre sie zudem kaum mehr erlaubt gewesen. Auch Anzeigen und Presstexte der Salzufler Kurverwaltung, die noch bis in die Saison 1932 in den jüdischen Blättern um Kurgäste warben, entfielen ab 1933.¹³⁵

¹³² S. Hinweis im IF vom 16. Mai 1929.

¹³³ S. beispielsweise Streichungen und Ergänzungen in dieser Kategorie im IF vom 5. Juni 1930.

¹³⁴ Hinweis in der CVZ vom 13. Mai 1932. Der CV bewarb dieses als „Reisedienst“, CVZ vom 19. August 1932.

¹³⁵ Eine der Anzeigen der Saison 1932 befindet sich in der CVZ vom 6. Mai 1932. Redaktionelle Notizen und Berichte veröffentlichte auch das von liberalen Juden gern gelesene BERLINER TAGEBLATT, u. a. in den Ausgaben vom 10. Juli 1923 und 20. Mai 1928 („Bad Salzuflen, die Perle des Lipper Landes“).

6 Der Kurbetrieb im Fokus der NSDAP ab 1930

Das Treiben der Antisemiten gewann ab Ende der 1920er Jahre mit dem verstärkten Auftreten der Nationalsozialisten merklich an Radikalität. Seit 1926 existierte eine Ortsgruppe der NSDAP in Bad Salzuflen, die 1929 19 Mitglieder verzeichnete.¹³⁶ 1928 bildete sich außerdem ein SA-Trupp.

	20.5.1928	14.9.1930	31.7.1932	6.11.1932
KPD	1,3 (10,6)	3,6 (13,1)	5,4 (14,6)	11,7 (16,9)
SPD	35,1 (29,8)	26,5 (24,5)	22,8 (21,6)	24,1 (20,4)
Zentrum	7,3 (12,1)	7,5 (11,8)	8,7 (12,5)	6,9 (11,9)
DDP/DStP	4,3 (4,9)	5,0 (3,8)	1,2 (1,0)	0,7 (1,0)
DVP	21,8 (8,7)	10,2 (4,5)	2,7 (1,2)	3,2 (1,9)
DNVP	14,8 (14,2)	8,9 (7,0)	11,8 (5,9)	10,8 (8,5)
NSDAP	2,2 (2,6)	22,5 (18,3)	43,4 (37,4)	36,1 (33,1)
Sonstige	13,3 (17,0)	15,9 (17,0)	3,9 (5,7)	6,5 (6,6)

Tabelle 2: Reichstagswahlergebnisse in Bad Salzuflen 1928 bis 1932.
In Klammern zum Vergleich die reichsweiten Ergebnisse.¹³⁷

Der Kurort galt den Rechtsextremisten als „vollständig verpalästinert“.¹³⁸ Als Projektionsfläche antisemitischer Stereotype diente vereinzelt das Bild des „frisch aus dem Osten eingeführten“ orthodoxen Juden – „mit schwarzen Korkenzieherlocken und langem Kaftan“¹³⁹ –, das zwar in Salzuflen nur selten zu sehen war, aber dennoch zur Markierung und Diffamierung einer vermeintlich fremden und unerwünschten jüdischen Präsenz eingesetzt wurde. Bevor mit dem *Lippischen Kurier* eine eigene Tageszeitung zur Verfügung stand, dienten der antisemitische *Stadtwächter* und der nationalsozialistische *Westfälische Beobachter*, beide erschienen in Bielefeld, als aggressive Verlautbarungsorgane. Der *Stadtwächter* nahm im Sommer 1930 die „Bäderliste“ zum Anlass, dem CV die Fakten verdrehend und in gespielter Empörung die Ächtung „deutscher“ Pensionen vorzuwerfen. Alle diese Bekanntmachungen seien „reine Boykott- und Verrufserklärungen seitens der Juden“. Hämisches kommentierte das Blatt:

¹³⁶ Erster Ortsgruppenleiter war Albert Horstmann. Vgl. Schriftwechsel zwischen der NSDAP-Ortsgruppe Bad Salzuflen und dem Bielefelder Bezirksleiter, 1928-30, in: LAV NRW OWL, M 15 Nr. 128. Als Vorläuferorganisation ist die Nationalsozialistische Freiheitsbewegung (NSFB) zu sehen, die 1924/25 auch in Lippe vertreten war. Kreisleiter für den Bereich Salzuflen war Rauxloh, s. LLZ vom 24. Januar 1925.

¹³⁷ Tabelle nach FRANZ MEYER, Bad Salzuflen unter dem Hakenkreuz, in: DERS. (Hg.), Bad Salzuflen. Epochen der Stadtgeschichte, Bielefeld 2007, 309-382, hier 310.

¹³⁸ So in einem Beitrag im antisemitischen Machwerk des ERICH EKKEHARD [I.E. HEINRICH KRAEGER], *Sigilla veri*. (Ph. Stauff's Semi-Kürschner), *Lexikon der Juden, -Genossen und -Gegner aller Zeiten und Zonen, insbesondere Deutschlands, der Lehren Gebräuche, Kunstgriffe und Statistiken der Juden sowie ihrer Gaunersprache, Trugnamen, Geheimbünde usw.*, Erfurt 1929-31, Bd. 3, 108.

¹³⁹ Der nationalsozialistische Lehrer Dr. Gustav Schalk aus Detmold erwähnte 1935 in einem Vortrag zur „Judenfrage“ seine „Erlebnisse“ im Salzufler Kurpark von „vor etwa vier Jahren“, s. LIPPISCHE STAATSZEITUNG (LSTZ) vom 6. August 1935.

„Unsere erholungsbedürftigen Geschäftsleute werden jetzt also wissen, wo sie in Salzuflen verkehren können, ohne Juden zu belästigen und zu stören.“¹⁴⁰

Dabei veröffentlichten nationalsozialistische Presseorgane schon längst Verzeichnisse von Hotels, Pensionen und Gasthäusern, in denen Parteigenossen mit Vorliebe abstiegen oder einkehrten. Unter der Überschrift „Wo verkehrt der N. S.“ warb beispielsweise der *Westfälische Beobachter* für den Gasthof des Parteigenossen und späteren Ortsgruppenleiters Paul Hetland in Oberwüsten und „Schäfers Hotel“ in der Herforderstraße 14.¹⁴¹

6.1 Die „rote Bude“ der NSDAP am Kurpark 1930/31

Wenige Monate vor der Reichstagswahl vom September 1930 verstärkte die lippische NSDAP ihre Propaganda. Als Filiale der „Großdeutschen Buchhandlung“ in Detmold eröffneten die Nationalsozialisten einen kleinen Zeitungspavillon in der Langestraße, direkt am Kurpark. Die Stadt hatte die Genehmigung erteilt, auch weil er sich auf einem Privatgrundstück befand. Im Sommer sorgte er bei jüdischen Kurgästen für Entrüstung, da dort nicht nur antisemitische Blätter wie der *Stürmer* lautstark angepriesen und verkauft, sondern ebenfalls großflächige Plakate mit judenfeindlicher Propaganda angebracht wurden. Im Vorfeld der Wahl richtete sich diese Agitation vornehmlich gegen die Deutsche Staatspartei, die als Hort von Juden verunglimpft wurde. Wegen seines auffälligen Anstrichs bezeichneten viele den Pavillon als „rote Bude“.

Ende Juli 1930 beschwerte sich ein jüdischer Gast bei der Kurdirektion. Er sei zum elften Mal in Salzuflen und erschüttert. Die im Kiosk Beschäftigten würden sich nicht auf den Verkauf von Zeitungen oder Broschüren beschränken, sondern aktiv Passanten anrempeln.¹⁴² Kurdirektor Gustav Horstmann reichte die Beschwerde an den Stadtrat mit dem „Ersuchen um energisches Eingreifen“ weiter und schrieb:

„Nach uns zugegangenen Mitteilungen aus Kurgästekreisen werden durch die ausgesprochen agitatorisch parteipolitisch wirkende Aufstellung des Zeitungsstandes am Schliepsteinertor viele Gäste von Salzuflen verärgert fortgehen bzw. nicht nach Salzuflen kommen und hätte man unseres Erachtens besser daran getan, den politischen Streit der Parteien aus unserem Kurort fernzuhalten. [...] Nach unserem Dafürhalten gehört ein offener rein politisch aufgezogener Verkaufsstand in einen Kurort nicht hinein.“¹⁴³

Der Stadtrat beschloss eine Mitteilung an die NSDAP, dass die Stadt die Genehmigung zur Aufstellung des Kiosks widerrufe, falls weiterhin Beschwerden eintreffen sollten. Außerdem for-

¹⁴⁰ STADTWÄCHTER vom 29. Juni 1930.

¹⁴¹ WESTFÄLISCHER BEOBACHTER vom 8. November 1930.

¹⁴² Handelsgerichtsrat Hermann Lennhoff an Kurdirektion, 28. Juli 1930, in: STADTARCHIV BAD SALZUFLEN, C Nr. 803.

¹⁴³ S. Vorgang, 1930, EBD.

derte sie einen unauffälligeren Anstrich im Ton der Grundmauer. Die Partei reagierte mit dem Aufruf zu einer Protestversammlung gegen „Judenterror u. Polizeischikane in Bad Salzuflen“ am 30. Juli im Restaurant „Klein Bremen“:

„Nachdem wir erst vor einiger Zeit den unerhörten Judenterror in unserer Stadt erlebt haben, geht nunmehr auch die [...] Polizei zum offenen Angriff über.“¹⁴⁴

Der *Lippische Allgemeine Anzeiger* brachte einen ausführlichen Artikel über die Veranstaltung mit dem Parteiredner Ulrich Berg.¹⁴⁵ Eine Reaktion auf sein Schreiben erhielt der Stadtrat ebenso wenig wie auf ein weiteres.



Abb. 21: Der Kiosk der NSDAP am Kurpark mit antisemitischen Plakaten und Zeitschriften, August 1930.
(Lippische Landesbibliothek, BA/BS 13-1)

¹⁴⁴ Eine leicht verzerrte Abbildung dieses NSDAP-Plakats findet sich ohne eine Quellenangabe unter: <https://germanpropaganda.org/early-days/> (Aufruf: 23. Juli 2025).

¹⁴⁵ LIPPISCHER ALLGEMEINER ANZEIGER (LAA) vom 31. Juli 1930. Der Schreiber kreidete, ohne auf die antisemitische Hetze der NSDAP einzugehen, „atonale“ Vorkommnisse an, die zu vermeiden gewesen wären, „wenn nicht, durch der Parteien Gunst und Hass verwirrt, die ruhige Überlegung in die Brüche gegangen wäre.“

Am 23. August fertigte ein Polizeibediensteter eine Zeichnung des Pavillons. Auf einem der antisemitischen Plakate war zwischen zwei offensichtlichen Judengesichtern ein Affengesicht zu sehen und zu lesen:

„Sarah, jetzt werden wir uns immer grüßen: Trai daitsch allewege.
Wer so zufrieden ist wie dieser Affe, wählt Deutsche Staatspartei.
Sie werden lachen, ich bin Jungdo.
Deutsche Staatspartei.“¹⁴⁶

Der Pensionsinhaber Michel Hamlet wandte sich nun an das Landespräsidium in Detmold und insistierte, endlich etwas zu unternehmen.¹⁴⁷ Auch Syndikus Goldmann wurde tätig, er informierte die Berliner CV-Zentrale über das Geschehen:

„In Bad Salzuflen regt sich die NS [sic] ganz besonders. In der Nähe des Kur-parks hat sie einen Zeitungsstand aufgemacht, rotes Tuch mit großem Hakenkreuz, in dem völkische Zeitungen verkauft werden und verhetzende Karikaturen aufgehängt sind. An die Badeverwaltung sind schon allerhand Beschwerden gekommen, die diese an den Magistrat weitergegeben hat. Auch aus der SPD ist die Sache im Magistrat zur Sprache gebracht worden, jedoch soll der Bürgermeister erklärt haben, so lange die öffentliche Ruhe nicht gestört würde, habe er keine Möglichkeit, einzuschreiten.“¹⁴⁸

Die Landesregierung sendete wie der Stadtrat zuvor Schreiben an die „Großdeutsche Buchhandlung“, als deren Filiale der Kiosk fungierte. Die Briefe kamen merkwürdigerweise als unzustellbar zurück. Das Problem blieb bestehen. Da die Kursaison jedoch ihrem Ende entgegen-sah, ließ man die Angelegenheit augenscheinlich auf sich beruhen. Die Reichstagswahl vom 14. September 1930 sorgte für einen Erfolg der NSDAP. Reichsweit konnte sie sich von 2,6 auf 18,3 Prozent steigern. In Bad Salzuflen lag das Ergebnis mit 22,5 Prozent sogar noch darüber.

Wie vorherzusehen blieb der Pavillon auch 1931 ein Problem. Im Juni wendete sich Siegmund Goldmann deswegen an die CV-Zentrale und berichtete von einer „Steigerung der NS-Bewegung“. Auch würde von den Mitarbeitern des Pavillons ein Verzeichnis nationalsozialistischer Pensionen geführt. Ein neues Hindernis trat unversehens hinzu. Der Lippische Synagogen-verband hatte sich wegen anderer Vorfälle ausbedungen, als gesetzliche Vertretung der jüdi-schen Lipper allein Kontakt mit der Landesregierung zu unterhalten.¹⁴⁹ In Berlin hielt man von dieser „lippischen Regelung“ nichts:

„Wenn überhaupt Maßnahmen gegen das Übergreifen nationalsozialisti-scher Agitation in den Bädern zum Gegenstand eines offiziellen Schrittes gemacht werden, muss dies durch den CV geschehen. Eine solche Maß-

¹⁴⁶ Polizeizeichnung des NSDAP-Verkaufspavillons mit antisemitischen Plakaten, 23. August 1930, 11:45 Uhr, in: STADTARCHIV BAD SALZUFLEN, C Nr. 803.

¹⁴⁷ Hamlet an Landespräsidium, 25. August 1930, in: LAV NRW OWL, L 75 IV Gr. 7 Nr. 51.

¹⁴⁸ CV-LV OWN an CV-Zentrale, 28. August 1930, in: WHL, MF 55/69/2348.

¹⁴⁹ CV-LV OWN an CV-Zentrale, 25. Juni 1931, EBD.

nahme gehört zum Aufgabenkreis des CV, so dass unter keinen Umständen eine Kompetenzabgabe erfolgen kann.“¹⁵⁰

Zwei Wochen später traten zum einen die Synagogengemeinde Bad Salzuflen-Schötmar und schließlich Richard Hamlet mit Beschwerden über die „rote Bude“ an das Landespräsidium in Detmold heran, vor allem über die diffamierenden antisemitischen Plakate und Klebezettel mit Aufschriften wie „Hopfenhandeln möcht‘ der Jud‘, Hopfenzupfen nie! Der Jud‘ muss hinaus!“.¹⁵¹ Ein Kurgast, Julius Romann aus Herne, forderte Anfang August den CV auf, für Abhilfe zu sorgen:

„Als Mitglied der Ortsgruppe Herne möchte ich Sie doch höflichst bitten, sich mal mit der Badeverwaltung des Bades Salzuflen in Verbindung zu setzen, und zwar über folgendes. Ich war am dortigen Platze einige Tage zur Kur und bin nicht länger geblieben, weil auf der Hauptstraße, die zum Kurpark führt, eine Holzbude aufgestellt ist, aus der eine Hakenkreuzfahne ständig hängt und in dieser Halle Zeitungen, Photos usw. verkauft werden und allerlei Zettel aufgeklebt sind, auf denen steht: ‚Der Jud muss raus‘ usw. Salzuflen wird ständig gerne von Glaubensgenossen besucht, aber wenn die Badeverwaltung nicht dafür sorgt, dass dieses recht schnell verschwindet, ist es ausgeschlossen, dass noch jüd. Kurgäste dort hinfahren. Es gibt doch in Salzuflen jüdische Pensionen wie Adler, Hamlet und frage ich an, ob sich diese noch nicht darüber beschwert haben.“¹⁵²

Erneut befasste sich der CV mit der „roten Bude“. Die Behörden sahen weiterhin keine Handhabe zum Eingreifen. Syndikus Goldmann hatte Gespräche mit der Stadt- und der Kurverwaltung geführt, konnte letztlich aber nur nach Berlin melden:

„Da die Bude auf einem Privatgrundstück steht, lässt sich nichts unternehmen. Die NS in Salzuflen greift niemand an, und zu irgendwelchen Vorkommnissen, die ein Eingreifen rechtfertigen, ist es bisher nicht gekommen.“¹⁵³

Die jüdenfeindliche Propaganda der NSDAP setzte sich ungehemmt fort. Als am 10. Januar 1932 die lippischen Kommunalparlamente neu gewählt wurden, gingen diesen Wahlen zahlreiche Veranstaltungen der Nationalsozialisten und Aufmärsche der SA voraus. Pensionsinhaber Michel Hamlet, der viele Jahre der Deutschen Demokratischen Partei (DDP) angehört hatte¹⁵⁴ und Mitglied des CV war, bemühte sich noch am Wahlsonntag Menschen davon zu überzeugen,

¹⁵⁰ CV-Zentrale an CV-LV OWN, 14. Juli 1931, EBD.

¹⁵¹ Synagogengemeinde an Landespräsidium, 1. August 1931 sowie Hans und Richard Hamlet an Landespräsidium, 2. August 1931, in: LAV NRW OWL, L 75 IV Gr. 7 Nr. 51.

¹⁵² Julius Romann (Herne) an CV-Zentrale, 3. August 1931, in: WHL, MF 55/69/2348.

¹⁵³ CV-LV OWN an CV-Zentrale, 6. August 1931, EBD.

¹⁵⁴ Ob Hamlet auch der Staatspartei, die aus der DDP und dem in Lippe auch antisemitisch agierenden Jungdeutschem Orden gebildet worden war, angehörte, ist nicht bekannt. Einige jüdische Lipper gingen diesen Schritt mit, andere zogen sich aus der Politik zurück.

nicht die NSDAP zu wählen. Der nationalsozialistische *Lippische Kurier* warnte ihn deshalb „zum letzten Male“.¹⁵⁵ Hamlets mutige Aktion verpuffte, die Nationalsozialisten erzielten ein Ergebnis von 34,3 Prozent und zogen mit acht Abgeordneten in die Salzufler Stadtverordnetenversammlung ein.¹⁵⁶

6.2 Das Kurbad im Fokus antisemitischer Kommunalpolitik 1932

Nach diesem Triumph widmete sich die Partei nicht wirtschafts- oder sozialpolitischen Themen, sondern sie wandte sich unter lautstarker propagandistischer Begleitung ihrer Tageszeitung dem „Kampf gegen das Judentum“ zu. Man liegt nicht falsch, hinter der Aktion den Salzufler Parteigenossen August Prüßner zu sehen. Prüßner war zum 1. April 1931 in die NSDAP eingetreten, seit Anfang 1932 oblag ihm das Amt des Kreisleiters für den Kreis Lemgo. Bevor er im Oktober 1933 Hauptschriftleiter der neugegründeten *Lippischen Staatszeitung* wurde, schrieb er für den *Lippischen Kurier*.¹⁵⁷ Prüßner trat mit mehreren Artikeln – mitunter mit dem Kürzel A. P. gekennzeichnet – als eifriger Antisemit hervor. In seiner Ausgabe vom 2. Februar 1932 titelte der *Kurier*: „Wir fordern: Bad Salzuflen muss hundertprozentig deutsch werden!“ Weiter hieß es dort:

„Heute ist das deutsche Volk erwacht und hat sich auf seine völkischen Eigenarten besonnen. Es hat die Schmarotzer- und Ausbeutertätigkeit der jüdischen Rasse, die sich wie in den meisten deutschen Bädern auch in unserem Bade leider stark eingefilzt hat, klar erkannt. Daher die entschiedene Forderung: Heraus mit den Juden aus allen öffentlichen Stellen! Fort mit ihnen, wo sie zersetzen und das Volk beeinflussen können!“¹⁵⁸



Abb. 22: Die antisemitischen Forderungen der NSDAP im *Lippischen Kurier* vom 2. Februar 1932 (Auszug).

Die erste von fünf Forderungen lautete: „Alle Juden und Judengenossen, die direkt oder indirekt bei der Badeverwaltung angestellt sind, sind sofort zu entlassen.“ Gefordert wurde außerdem das Verbot von Vertragsabschlüssen mit Juden wie im Speziellen mit jüdischen Künstlern und

¹⁵⁵ LIPPISCHER KURIER (LK) vom 12. Januar 1932.

¹⁵⁶ BENDER 2007, 298 f.

¹⁵⁷ Zu August Prüßner (1895-1970) s. https://de.wikipedia.org/wiki/August_Prüßner (Aufruf: 25. Juli 2025).

¹⁵⁸ LK vom 2. Februar 1932. S. auch den zweiten Artikel über das angeblich „gewaltige Echo“ auf die Forderungen im LK vom 4. Februar 1932.

Musikern. Jüdische Zeitschriften sollten im Bad nicht mehr angeboten werden und zudem aus sämtlichen Lesezimmern verschwinden.¹⁵⁹

Landespräsident Heinrich Drake (SPD) als oberster Dienstherr der Badeverwaltung wandte sich an Bürgermeister und Stadtrat. Die Badeverwaltung werde diesen Vorstößen der NSDAP gegenüber nicht zugänglich sein. Der Betrieb sei vielmehr unbedingt von „unfachlichen Einwirkungen“ freizuhalten und die Stadt müsse das Bad darin unterstützen.¹⁶⁰ Die Presse von der *Lippischen Landes-Zeitung* über die *Lippische Rundschau* und dem *Lippischen Allgemeinen Anzeiger* bis hin zum sozialdemokratischen *Volksblatt* wandte sich gegen das antisemitische Forderungspaket der Nationalsozialisten¹⁶¹, woraufhin der *Kurier* titelte: „Eine Bombe hat eingeschlagen“. Zugleich attackierte er den CV, in dessen Organ „Dutzende [sic!] von Salzufler Pensionen verzeichnet sind, die Juden und Judengenossen nicht empfohlen werden können“.¹⁶²

In einem Leserbrief an das *Volksblatt* attackierte ein unbekannter Bürger die NSDAP: „Die Nazis wollen Salzuflen ruinieren.“ Die „widerliche Hetze gegen Menschen israelitischer Konfession“ erfülle jeden Gebildeten „mit Abscheu und Ekel“.¹⁶³ Dem Pensionsinhaber Michel Hamlet, der sich erneut laut gegen die Hetze der NSDAP aussprach, drohte der *Lippische Kurier* unverhohlen, er solle aufpassen, dass ihm nicht etwas zustoße.¹⁶⁴ Im Stadtrat gab Prüßner Ende Februar nach mehreren Protesten eine Erklärung ab, welche die Situation aber keinesfalls entspannte. Seine Fraktion hätte „niemals eine Schädigung des Bades“ beabsichtigt. Es würde nur um die „Zustände innerhalb der Verwaltung des Bades“ gehen und da um eine „Anzahl von jüdischen Angestellten“.¹⁶⁵

In der Akte der Stadt liegt ein undatierter mit Bleistift beschriebener Notizzettel, auf welchem – zumeist in falscher Schreibweise – sich die Namen vermeintlich und tatsächlich „jüdischstämmiger“ Personen, mitunter mit Anmerkungen versehen, finden:

„Arzt Benat [richtig: Benatt, JH], Schurig, 2 Angestellte Baks [richtig: Back, JH] und K... [unleserlich, JH], Dirigent Sander aus Hildesheim, Frau Jüdin + Mutter Jüdin.“¹⁶⁶

Für den 4. März 1932 wurde nun Seitens des Bürgermeisters Hans Breimann eine Aussprache in einem „Interessenkreis“ anberaumt. An diesem nahmen neben ihm sechs Vertreter des Vereins der Fremdenheim-Inhaber, darunter Aumann und auch die antisemitische Pensionswirtin Schipper, ein Vertreter der Ärzteschaft, Kurdirektor Horstmann und mit August Prüßner und

¹⁵⁹ EBD.

¹⁶⁰ Landespräsidium an Bürgermeister, 11. Februar 1932, in: STADTARCHIV BAD SALZUFLEN, C Nr. 803.

¹⁶¹ Vor allem die *Lippische Landes-Zeitung* bezog wiederholt Position gegen die „bitternsten Anträge“ der NSDAP; s. LLZ vom 18. Februar, 22. Februar und 22. März 1932. Der *Lippische Allgemeine Anzeiger* kritisierte diese zwar ebenfalls, aber weitaus verhaltener, s. LAA vom 18. und 23. Februar 1932.

¹⁶² LK vom 22. Februar 1932.

¹⁶³ VOLKSBLATT vom 23. Februar 1932.

¹⁶⁴ LK vom 25. Februar 1932.

¹⁶⁵ S. Beschlussniederschrift des Stadtrats, 29. Februar 1932, in: STADTARCHIV BAD SALZUFLEN, C Nr. 803.

¹⁶⁶ Handgeschriebenes Notizblatt, o. D. [ca. Februar/März 1932], EBD.

Wilhelm Hillebrenner zwei Nationalsozialisten teil. Breimann und Horstmann waren bemüht, „alle Erörterungen über politische Ziele“ im Interesse des Bades einzustellen. Man lege Wert auf Ruhe. Prüßner verstieg sich zu der Äußerung, dass seine Partei nichts gegen Gäste „ganz gleich welcher Konfession und politischen Partei sie angehörten“ habe, um im nächsten Satz „gegen den Einfluss einer bestimmten Rasse auf die Geschicke des deutschen Volkes“ zu wettern. Man kämpfe daher gegen „Stelleninhaber jüdischen Glaubens in der Badeverwaltung“.

Horstmann sah sich nun genötigt, auf die von der NSDAP in den Fokus genommenen Personen einzugehen. Die Badeverwaltung sei froh, einen erfahrenen Laboratoriumsleiter wie Dr. Alfred Benatt zu beschäftigen und hoffe, ihn noch lange zu behalten. Zu Wilhelm Schurig, dem Direktor des „Hotels Fürstenhof“ bemerkte er, dass dieser war jüdische Vorfahren habe, jedoch Christ sei. Auf die Stellenbesetzung beim Mitteleuropäischen Reisebüro mit Ludwig Back habe die Badeverwaltung keinen Einfluss. Horstmann äußerte sich ebenfalls zum Leiter des Hildesheimer Stadtorchesters, welches für die Saison als Kurorchester verpflichtet wurde. Berthold Sander sei „ebenfalls Christ und dessen Vater als Kapellmeister eines ehemaligen Garderegimentes ganz gewiss nicht rasseverdächtig [...]. Mutter und Frau seien jüdischen Glaubens.“¹⁶⁷

Eine jüdische Herkunft von Wilhelm Schurig ist anhand der Quellen nicht dokumentiert. Der Kapellmeister Berthold Sander war Mitte 1931 vom Hildesheimer Stadttheater als Leiter des Orchesters verpflichtet worden. Das Orchester wurde von der Salzufler Kurverwaltung für die Sommersaison 1932 zum achten Male als Kurorchester unter Vertrag genommen. Ein Probegastspiel in Bad Salzuflen hatte Sander Ende August 1931 in glänzender Weise absolviert.¹⁶⁸ Während der Monate Mai bis Oktober 1932 wohnte er in der Salzestadt.¹⁶⁹ Einige seiner Brunnenkonzerte aus Salzuflen wurden sogar vom Reichssender Langenberg übertragen. Das Abschiedskonzert fand bei strömendem Regen vor begeistertem Publikum am 11. September 1932 statt.¹⁷⁰ Ludwig Louis Back hatte zum 1. April 1931 die Hauptleitung des Lippischen Reise- und Verkehrsbüros, der Vertretung des Mitteleuropäischen Reisebüros (MER) und der Mitropa, in Bad Salzuflen übernommen.¹⁷¹ Back gilt als Gründer der ersten Volkshochschule in Bad Oeynhausen 1919, die er für drei Jahre leitete. Anschließend führte er bis Ende 1930 ein Reisebüro der Hamburg-Amerika-Linie. Seinen Wohnsitz behielt Back in Bad Oeynhausen.¹⁷²

¹⁶⁷ Niederschrift über die Aussprache in Interessenkreis, 4. März 1932, EBD.

¹⁶⁸ LTZ vom 30. August 1931.

¹⁶⁹ Berthold Sander, geboren am 18. April 1890 in Emmerich, war der Sohn des Grenzaufsehers Bernhard Sander und dessen Ehefrau Jenny, geb. May. Beide waren jüdischen Glaubens. Vgl. STADTARCHIV EMMERICH, Geburtsregister der Stadt Emmerich, 116/1890. In der Meldekartei der Stadt Bad Salzuflen ist Berthold Sander mit der Konfession „evgl.“ (evangelisch) eingetragen; demnach war er inzwischen zum Christentum konvertiert. Sander heiratete 1926 in Darmstadt Wally Margarete Helene Reinecke. Zu Sander s. https://de.wikipedia.org/wiki/Berthold_Sander (Aufruf: 24. Juli 2025).

¹⁷⁰ S. den Bericht in der LTZ vom 13. September 1932. Ab der Saison 1933 fungierte das Städtische Orchester Bielefeld als Kurorchester. Es war bereits Anfang der 1920er Jahre verpflichtet worden. Vgl. WESTFÄLISCHE ZEITUNG (WZ) vom 25. April 1933.

¹⁷¹ Ludwig Louis Back, geboren am 27. März 1873 in Lichtenau. Mit seiner Frau Margarethe lebte er seit 1912 in Bad Oeynhausen.

¹⁷² BAD OEYNHAUSER ANZEIGER vom 31. März 1931.

Vereinbart wurde schließlich ein „Burgfrieden“, vor allem gegenüber der Presse. Bürgermeister Breimann gab dieses Ergebnis in der Stadtverordnetenversammlung bekannt.¹⁷³ Die Forderungen der NSDAP verschwanden damit erst einmal in der Schublade. Nach verschiedenen Ekzels und internen Differenzen zog die Fraktion im Juli aus der Stadtverordnetenversammlung aus und kehrte erst im Herbst zurück.¹⁷⁴ Die anstehenden Wahlen für den Reichstag und den Landtag bedingten die Konzentration auf den Wahlkampf. Bei den Reichstagswahlen vom 31. Juli und 6. November 1932 erzielte die NSDAP in Bad Salzuflen 43,4 bzw. 36,1 Prozent (Reich: 37,4 bzw. 33,1).¹⁷⁵

7 Jüdischer Kurbetrieb und Kuralltag ab 1933

Nach der „Machtergreifung“ durch die Nationalsozialisten erfolgten anfänglich keine Reglementierungen des Kurbetriebes in Bad Salzuflen. In einigen Bade- und Kurorten stellte sich das anders dar. Ein eklatantes Beispiel war die Insel Norderney, wo der neue Badedirektor im engen Schulterschluss mit Bürgermeister und Ortsgruppenleiter unter eindeutigen Rechtsbrüchen gegen jüdische Kurgäste Front machte und man beispielsweise in offiziellen Prospekten den Hinweis platzierte: „Juden finden keine Aufnahme“. Die Insel sollte unbedingt „judenfrei“ werden.¹⁷⁶ Anderswo hielt man sich unter anderem wegen ausländischer Gäste noch zurück.

In Bad Salzuflen schien „alles beim Alten“ zu bleiben. Dafür sprach nach außen, dass der Kurdirektor Gustav Horstmann im Amt verblieb. Angesichts seiner unbestreitbaren Verdienste und weil er mit dem 1. Mai 1933 Mitglied der NSDAP geworden war, stellte die Partei ihn nicht in Frage.¹⁷⁷ Erst mit 70 Jahren ging er im Frühjahr 1937 in den Ruhestand. Seine Position übernahm Ernst Bauer, ein „alter Kämpfer“ und Führer der SA-Standarte 55.¹⁷⁸ Trotzdem wurde deutlich, dass der Antisemitismus zur Staatsdoktrin erhoben worden war. Treiber antisemitischer Maßnahmen waren nun vorwiegend die örtlichen Funktionsträger der Partei und ihrer Organisationen. Sichtbar wurde dieses bei der sogenannten Boykott-Aktion gegen die „jüdische Gräuelpopaganda“ im Ausland Ende März und Anfang April 1933. Bereits am Abend des 28. März wurden jüdische Geschäfte in Bad Salzuflen mit Schildern gekennzeichnet, auf denen geschrieben stand: „Kauft nur bei Deutschen, wir sind Juden!“¹⁷⁹ Tags darauf postierten sich SA-Männer vor den Geschäften, die daraufhin schlossen.¹⁸⁰ Neben der SA zeigte sich der neugebildete Kampfbund des gewerblichen Mittelstandes besonders aktiv. Er lud für den 11. April zu einem Vortrag über die „Judenfrage“ ein.¹⁸¹

¹⁷³ VOLKSBLATT vom 8. März 1932.

¹⁷⁴ S. LLZ vom 8. Juli sowie 2. und 5. Oktober 1932.

¹⁷⁵ FRANZ MEYER, Bad Salzuflen unter dem Hakenkreuz, in: MEYER 2007, 309-381, hier 310.

¹⁷⁶ BAJOHHR 2003, 117-120.

¹⁷⁷ S. Mitgliedskarte Gustav Horstmann, in: BUNDESARCHIV, R 9361-IX Kartei 16990229 sowie R 9361-VIII Kartei 12501296. Die Entnazifizierungsakte Horstmanns findet sich in: LAV NRW ABT. RHEINLAND, NW 1066 / SBE Hauptausschuss Landkreis Lemgo, Nr. 47.

¹⁷⁸ Zur Biographie Bauers (geb. 1899, Pg. seit 1927) s. LIPPISCHE POST (LP) vom 5. März 1937.

¹⁷⁹ LLZ vom 29. März 1933.

¹⁸⁰ LLZ vom 30. März und LAA vom 1. April 1933.

¹⁸¹ LLZ vom 11. April 1933.

Als Trägerin der Lippischen Salinen- und Badeverwaltung hatte die neue NS-Landesregierung während des Boykotts kurzerhand Dr. Bernhard Loewenthal aus dem Ärzteverzeichnis der Badezeitung streichen lassen. Ende Mai verwendete sich Kurdirektor Horstmann für dessen Wiederaufnahme, denn im benachbarten Bad Oeynhausen würden die Namen jüdischer Ärzte weiterhin aufgeführt und der örtliche Ärzteverein unterstütze dieses ebenfalls.¹⁸²

Eine Veränderung gab es auch in der Leitung des landeseigenen „Hotel Fürstenhof“. Es ist nicht nachzuvollziehen, ob Hermann Schurig wegen Missliebigkeit entlassen worden war oder aus anderen Gründen die Stadt verließ. Er meldete sich mit dem 11. April nach Köln ab.¹⁸³ Der neue Direktor Riedel wurde zwei Wochen später der Öffentlichkeit präsentiert.¹⁸⁴

Die Nationalsozialisten drängten in den folgenden Wochen die jüdischen Mitglieder aus sämtlichen Vereinen. So traf es mit der „Gleichschaltung“ unter anderem den Pensionsbetreiber Simon Aumann, Vorstandsmitglied und Schriftführer des Vereins der Fremdenheiminhaber. Auf der Tagesordnung für die Sitzung am 19. Mai 1933 fand sich als Punkt 1: Ausschluss eines Mitglieds.¹⁸⁵ Wenige Wochen später starb der zweite Vorsitzende der Synagogengemeinde im Alter von 62 Jahren.¹⁸⁶

Hatten bisher auch viele Gäste aus den Niederlanden Bad Salzuflen für einen Kuraufenthalt gebucht, gab es nach den antijüdischen Boykottmaßnahmen einen Einbruch in den Gästezahlen. Die nationalsozialistische Landesregierung und die Kurverwaltung warben nun verstärkt in holländischen Zeitungen und bemühten sich, positive Berichte zu streuen. Sie hatten außerdem „einige tausend Anfragen“ auf Postkarten an ehemalige Kurgäste in den Niederlanden gesendet, von denen aber nur „etwa 10 Antworten“, darunter einige „in sehr unfreundlichem Ton“, wieder zurückgekommen seien. Der Den Haager Jos Branken, in dem man einen willfähigen Journalisten gefunden hatte, erklärte den Lesern des *Lippischen Allgemeinen Anzeigers* in einem Interview, dass diese Postkarten in „Judensprache“ geschrieben worden seien: „Die Sätze sind israelitisch. Derart frech schreibt kein eingeborener Holländer!“ Auch dafür, dass niederländische Journalisten eine diesjährige Einladung zu einer Bäderfahrt durch Deutschland abgelehnt hatten, lieferte Branken eine Erklärung: diese Journalisten stünden vorwiegend „unter jüdischem Einfluss“.¹⁸⁷

¹⁸² S. Vorgang, Mai-Juni 1933, in: LAV NRW OWL, L 80 Ila Gr. XVII.1.3.1. In einem Schreiben an die Badeverwaltung vom 2. Juni 1933 wies Loewenthal auf weitere Beispiele hin.

¹⁸³ S. Meldekarte, in: STADTARCHIV BAD SALZUFLEN. Wilhelm Hermann Schurig wurde 1897 in Benndorf geboren. Er starb 1952 in Frankfurt.

¹⁸⁴ LAA vom 26. April 1933.

¹⁸⁵ LLZ vom 17. Mai 1933.

¹⁸⁶ Nachruf in IF vom 13. Juli 1933. Dort auch der Hinweis, dass er „bis vor kurzem auch Schriftführer im Vorstand des hiesigen Fremdenverkehrsvereins gewesen war“. Aumann war übrigens im Januar 1933 aus gesundheitlichen Gründen aus dem Vorstand der Ortsgruppe Herford des Reichsbundes jüdischer Frontsoldaten geschieden. Vgl. DER SCHILD (Organ des RjF) vom 23. Februar 1933.

¹⁸⁷ LAA vom 30. Mai 1933.

7.1 Die erzwungene Entlassung des Arztes Dr. Alfred J. Benatt

Im Juni 1933 wandten die Machthaber sich direkt dem Kurbetrieb zu. Anfang März 1933 hatte Dr. Alfred Benatt noch an einer Konferenz der Deutschen Gesellschaft für Kreislaufforschung in Würzburg teilgenommen. Zwei Wochen später sandte der NSDAP-Stadtrat und Landtagsabgeordnete August Prüßner der neuen Landesregierung eine Liste mit aus politischen oder rassischen Gründen unliebsamem Personal, das unbedingt „abzubauen“ wäre. Auf dieser „schwarzen Liste“ stand auch der Name Dr. Benatts. Prüßner sah nun die Gelegenheit, seine Forderung des Vorjahres zum erfolgreichen Abschluss zu führen. Sein Kommentar:

„Dr. Bennatt [sic] ist ein waschechter Jude, dessen Fähigkeiten durch ortsansässige Ärzte stark in Zweifel gezogen werden. Ersatz durch den NS-Ärztebund namhaft machen lassen.“¹⁸⁸

Ende Juni 1933 teilte die Landesregierung Benatt kurzfristig mit, ihn zum 1. Juli aus dem Beamtenverhältnis zu entlassen. Kurdirektor Horstmann und der Badeärztliche Ausschuss kamen zum Schluss, „dass, wenngleich durch die Tüchtigkeit Dr. Benatts das Institut im In- und Auslande eines guten Rufes sich erfreue und das Bad Sazuflen ganz gewiss in Ärztekreisen durch die Arbeiten Benatts sehr in Aufnahme gekommen sei, dennoch eine Trennung von Dr. Benatt nicht zu vermeiden sei.“ Horstmann setzte es offensichtlich durch, dass Benatt im Anstellungsverhältnis seine Forschungsarbeiten bis zum Jahresende abschließen durfte. Dennoch wurde der missliebige jüdische Leiter des Balneologischen Instituts bereits zum 1. Oktober 1933 endgültig aus dem Dienst entlassen.¹⁸⁹

7.2 Der Fall Otto Mendel

Begleitet wurde die Machtergreifung in den Kommunen und die einhergehende Säuberungswelle von einem aufblühenden Denunziantentum. Unzählige zumeist anonyme „Hinweise“ und „Empfehlungen“ erreichten die Behörden und Funktionsträger der NSDAP. Eine dieser Denunziationen an die Landesregierung von Anfang April 1933 befasste sich mit dem Vorstandsmitglied der Synagogengemeinde, dem Kaufmann Max Stamm in Bad Salzuflen. Dieser sei „einer der allerübelsten Juden der ganzen Welt“ und „ein Schweinehund sondergleichen“. Verbunden war diese anonyme Eingabe mit der Anregung, „diesen Abschaum einmal näher zu betrachten und ganz gehörig auf Schwung zu bringen“.¹⁹⁰ Im Mittelpunkt gleich mehrerer

¹⁸⁸ Stellungnahme des NSDAP-Kreisleiters August Prüßner zur Eingabe des SA-Sturmabteils 2/55 vom 16. März 1933 über abbaufähiges Personal bei der Landesregierung, 22. März 1933, in: LAV NRW OWL, L 80 I Personal Nr. 2301.

¹⁸⁹ S. Vorgang in Personalakte Alfred Benatt, in: LAV NRW OWL, L 80 I Personal Nr. 82. Horstmann berichtete im Zusammenhang mit seiner Entnazifizierung 1946, dass er Benatt „noch ein ganzes Jahr unter größten Schwierigkeiten“ im Amt habe halten können, was nur bedingt richtig war. Horstmann setzte sich nach eigenen Angaben ebenfalls für den in der Kurverwaltung als Buchhalter beschäftigten Sozialdemokraten Heinrich Diestelmeier (1886-1938) ein. S. Entnazifizierung Gustav Horstmann, 1946-1947, in: LAV NRW RHL, NW 1066 SBE Hauptausschuss Landkreis Lemgo, Nr. 47.

¹⁹⁰ Anonym an Landesregierung, ca. 4. April 1933, in: LAV NRW OWL, L 80 Ie IV.5.2.1.

Denunziationen ähnlicher Natur stand Otto Mendel, der jüdische Geschäftsführer der „Villa Ursel“. Der Kreisfachwart der Gaststättenangestellten wandte sich im Sommer 1934 an die NSDAP-Ortsgruppe und beschwerte sich über den „unverschämten Juden“:

„Am Mittwoch, den 27. Juni befand sich im Tanzraum des Kurhauses der Jude Mendel als Gast. Auf denselben wurde ich aufmerksam, als er bei mir am Büffet zwei Glas Bier in seiner bekannten schnoddrigen Art verlangte. Dieser Jude erlaubte sich die Frechheit, eine unserer schönsten Hortensien abzubrechen.“¹⁹¹

Selbst Nationalsozialisten verkehrten zum Verdruss des Kreisleiters Prüßner mit Mendel. Im Juli 1935 meldete Prüßner der Gauleitung einen SA-Mann, der in seinem Dienstwagen mit Stander die „Pension Ursel“ in Bad Salzuflen aufsuchte und sich mit dem jüdischen Geschäftsführer Mendel unterhielt und anschließend „in freundschaftlicher Weise verabschiedete“.¹⁹² Ein emsiger Denunziant aus Bad Salzuflen, der Parteigenosse Carl B., schrieb im selben Monat an Prüßner, dass Mendel „Umgang“ mit einer nichtjüdischen Frau pflege und forderte ein rigoreses Einschreiten.¹⁹³ B. erschien mittlerweile sogar den NSDAP-Funktionären als suspekt und unglaublich – auch, weil er selbst bis Juli 1933 einen Juden, Max Stamm, als Buchhalter beschäftigt hatte. Prüßner bat B. begierig um aussagekräftiges Material, ob „der Jude irgendwelchen Verkehr mit arischen Mädchen pflegt.“ Denn dann würde die „Verhängung der Schutzhaft ohne weiteres möglich“ sein.¹⁹⁴ Der Kreisleiter schaltete außerdem die Gestapo-Außenstelle in Detmold ein, um die Anschuldigungen gegen Mendel überprüfen zu lassen. Dieser hatte allerdings die Stadt bereits verlassen. Anders als Prüßner annahm, war er jedoch nicht in die Schweiz ausgewandert. Offiziell meldete sich Otto Mendel im September 1935 in seine Heimatstadt Elberfeld ab. Hier starb der nunmehr „Berufslose“ im Alter von 44 Jahren am 3. Juli 1937.¹⁹⁵

7.3 Die Verdrängung aus dem Kurbetrieb

Dennoch verlief der Kurbetrieb anfangs weitgehend unbeeinträchtigt weiter. Jüdische Kurgäste besuchten weiterhin Bad Salzuflen. Kurpark und Kuranlagen waren noch zugänglich. Weiterhin erfuhren sie von Seiten zahlreicher Häuser noch ohne Probleme Aufnahme. Und noch existierten die beiden israelitischen Pensionen Adler und Hamlet. Zusätzlich eröffnete 1934 sogar ein jüdisches Kinderheim in der Stadt. Angesichts dessen, dass keine „Bäderlisten“ mehr erschienen, basierten die Entscheidungen über Reiseziele und Unterkünfte nun zunehmend auf Empfehlungen von Verwandten und Freunden. Der Wohnungsanzeiger bot insofern Orientierung, als sich eindeutig „nationalsozialistische Häuser“ identifizieren ließen.

¹⁹¹ Kreisfachwart der Gaststättenangestellten an NSDAP-Ortsgruppe Bad Salzuflen, 28. Juni 1934, in: LAV NRW OWL, L 113 Nr. 223.

¹⁹² Kreisleiter an Gauleiter, 31. Juli 1935, EBD.

¹⁹³ Carl B. an Lippische Staatszeitung (Prüßner), 25. Juli 1935, EBD.

¹⁹⁴ Kreisleiter Prüßner an Carl B., 2. August 1935, EBD. S. zur Entnazifizierung von Carl B., LAV NRW RHLd., NW 1072-LB Nr. 631.

¹⁹⁵ Eintrag Nr. 1164/1937 im Sterberegister der Stadt Wuppertal, in: STADTARCHIV WUPPERTAL.

Die Verdrängung aus dem Kurleben fand langsam aber stetig statt. Die Aufenthalte verliefen zunehmend seltener ohne Beeinträchtigungen und Konflikte. Nationalsozialisten beschwerten sich über „Begegnungen“ mit jüdischen Gästen. So beklagte sich in der Saison 1934 ein antisemitischer Kurgast aus Hamburg, der im „Hotel Fürstenhof“ abgestiegen war, über den Direktor. Dieser wäre doch „eingesetzt, weil alter Pg.“, falle jedoch dadurch auf, dass er „sich mehr um jüdische Hotelgäste kümmert, ja [sie] geradezu hofiert, als um die anderen; er sich mit typischen Jüdinnen ins Vestibül des Hotels setzt; ja es sogar gestattet, dass die Tochter der Jüdin in Kriegsbemalung und Hosen während der Essenszeit durch die Ess-Säle schreitet.“¹⁹⁶

Es ist weitgehend unbekannt, welche nichtjüdisch geführten Hotels und Pensionen – abgesehen von den eindeutig antisemitischen Betrieben – trotz der sich verschärfenden Lage noch über einen längeren Zeitraum jüdische Gäste aufnahmen, welche Ärzte weiterhin jüdische Patienten betreuten oder welche Restaurants und Gasthäuser weiterhin jüdische Kunden bewirteten. Ein Angebot, das weiterhin offenstand, war die Praxis von Dr. Walther Richtzenhain. Der Nervenarzt erlebte wiederholt Anfeindungen als „Jude“ oder als „jüdischstämmig“. Im Mai 1933 warnte er diejenigen, die solche Gerüchte in Umlauf brachten, über die *Lippische Landes-Zeitung*.¹⁹⁷ Ende März 1933 hatte er seine Praxis von der Roonstraße in die Parkstraße 30 verlegt¹⁹⁸, Ende 1934 dann in die Parkstraße 3.¹⁹⁹ Die Erlaubnis für ein Fremdenheim wurde ihm auf Betreiben des lippischen NSDAP-Kreisleiters Adolf Wedderwille aus antisemitischen Gründen verweigert.²⁰⁰ Richtzenhain behandelte weiterhin jüdische Patienten. Ende November 1938 verließen er und seine Frau Christine, ebenfalls Ärztin, die Stadt und zogen nach Frankfurt, später nach Darmstadt. Dort starb Richtzenhain am 23. Januar 1950.²⁰¹



Abb. 23: Anzeige Dr. Richtzenhains gegen antisemitische Gerüchte in der *Lippischen Landes-Zeitung* vom 7. Mai 1933.

¹⁹⁶ Hans E. (Hamburg) an NSDAP-Kreisleitung Detmold, 9. Juli 1934, in: LAV NRW OWL, L 113 Nr. 468.

¹⁹⁷ LLZ vom 7. Mai 1933.

¹⁹⁸ LLZ vom 30. März 1933. Sein Sanatoriumsbetrieb in der Moltkestraße 35 bestand offensichtlich nur in der Saison 1932. Das „Gästeheim Sonneck“ warb im Wohnungsanzeiger für 1933 (vermutlich unter seinem neuen Betreiber) mit Hakenkreuzen und speziellen Preisen für Nationalsozialisten.

¹⁹⁹ HERFORDER KREISBLATT vom 19. Dezember 1934.

²⁰⁰ S. Richtzenhains Klage vor dem Obergerverwaltungsgericht Detmold, 1938-40, in: LAV NRW OWL, L 80.07 Nr. 597.

²⁰¹ S. https://dfg-vk-darmstadt.de/Lexikon_Auflage_2/RichtzenhainWalther.htm (Aufruf: 24. Juli 2025). Richtzenhain starb an Bauchspeicheldrüsenkrebs. Seit 1975 verleiht das Deutsche Krebsforschungszentrum den Walther und Christine Richtzenhain-Preis für neue Forschungen und für Nachwuchswissenschaftler.

Noch zur Saison 1935 entstand ein zusätzliches Angebot. Der nichtjüdische Arzt Dr. Ferdinand Steingiesser hatte eine Pension in der Roonstraße 20 eröffnet, für die er in der jüdischen Presse warb.²⁰² Steingiesser war zuvor Eigentümer eines größeren Pensionshauses mit 70 Betten auf Norderney (Moltkestraße 11) gewesen und lebte von zahlungskräftigen jüdischen Gästen. Nach der „Machtübernahme“ hatten die Nationalsozialisten Maßnahmen zur Verdrängung jüdischer Kurgäste forciert. Die bis dahin als weltoffen geltende Insel wurde nunmehr als „judenfreies“ Seebad beworben. Steingiesser hatte 1934/35 sogar versucht, gerichtlich wirtschaftliche Einbußen geltend zu machen. Diesem Ansinnen nach Schadensersatz von Seiten der Norderneyer Badebetriebsgesellschaft war aber kein Erfolg beschieden.²⁰³



Abb. 24: Anzeige der Pension Dr. Ferdinand Steingiesser im Israelitischen Familienblatt vom 4. Juli 1935.

Die Pension in der Roonstraße gab er bereits nach wenigen Monaten auf, wahrscheinlich weil er ähnlich wie Richtzenhain als „Judengenosse“ galt und der Betrieb durch das Ausbleiben jüdischer Gäste nicht aufrechterhalten werden konnte. Im April 1936 zog er in die Parkstraße 16, wo er noch bis ins hohe Alter als Arzt praktizierte. Auch Dr. Ferdinand Steingiesser behandelte weiterhin jüdische Patienten.²⁰⁴ Er starb im September 1945 in Bad Salzuflen.²⁰⁵

7.4 Das Kurbad Salzuflen wird „judenfrei“

Die Beschränkungen und die Diskriminierungen nahmen vor allem ab 1935 rapide zu. Im Vorfeld der Nürnberger Rassegesetzgebung vom September 1935 verschärfte sich der „Kampf gegen das Judentum“. Partei, SA und HJ machten vor Ort Druck, die NS-Presse begleitete die

²⁰² IF vom 4. Juli 1935. Ferdinand Steingiesser war 1865 in Minden geboren worden, zu diesem Zeitpunkt also bereits 70 Jahre alt. S. Meldekarte, in: STADTARCHIV BAD SALZUFLEN.

²⁰³ S. dazu IHNA SCHÄFER, Jüdisches Leben auf Norderney zur Zeit des Nationalsozialismus. Facharbeit Abiturjahrgang 2023 am Ulrichsgymnasium Norden, Norden 2022, 13-15, 26-33; online unter: <https://gcjz-ostfriesland.de/wp-content/uploads/2022/11/Juedisches-Leben-auf-Norderney-zur-Zeit-des-Nationalsozialismus-Ihna-Schaefer.pdf> (Aufruf: 24. Juli 2025). Der Norderneyer Bürgermeister bezeichnete Steingiesser als „marxistisch eingestellt“. S. UWE DANKER/MARTIN FRÖHLICH/THOMAS REUß, Gutachterliche Stellungnahme zur Berufsbiographie des zweimaligen Rendsburger Bürgermeisters Dr. Heinrich de Haan (1896-1957), Schleswig 2020, 27-29, 38-46. De Haan war von 1934 bis 1936 Kurdirektor und Bürgermeister auf Norderney. Zu seiner Biografie s. https://de.wikipedia.org/wiki/Heinrich_de_Haan (Aufruf: 24. Juli 2025).

²⁰⁴ S. beispielsweise Attest für Frieda Vorreuter, 3. Januar 1939, in: LAV NRW WESTF., L 001a Nr. 10310.

²⁰⁵ S. Eintrag in der Meldekarte, in: STADTARCHIV BAD SALZUFLEN.

Agitation durch zahlreiche Hetzartikel. Die lippischen Städte und Gemeinden erließen so genannte Ortsjudensatzungen, die jüdische Unternehmen und Handwerker von städtischen Aufträgen ausschlossen, Juden das Baden in den Freibädern untersagten und sogar den Zuzug verbieten wollten. In der *Lippischen Staatszeitung* erschienen im Sommer 1935 täglich mehrere Beiträge in Stürmer-Manier, in denen Juden namentlich verschiedenster „Unverschämtheiten“ oder angeblicher Vergehen – oft der so genannten Rassenschande – angeprangert wurden. Vor jüdischen Geschäften wurden nichtjüdische Kunden fotografiert, die Aufnahmen dann im „Stürmerkasten“ präsentiert. „Judengenossen“, die noch Umgang mit jüdischen Bürgern pflegten, wurden denunziert und ebenfalls öffentlich angegriffen.

An mehreren Stellen Bad Salzfluß stellten Parteigenossen Schilder mit der Aufschrift „Juden unerwünscht!“ auf, so in der von Kurgästen hochfrequentierten Parkstraße.²⁰⁶ Die Gestapostelle Bielefeld meldete in ihrem monatlichen Bericht für den August 1935:

„Es liegt auf der Hand, dass derartige Schilder an Hauptdurchgangsstraßen und in stark vom Fremdenverkehr berührten Orten vielmehr schaden als nützen. Es ist auch hier wie in anderen Bezirken die Beobachtung gemacht worden, dass derartige Schilder, ohne dass dies verhindert werden konnte, von Ausländern fotografiert worden sind und dann zweifellos der Gräuelpropaganda gegen Deutschland dienen.“²⁰⁷

Der CV-Landesverband mit seinem neuen Syndikus Dr. Hans Davidsohn hatte keinen Erfolg mehr mit Einwendungen gegen Boykottmaßnahmen oder antisemitische Schilder. Während im Mai 1935 ein Transparent vor dem Rathaus in Schötmar mit der Aufschrift „Bonzen und Juden auf's Schafott! Hier wirbt die HJ“ nach einer Eingabe noch entfernt wurde²⁰⁸, erachtete die Zentrale in Berlin ein Vorgehen gegen die sogenannte Ortsjudensatzung in Schötmar drei Monate später als aussichtslos.²⁰⁹ Und gegen die Union des stellvertretenden Bürgermeisters Hillebrenner, gleichzeitig Ortsgruppenleiter, und eines städtischen Bediensteten, der sich seit Juni 1935 über ein Jahr hinweg in seiner dienstfreien Zeit vor das Geschäft David Andermanns stellte und vorwiegend Kurgäste vom Einkauf im „Judengeschäft“ abhielt, verzichtete der CV 1936 letztlich auf eine Beschwerde.²¹⁰ Offizielle Anfragen der nun zwangsweise in „Jüdischer Centralverein“ umbenannten Organisation erwiesen sich als eher kontraproduktiv.²¹¹

Die Nationalsozialisten setzten alles daran, jüdischen Kurgästen den Aufenthalt zu verleiden. Für den 19. August 1935 hatten sie den Scharfmacher Ludwig Münchmeyer, ehemals Pfarrer

²⁰⁶ LSTZ vom 4. August 1935. Das NS-Organ klatschte laut Beifall für diese Maßnahmen; s. außerdem den Kommentar „So ist's recht“ in der LSTZ vom 15. August 1935. Der LAA berichtete ebenfalls und prognostizierte: „Diese Schilder werden aller Voraussicht nach die gewünschte Wirkung haben“. In der gleichen Ausgabe kündigte er an, jüdische Geschäftsanzeigen ab sofort nicht mehr zu veröffentlichen. LAA vom 5. August 1935.

²⁰⁷ Lagebericht für August 1935 der Stapostelle für den Regierungsbezirk Minden (Bielefeld), 4. September 1935, in: BUNDESARCHIV, R 58/3709.

²⁰⁸ S. Vorgang, Mai 1935, in: WHL, MF 55/4/121.

²⁰⁹ S. Vorgang, August 1935, in: WHL, MF 55/101/2970.

²¹⁰ S. Vorgang, Juni-Juli 1936, in: WHL, MF 55/4/121.

²¹¹ BAJOHR 2003, 135.

auf der Insel Borkum, dann früher Parteigenosse und Reichstagsmitglied, als Redner für einen Auftritt verpflichtet, in dem er gegen das „Weltjudentum“ hetzte.²¹² Zu jenem Zeitpunkt hatte die Stimmung gegen jüdische Kurgäste bereits einen neuen Höhepunkt erreicht. In einem gehässigen Artikel lobte das lippische NSDAP-Organ *Hotelgäste*, die in ihrer Unterkunft Juden „entdeckt“ hatten und den Direktor bedrängten. Entweder er werfe die unerwünschte Kundschaft unverzüglich hinaus oder alle nichtjüdischen Gäste würden sich ein anderes Hotel suchen. „Nur weiter so“, applaudierte der Schreiber, „dann werden wir bald keine unerwünschten Kurgäste mehr in unserem Badeort haben.“²¹³

Ein Aufenthalt konnte in dieser Atmosphäre ungezügelter Hetze und Drohungen für jüdische Gäste zu einer traumatisierenden Erfahrung werden. Das *Israelitische Familienblatt* zog in einem Beitrag mit dem Titel „Zur Reisezeit: Juden nicht erwünscht“ eine deprimierende Bilanz.²¹⁴ Bajohr spricht von „Freizeit unter Ghettobedingungen“.²¹⁵ Dieses und die sich verschlechternde wirtschaftliche Situation jüdischer Deutscher führte zum Ausbleiben von Besuchen. Die Bielefelder Gestapo berichtete im September 1935:

„Die Juden befeißigen sich zurzeit äußerster Zurückhaltung. [...] Aus den Lokalen sind Juden fast gänzlich geschwunden, selbst da, wo sie noch vor kurzer Zeit zu verkehren pflegten. Auch in den Badeorten Salzuflen und Oeynhausen waren keine Juden mehr zu sehen. Die fast überall angebrachten Schilder ‚Juden sind hier unerwünscht‘ haben ihre Wirkung durchaus getan.“²¹⁶

Die *Westfälische Landeszeitung* aus Dortmund bestätigte Anfang September 1935 in einem Beitrag über den „unerschöpflichen Quellenreichtum von Bad Salzuflen“ diese ihres Erachtens „erfreuliche Entwicklung“, welche den Verfasser regelrecht ins Schwärmen versetzte:

„Es muss hierbei besonders hervorgehoben werden, dass das herrliche Bad Salzuflen heute judenfrei ist. Während sich bekanntlich im Systemdeutschland die Juden in allen deutschen Badeorten breitmachen durften, wird heute ein Kuraufenthalt in Bad Salzuflen durch die Anwesenheit von Juden nicht mehr beeinträchtigt. Gleich am Stadteingang leuchtet einem schon ein großes Transparent entgegen mit den Worten: ‚Juden betreten diesen Ort auf eigene Gefahr!‘. Hotels und Pensionen haben an ihren Häusern Schilder angebracht mit der Aufschrift: ‚Juden werden hier nicht bedient‘.“²¹⁷

²¹² S. Ankündigung in der LSTZ vom 15. August und Bericht in der LLZ vom 21. August 1935.

²¹³ LSTZ vom 15. August 1935.

²¹⁴ IF vom 4. Juli 1935.

²¹⁵ BAJOHR 2003, 135.

²¹⁶ „Politischer Bericht“ der Gestapo Bielefeld für September 1935, undatiert (ca. Ende September 1935), in: LAV NRW OWL, M1 IP Nr. 632 Bd. 1.

²¹⁷ WESTDEUTSCHE LANDESZEITUNG vom 5. September 1935.

7.5 Der wirtschaftliche Niedergang des jüdischen Kurbetriebs

Das Ausbleiben jüdischer Kurgäste spürten die beiden israelitischen Pensionen und die Praxis Dr. Loewenthals. Die Ereignisse des Sommers 1935 stellten eine tiefgreifende Zäsur bereits vor der Nürnberger Rassegesetzgebung dar. Der bis dahin noch einigermaßen funktionierende Betrieb geriet nun in eine wirtschaftlich bedrohliche Schieflage. Nach dem Tod ihres Mannes Simon im Juli 1933 hatte Selma Aumann die „Pension Adler“ fortgeführt, sich aber aus wirtschaftlichen Gründen verkleinert und den Betrieb erst in die Brüderstraße 26, dann 1935 wieder in die Moltkestraße 5 verlegt, wo er seinen Anfang genommen hatte. Ende des Jahres veräußerte die Witwe ihren Besitz und verließ die Stadt.²¹⁸

Wie wenig der Betrieb der „Pension Hamlet“ noch abwarf, zeigte sich schon 1934. Im Januar 1935 hatte Lina Hamlet das 1930 als weiteres Standbein im gleichen Gebäude geschaffene „Salzufler Stoff- und Restehaus“ erweitert.²¹⁹ Die Familie verkleinerte zugleich ihre Pension. Zuletzt waren es nur noch zehn Betten in sechs Zimmern.²²⁰ Das „Haus Hamlet“ warb nach dem Ende der „Pension Adler“ für die Saison 1936 als „einzigste [sic!] jüdische Pension am Platze“.²²¹ Nach dem Tod von Michel Hamlet am 8. Oktober 1936 führten Sohn Richard und Schwiegertochter Lina das Haus allein. Die letzte Anzeige erschien im Juli 1938.²²²



Abb. 25: Die letzte Anzeige der „Pension Hamlet“
in der Jüdischen Rundschau vom 8. Juli 1938.

Dr. Bernhard Loewenthal praktizierte noch bis September 1935 in seiner Praxis in der Parkstraße 4. Bis in den Juni hatte er seine Dienstleistungen in der jüdischen Presse beworben.²²³ Bis dahin stand Loewenthals Name ebenfalls noch im Verzeichnis der Sonntagsdienst ausübenden Ärzte, das regelmäßig zum Wochenende in der Tagespresse publiziert wurde. Von nichtjüdischen Patienten wurde er weiterhin geschätzt, was der nationalsozialistischen *Lippischen Staatszeitung* unter ihrem Schriftleiter August Prüßner sichtlich missfiel. Das Blatt stieß sich am Sonntagsdienst Loewenthals, aber offensichtlich ließ sich kein versierter Ersatz für ihn finden. Ende Juni 1935 mahnte das NS-Organ:

²¹⁸ S. Rückerstattungsverfahren, 1950, in: LAV NRW OWL, D 20 B Zg. 14/1989, Rü 276/50.

²¹⁹ S. Anzeige im VOLKSBLATT vom 7. November 1930, sowie zum Eintrag ins Gewerberegister s. STAATSANZEIGER FÜR DAS LAND LIPPE vom 26. Januar 1935. Es handelte sich nicht um eine offene Verkaufsstelle.

²²⁰ S. Genehmigungsvorgang, 1935-38, in: STADTARCHIV BAD SALZUFLEN, D Nr. 2468. Im Vorgang befinden sich u. a. Skizzen zur Aufteilung der Räume.

²²¹ IF vom 7. Mai 1936.

²²² JR vom 8. Juli 1938.

²²³ JR vom 28. Juni 1935.

„An den Sonntagen, an denen der jüdische Arzt Löwenthal Dienst hat, steht den deutschen Menschen für innere Krankheiten Dr. med. Pleßmann zur Verfügung. Falls in Geburtshilfe und Frauenkrankheiten der jüdische Arzt Dr. Löwenthal nicht gewünscht wird, hat Dr. med. Pleßmann das Recht, diese Patienten an einen deutschen Arzt, der in Geburtshilfe erfahren ist, zu überweisen. Wir halten diese Meldung eigentlich für überflüssig, da wir annehmen, dass deutsche Menschen bei einer Erkrankung nur einen deutschen Arzt in Anspruch nehmen.“²²⁴

Danach wurde Dr. Bernhard Loewenthal endgültig aus dem Verzeichnis gestrichen. Mit dem Erlass der Nürnberger Rassegesetze stellte der langjährige Badearzt seine Tätigkeit ein. Die wirtschaftliche Existenz war ihm genommen.

7.6 Das jüdische Kinderheim „Sonnenblick“

Über das Jahr 1936 hinaus existierte neben der „Pension Hamlet“ nur noch eine weitere Möglichkeit zum Aufenthalt für jüdische Gäste in Bad Salzuflen, in diesem Fall für Kinder von sechs bis etwa zwölf Jahren. Im Juli 1934 hatte das Ehepaar Herbert und Emmy Wolff ein kleines jüdisches Kinderheim mit Namen „Sonnenblick“ in ihrem Wohnhaus Roonstraße 46 eröffnet.²²⁵ Herbert Wolff war zuvor aus rassistischen Gründen als Hotelangestellter arbeitslos geworden, seine Ehefrau hatte bis 1934 gemeinsam mit ihrer Cousine, der Modistin Frieda Vorreuter²²⁶, ein Putz- und Modewarengeschäft in der Stadt betrieben. Das erste Inserat für das Heim erschien im Mai 1935 im *Israelitischen Familienblatt*.²²⁷



Abb. 26: Anzeige des „Kinderheims Sonnenblick“
im *Israelitischen Familienblatt* vom 23. Mai 1935.

Behördliche Dokumente aus jenen Jahren über das Kinderheim sind nicht bekannt. Erwähnung findet es in den Rückerstattungsakten der Nachkriegszeit und in den Erinnerungen von Käthe Loewenthal. Bei ihr handelt es sich um die jüngere Tochter des Bielefelder Architekten Paul Loewenthal. Dieser war ein Verwandter des Salzuflers Dr. Bernhard Loewenthal, der das

²²⁴ LStZ vom 27. Juni 1935.

²²⁵ Herbert Adolph Wolff, geboren am 14. Mai 1893 in New York. Emmy Wolff, geb. Lipper, geboren am 13. Juni 1898 in Blomberg. Das Paar hatte 1931 geheiratet, s. LP vom 28. Mai 1931.

²²⁶ Frieda Vorreuter, geboren am 20. Oktober 1885 in Bad Oeynhausen. Das Geschäft fand sich bis 1934 in der Lange Straße 28. Sie wurde am 31. Juli 1942 über Bielefeld ins Ghetto Theresienstadt deportiert, wo sie bereits am 19. August 1942 starb.

²²⁷ IF vom 23. Mai 1935.

Kinderheim als Arzt betreute. Käthe berichtete in ihrer Autobiographie über ihren Aufenthalt.²²⁸ Sie gehörte zu den ersten Kindern, die 1934 für einige Wochen dort unterkamen. Offensichtlich existierten zwei Schlafsäle, einer für sechs Jungen, einer für Mädchen. Herbert Wolff agierte als Koch, seine Frau Emmy führte die Aufsicht. Da er nach Käthes Angaben zuvor als Küchenchef „eines der besten Kurhotels“ gearbeitet hatte, sei das servierte Essen zwar hervorragend, aber wenig kindgerecht gewesen.



*Abb. 27: Das ehem. „Kinderheim Sonnenblick“ in der Roonstraße 46, Mai 2025.
(Foto: J. Hartmann)*

Ein Jahr nach der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten war die Nutzung der Kuranlagen durch jüdische Gäste noch weitgehend möglich, wie sich Käthe entsann:

„In den Parks gab es haushohe Dornenhecken, über die das Wasser hinweggeleitet und fein zerstäubt wurde. Im Laufe der Jahre hatte sich das Salz in einer weißen Schicht abgesetzt. Die Kinder mussten sich neben diese Hecken auf Holzbänke setzen und die salzhaltige Luft einatmen. Außerdem wurden sie angehalten, in der Kurhalle das Wasser zu trinken. Einigen von ihnen war sogar ein tägliches Bad in ihm verschrieben worden.“²²⁹

²²⁸ Die Autobiografie Käthe Loewenthals (1923-1993) erschien zuerst in England unter dem Titel „A Lesser Child“ postum 1994. Erst dreißig Jahre danach kam die deutsche Ausgabe heraus: KAREN GERSHON (d.i. Käthe Loewenthal), Das Unterkind. Eine Autobiografie, Düsseldorf 2023, 92-102.

²²⁹ GERSHON 2023, 93.

Die Kinder wurden in der Regel durch den Sozialen Ausschuss für jüdische Wohlfahrtspflege in Westfalen mit Sitz in Bielefeld in das Kinderheim vermittelt. Noch in den Jahren 1937 und 1938 führte dieser Ausschuss eine Ferienverschickung, die so genannte Sommerpflege, von insgesamt 80 Kindern durch.²³⁰ Wie viele nach Bad Salzuflen kamen, ist nicht bekannt. Zugänglich war das Kinderheim, das 1935 mit Ganzjahresbetrieb warb, ab 1936 auch für Kinder mit Erwachsenen als Begleitpersonen.²³¹ Das Ehepaar Wolff inserierte weiterhin, dass ihr Haus unter ärztlicher Aufsicht stehe. Wer diese medizinische Betreuung nach dem Fortzug Dr. Loewenthals übernahm, ist ebenfalls nicht bekannt. Möglicherweise war es Dr. Richtzenhain oder Dr. Steingesser.

7.7 Das endgültige Ende des jüdischen Kurbetriebs und Kuralltags 1938

Mit der Terroraktion in den Morgenstunden des 10. Novembers 1938 endete die Existenz der verbliebenen jüdischen Beherbergungsmöglichkeiten auf ebenso drastische wie dramatische Weise. Der Mob drang in das „Haus Hamlet“ in der Augustastraße ein und zerschlug zahlreiche Fensterscheiben, auch im ersten Stock, wo sich das Tuchlager des Textilbetriebs befand. Die Nationalsozialisten zertrümmerten außerdem Tische und Stühle, wie es anschließend im Polizeibericht hieß.²³² Der *Lippische Allgemeine Anzeiger* sprach von einem „scharfen Denkkzettel“.²³³ Richard Hamlet gehörte zu den 45 jüdischen Männern aus Lippe, die während der Gewaltaktion in „Schutzhäft“ genommen und dann über Bielefeld ins Konzentrationslager Buchenwald gebracht wurden. Nach einem Monat, am 12. Dezember, wurde er entlassen.²³⁴ Der 1923 geborene Sohn Rolf gelangte wenige Tage später mit einem Kindertransport nach England.

„Die hiesigen jüdischen Geschäfte werden durch die Inhaber abgewickelt“, meldete der Polizeiobermeister der Gestapo. Das nur noch in äußerst geringem Umfang existierende jüdische Wirtschaftsleben wurde nun restlos liquidiert. Noch während Hamlet im Konzentrationslager Buchenwald saß, wandten sich Kaufinteressenten für die Pension an seine Ehefrau und hofften, von der Notlage der Familie zu profitieren. Eine Dortmunderin bot einen Betrag von rund 30.000 Reichsmark. Sie bedrängte Lina Hamlet, die aber keine Entscheidung ohne ihren Mann treffen wollte. Die hartnäckige Kaufinteressentin wandte sich daher an die lippische Landesregierung, die Druck ausüben sollte:

„Da es sich um ein ausgesprochenes Pensionshaus in bester Kurlage und neben den ersten Pensionshäusern liegt, glaube ich, dass es im öffentlichen Interesse [...] liegt, dass dieses jüdische Objekt baldigst in arische Hände übergeht“.²³⁵

²³⁰ IF vom 8. September und CVZ vom 15. September 1938. Zur „Sommerpflege“ s. IF vom 31. Mai 1934.

²³¹ S. Anzeige im IF vom 4. Juni 1936 und 17. Juni 1937.

²³² S. Bericht der Ortspolizeibehörde Bad Salzuflen an die Gestapostelle Bielefeld, undatiert [ca. 18. November 1938], in: LAV NRW OWL, M 1 IP Nr. 1106.

²³³ LAA vom 11. November 1938.

²³⁴ Das war einige Tage eher als andere Inhaftierte, da er das Ehrenkreuz für Frontkämpfer trug. Häftlingskarte des KL Buchenwald, in: ITS DIGITAL ARCHIVE, AROlsen ARCHIVES (ITS), DocID 6059553.

²³⁵ Frau B., Dortmund, an Landesregierung, ca. 8. Dezember 1938, in: LAV NRW OWL, L 80 IIa Gr. XVII.1.3 Anlage.

Das attraktive Gebäude wurde im Frühjahr 1939 an einen anderen Interessenten verkauft.²³⁶ Lina Hamlet wickelte unter Zwang gleichzeitig ihren Stoff- und Restevertrieb ab.²³⁷ Das Warenlager war bereits im November 1938 von der Wirtschaftsgruppe Einzelhandel taxiert und ohne jegliche Entschädigung an andere Geschäfte verteilt worden.²³⁸

Nicht anders verlief es mit dem „Kinderheim Sonnenblick“ in der Roonstraße 46. Im Polizeibericht finden sich keine Angaben zu Übergriffen. In Rückerstattungsangelegenheiten gab Emmy Wolff nach dem Krieg jedoch zu Protokoll, dass Parteigenossen und SS-Männer auch das Kinderheim in der Nacht zum 10. November 1938 aufgesucht, dort randaliert und Möbel wie Teppiche beschädigt hätten. Es ist nicht bekannt, ob sich zu diesem Zeitpunkt Kinder im Haus aufhielten. Offiziell erfolgte die Schließung des Hauses mit dem 9. Dezember 1938.²³⁹

8 Einzelschicksale

8.1 Berthold Sander

Für die Saison 1933 hatte die Badeverwaltung wie zu Beginn der 1920er Jahre wieder das Orchester des Städtischen Theaters Bielefeld verpflichtet. Berthold Sander verlor 1933 seine Stelle als Kapellmeister beim Stadttheater Hildesheim.²⁴⁰ Ab Januar 1934 trat er mit dem von ihm geleiteten Chor des Kulturbundes Deutscher Juden (ab April 1935: Jüdischer Kulturbund) auf. Er lebte nun in Berlin.



Abb. 28: Berthold Sander, 1937.
(in: Jüdischer Kulturbund. Aus unserer Spielzeit 1937/38, 8)

²³⁶ S. Rückerstattungsverfahren, 1952, in: LAV NRW OWL, D 20 B Zg. 14/1989, Rüt 11/52.

²³⁷ Erlöschen der Fa. Lina Hamlet (Stoff- und Restehaus), s. STAATSANZEIGER FÜR DAS LAND LIPPE vom 8. März 1939.

²³⁸ S. Rückerstattungsverfahren, 1952, in: LAV NRW OWL, D 20 B Zg. 14/1989, Rüt 89/52.

²³⁹ LAV NRW OWL, D 20 B Zg. 14/1989, Rü 21/49, 30/49, 109/49 und 12/57.

²⁴⁰ Die Akten des Stadttheaters Hildesheim und seines Orchesters sind nur bis 1928 erhalten, auch die Meldekartei ist nur lückenhaft erhalten, so dass sich zur Entlassung Sanders keine genaueren Angaben machen lassen. S. Auskunft des STADTARCHIVS HILDESHEIM, 23. April 2025.

Im Juni 1941 dirigierte er zum letzten Mal für jüdisches Publikum auf der Bühne. Drei Monate später wurde der Kulturbund auf Anordnung des Reichssicherheitshauptamtes aufgelöst. Im März 1943 wurde Sander von seinem Arbeitsplatz in einer Wäscherei geholt und ins Ghetto Theresienstadt deportiert. Er gilt seit November 1943 als verschollen.²⁴¹

8.2 Ludwig Louis Back

Das Ehepaar Back emigrierte 1934 von Bad Oeynhausen aus nach Belgien. Bereits Ende des Jahres jedoch kehrte es aus Brüssel in die Heimat zurück. Im Frühjahr 1942 starb die Ehefrau an Krebs. Ludwig Back wurde am 31. Juli 1942 über Bielefeld ins Ghetto Theresienstadt deportiert. Für ihn war es nur eine kurze Zwischenstation, schon am 23. September erfolgte die Überstellung ins Vernichtungslager Treblinka II.

8.3 Familie Dr. Alfred J. Benatt

1934 war Dr. Alfred Josef Benatt erst über einige Monate in Lausanne (Schweiz) beschäftigt, dann besuchte er auf Einladung des türkischen Gesundheitsministeriums Kleinasien. Im Anschluss reiste er kurzzeitig in die USA.²⁴² Im April 1935 ließ er sich als Facharzt für Innere Krankheiten in Berlin nieder.²⁴³ Benatt trug sich mit der Hoffnung, eine Anstellung im staatlichen Badeort Saratoga Springs zu bekommen. Aus diesem Grund besuchte er Anfang 1936 wiederum die USA. Der Gouverneur des Staates New York weigerte sich jedoch, Stellen an Ausländer zu vergeben.²⁴⁴



*Abb. 29: Dr. Alfred J. Benatt, ca. 1957.
(aus seinem Nachruf in The Lancet vom 1. März 1958)*

²⁴¹ ITS, 6.3.3.2 / 90700343, Such- und Bescheinigungsvorgang Nr. 1.836.

²⁴² TIMO BAUMANN, Die Deutsche Gesellschaft für Kreislaufforschung im Nationalsozialismus 1933-1945, Berlin 2017, 103. Dort auch Hinweise auf weitere Quellen. Benatt war über mehrere Jahre Mitglied der Gesellschaft für Kreislaufforschung.

²⁴³ Anzeige in JR vom 3. Mai 1935. Die Adresse der Praxis lautete Lützowufer 14.

²⁴⁴ BAUMANN 2017, 104.

Ein Anhaltspunkt dafür, dass er jedwede Hoffnung auf ein Verbleiben in Deutschland aufgegeben hatte, findet sich in seiner Mitgliedschaft in der Ärztegesellschaft für Palästina in der Berliner Zionistischen Vereinigung, für die er medizinische Vorträge zum Klima in Palästina hielt.²⁴⁵ Anfang November 1938²⁴⁶ konnten Alfred, Ruth und Tochter Gabriele nach England entkommen.²⁴⁷ Sein noch bei einer Spedition gelagertes Umzugsgut – sieben Kisten und ein Koffer – wurde auf Betreiben der Berliner Gestapo durch das Finanzamt im Herbst 1941 versteigert.²⁴⁸ In England arbeitete er in verschiedenen Kliniken. Im September 1947 wurde die Familie Benatt eingebürgert.²⁴⁹ Dr. Alfred Josef Benatt starb am 18. Februar 1958 in London.

8.4 Dr. Bernhard Loewenthal, Nanni Loewenthal und Hermine Blankenstein

Schon seit dem Frühjahr 1934 trug Bernhard Loewenthal sich als aktives Mitglied der Zionistischen Vereinigung mit der Absicht, nach Palästina auszuwandern.²⁵⁰ Im Heiligen Land plante er nahe heißer Schwefelquellen am See Genezareth eine Heilanstalt zu errichten. Für seine Tochter Nanni gelang es ihm, ab 1. Oktober 1935 einen Platz in der Landwirtschaftsschule des Kinder- und Jugenddorfes Ben Schemen in der Nähe von Tel Aviv zu organisieren.²⁵¹ Ein am 23. September abgehender Sammeltransport mit jüdischen Jugendlichen sollte sie nach dort bringen. Ihre Ankunft in Palästina ist allerdings erst mit dem 21. Oktober 1935 registriert.²⁵²

Bernhard Loewenthal plante nachzukommen. Ein Großteil seiner Mittel war in Effekten gebunden, die Freigabe wurde ihm als Juden durch die Finanzbehörden erschwert. Loewenthal hatte deshalb die Angelegenheit einem Rechtsanwalt in Berlin übergeben. Im Oktober 1935 bat dieser die Devisenstelle des Oberfinanzpräsidenten in Münster dringlich um Freigabe eines Betrages im Gegenwert von 1.000 palästinensischen Pfund. Nur so könne der Arzt schnell das Einreisevisum und eine dauernde Aufenthaltserlaubnis erhalten. Ab 1. Dezember drohe in Palästina außerdem eine Sperre für die Ausgabe ärztlicher Lizenzen.²⁵³

²⁴⁵ S. Anzeige in JR vom 4. Dezember 1936.

²⁴⁶ Als Datum der Auswanderung ist der 1. November 1938 genannt; s. Gestapo-Leitstelle Berlin an Reichssicherheitshauptamt, 2. März 1942, in: BRANDENBURGISCHES LANDESHAUPTARCHIV (BLHA), 36A (II) 2702.

²⁴⁷ Vor der letzten Wohnadresse Knesebeckstraße 72 in Berlin-Charlottenburg wurden 2018 Stolpersteine für die Benatts verlegt.

²⁴⁸ S. die Akte des Oberfinanzpräsidenten Berlin zum ausgebürgerten Dr. Alfred Benatt, 1941-1942, 1964, in: BLHA, 36A (II) 2702.

²⁴⁹ Die Einbürgerungsakte findet sich in den NATIONAL ARCHIVES (London), HO 334/231/2864. Zu seinem Werdegang und Leben nach der Auswanderung s. den Nachruf in THE LANCET vom 1. März 1958 (s. Anhang 2).

²⁵⁰ S. dazu und zum Folgenden die Akte der Devisenstelle des Oberfinanzpräsidenten (OFP) Münster zu Dr. Bernhard Loewenthal, 1934-54, in: LAV NRW WESTF., L 001a Nr. 5796. Im Herbst 1934 hatte Loewenthal einen Lichtbildervortrag über das Leben in Palästina gehalten. IF vom 22. November 1934.

²⁵¹ Zum Kinderdorf Ben Schemen, das etwa 20 Kilometer östlich von Tel Aviv liegt, s. den ganzseitigen Bericht (mit Fotografien) in der JR vom 8. Juli 1938.

²⁵² S. Einwanderungsakte Nanni Loewenthal, 1935-41, in: ISRAEL STATE ARCHIVES, Government of Palestine, Department of Immigration, 6825-29-2.

²⁵³ Akte der Devisenstelle des OFP Münster zu Dr. Bernhard Loewenthal, 1934-54, in: LAV NRW WESTF., L 001a Nr. 5796.

Loewenthal hatte seine Praxis im November an den Arzt Dr. Erich Roschke verkauft.²⁵⁴ Als Zeitpunkt der Abmeldung ist in der Meldekarte der 28. Januar 1936 und als Emigrationsziel Palästina vermerkt.²⁵⁵ Offensichtlich kam er dort um den 10. Februar herum an. Zwei Umstände scheinen ausschlaggebend dafür gewesen zu sein, dass der Salzufler Badearzt wenige Monate später bereits weiterreiste. Offenbar gelang es ihm tatsächlich nicht, eine Erlaubnis zur Niederlassung als Arzt zu erhalten. Möglicherweise versagten die Behörden ihm aber auch den Aufenthalt in Palästina. Sein neues Ziel war nun Bombay in Britisch-Indien.²⁵⁶

Anlass für diese Planänderung war seine angeheiratete Tante, die Laborantin Hermine Blankenstein. Im Oktober 1935 hatte sie offiziell ihre Anstellung aufgeben müssen. In der Meldekarte ist ihre Abmeldung von Salzuflen nach Berlin mit Januar 1936 verzeichnet.²⁵⁷ Wie Loewenthal betrieb sie anfangs ihre Auswanderung nach Palästina. Dort beabsichtigte sie eine Hühnerfarm aufzubauen.²⁵⁸ Möglicherweise wegen der Hemmnisse, denen Loewenthal in Palästina ausgesetzt war, rückte nun Britisch-Indien als Ziel in den Mittelpunkt. Zwei Angehörige lebten bereits dort. Ihr Bruder Dr. Oscar Gans, ein bedeutender Dermatologe aus Hamburg, praktizierte seit 1934 in Bombay.²⁵⁹ Ihr ältester Sohn aus erster Ehe, Ernst Blankenstein, arbeitete in Abottabad.²⁶⁰ Im Februar 1936 verließ Hermine Blankenstein Deutschland und traf am 19. März in der indischen Metropole ein.

Wann genau Bernhard Loewenthal folgte, ist nicht zu ermitteln. Im Juni 1936 meldete er sich mit neuer Wohnadresse in Bombay beim Oberfinanzpräsidenten in Münster. Noch immer verlief die Freigabe seines Effekten-Vermögens schleppend. Vier Monate später schrieb er von Karachi aus. In der Victoria Road 8 hatte er eine Arztpraxis eröffnet. Daneben beabsichtigte er

²⁵⁴ Dr. Erich Roschke war 1924 Vorsitzender des Hypothekengläubiger- und Sparschutzverbandes in Lippe gewesen. Er kandidierte bei der Landtagswahl 1925 hinter Max Staercke aus Detmold für die Wirtschaftliche Vereinigung und bei der Stadtverordnetenwahl für die Liste Vereinigte Bürger. Ab 1927 agierte er für die Volksrechtspartei und zog 1928 für diese in die Stadtverordnetenversammlung ein. Zu seinem politischen Weg s. VOLKSBLATT vom 20. April 1925 und LLZ vom 19. Juni 1927. Eine Würdigung anlässlich seiner 25-jährigen Praxistätigkeit enthält nur wenige Angaben, s. LSTZ vom 29. August 1943. Roschke wurde kein Parteimitglied. S. seine Angaben im Entnazifizierungsverfahren, Mai 1946, in: LAV NRW RHLD., NW 1066 Nr. 346. S. Rückerstattungsverfahren, 1949, in: LAV NRW OWL, D 20 B Zg. 14/1989, Rü 91/49. Roschke und Loewenthal scheinen in gutem Verhältnis zueinander gestanden zu haben. Nach Kriegsende sandte Loewenthal Hilfspakete an Roschke. Aufstellung der Jewish Relief Association, Bombay, November 1945, in: JOINT DISTRIBUTION COMMITTEE (JDC) ARCHIVES, unter: https://search.archives.jdc.org/multimedia%2FDocuments%2FNames%20Database%2FPostwar%20Parcels%2F1945-48%20From%20India%2F4548_From_India_122.pdf (Aufruf: 24. Juli 2025). Dort auch weitere Aufstellungen.

²⁵⁵ Eintrag in der Meldekartei, in: STADTARCHIV BAD SALZUFLEN.

²⁵⁶ S. Akte der Devisenstelle des OFP Münster zu Dr. Bernhard Loewenthal, 1934-54, in: LAV NRW WESTF., L 001a Nr. 5796.

²⁵⁷ S. Einträge in der Meldekartei, in: STADTARCHIV BAD SALZUFLEN.

²⁵⁸ S. Akte der Devisenstelle des OFP Münster zu Hermine Blankenstein, 1934-56, in: LAV NRW WESTF., L 001a Nr. 597.

²⁵⁹ Zum Arzt Dr. Oscar Gans s. https://de.wikipedia.org/wiki/Oscar_Gans (Aufruf: 24. Juli 2025).

²⁶⁰ Ernst Blankenstein (geb. 29. September 1900) arbeitete während des Krieges als Zensor in einem Internierungslager in Dehra Dun. Er starb dort am 28. Juni 1945 in einem Krankenhaus. Hermine's zweiter Sohn Hans Blankenstein (geb. 30. März 1903), zuletzt in Leipzig lebend, wurde am 10. Mai 1942 ins Ghetto Bełżyce bei Lublin deportiert und wahrscheinlich dort oder in einem Vernichtungslager der „Aktion Reinhardt“ (Bełżec, Sobibór und Treblinka) ermordet.

in ein Unternehmen einzusteigen, das deutsche Waren nach Britisch-Indien importierte.²⁶¹ Dr. Bernhard Loewenthal wurde 1937 Mitglied im Karachi Boots-Klub und bei den Rotariern. Hermine Blankenstein arbeitete von Dezember 1939 an ehrenamtlich bei der British Merchant Navy Work Association und dem Roten Kreuz in Karachi. Sie erlernte Englisch und Urdu.²⁶² Einige Monate nach Kriegsbeginn wurden beide mit anderen aus Deutschland stammenden Flüchtlingen in der ehemaligen Festung des indischen Dorfes Purandhar interniert.²⁶³ Vor dem Sommer 1941 wurden sie entlassen. Loewenthal war zu diesem Zeitpunkt schwer erkrankt. Er bat einen Bekannten in Palästina, seiner Tochter eine Reisegenehmigung und eine Passage zu verschaffen, um diese noch einmal sehen zu können.²⁶⁴ Dieses scheint nach weiteren Anläufen erfolgreich verlaufen zu sein.



*Abb. 30: Nanni Loewenthal, ca. 1941.
(Israel State Archives, Government of Palestine, Department of Immigration, 6825-46-2)*

Bernhard Loewenthal und Hermine Blankenstein heirateten am 30. September 1945 in Bombay. Loewenthal starb schließlich am 8. August 1946 an seinem schweren Herzleiden in Karachi. Hermine Loewenthal erhielt im Juni 1947 die britische Staatsbürgerschaft.²⁶⁵ Ende 1954 verzog sie nach England, sie starb im April 1970. Nanni Loewenthal hatte im Juni 1941 den polnischen Juden Ajzyk Lipszyc in Palästina geheiratet.²⁶⁶ Mit ihm wanderte sie, nachdem beide als britische Staatsbürger anerkannt waren, im August 1946 nach England aus. Sie heiratete noch zwei weitere Male, zuletzt 1953. Wenige Tage nach ihrem 81. Geburtstag starb Rachel Nanni Loewenthal im September 2003 in Colchester (Essex).

²⁶¹ Akte der Devisenstelle des OFP Münster zu Dr. Bernhard Loewenthal, 1934-54, in: LAV NRW WESTF., L 001a Nr. 5796.

²⁶² Nach den Angaben Hermine Blankensteins in der Akte zur Erlangung der britischen Staatsbürgerschaft, 1947, in: NATIONAL ARCHIVES OF INDIA, E 1946 NA F 32-262.

²⁶³ Nominal roll of internees in the Parole Camp, Purandhar, o. D. [Dezember 1940], in: NATIONAL ARCHIVES OF INDIA, EW 1941 NA F 30-1. Loewenthal ist als Nr. 18 in der Kategorie „single men“ angeführt, Hermine Blankenstein ebenfalls als Nr. 18 in der Kategorie „single women“. In der Liste vom 15. Juni 1941 sind beide nicht mehr verzeichnet. Im Lager waren bis zu 160 Menschen untergebracht.

²⁶⁴ Yehudah Nediv (Town Clerk) an Municipal Corporation Tel Aviv, 8. Juni 1941, in: ISRAEL STATE ARCHIVES, Government of Palestine, Department of Immigration, 6825-29-2. Drei Wochen später insistierte Nedivi erneut.

²⁶⁵ Akte Hermine Blankensteins zur Erlangung der britischen Staatsbürgerschaft, 1947, in: NATIONAL ARCHIVES OF INDIA, E 1946 NA F 32-262.

²⁶⁶ Einwanderungsakte Ajzyk Lipszyc, 1935-41, in: ISRAEL STATE ARCHIVES, Government of Palestine, Department of Immigration, 6825-46-2.

8.5 Herbert und Emmy Wolff

Herbert Wolff bereitete seit Oktober 1938 die Auswanderung in die USA vor, wo er in seinem erlernten Beruf als Koch oder als Kellner arbeiten wollte.²⁶⁷ Am 5. Dezember 1938 traf er mit dem Schiff in New York ein. Seine Frau Emmy folgte Anfang Juli 1939. Sie musste noch Grundstücksverkäufe tätigen.²⁶⁸ Das Ehepaar lebte ab 1940 in Milwaukee, wo Herbert im Dezember 1948, seine Frau Emmy im November 1975 starb.



Abb. 31 u. 32: Emmy und Herbert Wolff, ca. 1940.

(National Archives at Chicago, Petitions for Naturalization, Milwaukee, Wisconsin, NAI-No. 7267811;
National Archives at Philadelphia, Declarations of Intention For Citizenship, NAI-No. 4713410)

8.6 Selma und Lieselotte Aumann

Selma Aumann eröffnete im Februar 1936 in Hamburg eine winzige Ausgabe der einstmals stolzen „Pension Adler“. In der Isestraße 37 im Stadtteil Harvestehude offerierte sie nun nur noch ein Doppel- sowie ein Einzelzimmer.²⁶⁹ Im Dezember 1939 wanderte sie in die USA aus. Selma Aumann starb im Juni 1979 in Manhattan. Die Tochter Lieselotte war bereits im April 1938 nach New York emigriert. Sie starb im November 2002.



Abb. 33: Anzeige der kleinen „Pension Adler“ in Hamburg
in der Jüdischen Rundschau vom 11. Februar 1936.

²⁶⁷ S. Akte der Devisenstelle des OFP Münster zu Herbert Adolph Wolff, 1938-52, in: LAV NRW WESTF., L 001a Nr. 11002.

²⁶⁸ S. Akte der Devisenstelle des OFP Münster zu Emmy Wolff, 1939-52, in: LAV NRW WESTF., L 001a Nr. 10970.

²⁶⁹ S. auch Anzeige in der JR vom 11. Februar 1936.

8.7 Richard und Lina Hamlet

Das Ehepaar Hamlet musste im September 1939 aus dem Haus Augustastraße 4 ausziehen, es war zu wenig günstigen Konditionen verkauft worden.²⁷⁰ An eine Auswanderung war kaum mehr zu denken, da die Mittel fehlten. Um überhaupt den Lebensunterhalt noch begleichen zu können, musste Richard Hamlet Anträge an die Finanzbehörde stellen, damit diese ihm Zahlungen aus seinem geringen Sperrguthaben genehmigte. Das Geld war rasch aufgebraucht. Ab Juni 1940 erhielt das Ehepaar von der Fürsorgeabteilung der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland monatlich 52 RM, außerdem musste Richard Hamlet als Hilfsarbeiter in einer Möbelfabrik für einen Monatslohn von 60 RM arbeiten.²⁷¹ Bis April 1942 lebten die Hamlets im „Judenhaus“ Lange Straße 41, dann bei Berghausens in der Oberen Mühlenstraße 8. Am 31. Juli 1942 wurde das Paar über Bielefeld ins Ghetto Theresienstadt deportiert. Von dort überstellte man sie am 29. Januar 1943 ins Vernichtungslager Auschwitz II (Birkenau). Das letzte Lebenszeichen war eine aus dem Zug geworfene Postkarte mit dem Datum 30. Januar 1943.²⁷²

9 Und was wurde aus August Prüßner?

Der frühere NSDAP-Kreisleiter August Prüßner blieb bis zur Ankunft der US-Truppenverbände in Lippe im März/April 1945 Schriftleiter der *Lippischen Staatszeitung*. In den letzten Kriegstagen hatte er noch dienstbeflissen fanatische Durchhalteartikel verfasst und von den Alliierten als „plutokratisch-bolschewistische Verschwörung“ geschrieben. Prüßner wurde von amerikanischen Soldaten aufgegriffen und in ein Internierungslager gebracht. Sein antisemitisches Handeln, seine maßlose Hetze spielten in seinem folgenden Entnazifizierungsverfahren keine Rolle. Man wollte sich nicht daran erinnern, wie Prüßner für die Entlassung des Arztes Dr. Benatt gesorgt hatte oder wie er nach der Terroraktion vom 10. November 1938 über die Juden als „Schmarotzer“ und „Giftspritzer“ schrieb und mit einem weiteren Artikel über judenfeindliche Ausschreitungen in Salzuflen um 1600 quasi die historische Begründung für die Gewaltaktion lieferte. Die Bürger könnten – so formulierte Prüßner es damals – „[...] dafür dankbar sein, dass im nationalsozialistischen Staate die endgültige Lösung der Judenfrage nunmehr möglich geworden ist.“²⁷³

Nur kurz gab es Überlegungen, ihn in die Kategorie II (Belastete) einzuordnen. Aber mehrere Entlastungszeugnisse von Kirchen- und einigen Parteienvertretern waren ihm nützlich. In den „Persilscheinen“ wurde ihm mal bescheinigt, sein Amt „stets in wirklich anständiger Weise geführt“ und alle Menschen „in durchaus freundlicher und sogar schützender Weise behandelt“ zu haben; mal hieß es schlicht, August Prüßner sei ein „harmloser Mensch“ gewesen. Letztlich

²⁷⁰ S. dazu Rückerstattungsverfahren, 1952, in: LAV NRW OWL, D 20 B Zg. 14/1989, RüT 11/52.

²⁷¹ S. Akte der Devisenstelle des OFP Münster zu Richard Hamlet, 1939-58, in: LAV NRW WESTF., L 001a Nr. 3034.

²⁷² S. dazu JÜRGEN HARTMANN, Letztes Lebenszeichen aus dem Zug nach Auschwitz. Eine Postkarte der Familie Hamlet, in: ROSENLAND, 24/2020, 102-104.

²⁷³ S. die Artikel „Urteile führender Männer über das Judentum“ und „Juden vor 350 Jahren in Salzuflen [...] Schon 1600 wurden den Juden die Fenster eingeworfen“ in der LSTZ vom 22. November 1938. Beide Artikel sind mit seinem Kürzel A.P. gekennzeichnet.

erfolgte die Einstufung in die Kategorie IV (Mitläufer).²⁷⁴ 1967 schrieb der ehemalige Hauptschriftleiter für die Sonderbeilage der *Lippischen Landes-Zeitung* zu deren 200-jährigen Bestehen über das „schöne“ Bad Salzuflen.²⁷⁵ Zur Goldenen Hochzeit erschien 1969 ein ausführlicher Zeitungsbericht über das Paar. Seine Tätigkeit für die NSDAP fand darin keinerlei Erwähnung.²⁷⁶ Prüßner starb im Juli 1970 in seiner Heimatstadt. Das Schicksal der verschwundenen jüdischen Nachbarn hatte bis dahin noch niemanden interessiert.

10 Fazit

Der Fall Bad Salzuflen steht exemplarisch für den Bäder-Antisemitismus in der Weimarer Republik und im Nationalsozialismus. In einem Kurort trafen zeitlich begrenzt Stadtbürger, Industrielle, Offiziere und Beamte, häufig mit nationalkonservativer und völkischer Gesinnung, auf jüdische Kurgäste aus dem Bildungsbürgertum. Eine Nähe, die so im Alltag nicht unbedingt gegeben war, und die soziale Reibungen erzeugen konnte. In einigen Kurorten sogar so sehr, dass hochgradig konfliktträchtige Räume entstanden.

Bad Salzuflen war als Kurort in den Jahren der Weimarer Republik sicherlich kein Zentrum antisemitischer Agitation wie viele der Bäder an Nord- und Ostsee. Dennoch stieß auch hier der Antisemitismus zunehmend auf fruchtbaren Boden. Die judenfeindliche Agitation und eine wachsende Zahl von Hotels und Pensionen, die jüdische Gäste ablehnten, belegen diese Entwicklung in den Jahren 1920 bis 1933. Gegen die republikfeindliche und antisemitische Hetze fanden sich anfangs noch demokratische Bündnisgenossen. Die sogenannte bürgerliche Mitte zeigte sich im Wesentlichen indifferent und neigte eher zur Ablehnung der Republik. Unterstützung im Abwehrkampf gegen den Antisemitismus konnten sich die Salzufler Juden wie anderswo in Deutschland später kaum noch erhoffen. Behörden, Polizei und Justiz sahen weitgehend untätig zu, Kirchen und „bürgerliche“ Parteien ignorierten die Entwicklung schlichtweg.

In diesem gesellschaftlichen Kontext fiel es den jüdischen Salzuflern schwer, den eigenen Kampf gegen Ausgrenzung und aggressive Agitation in unmissverständlicher Klar- und Offenheit zu führen. Diese inneren Konflikte und die wachsende Furcht davor, „aufzufallen“ oder „anzuecken“, zeigten sich deutlich im Zusammenhang mit der „Bäderliste“. Gegen Ende der Republik blieb ihnen angesichts der hohen Wählerstimmenanteile der NSDAP weitgehend nur die Resignation.

Die Entwicklung zeigt, wie gesellschaftlicher Antisemitismus in einem spezifischen Raum – dem Kurort – systematisch wirken konnte: beginnend mit alltäglichen Ausgrenzungen, verstärkt durch Aktionen verschiedener Akteure, gefestigt durch Schweigen und Duldung seitens der Stadt, der Kurverwaltung und eines Großteils der Gesellschaft. Dahinter stand das gezielte

²⁷⁴ S. Entnazifizierungsverfahren August Prüßner (1895-1970), 1947-48, in: LAV NRW RHLd., NW 1056 Nr. 106.

²⁷⁵ AUGUST PRÜSSNER, Verdiente Komplimente für Bad Salzuflen, in: LLZ vom 7. Februar 1967 (Sonderbeilage „200 Jahre Lippische Landes-Zeitung“).

²⁷⁶ LIPPISCHE RUNDSCHAU vom 5. März 1969.

Bemühen antisemitischer Akteure, mit sichtbaren und inszenierten Aktionen jüdische Bürger aus der Öffentlichkeit zu verdrängen: „Fremdes“ wurde als Zumutung empfunden und sollte im nationalen und kulturellen Erholungsraum keinen Platz finden. Der Kurort bildete somit kein von der Außenwelt abgeschottetes, sicheres Idyll, sondern er spiegelte die gesellschaftlichen Konflikte jener Zeit ungeschminkt und – wie eingangs bemerkt – potenziert wider.²⁷⁷ Der Bäder-Antisemitismus fungierte somit als ein Vorläufer und Wegbereiter der nach 1933 folgenden Entrechtung und Verdrängung.

Dank

Mein besonderer Dank gilt dem Team des Stadtarchivs Bad Salzuflen um Sonja Beinlich, das mich stets freundlich und engagiert darin unterstützt hat, auch kleinste Detailfragen zu klären. Ebenso danke ich den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der in diesem Beitrag genannten weiteren Archive, insbesondere denen der Nationalarchive von Indien und Israel. Die Kommunikation verlief durchweg reibungslos, und die Unterstützung war in jeder Hinsicht vorbildlich. In diesen Beitrag sind viele Monate intensiver Recherche und Auseinandersetzung eingeflossen – ebenso wie Erkenntnisse aus früheren Archivbesuchen, die bereits vor Jahren gesammelt wurden. Dafür, dass sich das Dickicht der Informationen zu einem strukturierten Text formen ließ, danke ich Dr. Andreas Ruppert und für zahlreiche Anmerkungen Dr. Stefan Wiesekopsieker. Möge dieser Beitrag Anstoß für weitere Recherchen vor Ort geben.

²⁷⁷ BAJOHR 2003, 27.

Anhang

1 Das Kurbad Salzuflen in der „Bäderliste“ 1921 bis 1932

Im deutschen Reich & CV-Zeitung	Israelitisches Familienblatt
1921	
IdR Mai 1921	IF 19. Mai 1921
Haus Zimmermann-Vagedes, Parkstr. 11. (Auf seinen Schriftstücken vermerkt: „Jüdischer Besuch nicht erwünscht“)	Haus Zimmermann-Vagedes, Parkstr. 11. (Auf seinen Schriftstücken vermerkt: „Jüdischer Besuch nicht erwünscht“)
Villa Margarete-Charlotte, Inh. H. Schipper	Villa Margarete-Charlotte, Inh. H. Schipper
Hotel Reichshof, Inh. Frl. Rose	Hotel Reichshof, Inh. Frl. Rose
Haus Bismarck, Roonstr. [christlich]	Haus Bismarck, Roonstr. [christlich]
Christliches Hospiz [christlich]	Christliches Hospiz [christlich]
1922	
CVZ 11. Mai 1922	IF 4. Mai 1922
Haus Zimmermann-Vagedes	Haus Zimmermann-Vagedes, Parkstr. 11. (Auf seinen Schriftstücken vermerkt: „Jüdischer Besuch nicht erwünscht“)
Villa Margarete-Charlotte, Inh. H. Schipper	Villa Margarete-Charlotte, Inh. H. Schipper
Hotel Reichshof, Inh. Frl. Rose	Hotel Reichshof, Inh. Frl. Rose
Haus Bismarck, Roonstr.	Haus Bismarck, Roonstr. [christlich]
	Christliches Hospiz [christlich]
1923	
CVZ 26. Mai 1923	IF 10. Mai 1923
Haus Zimmermann-Vagedes	Haus Zimmermann-Vagedes
Villa Margarete-Charlotte, Inh. H. Schipper	Villa Margarete-Charlotte
Hotel Reichshof, Inh. Frl. Rose	Hotel Reichshof
Haus Bismarck, Roonstr.	Haus Bismarck
Villa Schrippen	
1924	
CVZ 15. Mai 1924	IF 29. Mai 1924
Haus Zimmermann-Vagedes	Haus Zimmermann-Vagedes
Villa Margarete-Charlotte, Inh. H. Schipper	Villa Margarete-Charlotte, Inh. H. Schipper
Hotel Reichshof, Inh. Frl. Rose	Hotel Reichshof, Inh. Frl. Rose
Haus Bismarck, Roonstr.	Haus Bismarck, Roonstr.
Villa Schrippen	Villa Schrippen
1925	
CVZ 12. Juni 1925	IF 7. Mai 1925
Haus Zimmermann-Vagedes	Haus Zimmermann-Vagedes
Villa Margarete-Charlotte, Inh. H. Schipper	Villa Margarete-Charlotte, Inh. H. Schipper
Hotel Reichshof, Inh. Frl. Rose	Hotel Reichshof, Inh. Frl. Rose
Haus Bismarck, Roonstr.	Haus Bismarck, Roonstr.
Villa Schrippen	Villa Schrippen
Haus im Grün	

1926	
CVZ 7. Mai 1926	IF 13. Mai 1926
	Haus Zimmermann-Vagedes
Haus Schipper, Lietholzstr. 1	Villa Margarete-Charlotte, Inh. H. Schipper
	Hotel Reichshof, Inh. Fr. Rose ²⁷⁸
	Haus Bismarck, Roonstr.
	Villa Schrippen
	[Haus] Hedwig Elisabeth
Haus Weber, Inh. Frau Niemeier, Moltkestr. 31	Haus Weber
	[Haus] Friedrichsruh
Haus Bergfrieden, am Oberberg	Haus Bergfrieden
Haus Langrehr, Baumstr. 17	[Haus] Langrehr
[Haus] Poppelbaum-Fehling-Teutonia, Brunnenstr. 19	[Haus] Poppelbaum-Fehling-Teutonia, Brunnenstr. 19 [eigentlich Roonstr. 19]
Haus Schmiedeskamp, Wüstenerstr.	Haus Schmiedeskamp, Wüstenerstr.
Kinderheim Hartmann, Oberer Gröchteweg	Kinderheim Hartmann, Oberer Gröchteweg
[Haus] Daheim, Parkstr. 40	
[Haus] Heilsbrunn, Roonstr. [christlich]	[Haus] Heilsbrunn, Roonstr. [christlich]
Christliches Hospiz, Wenkenstr. 30 [christlich]	Christliches Hospiz, Wenkenstr. 30 [christlich]
Kinderheim Sonnenschein, Inh. Fr. Müller, Moltkestr. 36 [christlich]	Kinderheim Sonnenschein, Inh. Fr. Müller, Moltkestr. 36 [christlich]
1927	
CVZ 8. April 1927	IF 19. Mai 1927
	Haus Zimmermann-Vagedes
	[Haus] Daheim
	Villa Margarete-Charlotte, Inh. H. Schipper
	Haus Bismarck, Roonstr.
	[Haus] Hedwig Elisabeth
	[Haus] Friedrichsruh
	[Haus] Poppelbaum-Fehling-Teutonia, Brunnenstr. 10 [eigentlich Roonstr. 19]
„Christliche Häuser:“	„nach christlich-religiösen Grundsätzen geleitet:“
Haus Langrehr [christlich]	
Haus Weber (Frau Niemeyer)	
Haus Heilbrunnen	[Haus] Heilsbrunn, Roonstr. 5
Kinderheim Sonnenschein	Kinderheim Sonnenschein (Fr. Müller), Moltkestr. 36
Kinderheim Hartmann	
„Man beachte die Bemerkungen im ‚Wohnungsanzeiger‘.“	Haus Schmiedeskamp
	Haus Bergfrieden
	Christliches Hospiz, Wenkenstr. 30
1928	

²⁷⁸ IF 24. Juni 1926: „Hr. Oehler wünscht Streichung, da nun Besitzer (Gatte von Fr. Rose), neuer Name: Wiener Hof. Entspreche nicht den Tatsachen, dass ‚judenfeindliches Gebaren‘ vorgekommen ist.“

CVZ 1. Juni 1928	IF 10. Mai 1928
Pension Billerbeck. Die Inhaberin erklärt: ‚Ich bedaure sehr, Sie als Jüdin nicht aufnehmen zu können, da ich meinen Gästen nicht zumuten kann, sich mit Juden an einen Tisch zu setzen.‘	
	Haus Zimmermann-Vagedes
	[Haus] Daheim
	Villa Margarete-Charlotte, Inh. H. Schipper
	Haus Bismarck, Roonstr.
	[Haus] Hedwig Elisabeth
	[Haus] Friedrichsruh
	[Haus] Poppelbaum-Fehling-Teutonia, Brunnenstr. 10 [eigentlich Roonstr. 19]
Kinderheim Hartmann. Christliches Haus. Der Inhaber legt jedoch Wert darauf, nicht als jüdenfeindlich zu gelten.	
Haus Heilbrunnen	[Haus] Heilsbrunn, Roonstr. 5 [christlich]
Haus Langrehr	
Haus Weber	Haus Weber
Kinderheim Sonnenschein. Zusatz im Wohnungsanzeiger: Christliches Haus.	Kinderheim Sonnenschein (Frl. Müller), Moltkestr. 36 [christlich]
Haus Schmiedeskamp. Christl. Haus.	Haus Schmiedeskamp [christlich]
	Christliches Hospiz, Wenkenstr. 30 [christlich]
	Haus Bergfrieden [christlich]
1929	
CVZ 29. März 1929	IF 16. Mai 1929 (als gedr. Verzeichnis)²⁷⁹
Pension Billerbeck. Die Inhaberin erklärt: ‚Ich bedaure sehr, Sie als Jüdin nicht aufnehmen zu können, da ich meinen Gästen nicht zumuten kann, sich mit Juden an einen Tisch zu setzen.‘	
Kinderheim Hartmann. Christliches Haus. Der Inhaber legt jedoch Wert darauf, nicht als jüdenfeindlich zu gelten.	IF 20. Juni 1929: „Wo Juden unerwünscht sind ... Neu aufzunehmen: ... Salzuflen: Villa Dürkopp („vornehme christliche Pension“).
Haus Heilbrunnen	
Haus Langrehr	
Haus Weber	
Kinderheim Sonnenschein, Zusatz im Wohnungsanzeiger: Christliches Haus.	
Haus Schmiedeskamp. Christliches Haus.	
1930	
CVZ 30. Mai 1930 „Achtung! Bäderliste!“	IF 28. Mai 1930 (als gedr. Verzeichnis)²⁸⁰
Pension Billerbeck. Die Inhaberin erklärt: ‚Ich bedaure sehr, Sie als Jüdin nicht aufnehmen zu	

²⁷⁹ Liegt nicht vor.

²⁸⁰ Liegt nicht vor.

können, da ich meinen Gästen nicht zumuten kann, sich mit Juden an einen Tisch zu setzen.'	
Kinderheim Hartmann. Christliches Haus. Der Inhaber legt jedoch Wert darauf, nicht als jüdenfeindlich zu gelten.	
Haus Heilbrunnen	
Haus Langrehr	
Haus Weber	
Kinderheim Sonnenschein. Zusatz im Wohnungsanzeiger: Christliches Haus.	
Haus Schmiedeskamp, christliches Haus.	
1931	
CVZ 8. Mai 1931	IF 11. Juni 1931 (als gedr. Verzeichnis „Wo Juden unerwünscht sind!“)
	Haus Zimmermann-Vagedes
	[Haus] Daheim
	Villa Dürkopp
	Villa Margarete-Charlotte, Inh. H. Schipper
	Haus Bismarck, Roonstr.
	[Haus] Hedwig Elisabeth
	[Haus] Friedrichsruh
	[Haus] Poppelbaum-Fehling-Teutonia, Brunnenstr. 10 [eigentlich Roonstr. 19]
Pension Billerbeck. Die Inhaberin erklärt: ‚Ich bedaure sehr, Sie als Jüdin nicht aufnehmen zu können, da ich meinen Gästen nicht zumuten kann, sich mit Juden an einen Tisch zu setzen.‘	Pension Billerbeck
Kinderheim Hartmann. Christliches Haus. Der Inhaber legt jedoch Wert darauf, nicht als jüdenfeindlich zu gelten.	
Haus Heilbrunnen	Haus Heilsbrunnen, Roonstr. 5 [christlich]
	Christl. Hospiz, Wenkenstr. 30 [christlich]
Haus Langrehr	
Haus Weber	Haus Weber
Haus ‚Wiegand‘	
Kinderheim Sonnenschein, Christliches Haus	Kinderheim Sonnenschein (Frl. Müller), Moltkestr. 36 [christl.]
Haus Schmiedeskamp, christliches Haus	Haus Schmiedeskamp [christl.]
	Haus Bergfrieden [christl.]
1932	
CVZ 13. Mai 1932	IF 2. Juni 1932 (als gedr. Verzeichnis)
„Wir sehen in diesem Jahre von der Veröffentlichung einer Bäderliste ab, weil das Material zu umfangreich ist und unter den gegebenen Verhältnissen dauernden Veränderungen unterliegt.	

Wir werden uns stattdessen unseren Mitgliedern, soweit uns Unterlagen zur Verfügung stehen, Auskünfte über einzelne Häuser und Kurorte bereitwilligst erteilen. Wir bitten schriftliche Anfragen mit genauer Angabe des Ortes und des in Frage kommenden Hauses unter Beifügung von Rückporto an die Geschäftsstelle des Centralvereins, Berlin W15, Emser Straße 42, zu richten. Ebenso sind wir für Mitteilungen über Reiseerfahrungen jederzeit dankbar.“	
	Haus Bergfrieden
	Pension Billerbeck
	Haus Bismarck, Roonstr.
	[Haus] Daheim
	Villa Dürkopp
	Haus Friedrichsruh
	Haus Hedwig Elisabeth
	Villa Margarete-Charlotte
	[Haus] Poppelbaum-Fehling-Teutonia, Brunnenstr. 10 [eigentlich Roonstr. 19]
	Haus Weber
	Pension Zimmermann-Vagedes
	[Haus] Heilsbrunn, Roonstr. 5 [christl.]
	Christl. Hospiz, Wenkenstr. 30 [christl.]
	Haus Schmiedeskamp, Wüstenerstr. [christl.]
	Kinderheim Sonnenschein (Frl. Müller), Moltkestr. 36 [christl.]

2 Lebenslauf des Arztes Dr. Bernhard Loewenthal, 1920.

Aus: Bernhard Loewenthal, *Inversio uteri puerperalis acuta*. Inaugural-Dissertation zur Erlangung der Doktorwürde der Hohen Medizinischen Fakultät an der Friedrich-Wilhelms-Universität Berlin, Berlin 1920, 38.

Lebenslauf.

Ich, Bernhard Löwenthal [sic], wurde am 17. Juni 1891 zu Biesenthal i. d. Mark als Sohn des Kaufmanns Gustav Löwenthal geboren und besuchte bis 1910 die dortige Bürgerschule. Als dann kam ich auf das Köllnische Gymnasium zu Berlin, wo ich 1910 das Abiturientenexamen bestand. Ich studierte Medizin in Berlin, bestand dort Februar 1913 die ärztliche Vorprüfung, diente alsdann, bezog 1913/14 die Universität Würzburg und hatte bei Ausbruch des Krieges 3 klinische Semester. Ich kam am zweiten Mobilmachungstag als Feldunterarzt ins Feld und war dort ununterbrochen einige Zeit in Feldlazaretten, die größte Zeit als Truppenarzt tätig. Im Juli 1918 geriet ich in Gefangenschaft und kam infolgedessen erst im April 1919 nach Hause. Ich beendigte in Berlin meine Studien, bestand im Sommer 1919 das Staatsexamen und erhielt am 17. November 1919 meine Approbation unter Anrechnung der Kriegsdienstjahre. Seitdem bin ich als Assistent im Wöchnerinnenheim der Heilsarmee beschäftigt.

3 Nachruf auf Dr. Alfred J. Benatt, in: *The Lancet* vom 1. März 1958, 485.

(Übersetzung ins Deutsche durch Jürgen Hartmann)²⁸¹

März 1958

Nachruf

ALFRED JOSEPH BENATT

MD Berlin

Alfred Benatt kam aus dem nationalsozialistischen Deutschland nach England. Sein Leben war geprägt von ständiger Unsicherheit und vielen Enttäuschungen. Doch mit 56 Jahren hatte er die Sicherheit treuer Freundschaften, und seine unerschütterliche Liebe zur Medizin machte ihn nützlich – sowohl für Kolleginnen und Kollegen als auch für Patientinnen und Patienten – im Ausland wie in der Heimat.

Seine Hauptarbeit leistete er als Internist und in der Tuberkuloseprävention, doch sein forschender Geist führte ihn zunächst in die wissenschaftliche Arbeit. Bereits vor seinem Abschluss 1926 in Berlin hatte er an einem halben Dutzend Publikationen mitgearbeitet, meist auf dem Gebiet der klinischen Biochemie. Von 1929 bis 1933 leitete er ein Institut für Kardiologie und Balneologie in Bad Salzuflen. In Deutschland hatte er zudem mit Sir Joseph Barcroft von Cambridge an Atemfunktionstests gearbeitet und an Gasanalysen – einmal wurde er in letzter Sekunde aus einer experimentellen Druckkammer gerettet, ganz im Stil von „Dr. Mabuse“. Nach seiner Flucht aus Deutschland verbrachte er einige Zeit in Lausanne und ging dann in die USA, wo er auf das Schicksal deutscher Wissenschaftsflüchtlinge aufmerksam machte. Er absolvierte ein kardiologisches Praktikum in Frank N. Wilsons Abteilung in Ann Arbor.

Schließlich fand man für ihn eine Forschungsstelle an der St. John's Klinik für Rheumatologie in London. Ab 1941 führten die Kriegsumstände ihn in die klinische Medizin: Erst ins King George V Sanatorium, dann nach Clare Hall und schließlich ins Central Middlesex Hospital, wo er als NHS-Internist die elektrokardiographische Abteilung und einige Tuberkulosebetten leitete.

„Als er 1942 nach Clare Hall kam“, schreibt ein Kollege, „war er bereits dreimal in London ausgebombt worden, und zuvor hatte er die grausame Unterdrückung des Naziregimes erlebt. Er verlor beide Eltern in Konzentrationslagern und entkam selbst nur knapp mit dem Leben. Aber sein Mut und seine Lebensfreude trugen ihn so gut, dass wir kaum etwas von diesem Leid ahnten. Stattdessen sahen wir nur die scharfzüngige, charmante Persönlichkeit, sprühend vor Ideen und Information – stets ein inspirierender Mensch.“

Leider war die Aufnahmeprüfung zum Royal College eine Hürde, die er nicht überwinden konnte. Ohne sie konnte ihm das britische Medizinsystem keine dauerhafte Anstellung bieten – weder als Facharzt noch in der Forschung. Diese Rückschläge trafen ihn hart. Eine Phase als Allgemeinarzt in den Midlands war für ihn besonders schwierig (er bevorzugte die walisischen Bergarbeiter).

Seltsam war, dass er selbst in dieser Zeit, in der man ihm keine angemessene Stelle anbieten konnte, von führenden Persönlichkeiten als ebenbürtiger Kollege behandelt wurde. Die folgenden Jahre waren daher umso erfüllter für ihn.

1949 bot sich dann eine letzte Gelegenheit – wenn auch nicht ganz in vertrauter Umgebung: Die Internationale Flüchtlingsorganisation schickte ihn 1950 als Leiter zweier Krankenhäuser in die

²⁸¹ Einen weiteren Nachruf gab es im BRITISH MEDICAL JOURNAL, 1958, 587.

Umgebung von Neapel – eines mit 150 Betten für Allgemeinmedizin, das andere eine Tuberkuloseklinik mit 130 Betten. Gestärkt durch diese Erfahrung, ging er 1952 nach Bangkok als Leiter eines WHO-Tuberkuloseprojekts in Thailand – das er später eindrucksvoll in diesen Spalten beschrieb. Seine dritte Mission begann 1953, als er nach Teheran reiste, um als medizinischer Berater des American Jewish Distribution Committee die Zustände dort zu untersuchen. In jedem Land wurde Benatt zu einem ernsthaften Verfechter britischer Ideen und Methoden. Aufgrund seines erworbenen Glaubens an Freiheit und Wissenschaft gelang es ihm, das echte Interesse seiner Kolleginnen und Kollegen – Italiener, Franzosen und Thailänder – zu wecken. Einige von ihnen kamen später durch seine Anregung nach Großbritannien.

„Diese letzte Zeit“, schreibt ein Kollege, „brachte die Früchte seiner früheren Bemühungen. Er konnte sein Wissen und seine Kontakte einsetzen, um die Grundlagen medizinischen Fortschritts in Gemeinschaften zu legen, die sie dringend benötigten. Er organisierte nicht nur die medizinische und chirurgische Behandlung von Tuberkulose, sondern führte auch umfassende Umweltpflege ein, die es vorher gar nicht gab. Er besuchte Patienten in ihren Hütten, erarbeitete Methoden zur Isolation und zur Entsorgung von Sputum, und unterrichtete Hilfskräfte in Prävention und Hygiene. Er erkannte klar die Notwendigkeit, die tiefgreifenden Probleme zu überwinden, die durch die erschreckende Vernachlässigung von Sozial- und Präventivmedizin entstanden waren. Das, was er sah, spornte ihn an. Er war ein praktischer Idealist, ein fähiger Mann mit einer positiven Persönlichkeit – der Typ, dessen Werk weiterwirkt und wächst.“

„Wann immer er aus einem fernen Land zurückkehrte, spürte man dieses gewachsene Format – das Resultat einer großen Aufgabe, gut und wahrhaftig erfüllt.“

„Ich kannte Alfred Benatt nur etwa 18 Monate vor seinem Tod“, schreibt ein anderer Weggefährte. „Er war gerade zurückgekehrt von der Arbeit in Tuberkuloseabteilungen einiger weniger begünstigter Länder. Er glaubte, dass wir, die Wohlhabenden, viel mehr für diese Länder tun könnten. Er versuchte, seinen Beitrag durch die Erstellung eines Handbuchs für Tuberkulose-Gesundheitshelfer fortzusetzen und organisierte einen Dokumentarfilm über die Tuberkulosebekämpfung, um ein breiteres Publikum zu informieren und zu motivieren. In beiden Projekten arbeitete er unermüdlich. Er hatte die Fähigkeit, seinen Enthusiasmus weiterzugeben und seine Ideen zu ‚verkaufen‘ – ohne Rhetorik oder aufdringliches Drängen. Seine Ideen waren nicht neu – das wirklich Neue war sein Wille, sie umzusetzen. Er hatte keine offizielle Stellung, keine Macht – nur persönliche Integrität und Freunde. Sein kleines Buch war fast fertig, als er starb. Der Film wartete noch auf einen Unterstützer.“

In dieser wie in anderer Hinsicht kann seine Arbeit vielleicht fortgeführt werden. Doch „als Mensch wird er besonders in Erinnerung bleiben. Viele, die ihn kannten, werden an seine Freundlichkeit als Arzt denken, seinen Mut in der Not, seinen feinen Humor und seine Höflichkeit – und an die mitreißende Qualität der Gespräche mit ihm – so lehrreich wie fesselnd.“

Er starb am 18. Februar. Seine Frau überlebt ihn mit einem Sohn und einer Tochter.

von Andreas Ruppert

Die Verluſtlisten

14. Kompagnie:

1. Unterſturm Rahn, Helm, geb. 19. 3. 97, Detschold, Rader 3 2. Unterſt. Richter, Paul, geb. 2. 11. 03, Haas, Salsbrunn, Wiedt 21 3. Stur. Dürerſt, Weiß, geb. 22. 11. 00, Wernitz, Wehrh. 51 4. Oberſchürze Gildert, Simon, geb. 5. 11. 98, Brühl 6, Zeit a. d. Molei 5. Oberſchürze Richter, Albert, geb. 17. 4. 05, Warburg, W. 18 18 6. Schürze Kohnmann, Gulian, geb. 7. 1. 03, Bernerſtraßen, Wiedert 1 7. Schürze Ottenhausen, Gottf., geb. 27. 6. 1903, Guld Ottenhausen 1. 2. 8. Schürze Wenz, Thomas, geb. 16. 10. 04, Offen, Coarretſt. 22a 9. Schürze Chemerlet, Hans, geb. 12. 2. 00, Elberfeld, Chirrup 77 10. Schürze Mittelbach, Paul, geb. 28. 8. 04, Untermythen-Ottinghausen 1 11. Schürze Wobſt, Wilfrid, geb. 26. 9. 01, Gießen, Wiedert 15 12. Schürze Graeffert, Emil, geb. 22. 9. 01, Gerſch, Friedrichsgraben 11 13. Schürze Schren, Fritz, geb. 17. 3. 03, Nemiſchhausen 25 14. Schürze Gerschlitz, Fritz, geb. 20. 1. 06, Schörlbach 4, Zehnhausen 4, d. Wupper 15. Schürze Weiſſer, Walter, geb. 23. 4. 07, St. Andreaskirch im Forst 16. Schürze Engelhardt, Wilfrid, geb. 17. 9. 05, Wehrerde bei Duderſchlo 17. Schürze Rühl, Wilfrid, geb. 9. 4. 01, Röh, Delbrück, Berg. Gladbachſtr. 739	18. Schürze Krefſch, Hermann, geb. 20. 7. 04, Gießen, Hammerſchloß. b. Hatz 19. Schürze Müller, Franz, geb. 14. 10. 03, Wiedert, Dörfler Str. 96 20. Schürze Reichenbach, Will, geb. 22. 05. 05, Großhausen (Oberſchloß) 21. Schürze Wille, Hans, geb. 23. 5. 04, Schöden, Chirrup 3 22. Schürze Krefſch, Fritz, geb. 23. 10. 01, Ottinghausen 23. Schürze Krefſch, Fritz, geb. 11. 2. 03, Riet, Elberfeld. 1006 24. Schürze Müller, Oskar, geb. 7. 8. 04, Wiedert, Wiedert 11 25. Schürze Kohnmann, Berthold, geb. 23. 10. 05, Dörflerſtr. 33 26. Schürze Müller, Fritz, geb. 22. 6. 05, Wiedert, Wiedert 13 27. Schürze Oelrichſch, Hermann, geb. 4. 3. 03, Wiedert, Wiedert 13 28. Schürze Richter, Fritz, geb. 22. 8. 06, Chirrup, Wiedert 15 29. Schürze Dörfler, Fritz, geb. 17. 8. 05, Wiedert, Wiedert 14 30. Schürze Zapp, Hermann, geb. 14. 8. 07, Ottinghausen 31. Schürze Wiedert, Fritz, geb. 28. 3. 02, Krefſch (R. Wiedert) 32. Schürze Wille, Fritz, geb. 16. 5. 07, Wiedert (R. Wiedert) 33. Schürze Wenz, Fritz, geb. 23. 12. 05, Wiedert, Wiedert 13 34. Schürze Wenz, Fritz, geb. 1. 8. 06, Wiedert (Wiedert)
--	---

16. Kompagnie:

1. Unterſturm Krefſch, Emil, geb. 12. 9. 04, Detschold, Rader 3 2. Unterſturm Kohnmann, Emil, geb. 22. 4. 00, Wiedert (R. Dörfler) Nr. 190 3. Unterſt. Krefſch, Fritz, geb. 14. 8. 05, Wiedert Nr. 91 (R. Wiedert) 4. Unterſt. Wiedert, Emil, geb. 17. 0. 00, Wiedert (R. Wiedert), Wiedert 13 5. Unterſt. Richter, Will, geb. 27. 10. 02, Ottinghausen 4, (R. Wiedert) 6. Stur. Gulian, Fritz, geb. 10. 3. 1901, Wiedert, Wiedert 13 7. Stur. Wiedert, Hermann, geb. 8. 4. 01, Wiedert, Wiedert 13 8. Schürze Wiedert, Fritz, geb. 12. 7. 04, Wiedert in Wiedert 9. Schürze Wiedert, Fritz, geb. 30. 1. 05, Wiedert, Wiedert 13 10. Schürze Wiedert, Fritz, geb. 4. 6. 06, Wiedert, Wiedert 13 (R. Wiedert) 11. Schürze Wiedert, Fritz, geb. 2. 2. 03, Wiedert, Wiedert 13 12. Schürze Wiedert, Fritz, geb. 9. 11. 04, Wiedert, Wiedert 13 13. Schürze Wiedert, Fritz, geb. 18. 2. 07, Wiedert, Wiedert 13 14. Schürze Wiedert, Fritz, geb. 11. 11. 01, Wiedert, Wiedert 13 15. Schürze Wiedert, Fritz, geb. 30. 11. 03, Wiedert, Wiedert 13 16. Schürze Wiedert, Fritz, geb. 23. 8. 06, Wiedert, Wiedert 13 17. Schürze Wiedert, Fritz, geb. 31. 8. 02, Wiedert, Wiedert 13 18. Schürze Wiedert, Fritz, geb. 24. 8. 02, Wiedert, Wiedert 13 19. Schürze Wiedert, Fritz, geb. 24. 8. 02, Wiedert, Wiedert 13 20. Schürze Wiedert, Fritz, geb. 24. 8. 02, Wiedert, Wiedert 13 21. Schürze Wiedert, Fritz, geb. 24. 8. 02, Wiedert, Wiedert 13 22. Schürze Wiedert, Fritz, geb. 24. 8. 02, Wiedert, Wiedert 13	23. Schürze Wiedert, Fritz, geb. 24. 8. 02, Wiedert, Wiedert 13 24. Schürze Wiedert, Fritz, geb. 24. 8. 02, Wiedert, Wiedert 13 25. Schürze Wiedert, Fritz, geb. 24. 8. 02, Wiedert, Wiedert 13 26. Schürze Wiedert, Fritz, geb. 24. 8. 02, Wiedert, Wiedert 13 27. Schürze Wiedert, Fritz, geb. 24. 8. 02, Wiedert, Wiedert 13 28. Schürze Wiedert, Fritz, geb. 24. 8. 02, Wiedert, Wiedert 13 29. Schürze Wiedert, Fritz, geb. 24. 8. 02, Wiedert, Wiedert 13 30. Schürze Wiedert, Fritz, geb. 24. 8. 02, Wiedert, Wiedert 13 31. Schürze Wiedert, Fritz, geb. 24. 8. 02, Wiedert, Wiedert 13 32. Schürze Wiedert, Fritz, geb. 24. 8. 02, Wiedert, Wiedert 13 33. Schürze Wiedert, Fritz, geb. 24. 8. 02, Wiedert, Wiedert 13 34. Schürze Wiedert, Fritz, geb. 24. 8. 02, Wiedert, Wiedert 13 35. Schürze Wiedert, Fritz, geb. 24. 8. 02, Wiedert, Wiedert 13 36. Schürze Wiedert, Fritz, geb. 24. 8. 02, Wiedert, Wiedert 13 37. Schürze Wiedert, Fritz, geb. 24. 8. 02, Wiedert, Wiedert 13 38. Schürze Wiedert, Fritz, geb. 24. 8. 02, Wiedert, Wiedert 13 39. Schürze Wiedert, Fritz, geb. 24. 8. 02, Wiedert, Wiedert 13 40. Schürze Wiedert, Fritz, geb. 24. 8. 02, Wiedert, Wiedert 13 41. Schürze Wiedert, Fritz, geb. 24. 8. 02, Wiedert, Wiedert 13 42. Schürze Wiedert, Fritz, geb. 24. 8. 02, Wiedert, Wiedert 13 43. Schürze Wiedert, Fritz, geb. 24. 8. 02, Wiedert, Wiedert 13 44. Schürze Wiedert, Fritz, geb. 24. 8. 02, Wiedert, Wiedert 13
--	--

Rosenland 31/2025

Zu den Aufgaben der Geschichtswissenschaft gehört es, an Menschen zu erinnern, die „Opfer“ waren. Es sind Menschen, die gewaltsam daran gehindert wurden, ihr Leben so zu leben, wie sie es sich vorgestellt hatten. Opfer von Gewalt, aber auch die Opfer unglücklicher Verkettungen, von Zufällen – Menschen, die zur falschen Zeit am falschen Ort waren. Das passiert jeden Tag, und die Erinnerung ist meist eine private Angelegenheit, keine der Wissenschaft. Fatalistisch kann man sagen, das gehöre zum Leben dazu. Anders ist es, wenn das Unglück eine Dimension erhält, die über das Private hinausgeht. Ein solches Unglück geschah am 31. März 1925, als auf der Weser zwischen Varenholz und Veltheim eine behelfsmäßige Fähre kenterte und 81 Menschen ertranken.²

Militär in Detmold

78 der Ertrunkenen waren Soldaten aus Detmold. Sie gehörten der 14. und 16. Kompanie des Ausbildungsbataillons des Infanterie-Regiments 18 der Reichswehr an. Die meisten waren sehr jung, der älteste, ein Feldwebel, war 31 Jahre alt. Zwei Opfer waren Soldaten aus Minden, der einzige Zivilist war ein Kaufmann aus Varenholz, dem die Mitfahrt gestattet worden war.

Detmold hatte damals drei Infanteriekasernen: die „Kaserne I“ in der Leopoldstraße (nach dem Anschluss Lippes an Nordrhein-Westfalen für den Bau der Bezirksregierung abgerissen); die „Kaserne II“ an der einstigen Lemgoer, späteren Richthofenstraße (heute Arbeits- und Sozialgericht); die „Kaserne III“, die sog. Emilienkaserne an der Emilienstraße und damaligen 55er-, heutigen Bielefelder Straße, von der Stadt Detmold in den Jahren 1901 bis 1904 gebaut und dem Heer auf 25 Jahre vermietet (heute Campus der Technischen Hochschule Ostwestfalen-Lippe). Detmold war bis 1914 Standort des Stabes und des III., des „lippischen“ Bataillons des preußischen Infanterie-Regiments Graf Bülow von Dennewitz (6. Westfälisches) No. 55. Seine Soldaten waren im Weltkrieg an der Westfront eingesetzt, sie kamen im Dezember 1918 zurück, das Regiment wurde 1919 aufgelöst.³

Das Militär blieb jedoch in der Stadt durch Denkmäler und Epitaphe, durch den Ehrenfriedhof an der ehemaligen Meiersfelder, heutigen Blomberger Straße, zuletzt durch diverse Straßennennungen präsent.⁴ Dazu traten zahlreiche Kriegervereine, allein sieben in Detmold, mit regelmäßigen Veteranentreffen und Aufmärschen in der Stadt und am Hermannsdenkmal öffentlich in Erscheinung. Parallel dazu machten die großen Wehrverbände ständig auf sich aufmerksam: Stahlhelm, Jungdeutscher Orden (Jungdo), das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold. Es wurde viel marschiert in Detmold.

Der Versailler Vertrag hatte dem Reich nur ein Heer von 100.000 Mann zugestanden. Die schrittweise Reduzierung der Armee von der Bildung einer Vorläufigen Reichswehr mit Gesetz vom 6. März 1919 bis zur Errichtung der Reichswehr mit dem Wehrgesetz vom 23. März 1921 bedeu-

² Das Geschehen ist als „Weserunglück“ bei Veltheim in die Geschichte eingegangen; das lippische sozialdemokratische Volksblatt schrieb in seiner Ausgabe vom 1. April 1925 vom „Militärunglück bei Varenholz“.

³ Zur Garnison Detmold nach dem Ersten Weltkrieg s. HANSJÖRG RIECHERT U. ANDREAS RUPPERT, Militär und Rüstung in der Region. Lippe 1914-1945, Bielefeld 2001.

⁴ S. dazu ANDREAS RUPPERT, Kriegerdenkmäler in Detmold, in: ROSENLAND 2/2005, 2-18.

tete das Aus für viele kleinere Standorte. Detmold wollte seine Garnison jedoch unbedingt behalten. Hauptgrund war die feste Überzeugung vom ökonomischen Nutzen einer Truppenbelegung. Man muss an solchen Nutzen fest glauben, durchgerechnet wurde er nicht. Weitere Gründe wurden offen benannt. Man verstand die Aufhebung der Garnison als Prestigeverlust, umso mehr, als das kleinere Schaumburg-Lippe seine Bückeburger Garnison behalten durfte. Und zuletzt darf die kulturelle Bedeutung der Militärmusik nicht unterschätzt werden. Unbestritten konnte die *Lippische Landes-Zeitung* später von Musikmeister Erwin Mietusch als dem „bekannteste(n) und populärste(n) Soldat(en) des Detmolder Reichswehrebataillons“ schreiben.⁵ Aber auch die Führung der Reichswehr hatte noch ein Interesse an Detmolds Kasernen. Falls es irgendwann wieder eine Wehrpflicht geben würde, brauchte man gut eingerichtete und funktionierende Anlagen. Zuletzt war entschieden, dass Detmold Standort des genannten Ausbildungsbataillons werden sollte, dessen drei Kompanien die drei Kasernen bezogen. Das Bataillon stellte sich in die Tradition des früheren „lippischen Bataillons“. Detmold blieb sein Standort bis zum Kriegsbeginn im September 1939.⁶

Zu den Aufgaben der Reichswehr gehörte an erster Stelle die Verteidigung gegen Angriffe von außen, ohne die Fähigkeit zu einer eigenständigen Offensive. Im Innern sollte sie Demokratie und Republik schützen – das tat sie auch, allerdings mit deutlicher Schlagseite. Der Einsatz gegen linksradikale Angriffe war immer erfolgreich, vom Einsatz gegen rechte Bestrebungen kann man das nicht sagen. Der Kapp-Lüttwitz-Putsch ist im März 1920 nicht an der Reichswehr gescheitert, und der Hitler-Putsch im November 1923 auch nicht. Wie also stand die Reichswehr zur Republik? Sie erschien schon den Zeitgenossen als ein „Staat im Staate“. Die Mentalität des Offizierskorps war in der Kaiserzeit geprägt worden, seine Führung war der parlamentarischen Kontrolle entzogen. Der Eid galt der Nation, nicht der Republik und nicht der Verfassung. In den Offizierskasinos wurde über die „zukunftsgerichten Formen des Soldatentums“ diskutiert, „Aktivität“ gefordert und der Armee eine „Mission“ zugesprochen, ohne dass Inhalte erkennbar wären.⁷

Die Distanz zwischen Republik und Reichswehr ist auch in Detmold deutlich zu erkennen. Der von Reichspräsident Ebert eingeführte Verfassungstag am 11. August wurde in Lippe als Feiertag begangen. Die Bataillonskapelle spielte und das Bataillon stellte eine Ehrenkompanie – das gab es sonst nur in Berlin. Aber die Kapelle versuchte schon bald, sich aus dieser Verpflichtung zu lösen, und auch die Stellung der Ehrenkompanie wurde zuletzt verweigert. Der Chef der Heeresleitung Hans von Seeckt – der einen Teil seiner Jugend in Detmold verbracht und das Gymnasium Leopoldinum besucht hatte⁸ – hat solche Verweigerung vorgemacht: Am 11.

⁵ LIPPISCHE LANDES-ZEITUNG (LLZ) vom 18. September 1929.

⁶ Zur Geschichte des Regiments liegen zwei Darstellungen durch ehemalige Angehörige vor: DR. MUNDT, Das 18. Infanterie-Regiment von 1921 bis 1932, Detmold 1932, sowie ERNST-MARTIN RHEIN, Das Rheinisch-Westfälische Infanterie-/Grenadier-Regiment 18 1921-1945, nach Tagebüchern, Briefen und Berichten zusammengestellt, Bergisch-Gladbach 1993.

⁷ HERMANN TESKE, Analyse eines Reichswehr-Regiments, in: WEHRWISSENSCHAFTLICHE RUNDSCHAU, 12. Jahrgang (1962), 252-269, hier 256 und 263.

⁸ Sein Vater Oberst Richard von Seeckt war in den Jahren 1874 bis 1881 Kommandeur des Infanterie-Regiments 55, er befehligte die Truppen, die anlässlich der Einweihung des Hermannndenkmals am 16. August 1875 vor Kaiser Wilhelm I. paradierten.

August standen bei ihm regelmäßig Dienstreisen an. Heinrich Drake als der führende Kopf im Lippischen Landespräsidium ließ sich die Verweigerungshaltung des Detmolder Bataillons allerdings nicht bieten, er wandte sich direkt an den Reichswehrminister und brachte ihn zum Einlenken. Aber deutlich war auch hier: Die Reichswehr stand nicht für die Verfassung ein.⁹

Das Ausbildungsbataillon IV/18

Dem Heer waren im Versailler Vertrag sieben Divisionen Infanterie und drei Divisionen Kavallerie zugestanden worden. Die Divisionen waren den sieben Wehrkreisen zugeordnet. Das Infanterie-Regiment 18 gehörte zur 6. Division im Wehrkreis VI mit Sitz in Münster. Seine drei Feldbataillone waren auf verschiedene Standorte verteilt: Paderborn, Münster, später Bielefeld, Bückeburg und Hameln. Zur Ausbildung wurden Soldaten aus den Feldbataillonen im sechsmonatigen Turnus abgestellt. Das Ausbildungsbataillon hatte eine Sollstärke von 9 Offizieren, 63 Unteroffizieren und 219 Mannschaften. Die 14. Kompanie (in der Kaserne III) bildete für das I. Bataillon aus, die 15. Kompanie (in der Kaserne I) für das II. und die 16. Kompanie (in der Kaserne II) für das III. Bataillon. Eingestellt werden durften Unteroffiziere und Mannschaften nur für mindestens 12 Jahre Dienst, sowie Offiziere für 25 Jahre. Es sollte keine Personalreserve aufgebaut werden. Allerdings zielten alle Bemühungen der politischen und militärischen Führung im Reich auf eine Revision des Vertrags und auf eine mögliche Heeresvergrößerung. Darauf richtete sich auch das Ausbildungskonzept: Jeder Soldaten sollte in der Lage sein, bei einer Vergrößerung des Heeres die nächsthöhere Funktion auszuüben, die Ausgebildeten waren der Stamm für die neu aufzustellenden Einheiten. Der Ausbildungsstand war entsprechend hoch.¹⁰

Feldübungen im größeren Zusammenhang wurden meist in der Senne durchgeführt, dem wichtigsten Truppenübungsplatz im Wehrkreis VI. Ausgebildet wurde am Gewehr, am leichten Maschinengewehr, an der Pistole sowie an der Handgranate. Hohe Bedeutung hatte auch die körperliche Fitness, wobei Turnen und Leichtathletik im Vordergrund standen. Die Schwimmausbildung war vernachlässigt, und damit ist ein Aspekt berührt, der in der Aufarbeitung des Weserunglücks wichtig wurde. Hauptmann Isermann, Chef der 14. Kompanie, sagte nach dem Unglück über seine Leute: „Die meisten waren Nichtschwimmer“.¹¹ Die Zeugenaussagen zum Unglück machen aber eins deutlich: Wer schwimmen konnte, hatte eine größere Chance zu überleben. Danach wurde die Schwimmausbildung forciert und dafür in Detmold das Werreschwimmbad genutzt, das direkt hinter dem Appellplatz der Kaserne I lag.

⁹ LANDESARCHIV NORDRHEIN-WESTFALEN, ABT. OSTWESTFALEN-LIPPE (LAV NRW OWL), L 75 X 1 Nr. 21; s. RIECHERT/RUPPERT 2001, 62-66, sowie ANDREAS RUPPERT, Die Rolle des Militärs beim Übergang vom Fürstentum zum Freistaat Lippe, in: JULIA SCHAFMEISTER, BÄRBEL SUNDERBRINK, MICHAEL ZELLE (Hg.), Revolution in Lippe. 1918 und der Aufbruch in die Demokratie, Bielefeld 2018, 40-56, hier 55-56.

¹⁰ Zur Struktur des Regiments ausführlich MUNDT 1932.

¹¹ Aussage im Prozess, s. die Verfahrensakte im LAV NRW OWL, D 21 A Nr. 5611.

Die Felddienstübung vom April 1925

Für April 1925 war eine Felddienstübung von Teilen der 6. Division im Gelände zwischen Porta und Veltheim nördlich und östlich der Weser angesetzt. Das zugrunde liegende Schema war, dass der aus dem Norden anrückende Gegner „Rot“ aufgehalten und zurückgetrieben werden sollte.¹² Für viele Detmolder Soldaten sollte damit ihre Zeit im Ausbildungsbataillon zu Ende gehen. Zur Übung gehörte die Überquerung der Weser zwischen Varenholz und Veltheim auf einer von Pionieren des Pionier-Bataillons 6 aus Minden angelegten Gierfähre. Der entsprechende Befehl des Pionier-Bataillons vom 23. März 1925 lautete:

„Das Batl. trifft am 30. März in Veltheim ein. 1. Komp. u. verst. [verstärkte] I. Br.Abtg. so, dass bis zum 31. März 7 Uhr vorm. eine fliegende Brücke (4 Pontons) über die Weser zum Übersetzen des A/18 fertiggestellt ist.“¹³

Verantwortlich für Bau und Betrieb der Fähre war Oberleutnant Gerhard Jordan. Jordan, am 1. Juni 1893 in Schleck, Kreis Goslar, geboren, war seit 1913 Pionier.¹⁴ Er hatte sich nach dem Weltkrieg einer Freikorpseinheit angeschlossen und war 1920 in die Reichswehr übernommen worden. Seit dem 1. Mai 1924 war er Chef der 1. Kompanie des Pionier-Bataillons 6. Seine dienstlichen Beurteilungen waren sehr gut, aber mit Gierfähren hatte er keine Erfahrung. Er hatte sich, nach Beratung mit Leutnant Heidkämper, der das Gelände inspiziert hatte, für die Überfahrt an der Stelle entschieden, die auch die zivile Fähre des Veltheimer Fährmanns Friedrich Huck nutzte.¹⁵ Zwei Argumente wurden später im Prozess dazu angeführt: man hielt die Stelle für sicher, und es gab belastbare Zufahrtswege. Die Weser ist dort etwa 80 m breit. An jenem Tag führte sie ein Hochwasser von 1 m über Normal.

Die Gierfähre

„Das Grundübel des Unglücks ist die Konstruktion dieser Unglücksfähre.“
(Sachverständiger Oberst Hugo v. Sommerfeld)¹⁶

Im Prinzip sind Bau und Betrieb einer Gierfähre einfach, aber die von den Pionieren 1925 verwendeten Materialien waren untauglich, vor allem die tragenden Pontons, die sonst für Schiffbrücken eingesetzt wurden und nicht für Fähren. Die Pioniere sprachen damals auch nur von „fliegenden Brücken“, und die entsprechende Pioniervorschrift hieß „Brückenbau“. Die Pontons waren 3 m lang und 1,50 breit, ihre erhöhten vorderen Teile hießen „Vorderkaffen“. Die hinteren Teile, die „Hinterkaffen“, waren abgerundet. Die Pontons waren offen, sodass sie volllaufen und eine Fähre in Schiefelage und zum Kentern bringen konnten.

¹² So ULRICH SIEKMANN, Das Unglück an der Weser im Jahre 1925, in: HEIMATLAND LIPPE, 93/2000, 62-66.

¹³ Aussage im Prozess, s. LAV NRW OWL, D 21 A Nr. 5611.

¹⁴ Angaben nach <https://www.lexikon-der-wehrmacht.de/Personenregister/J/JordanGerhard-R.htm> (Aufruf: 7. Mai 2025).

¹⁵ Aussage im Prozess, s. LAV NRW OWL, D 21 A Nr. 5611. Der Betreiber der zivilen Fähre wies später auf ein Problem mit der Strömung hin, das den Pionieren nicht bekannt war.

¹⁶ Aussage im Prozess, s. LAV NRW OWL, D 21 A Nr. 5611.

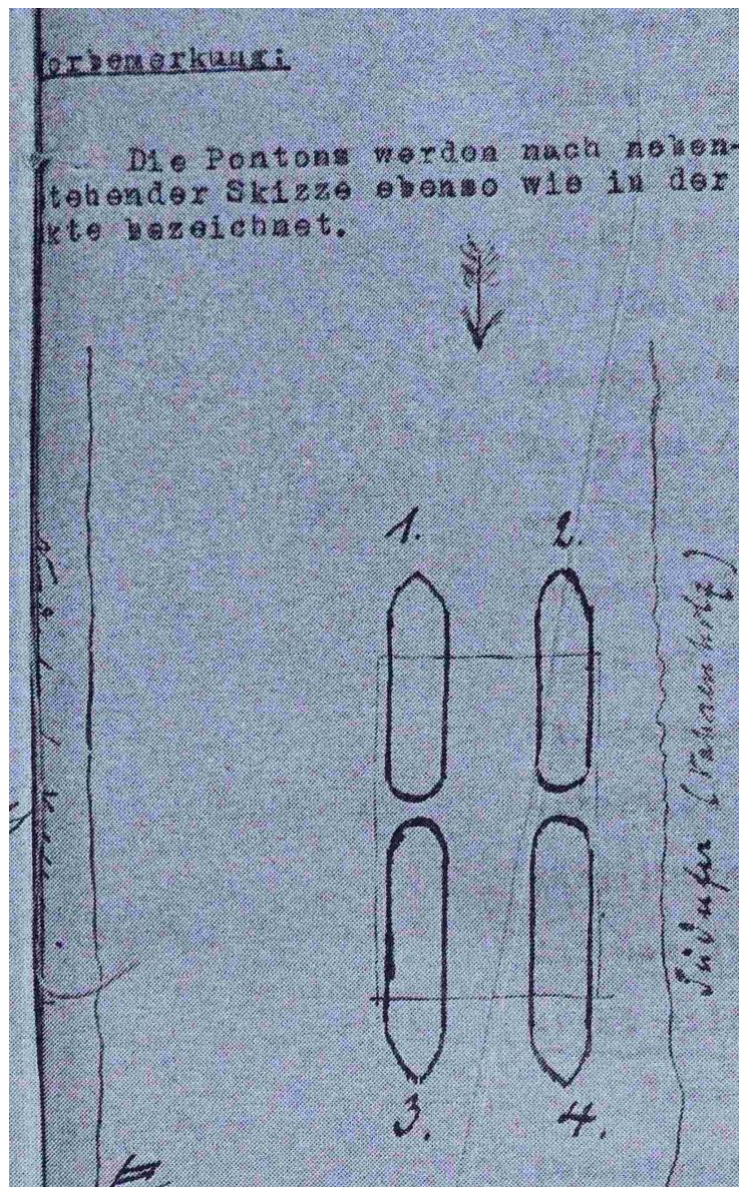


Abb. 2: Skizze der Anordnung der Pontons der Behelfsfähre im Gutachten des Regierungs- und Baurats Dr. Berlin vom 31. März 1925. (LAV NRW OWL D 21 A Nr. 5611)

Zwei nebeneinander im Abstand von 3 m liegende Pontons waren durch 6 m lange Querbalken miteinander verbunden. Sie bildeten eine *Ruderfähre*. Die Vorderkaffen blieben wegen ihrer Erhöhung dabei frei. Zwei *Ruderfähren* mit vier Pontons wurden durch Dornbalken verbunden, auf die eine Schicht Bretter gelegt wurde - das war die Fähre. Jordan hatte noch eine zweite Schicht Bretter auflegen lassen, was ihm später zugute gehalten werden sollte. Die Pontons stießen mit den abgerundeten Enden aneinander. Hier lag, wie später alle Sachverständigen bestätigten und bei einem Ortstermin in Minden auch offensichtlich wurde, der entscheidende Schwachpunkt der Konstruktion. Diese Mitte war nur begrenzt belastbar. Es stand auf der Fähre eine Fläche von 77,4 m² zur Verfügung, wegen der freizulassenden Ränder betrug die praktisch nutzbare Fläche 60 m².

Der Antrieb erfolgt durch die Strömung des Flusses. Der Bug der Fähre wird so gegen die Strömung gestellt („Gierstellung“), dass der hintere Teil weggedrückt, der vordere vorwärts

gedrückt wird. Gegen die Abtrift hängt eine zivile Fähre an einem über den Fluss gespannten Drahtseil; die im Manöver eingesetzte Behelfsfähre wurde durch drei flussaufwärts liegende Pontons, den *Buchtnachen* gehalten, von denen einer verankert war. Der mittlere hielt das Giertau, das an Ponton 2 der Fähre befestigt war. Es hielt die Fähre, die darüber auch gesteuert wurde.

Ein achter Ponton diente bei Veltheim als Rettungsboot und sollte laut Vorschrift an der Fähre angehängt sein. Jordan ließ diesen Ponton aber bei Varenholz am Ufer festmachen. Er hatte eine Besatzung von zwei Mann. Als weitere Rettungsboote waren die Personenfähre des Fährmanns Huck und ein kleinerer Fischerkahn festgelegt worden, beide waren entsprechend bemannt. Unterhalb der Fähre war kein Rettungsboot vorgesehen.

Für die Pioniere waren Anlage und Betrieb einer solchen Fähre Teil ihres militärischen Auftrags. Die Pontons, die Bohlen sowie die Seile und Taue wurden mit Lastkraftwagen herangeschafft. Aus dem Rahmen fielen Ende März 1925 zwei Bedingungen: Das Hochwasser, und ein nur dem Fährmann Huck bekannter Wirbel im Strom. Die Überquerung des Flusses sollte weniger als eine Minute dauern. Das verdeutlicht die tragische Dimension des Geschehens – innerhalb von Sekunden war über Leben und Tod entschieden.

Der 31. März 1925

Der Ablauf des Geschehens am 31. März 1925 ist bekannt. Trotzdem bleiben einige Unstimmigkeiten. Es gab zahlreiche Beobachter an beiden Ufern, darunter auch die bei solchen Manövern eingesetzten Schiedsrichter der Truppe oder ein Fachmann wie Friedrich Huck. Einige Aussagen widersprechen sich, manche Zeugen wollen vom Ufer aus etwas gesehen haben, was sie gar nicht sehen konnten. Das ist ein grundsätzliches methodisches Problem: Läge nur einer dieser Berichte vor, würde er für ein Abbild der Wirklichkeit gelten.

Dann gab es die Überlebenden des Unglücks. Ihre Aussagen sind sich untereinander sehr ähnlich und doch nur von begrenztem Wert. Auch hier war der Zeitfaktor entscheidend. Es ging für sie alles viel zu schnell, sie waren auf die eigene Rettung konzentriert. Auch die Aussagen des Oberleutnants Jordan liegen vor, er war von der Staatsanwaltschaft und später vom Gericht vernommen worden. Zuletzt gibt es die Gutachten mehrerer militärischer und ziviler Sachverständiger. Einige von ihnen haben den Unglücksort schon wenige Tage später inspiziert. Gültig war zuletzt die Version ihrer Texte, die dem Gericht vorlag.

Der Ablauf soll jetzt so dargestellt werden, wie er sich aus der Zusammenschau der Aussagen vor dem Schöffengericht Minden ergibt. Auf Widersprüche wird hingewiesen, das Gerichtsverfahren kommt weiter unten zur Sprache. Basis der Zusammenschau ist zum einen die im Landesarchiv Nordrhein-Westfalen Abt. Ostwestfalen-Lippe in Detmold vorliegende Verfahrensakte zum Prozess, zum anderen die sehr ausführliche Berichterstattung zweier Tages-

zeitungen, der liberalen *Lippischen Landes-Zeitung* sowie der national-konservativen *Mindener Zeitung*, zu jedem einzelnen Prozesstag.¹⁷

Die drei Detmolder Kompanien waren morgens um 5 Uhr losgefahren, kamen aber wegen schlechter Straßenverhältnisse erst gegen 9¹⁵ an der Weser an. Drei Überfahrten waren an diesem Tag bis dahin schon durchgeführt worden: die erste unbemannt, mit der zweiten wurde eine Schulklasse übergesetzt, die dritte beförderte Kraftwagen. Nach Ankunft der 16. Kompanie wurde eine Überfahrt mit zwei ihrer Gruppen, d. h. 40 Soldaten, und einigen Zivilisten durchgeführt. Die vier Überfahrten verliefen so glatt, dass Jordan kein Problem mit der Mitte der Fähre erkennen konnte.

Die fünfte Überfahrt begann um 9⁵⁰. Hauptmann Krone brachte seine 16. Kompanie auf die Fähre. Jordan reichte das nicht, sodass noch ein Zug der 14. Kompanie unter Hauptmann Isermann dazu kam. Jordan wollte noch mehr Soldaten auf der Fähre haben, aber jetzt wurde es kritisch. Sowohl Isermann als auch der Chef der 15. Kompanie, Hauptmann Ilse, äußerten starke Bedenken, Ilse verweigerte sich ganz. Die Soldaten waren feldmarschmäßig ausgerüstet: mit Stahlhelmen, (nicht vollständig gefüllten) Tornistern, Gewehren, dazu kamen 6 leichte Maschinengewehre. Die schweren Mäntel waren am Ufer geblieben. Im Nachhinein wurde gefragt, warum Jordan die Fähre so stark belastet hatte. Nach seiner ersten Aussage sah er sich unter Zeitdruck: „Ich hatte das Bestreben, die Mannschaften so schnell wie möglich überzusetzen, da das Batl. bis 10 Uhr übergesetzt sein sollte.“¹⁸ Tatsächlich bestand kein Zeitdruck. Jordan revidierte im Prozess seine Aussage dahingehend, die Verspätung der drei Kompanien habe für seine Entscheidung keine Rolle gespielt.¹⁹

Als Jordan zuletzt den Befehl „Wasserwärts vorwärts“ gab, waren 167 Personen auf der Fähre:

149 Infanteristen aus Detmold
2 Offiziere der Kraftfahrabteilung 6 in Hannover
14 Pioniere (2 Offiziere, 6 Unteroffiziere, 6 Pioniere in den vorderen Pontons)
2 Zivilisten, und zwar die Kaufleute Wilhelm Brandt und Julius Rolf aus Varenholz.
In der Mitte standen zudem noch vier Fahrräder.

Die beiden Kaufleute ließ Jordan mitfahren, weil sie keinen Nachteil davon haben sollten, dass die reguläre Fähre für diesen Tag außer Betrieb gesetzt war. Brandt wollte zum Bahnhof in Veltheim, Rolf hatte sein Fahrrad dabei. Jordan selbst war ebenfalls auf der Fähre, obwohl er dazu nicht verpflichtet war. Er hätte nicht einmal vor Ort bleiben müssen, da er noch einen weiteren Auftrag an anderer Stelle hatte. Das wurde ihm später im Gerichtsverfahren positiv angerechnet.

¹⁷ Die Auswertung der Zeitungen war möglich durch das die Forschung außerordentlich befördernde online-Angebot unter <https://zeitpunkt.nrw/wiki/project> (Aufruf: 30. Mai 2025).

¹⁸ Vom Anklagevertreter zitierte Äußerung Jordans kurz nach dem Unglück, s. LAV NRW OWL, D 21 A Nr. 5611

¹⁹ Im Prozess betonte der Gutachter Oberst von Sommerfeld, dass es im Kriegseinsatz tatsächlich auf die Zeit ankomme und etwa vor einer Flussüberquerung keine langen Überlegungen angestellt werden könnten. Jordan habe also besonders besonnen gehandelt.

Was war mit dem Schwachpunkt der Fähre, der Mitte? Jordan sprach von einem freien Querang von 1,50 m, aber das wurde von mehreren Zeugen bestritten. Die Gutachter bezweifelten, dass überhaupt genug Platz für einen freien Gang gewesen sei. Die Antwort auf diese Frage muss offen bleiben. Fest steht, dass die Fähre anfangs eine scharfe Gierstellung hatte. Dies machte sich erst negativ bemerkbar, als sie von der leichteren Strömung am Rand in die Hauptströmung kam. Jetzt kam Spritzwasser in die Pontons, worauf Jordan die Gierstellung korrigieren ließ.

Das Drama begann, als die Fähre etwas mehr als die Hälfte ihrer Strecke zurückgelegt hatte. Alle Zeugen bestätigen den Ruf: „Wasser im Ponton“. Was in den nächsten Sekunden geschah, ist im Detail umstritten, nur das Ergebnis steht fest. Einige sprachen später von einer Panik. Die Mehrzahl der Zeugen aber betonte, dass sich die Soldaten völlig ruhig verhalten hätten, bis die Fähre in eine Schieflage geriet, zwei Pontons unter Wasser kamen und die ersten Soldaten abrutschten. Die Gutachter kamen zum Schluss, dass für eine Panik weder der Platz noch die Zeit vorhanden gewesen seien. Die Frage kann nicht gültig beantwortet werden.²⁰

Auch Jordan war abgerutscht und schwimmend mit Hilfe eines Pioniers an Land gekommen. Einige Augenzeugen wollen gesehen haben, wie er mit einem Kopfsprung die Fähre verließ, was im Verfahren als widerlegt angesehen wurde. Vom Ufer aus gab er den Befehl, das Giertau zu kappen, damit sich die Fähre wieder aufrichten könne. Sie trieb dann allerdings steuerungsunfähig ab, lief voll und kenterte. Im Prozess blieb offen, ob sein Befehl sinnvoll war. Es gab die Überlegung, ob die Fähre sonst *vielleicht* das andere Ufer gerade noch so erreicht hätte. *Vielleicht*.

Jordan war nach dem Unglück völlig verstört, er übernahm aber für das Geschehen sofort die volle Verantwortung.²¹ Während der Rettungsponton ebenso wie der Fischerkahn unbeteiligt am Ufer blieb, kam einer der Buchtnachen zu Hilfe. Er konnte jedoch nichts ausrichten. Der ihn steuernde Unteroffizier sagte: „Es drängten sich aber alle heran, sodass das Ponton gleichfalls umschlug.“²²

Friedrich Huck kam dann sehr schnell mit seiner Personenfähre zu Hilfe. Das Gericht urteilte später:

„Der Fährmann Huck hat viel mehr Menschen gerettet, als mit einem Ponton gerettet worden wären.“²³

Hilfe wurde auch von Soldaten, vor allem von den Pionieren, und von Zivilisten vom Ufer aus geleistet; die allgemeine Hilfsbereitschaft wurde später immer wieder hervorgehoben. Die

²⁰ Oberst Sommerfeld hatte überlebende Infanteristen aus Detmold vernommen, die dem Gerücht von einer Panik heftig widersprachen. Sommerfeld hält das Gerücht für eine von eigener Verantwortung ablenkende Erfindung der beteiligten Pioniere. Später wurde jedoch betont, dass es keine Friktionen zwischen Infanterie und Pionieren gebe.

²¹ Aussage des Hauptmanns Gabcke, der das Unglück selbst allerdings nicht gesehen hatte.

²² Aussage im Prozess, s. LAV NRW OWL, D 21 A Nr. 5611

²³ Aussage im Prozess, s. LAV NRW OWL, D 21 A Nr. 5611

Helfer hielten den Soldaten Stangen hin, andere leisteten im Wasser Beistand. Gerettet wurden 85 Soldaten und der Kaufmann Rolf. Die Fähre wurde nachmittags gegen 13 Uhr ca. 11 km unterhalb geborgen. Sie war nach mehreren Aussagen völlig intakt, wurde aber auseinander-genommen, da man in den Pontons die Leichen von Ertrunkenen vermutete.²⁴



*Abb. 3: Einer der Pontons bei den Bergungsarbeiten.
Fotografie in der Sammlung Heinz Korff des Arbeitskreises Heimatgeschichte in Varenholz,
hier als Kopie aus Siekmann 2000.*

Wer keinen Grund unter den Füßen hatte oder nicht von den Helfern erreicht wurde, hatte keine Chance. Zeugen berichten, dass Einige entsprechend einem militärischen Codex noch versucht hatten, die Gewehre und die Maschinengewehre zu retten. Jordan hatte zwar den Befehl gegeben, Waffen und Gepäck wegzuwerfen, es ist aber unklar, ob er überhaupt gehört wurde. Für eine Entledigung der Tornister fehlten aber Zeit und Raum.²⁵ Ertrunken sind 78 Soldaten aus Detmold, ein Leutnant der Kraftfahrabteilung 6 sowie ein Pionier. Ertrunken ist auch, vor den Augen seines Sohnes, der Kaufmann Wilhelm Brandt. Der Schlosser August Buhmeier aus Veltheim, der selbst neun Soldaten gerettet hatte, erinnerte sich später:

„Die entsetzlichsten, nicht wiederzugebenden Szenen spielten sich in kurzer Zeit unter meinen Augen ab.“²⁶

Grauenhafte Details gab es auch in den Tagen und Wochen danach. Die Suche nach den Vermissten musste lange fortgesetzt werden, Motorboote vom Reichswasserschutz aus Minden

²⁴ Beide Angaben vom Sachverständigen Scheibel in der MINDENER ZEITUNG vom 26. Juni 1925 zitiert.

²⁵ MINDENER ZEITUNG vom 24. Juni 1925.

²⁶ SIEKMANN 2000, 64.

kamen zu Hilfe, die Technische Nothilfe unterstützte die Suche, selbst Taucher waren eingesetzt.



*Abb. 4: Bergung des gesunkenen Buchtnachen.
Fotografie in der Sammlung Heinz Korff des Arbeitskreises Heimatgeschichte in Varenholz,
hier als Kopie aus Siekmann 2000.*

Oberstleutnant Wilhelm Lindemann, der Kommandeur des Pionier-Bataillons 6, leitete die Bergungsarbeiten. Die *Lippische Landes-Zeitung* berichtete über jede neue Bergung. Am Unglückstag selbst waren nur drei Ertrunkene gefunden worden, nach 10 Tagen waren es 51. Viele Angehörige standen an den Ufern und hofften auf ein Wunder. Der Schütze Hermann Kruschka aus Hamburg wurde erst am 23. April bei Windheim gefunden, ca. 40 Stromkilometer stromabwärts. Acht Ertrunkene wurden im Detmolder Ehrenhain bestattet. Alle anderen wurden in ihre Heimatorte überführt, einige von ihnen sind dort auf Ehrenfriedhöfen bestattet (etwa in Göttingen, Bückeburg, Hameln).

Die juristische Aufarbeitung

Noch im April 1925 begann die juristische Aufarbeitung. Es ging um die Klärung der Ursachen und um die Schuldfrage. Die Staatsanwaltschaft Bielefeld hatte eine Untersuchung angeordnet, die Aufsicht führte Richter Georg Middeldorf vom Amtsgerichts Vlotho.

Überzeugend klingt auf den ersten Blick der Bericht, den wenige Tage später der aus Berlin angereiste Generalmajor Max Ludwig, Inspekteur der Pioniere und der Festungen im Reichs-

wehrministerium, aber selbst ohne Pioniererfahrung²⁷, dem Reichswehrministerium vorgelegt hatte. Ludwig stellte fest:

- dass die Fähre vorschriftsmäßig zusammengebaut gewesen sei; die Taue seien nicht gerissen; die Fähre sei im Verlauf des Unglücks ca. 600 Meter stromabwärts getrieben und war dabei intakt geblieben; erst bei der Bergung weiter stromabwärts seien die Verbindungstau der Bohlen gekappt worden;
- sie sei mit ca. 160 Mann besetzt gewesen, habe aber die Tragfähigkeit für 175 Mann gehabt. Sie sei auch nicht ungleichmäßig belastet gewesen;
- die verhängnisvolle Kettenreaktion sei dadurch entstanden, dass angesichts der Scharfstellung des Gierseils Wasserspritzer über einen Ponton kamen und Spritzwasser einlief; das habe bei Einigen die Vermutung hervorgerufen, dass der Ponton volllaufe, daraufhin haben sich Soldaten auf die andere Seite gedrängt. Jordan habe das untersagt, er sei aber möglicherweise nicht gehört worden;
- durch die entstandene Fehlbelastung wurden zwei Pontons unter Wasser gedrückt, dadurch wurde zugleich der Anstellwinkel zum Halteseil so verändert, dass noch mehr Wasser überkam. Jetzt hatte Jordan das Gierseil kappen lassen. Die Fähre war danach nicht mehr steuerbar, sie trieb ab;
- Jordan habe sofort den Rettungsponton hinterhergeschickt; von dort gab es die Aufforderung an Soldaten auf der Fähre, nur ohne Gepäck und Waffen überzusetzen, dies wurde nicht befolgt, die Überlastung habe dann zum Sinken des Pontons geführt.

Die Darstellung weist mehrere Ungenauigkeiten auf, vor allem ist dem Gutachter das Problem der Mitte der Fähre entgangen, außerdem verwechselte er den Buchtnachen mit dem als Rettungsboot vorgesehenen Ponton. Die Gutachter ließen am 9. April an der Unglücksstelle eine Probefahrt durchführen, die problemlos verlief. Allerdings war sie mit einer anderen Fähre und mit weniger Personen erfolgt, sodass der Aussagewert der Aktion unklar bleibt.

Die Staatsanwaltschaft erhob danach vor dem Schöffengericht Minden Anklage gegen Oberleutnant Jordan wegen des Verdachts der Fahrlässigen Tötung. Sie beantragte sogar, ihn in Untersuchungshaft zu nehmen, dafür sah das Gericht allerdings keinen Grund. Die Vorwürfe waren:

- eine zu große Belastung der Fähre,
- die fehlende Entlastung der Mitte,
- der Verzicht auf den angehängten Rettungsponton.

Das erweiterte Schöffengericht des Amtsgerichts Minden mit den Richtern [Nikolaus] Vagedes und Meinberg und den Schöffen [Wilhelm] Meyer und [Georg] Ronicke, Kaufleuten bzw. Möbelfabrikanten aus Minden, verhandelte vom 22. bis zum 27. Juni 1925. Die Anklage wurde von Oberstaatsanwalt Richard von Schwedersky und Staatsanwalt Dr. Spranken vertreten,

²⁷ Darauf verwies Oberst Sommerfeld im Prozess, s. LAV NRW OWL, D 21 A Nr. 5611.

beide aus Bielefeld. Verteidiger Jordans waren Dr. Recken aus Höxter und Dr. Müller II aus Hannover. Zu den Gutachtern aus militärischer Sicht gehörten der genannte Generalmajor Ludwig, Oberst Otto Stobbe, Abteilungsleiter in der Inspektion für Waffen und Gerät im Reichswehrministerium²⁸, Oberst Hugo von Sommerfeld und Falkenhayn vom Gruppenkommando 2 in Kassel. Zivile Sachverständige waren Regierungs- und Baurat Kleinschmidt vom Wasserbauamt Minden, Regierungs- und Baurat Dr. Berlin vom Wasserbauamt Hameln sowie Oberregierungs- und Baurat Dr. Krey von der Staatlichen Versuchsanstalt für Wasserbau und Schiffbau in Berlin. Gehörte wurden mit dem Hauptmann a. D. Retz aus Bielefeld und dem Wasserbau-sekretär Scheibel aus Minden zwei Sachverständige zur Beurteilung der Strömungsverhältnisse in der Weser. Angehört wurden die Anklage, der Beschuldigte und seine Anwälte, die Zeugen und die Gutachter, insgesamt ca. 100 Personen.

Angesichts der vorliegenden und zum Teil schon wertenden Presseberichte sagte der Vorsitzende Richter Vagedes bei der Eröffnung des Verfahrens:

„In der Presse ist aber nicht nur das Tatsächliche dieses Falles referiert worden, sondern die Presse hat auch, und das ist natürlich, Stellung genommen zu der Frage, ob und wen etwa die Verantwortung treffen könnte. Es sind da auch in ganz bestimmter Richtung Urteile abgegeben für und wider den Angeklagten. Das Gericht wird davon nicht berührt - Das Gericht urteilt nur auf Grund derjenigen Tatsachen, die in dieser Verhandlung vorgeführt werden. Alles andere scheidet aus.“²⁹

Historiker können im Rückblick Mutmaßungen anstellen, Argumente abwägen, Widersprüche benennen, ohne sich festlegen zu müssen. Ein Strafgericht aber muss nach Abschluss der Verhandlung eine Entscheidung fällen.

Jordan verwies darauf, dass er vor der Inbetriebnahme der Fähre ausführliche Berechnungen zur Belastungsfähigkeit angestellt habe. Dabei konnte er sich auf keine brauchbaren Heeresvorschriften stützen. Nach seiner Rechnung hätte er 175 Mann mitnehmen können.

Entscheidend waren für das Gericht die Gutachter. Das Gutachten des Regierungs- und Baurates Kleinschmidt aus Minden kommt zum Schluss, dass die Fähre nicht überlastet gewesen sei. Als entscheidend sei der Faktor Zeit anzusehen: nach dem sehr schnellen Volllaufen der Pontons sei nichts mehr zu machen gewesen. Zum fehlenden Einsatz des Fischerkahns sagt sein Gutachten, er wäre sowieso untauglich gewesen und sicher sofort gekentert, sowie sich jemand drangehängt hätte. Vage ist Kleinschmidts Schlussfolgerung:

„Unter normalen Stromverhältnissen und mit nicht zu starker Gierstellung wären Überfahrten mit dieser Belastung ohne Gefahr möglich gewesen.“³⁰

²⁸ Stobbe war von Oktober 1919 bis Oktober 1920 als Major selbst Kommandeur des Pionier-Bataillons 6 gewesen.

²⁹ Aussage im Prozess, s. LAV NRW OWL, D 21 A Nr. 5611.

³⁰ Aussage im Prozess, s. LAV NRW OWL, D 21 A Nr. 5611.

Es herrschten aber keine „normalen“ Stromverhältnisse, und die Gierstellung läßt sich nicht abstrakt festlegen, sie hängt von den konkreten Umständen bei jeder einzelnen Fährfahrt ab.

Regierungs- und Baurat Dr. Berlin aus Hameln führte aus, die Fähre hätte zwar 180 Mann tragen können, dass dann aber selbst bei größter Vorsicht die „nötige Betriebssicherheit“ nicht gegeben sei. Sicher sei nur eine Belastung mit 125 Mann. Letzten Endes ist auch das eine vage Aussage.

Oberregierungsrat und Baurat Dr. Krey aus Berlin wies darauf hin, dass die Fähre nur ein Behelf gewesen sei – tatsächlich seien die verwendeten Pontons für den Bau von Fähren ungeeignet. Damit bestätigte er Jordans Aussage, dass „fast das gesamte Material mehr oder weniger defekt sei“, ³¹ ihm stand aber nichts Anderes zur Verfügung. Gerade bei Manövern müsse man immer mit „einem unglücklichen Zusammentreffen von Zufälligkeiten“ rechnen, von daher plädierte er für eine Höchstbelastung von 100 Mann. Krey wird im Urteil zitiert:

„Das Gelingen der Unglücksfahrt habe auf des Messers Schneide gestanden. Ganz geringe Einflüsse hätten hingereicht, das Unglück zu vermeiden, auch er würde die Katastrophe nicht so vorausgesehen haben.“ ³²

In der Prozesswoche wurde in Minden noch einmal die Besichtigung einer solchen Fähre mit der Belastung von 161 Mann und vier Fahrrädern vorgenommen. Eine Überfahrt hatte das Reichswehrministerium allerdings nicht gestattet. Der Schwachpunkt, die Mitte, war dabei für die Beobachter deutlich auszumachen. Hier wäre nun die Aussage des Obersten von Sommerfeld bei der Ortsbesichtigung zu erwähnen, dass nämlich, wären noch mehr Personen auf die Fähre gebracht worden, wie Jordan es wollte, das Unglück *möglicherweise* verhindert worden wäre. Das klingt paradox, ist aber nachvollziehbar: Bei einer geringeren Anzahl wäre die Mitte nicht so stark belastet worden. Mit der höheren Anzahl wäre aber die Verteilung auf der Fähre günstiger gewesen und die Mitte dadurch entlastet worden. Ein bemerkenswertes Gedankenspiel, aber die Probe ließ sich nicht mehr machen.

Oberst Stobbe verwies auf die mangelhaften Vorschriften. Diese Art von Fähren sei noch nicht ausreichend erprobt gewesen und verlässliche Angaben zur Belastbarkeit fehlten: „Am besten sei es, wenn die ganze Fähre verschwinde“. Er verwies darauf, dass bei früheren Fähren in der Mitte ein fünfter Ponton verwendet worden sei, an dieser Konstruktion habe sich auch die Dienstvorschrift orientiert. Für den Bau einer Fähre mit nur vier Pontons sei die Vorschrift überholt, sie sei aber nicht geändert worden. Den Vorwurf des nicht mitgeführten Rettungspontons wies er zurück. Diese Bestimmung sei unsinnig und sollte schon vor dem Weltkrieg geändert werden. Ein angehängter Ponton behindere die Fähre und stelle für sich eine Gefahrenquelle dar. Tatsächlich sagten mehrere Pioniere aus, dass bei solchen Übungen nie ein Rettungsponton in Schlepp genommen, sondern immer am Ufer festgemacht worden sei. Über den Oberleutnant Jordan urteilte Stobbe:

³¹ So zitiert in der MINDENER ZEITUNG vom 25. Juni 1925.

³² Aussage im Prozess, s. LAV NRW OWL, D 21 A Nr. 5611.

„In allen diesen Punkten hat er die Sorgfalt, zu der er nach der Vorschrift und durch seinen Beruf verpflichtet war, erfüllt, z. T. sogar darüber hinaus“.

Sein Fazit:

„Ich bin jetzt der Ansicht, dass es nicht nur möglich, sondern sogar wahrscheinlich ist, dass durch ein plötzliches Zusammentreffen verschiedener Umstände, die einzeln jeder für sich nur in ungefährlicher Weise gewirkt hätten, das Unglück eingeleitet ist.“³³

Das Urteil des Mindener Schöffengerichts musste entsprechend ausfallen, auch die Anklage hatte jetzt auf Freispruch plädiert. Die Staatsanwaltschaft sah sich sogar bemüßigt, die Anklageerhebung zu verteidigen – sie sei eine Reaktion auf die Unruhe in der Öffentlichkeit gewesen, die eine gründliche Untersuchung nötig gemacht habe.³⁴ Am 27. Juni 1925 wurde Oberleutnant Jordan nach einer nur elf Minuten dauernden Beratung freigesprochen. In der Urteilsbegründung heißt es:

„Bei seiner lückenhaften Ausbildung u. seiner geringen Erfahrung u. bei dem Fehlen bestimmter klarer Belehrungsvorschriften konnte der Angeklagte bei aller Sorgfalt die Mängel der Fähre u. die Gefahren, die daraus in stärkerem Strom unter Umständen eintreten konnten, nicht erkennen. Er konnte damit rechnen, dass die Pioniervorschriften vollständig u. richtig waren.“³⁵

Der Freispruch wurde allgemein akzeptiert. Das Unglück behinderte Jordans weitere Laufbahn bis hin zum Rang des Generalmajors nicht. 1945 war er kurzfristig in amerikanischer Gefangenschaft. Seinen Lebensabend verbrachte er in Höxter, am 27. März 1964 ist er dort gestorben. Der Pioniertruppe blieb er bis an sein Lebensende verbunden.³⁶

Trauer

Trauer und Gedenken setzten schon am Tag des Unglücks reichsweit ein. Der Reichstag hielt eine Trauerstunde ab. In Detmold wurde die Landtagssitzung unterbrochen, als am Nachmittag die Nachricht vom Geschehen einlief. Es gab ein Trauergeläut, schwarze Fahnen erschienen vor den Fenstern. Die *Lippische Landes-Zeitung* gab mehrere Extrablätter heraus. Heinrich Drake rief eine Landestrauer bis zum 4. April abends aus. Für den 3. April war eine Trauerfeier anberaumt. Es blieb der *Lippischen Landes-Zeitung* vorbehalten, mehrfach besonderes Bedauern über die lippischen Opfer zu äußern, so am 3. April:

³³ Aussage im Prozess, s. LAV NRW OWL, D 21 A Nr. 5611.

³⁴ S. dazu die MINDENER ZEITUNG vom 29. Juni 1925.

³⁵ Aussage im Prozess, s. LAV NRW OWL, D 21 A Nr. 5611.

³⁶ S. BUND DEUTSCHER PIONIERE (BDPi) e. V. (Hg.), 90 Jahre Bund Deutscher Pioniere e. V. (ehemals Waffenring Deutscher Pioniere e. V.) 1925-2015 mit Ergänzung bis einschließl. 2017, Redaktion Oberstleutnant a. D. Norbert Scholz, Ingolstadt 2018. Jordan war seit 1952 im Vorstand des Waffenrings, seit 1961 als Vorsitzender. Die Umbenennung des Waffenrings erfolgte 2002.

„Unendlich berührt uns in Lippe der besonders hohe Prozentsatz lippischer Landessöhne, die mit den preußischen Kameraden Opfer der Katastrophe geworden sind.“

Am Vormittag des 3. April gab es eine gemeinsame Trauerkundgebung von Stadtverordnetenversammlung und Magistrat. Am frühen Nachmittag fand eine Feier in der Kaserne III statt, mit Angehörigen und mit Prominenz, darunter Fürst Leopold, der letzte, bis zum November 1918 regierende Fürst Lippes; der Paderborner Bischof Caspar Klein; Reichswehrminister Dr. Otto Geßler; Hans von Seeckt; Leopold Freiherr von Ledebur, der Befehlshaber im Wehrkreis 6 und Kommandeur der 6. Division, und Gustav Noske als Oberpräsident der preußischen Provinz Hannover. Auch die drei Mitglieder des Landespräsidiums – Heinrich Drake, Landgerichtspräsident Dr. Rudolf Müller und Oberregierungsrat August Böhmer –, die Abgeordneten des Landtags und die Bürgermeister der lippischen Städte nahmen teil. Bischof Klein und Generalsuperintendent August Weßel hielten Ansprachen, sie sind in der *Lippischen Landes-Zeitung* abgedruckt.³⁷

Der Trauerzug führte unter großer Anteilnahme der Bevölkerung und begleitet von zahlreichen Kriegervereinen durch die schwarz geflaggte damalige Obere Straße, Palaisstraße, Allee und Lange Straße zum Ehrenhain in der damaligen Meiersfelder Straße. Ansprachen hielten dort wieder der Paderborner Bischof und der lippische Generalsuperintendent, dazu Minister Dr. Geßler, Heinrich Drake und Oberbürgermeister Dr. Emil Peters.



Abb. 5: Beginn des Trauerzuges vom 3. April 1925 in Detmold
mit den Katafalken der ersten drei geborgenen Soldaten; davor Bischof Caspar Klein aus Paderborn.
(Foto: LAV NRW OWL D 75 Nr. 501 Bild 7).

³⁷ LLZ vom 4. April 1925.



*Abb. 6: Der Trauermarsch in der Oberen Straße (heute Bielefelder Straße),
mit Abordnungen verschiedener Kriegervereine und Wehrverbände;
deutlich erkennbar sind rechts die Fahnen des Jungdeutschen Ordens.
(Foto: LAV NRW OWL D 75 Nr. 501 Bild 1)*



*Abb. 7: Der Trauermarsch in der Langen Straße.
(Foto: LAV NRW OWL D 75 Nr. 501 Bild 2)*



Abb. 8: Im Trauermarsch von links Freiherr von Ledebur,
Reichswehrminister Dr. Geßler, Fürst Leopold IV., Hans von Seeckt.
(Foto: LAV NRW OWL D 75 Nr. 501 Bild 3)

Acht der Ertrunkenen liegen dort in einem Ehrengrab, und zwar die Schützen Josef Drewniak, Thomas Arenz, Simon Gibbert, Hermann Kruschka, Friedrich Erkelenz sowie aus Lippe der Schütze Fritz Schrey aus Remmighausen, Unteroffizier Paul Fischer aus Bad Salzuflen und Feldwebel Ernst Korff aus der Detmolder Garnison. Bestattet wurde am 3. April aber nur der Oberschütze Simon Gibbert. Es waren bis dahin erst drei Soldaten geborgen worden, die anderen beiden wurden in ihre Heimatorte überführt.

Das Landespräsidium bewilligte auf Bitte des Bataillonschefs Majors Schmidtmann den bedürftigen Hinterbliebenen der zwölf aus Lippe stammenden Opfer eine einmalige finanzielle Unterstützung, meist zur Beschaffung der Trauerkleidung. Der Bedarf der Angehörigen wurde von den zuständigen Verwaltungsämtern skizziert – eine für sich interessante Quelle –, der Landtag stellte die Gesamtsumme von 2.100 RM zur Verfügung.³⁸ Das Ausbildungsbataillon dankte in einer Anzeige in der *Lippischen Landes-Zeitung* vom 18. April 1925 für Teilnahme und Unterstützung.

³⁸ Bitte des Kommandeurs vom 4. April 1925; Antrag der Lippischen Regierung an den Landtag vom 20. Mai 1925, s. LAV NRW OWL L 75 VIII 2 Nr. 27. Die zwölf Lipper waren aus der 14. Kompanie Unteroffizier Paul Fischer, Salzuflen, Unterfeldwebel Heinrich Rahm, Detmold, Gefreiter Adolf Düstersiek, Barntrup, die Schützen Paul Ritterbusch, Oerlinghausen, Fritz Schrey, Remmighausen, und Fritz Kassen, Oerlinghausen; aus der 16. Kompanie der Feldwebel Ernst Korff, Detmold sowie die Schützen Hermann Topp, Mossenberg, Erich Windmann, Hörste, Heinrich Lüdecke, Billerbeck, Wilhelm Hoener, Lemgo und Hermann Cordsmeyer, Schötmar.

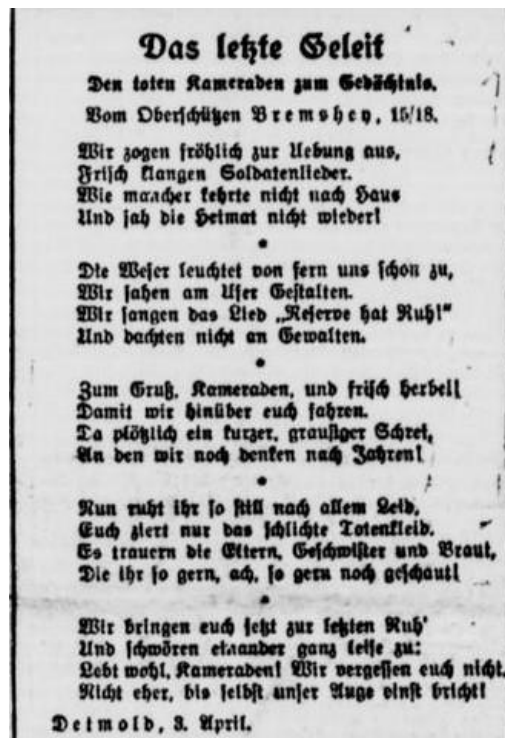


Abb. 9: Gedicht des Oberschützen Bremshey, Angehöriger der 15. Kompanie
in der Lippischen Landes-Zeitung vom 3. April 1925.

Auffällig ist, dass von den zwölf lippischen Opfern nach Auskunft der *Westfälischen Zeitung* zehn dem Jungdo angehörten,³⁹ einem rechtsradikalen, antisemitischen und antirepublikanischen Wehrverband. Spektakulär gestaltete sich die Trauerfeier für den letzten geborgenen Lipper, das Jungdo-Mitglied Fritz Kassen aus Oerlinghausen, am 19. April 1925 auf dem Friedhof in Oerlinghausen. Die *Lippische Tages-Zeitung* listete am 22. April 1925 die große Zahl der Teilnehmer auf. Die Feier war nicht nur ein Großereignis für die Reichswehr – die Detmolder Bataillonskapelle spielte, Hauptmann Isermann hielt eine Ansprache – sondern auch eine Demonstration zahlreicher rechter Verbände, darunter mehrere Ortsgruppen des Jungdo der Ballei Lippe und als Trauerredner ein „Großmeister“ des Jungdo aus Bielefeld, der Zigarrenfabrikant Büker. Vertreter des Wehrverbandes Stahlhelm, mehrerer Kriegervereine sowie konservativer Sport- und Gesangvereine rundeten das Bild ab. In der gleichen Ausgabe wird über die Beisetzung des Kaufmanns Brandt in Varenholz berichtet, die von einem ähnlichen Aufmarsch von Kriegervereinen und rechten Wehrverbänden begleitet war. Deutlich wird die politische Funktionalisierung der Trauer, denn die Zeitung fügte sie in ihre mehr als aufdringliche Werbung für Paul von Hindenburg ein, der am 8. April seine Bereitschaft zur Kandidatur für den 2. Wahlgang zur Reichspräsidentenwahl am 26. April 1925 erklärt hatte.

³⁹ WESTFÄLISCHE ZEITUNG vom 22. April 1925.

Ehrenmale

„An der Unglücksstelle erhebt sich seit einigen Jahren ein schlichtes Ehrenmal. Über den Gräbern der auf dem Detmolder Ehrenfriedhof bestatteten Opfer des Unglücks ist ebenfalls ein Gedenkstein errichtet.“⁴⁰

Zum ersten Jahrestag des Geschehens wurde im Detmolder Ehrenhain eine Gedenktafel eingeweiht, Ansprachen hielten wiederum August Weißel, dann der katholische Standortpfarrer Antonius Alke und zuletzt Major Schmidtmann. Im Rahmen der Feier wurde eine vom Bildhauer Hugo Meier in Detmold geschaffene Tafel mit einem Gedicht eingeweiht, um das der Dichter Paul Warncke vom Bataillon gebeten worden war.⁴¹



Abb. 10: Grabmal mit dem Gedicht von Paul Warncke auf dem Detmolder Ehrenhain.
(Foto: Andreas Ruppert, 2000)

⁴⁰ VOLKSBLATT vom 1. April 1930.

⁴¹ LLZ vom 31. März 1926. Der Schriftsteller und Bildhauer Paul Warncke (13. Mai 1866 – 25. April 1933) war 1920 durch eine Sammlung patriotischer Gedichte unter dem Titel „Erwache, Volk!“ aufgefallen.

Auch die *Lippische Landes-Zeitung* sah in einem Gedicht von Hermann Ludwig Schaefer, das auf jede Verklärung des Sterbens der Soldaten verzichtet, eine angemessene Würdigung.⁴²

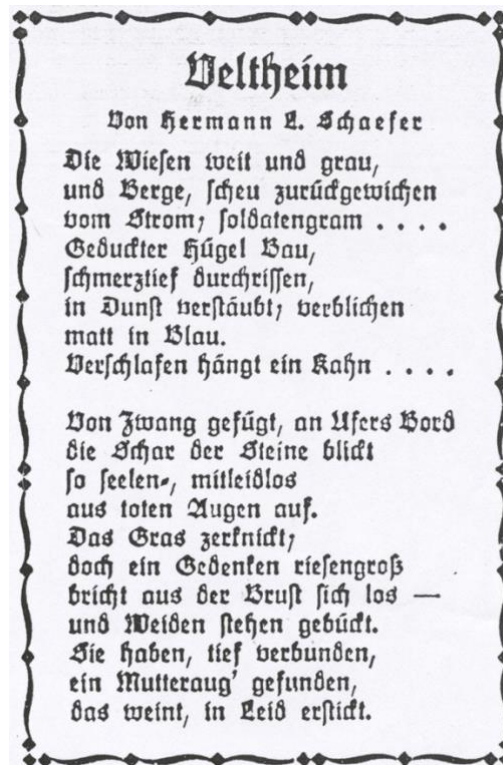


Abb. 11: Gedicht von Hermann L. Schaefer in der *Lippischen Landes-Zeitung* vom 31. März 1926.

Auch am Unglücksort sollte dauerhaft an die Ertrunkenen erinnert werden. Die 6. Division setzte sich für ein Mahnmal am Veltheimer Ufer ein. Die Mittel wurden u. a. über Kirchenkonzerte ihrer Militärkapellen zusammengebracht.⁴³ Friedrich Huck stellte das Gelände zur Verfügung. Das vom Architekten Hans Korth aus Minden entworfene Denkmal wurde am 14. November 1926 eingeweiht. Auf einem Rondell, zu dem Stufen hinaufführen, erhebt sich ein Obelisk mit einer Höhe von 6,80 m. Es ist ein würdiges Mahnmal, dem jeder martialische Gestus fehlt. Zur Einweihung waren der Mindener Regierungspräsident Paul Hagemeister und aus Lippe Heinrich Drake, Max Staercke, Max Heise, August Weßel und Dr. Emil Peters gekommen.⁴⁴

⁴² Schaefer (geb. am 5. November 1890 in Schieder, gest. am 5. Mai 1976 in Detmold), hatte am Ersten Weltkrieg teilgenommen und lebte danach als Schriftsteller und Journalist in Detmold. Er war viele Jahre in der Grabbe-Gesellschaft engagiert.

⁴³ Zum Bemühen der 6. Division s. etwa LLZ vom 27. Oktober 1925; in der Ausgabe vom 26. November 1925 dankte der Standortkommandant für den zahlreichen Besuch des Konzerts in Detmold.

⁴⁴ Berichte in der LLZ vom 14. und 16. November 1926.



In seinem „Wanderer zwischen zwei Welten“ sagt Walter Flex:
 „Totenklage ist ein arger Totendienst“.
 Das schlichte Ehrenmal, das heute den toten Kameraden geweiht wird, sei den lebenden trotz
 schmerzlicher Erinnerung stets Mahnung zu
 gleicher Treue und Hingabe an Staat und Volk.

Dr. Geßler
 Reichswaheminister.

Pflichterfüllung bis zum Tode, Manneszucht
 und Waffensolz auch in höchster Not!
 Das ist das Gelübde des Reichsheeres, das in
 Ehrfurcht seiner Toten von Veltheim gedenkt.

Heye
 General der Infanterie
 und Chef der Heeresleitung.

Abb. 12: Das Mahnmal an der Weser bei Veltheim.

Federzeichnung von Ernst Roetteken auf der Titelseite der Lippischen Landes-Zeitung vom 14. November 1926.

Nachspiel

Es gab noch ein ganz anderes Nachspiel.⁴⁵ Zwei Journalisten, Berthold Jacob und Fritz Küster, hatten geschrieben, dass Viele der Detmolder Infanteristen keine regulären Reichswehrangehörigen gewesen seien, sondern zur sog. Schwarzen Reichswehr⁴⁶ gehörten. Sie seien erst im Dezember 1924 eingestellt worden, ihr Dienst sollte mit dem angesetzten Manöver enden. Mit der kurzfristigen Ausbildung von Freiwilligen versuchte die Reichswehr, die Auflagen des Versailler Vertrages zu unterlaufen, von den politisch Verantwortlichen wurde sie darin gedeckt wurde. Nachprüfen lassen sich die Vorwürfe nicht mehr. Möglicherweise liegt eine Verwechslung vor, da die Soldaten zwar aus dem Ausbildungsbataillon ausscheiden, aber in ihre Stammformationen zurückkehren sollten. Dass Reichswehrminister Geßler die Vorwürfe als „Lüge“ abtat, beweist in der Sache nichts.

Dass einige der Ertrunkenen, wie oben erwähnt, dem rechtsradikalen Jungdeutschen Orden angehörten, beweist auch nichts. Auch mit ihrem regulären Personal war die Reichswehr alles andere als ein Hort republikanischer Gesinnung. Viele ihrer Offiziere hatten die „Übergangszeit“ nach dem Weltkrieg in Freikorps zugebracht, auch das Infanterie-Regiment 18 kann diese Herkunft nicht verleugnen. Das hat aber alles mit dem Unglück an der Weser nichts zu tun. Die beiden Journalisten schrieben, die Ertrunkenen seien „als erste Opfer des Revanchegedankens gefallen“. Das ist Unsinn, zeigt aber die damalige Mentalität, die so oder so vom Ausgang des Weltkriegs geprägt war. Die Aussage findet ihr Pendant in einem Hinweis, der schon am 4. April 1925 im sozialdemokratischen *Volksblatt* zu lesen war: Dass wegen der Bestimmungen des Versailler Vertrages nicht genügend Pontons für eine Schiffbrücke zur Verfügung gestanden haben und deswegen auf die „fliegende Brücke“ zurückgegriffen werden musste.⁴⁷ In beiden Aussagen wurden die Toten funktionalisiert, um ein Fenster zu einer ganz anderen Problematik zu öffnen. Jacob und Küster wurden vom Reichsgericht wegen Landesverrats zu neun Monaten Festungshaft verurteilt. Das Gericht zeigte dabei kein Interesse an der Aufklärung des brisanten Sachverhalts, sondern verurteilte allein die kritische Haltung der Journalisten: „Dem eigenen Staat hat jeder Staatsbürger die Treue zu halten“. Kurt Tucholsky schrieb danach noch einmal über den „Ponton-Prozess“, danach war das Thema für die Öffentlichkeit erledigt.

Epilog

Die regionale Presse erwähnte das Unglück jeweils an den Jahrestagen und in Detmold fanden regelmäßig Gedenkgottesdienste und Erinnerungstreffen statt, so auch im Jahr 1935 im Zeichen

⁴⁵ S. <https://de.wikipedia.org/wiki/Ponton-Prozess> (Aufruf: 7. Mai 2025).

⁴⁶ Zur Schwarzen Reichswehr s. BERNHARD SAUER, Bernhard, Schwarze Reichswehr und Fememorde. Eine Milieustudie zum Rechtsradikalismus in der Weimarer Republik. Berlin 2004. Zu Lippe s. knapp JÜRGEN HARTMANN, „Gegen die Juden und gegen die Republik!“ Die antidemokratische Rechte in Detmold 1914-1933, in STADT DETMOLD (Hg.), Krieg – Revolution – Republik. Detmold 1914 bis 1933. Dokumentation eines stadtgeschichtlichen Projekts. Bearb. v. Hermann Niebuhr u. Andreas Ruppert. Bielefeld 2007, 263-297, hier 278-279.

⁴⁷ Die Quelle des Hinweises ist nicht genannt. Auch im Veltheimprozess ließ ein Verteidiger anklingen, dass die Alliierten verantwortlich für das schlechte Material der Reichswehr und damit eben auch ein wenig für das Unglück gewesen seien.

von neuer Wehrpflicht und Ausrichtung der Wehrmacht auf einen neuen Krieg. An der Feier in Detmold nahmen neben Staatsminister Riecke die regionalen Führer von NSDAP, SS, SA, Polizei, der Detmolder Ortsgruppenleiter Ludwig Wollenhaupt und Bürgermeister Hans Keller teil, Ansprachen auf dem Ehrenfriedhof hielten der evangelische Standortpfarrer Gottfried Pohlmann aus Paderborn und der katholische Standortpfarrer Antonius Alke aus Detmold, danach Generalleutnant Günther von Kluge als Befehlshaber im Wehrkreis VI. Am Nachmittag gab es zudem noch eine Feierstunde am Mahnmal in Veltheim.⁴⁸

Nach dem Zweiten Weltkrieg standen dagegen Erinnerung und Trauer im Mittelpunkt. Zum 75. Jahrestag, am 31. März 2000, erinnerte Heinz Redder in der *Lippischen Landes-Zeitung* in einem ganzseitigen Beitrag an das Unglück; im *Heimatland Lippe*, der Zeitschrift des Lippischen Heimatbundes, griff Ulrich Siekmann im März 2000 das Geschehen auf.⁴⁹ In Ausstellungen in Detmold und in Minden wurde es einbezogen.⁵⁰ Auch 100 Jahre nach dem Unglück wurde des Geschehens in den Medien gedacht: Presse, WDR und Radio Lippe berichteten, und in ihrer Ausgabe vom 29./30. März 2025 erinnerte die *Lippische Landes-Zeitung* ganzseitig an das Drama.

Hier wird deutlich, wie die Erinnerung in Varenholz mit dem dortigen engagierten Arbeitskreis Heimatgeschichte weiterhin lebendig ist.

Für die Angehörigen der Opfer wie für die Überlebenden ging das Unglück in die Familienüberlieferung ein. Noch lange Zeit trafen sich Überlebende, Angehörige und Regimentsangehörige zum 31. März am Denkmal an der Weser. 1925 und in den folgenden Jahren hat man versucht, dem Unglück irgendeinen Sinn zu verleihen – der Tod darf nicht umsonst gewesen sein. Dies war eine Parallele zum Tenor der unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg so zahlreich errichteten Kriegerdenkmäler. Im Nachruf des Bataillons heißt es 1925: „Als gute Soldaten haben sie im Unglück mustergültige Haltung bewahrt.“⁵¹

Wir sehen heute nur die Sinnlosigkeit dieses Sterbens. Wichtig bleibt aber gerade darum das Gedenken, wie es die *Lippische Landes-Zeitung* schon am 3. April 1925 eingefordert hatte:

„Was uns besonders mit Schmerz und Trauer erfüllt, zahlreiche Lipper unter ihnen. Vielen unserer Leser wohlbekannt. [...] Ihnen ist ein stetes Gedenken im Lipperlande sicher! Sie bleiben uns teuer und unvergessen!“

⁴⁸ S. dazu die Ausgaben der nationalsozialistischen LIPPISCHEN STAATSZEITUNG vom 30./31. März, 1. April und 2. April 1935, wobei in der Ausgabe vom 30./31. März ein schwülstiges Gedicht des Detmolder Lehrers Otto Franzmeier auffällt. Franzmeier war 1933 in die NSDAP eingetreten, 1943 wurde er NS-Kreisredner. Nach dem Krieg wurde ihm bescheinigt, er sei zu „vergeistigt“ gewesen, um den Nationalsozialismus zu durchschauen (Sitzung des Öffentlichen Unterausschusses zur Entnazifizierung in Detmold vom 7. Juli 1947, STADTARCHIV DETMOLD, D 106 DT A Nr. 7481).

⁴⁹ SIEKMANN 2000.

⁵⁰ So in der von Hansjörg Riechert und Andreas Ruppert erstellten Ausstellung „Militär und Rüstung in der Region. Lippe 1914-1945“, die vom 4. März bis zum 4. Juni 2001 im Lippischen Landesmuseum in Detmold zu sehen war (zum Begleitband s. Fußnote 3); auch in der von Martin Steffen kuratierten Ausstellung „Lokales. 150 Jahre Mindener Tageblatt“, die vom 22. April bis 9. Juni 2006 im Mindener Museum gezeigt wurde, war das „Weserunglück“ ein eigenes Thema.

⁵¹ In der LLZ vom 12. April, im VOLKSBLATT vom 14. April 1925.

Der vorliegende Text ist als Beitrag zu diesem Erinnern gedacht.

Nachruf!

Am 31. März d. J. fanden 78 Unteroffiziere und Mannschaften des Bataillons in den Fluten der Weser bei Veltheim im Dienste für Volk und Vaterland den Tod.

Als gute Soldaten haben sie im Unglück mustergültige Haltung bewahrt.

Ihre Namen seien nochmals zusammenfassend genannt:

Feldwebel	Schütze	Schütze
Korff	Heigener	Manshale
Unterfeldwebel Kammann	Eich	Figge
" Rahm	" Desterreich	" Raes
Unteroffizier Fischer	" Ritterbusch	" Silberbrand
" Rathert	" Lopp	" Lüdecke
" Widdendorf	" Graul	" Herrmann
" Krüdemeyer	" Nowak	" Cordsmeyer
Gefreiter Suling	" Auer	" Becker
" Becker	" Mundt	" Hoener
" Düsterfiel	" Erkelenz	" Rohmann
Oberschütze Krichler	" Hoffmann	" Brodzit
" Gibbert	" Jordan II	" Eversberg
Schütze Kollmann	" Wärtens	" Bzdif
" Obermeier	" Lohoff	" Leibbrand
" Schrei	" Tödtmann	" Habenicht
" Engelhardt	" Zimmermann	" Gerhard
" Kläfer	" Hey	" Schwarz
" Käfelau	" Gronemeier	" Sobisch
" Kische	" Ahrens	" Behrens
" Hoppe	" Seiffert	" Brüggemann
" Kassen	" Weiffer	" Böbbeking
" Dill	" Kruschla	" Rodemann
" Ewertbusch	" Risse	" Windmann
" Duda	" Rothemann	" Lange
" Wiedenbrück	" Fischer	" Drewniat
" Hirsch	" Ottenhausen	" Habbig

Die Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften des Bataillons werden ihren heimgegangenen Kameraden ein treues Andenken bewahren. Der 31. März wird für das Bataillon ein Gedenktag sein.

**Die Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften des Ausbildungs-
(Lippischen) Bataillons 18. Infanterie-Regiments**

Interview

Vom Kleinen im Großen – vom Großen im Kleinen.

Regionalgeschichte heute – ihre Bedeutung, ihre Rolle, ihre Perspektiven.

Ein sehr persönliches Interview mit Prof. Dr. Peter Steinbach zum 20-jährigen

Bestehen von *Rosenland – Zeitschrift für lippische Geschichte*



Abb. 1: Prof. Dr. Peter Steinbach.

(Foto: privat)

Steinbach, Peter, Prof. Dr., geb. 1948 in Lage, 1968 Abitur in Detmold am Grabbe-Gymnasium, Staatsexamen 1972 in Marburg in Geschichte und Politikwissenschaft, 1978 Habilitation. 1982-1992 Professor für Hist. und theoretische Grundlagen der Politikwissenschaft an der Univ. Passau; 1992-2001 Professor für Hist. Grundlagen der Politik an der Freien Univ. Berlin, seit 2001 Professor für Neuere und Neueste Geschichte an der Univ. Karlsruhe, seit 2007 Univ. Mannheim. Emeritus seit 2013. Weiterhin von 1983 bis 2024 Wissenschaftlicher Leiter der Gedenkstätte Deutscher Widerstand zu Berlin, seit 2001 Vorsitzender des Internationalen Beirats der Topographie des Terrors und 2004-2008 kommissarisch auch Wiss. Direktor der Topographie des Terrors, 2004-2024 Beiratsvorsitzender des Technoseums Mannheim.

1 Persönlicher Zu- und Werdegang oder Der „lippische Weg“ zum Historiker

Herr Professor Steinbach, Sie sind Lipper, in Lage aufgewachsen, in Detmold zur Schule gegangen. Sie gehören zur Lippischen Landeskirche und sind Reformierter, haben als Diakonischer Helfer in Neu-Eben-Ezer gedient. Sie haben sich bereits früh in ihrem Marburger Geschichtsstudium mit der Regionalgeschichte beschäftigt. Wie sind Sie dazu gekommen?

Es gab Impulse durch Hochschullehrer. Walter Schlesinger vertrat die mittelalterliche Landesgeschichte, Thomas Klein beschäftigte sich mit der modernen hessischen Geschichte, die einen Schwerpunkt in der Marburger mitteldeutschen Forschungsstätte und dem Hessischen Jahrbuch für Landesgeschichte hatte. Klein vertrat entschieden eine Sicht, die das Besondere immer auf das Allgemeine bezog. Regionalgeschichte verlangte sozial- und wirtschaftshistorische Zugänge, war offen für die Kulturgeschichte und die Volkskunde, verstand sich als integrale und zugleich als „aspektbezogene“ und „sektoral“ orientierte Geschichtswissenschaft (Jürgen Kocka). Das fand ich faszinierend.

Allerdings: Regionalgeschichte setzt Interessen an dem Wandel von Räumen, Strukturen und Zeiten voraus. Wandel vollzieht sich vor den Augen, wenn man zu sehen und zu fragen weiß. Vielleicht lag es an meiner Schule und an meinen Lehrern in der Gemeinschaftsschule I am Sedanplatz, dass wir angehalten wurden, schon früh die unmittelbare Umgebung bewusst wahrzunehmen, also das Selbstverständliche, Alltägliche als eigentlich etwas Fragwürdiges, Entstandenes, sich Veränderndes zu erkennen. Das wurde erleichtert durch Lehrer, die erlebnispädagogisch geprägt waren, also noch in der Weimarer Republik die Pädagogische Akademie besucht hatten. Einer dieser Lehrer, der gern in Knickerbockern vor uns stand, war Heinrich Brünger. Immer gab es mit ihm etwas zu entdecken, vor allem im Lager Berg, im Umkreis der dortigen Naturfreunde. Meine Neugier wurde bereits in der Schule geweckt und durch Erzählungen meiner Großeltern, die in Heidenoldendorf, Heiden und Pivitsheide lebten, bereichert. Es war keine Heimattümelei, schon wegen der vielen Vertriebenen nicht, sogar in meiner Familie und in der Lagenser ersten Flüchtlingssiedlung, wo ich zu einer der wenigen einheimischen Familien gehörte.

Die Nachbarschaft vermittelte viele Zugänge zur Zeitgeschichte – nicht allgemein, sondern lebensgeschichtlich, also ganz im Sinn der Definition von Hans Rothfels, der Zeitgeschichte als „Geschichte der lebenden Generation“ gegen Skeptiker der neuen „Bindestrichdisziplin“ gerechtfertigt hatte. Mit dieser Vielfalt wurde ich in der ersten Lagenser Flüchtlingssiedlung vertraut. Das prägte mich. Die Bombardierung von Dresden, die Flucht über das Haff, von der unsere aus Ostpreußen stammende „Eierfrau“ sprach, die alleinerziehenden „Kriegerwitwen“, später dann die Flüchtlinge aus der DDR. Mir wurde klar: Es ging nicht nur um lebende Generationen, sondern um Vielfalt der Herkunft, der „Heimat“, die jeder in seinem Kopf hatte. Es ging auch um Beheimatung von Flüchtlingen und Vertriebenen, und ebenfalls um die Bereitschaft, sich mit neuen Erfahrungen zu beschäftigen, den Erzählenden zu vertrauen, Barrieren abzubauen.

Einer meiner ersten Spielkameraden war „Franz“ – kein Lipper hieß so. Franz war katholisch, mit ihm betrat ich erstmals eine katholische Kirche, natürlich mit einem „Nicke-N***“,¹ der für Mission stand. Auch meine späteren Grundschulkameraden Klaus-Peter Hennig, später Vorstandsmitglied von Thyssen-Nirosta, oder Klaus Beckmann, der später Direktor des Instituts für Urbanistik wurde, hatten ihre – durch Eltern und Großeltern vermittelte – ganz eigene Herkunftsgeschichte gehört. Viele meiner Klassenkameraden gehörten zu den Vertriebenen aus den

¹ Die Plastik des so genannten Nick-Negers gehörte damals fest zum Interieur katholischer Kirchen, ein eingeworfenes Geldstück erzeugte ein dankbares Nicken. (Red.)

– wie man sagte – „deutschen Ostgebieten“ oder zu den Flüchtlingen, für die die „Siedlung“, in der wir aufwuchsen, erweitert wurde. So weitete sich der narrativ geprägte Wahrnehmungshorizont, so wurde es selbstverständlich, dass man wusste, dass es Breslau, Königsberg, Plauen als Orte gab, auch, weil über Weihnachten und Neujahr viele Erinnerungskerzen in den Fenstern standen. Vielleicht wurde mir bewusst, dass lippische Orts- und Landesgeschichte mehr verkörperte als die übliche, enge Heimatgeschichte, sondern eine in andere, die Erfahrungsgeschichte und Erlebnisräume der neuen, nicht aus Lippe stammenden Bewohner ausgreifende Beheimatungsgeschichte war, also Geschichte des konkreten Wandels, der gelebten Integration, des Zusammenfindens im Zuge einer Einräumung von Beheimatung wäre. Das Fremde im Eigenen, aber auch das Eigentümliche im Fremden bewusst zu machen, das war für mich Regionalgeschichte geworden.

Sieht man von der Horizonterweiterung ab, die mit der lippischen Wanderarbeit einherging, war der Wahrnehmungshorizont des Alltags begrenzt. Die lippische Gesellschaft wurde durch Flucht und Vertreibung konfessionell, herkunftsmäßig durchmischt wie in den Jahrhunderten zuvor niemals. Damit stellte sich das Problem der Beheimatung, der gesellschaftlichen Integration. Das konnte nur als ein mehrseitiger Prozess funktionieren, der ambivalente Wertungen und Abwertungen vielleicht erschwerte, sogar verhinderte, schließlich aber überwand. Im Rückblick war die Verbindung der „neuen Lipper“ mit der angestammten Bevölkerung ein Segen, denn Verengungen brachen auf, fremde Lebensgewohnheiten mussten anerkannt werden. Man kann gewiss oft fordern, dass die Welt mit anderen Augen zu sehen sei - Regional- und Landesgeschichte verdeutlicht, was dies bedeutete. Sie leistet so, wie die Hinweise auf die gelungene Integration seit Herbst 2015 beweisen, der Integration des Fremden in das Vertraute erheblichen Vorschub.

Vielleicht war es ein lippischer Sonderfall, aber in den fünfziger Jahren gab es an der lippischen Volksschule noch ein Fach namens „Heimatkunde“: Ein Lesebuch mit gelbem Umschlag und der Lippischen Rose auf dem Buchdeckel. Die Heimatkunde öffnete den Blick auf Raum, Umwelt, Geschichte. Hier beschäftigte man sich mit dem Land Lippe, mit seiner Heimatgemeinde, mit der Umgebung. Lippe, damals zwei Landkreise, wurde als Einheit auf der Schulwandkarte präsentiert. In dem Buch gab es Geschichten, die allesamt Raumbezug hatten. Klassenausflüge, wie man Wandertage nannte, gingen natürlich zu den Denkmälern, zum Hermann, zu den Externsteinen, ins Detmolder Schloss, in das örtliche Heimatmuseum. Hinzu kamen dann die Erzählungen meiner Großeltern. Von denen gab es in meiner Familie drei, weil mein Vater früh seine erste Frau, die Mutter meiner Schwester, bei der Geburt seines Kindes verloren hatte. Mit seiner Wiederverheiratung hatte ich drei Großeltern, die keinen Unterschied zwischen meiner „Halbschwester“, einen Begriff, den ich nie verstand, und mir machten. Mit drei Großeltern fühlte ich mich privilegiert. Zwei der Großväter waren bei der Bahn, der eine als Bahnhofsvorsteher in Nienhagen, damals wichtig wegen der Nähe zu Augustdorf,² viel wichtiger als heute, und der andere war Vorsteher des Güterbahnhofs in Lage, also einer Stadt, die Textilindustrie, eine Fahrradfabrik, Gießereien und Möbelindustrie neben der Zuckerfabrik hatte. Spielen durfte ich im Bahnhof, ausfahren durfte ich die Güter auch, damals sogar noch

² Als Standort der Bundeswehr. (Red.)

einem Pferdefuhrwerk der Firma Klocke. So lernte ich den Ort und Menschen, Räume, Veränderungen kennen.

Geschichte als Wandel in der Zeit – das erfuhr ich über Generationen hinweg von meinen Großeltern. Dann gab es einen rührigen lippischen Geschichtsverein, mit Vorträgen, die in einzelnen Städten gehalten wurden. Ich erinnere mich an Vorträge über die Wirkung der Reichsgründung in Lippe. Interesse an der Geschichte hatte ich schon als Schüler, eigentlich mehr an der griechischen und altorientalischen Geschichte. Das änderte sich nicht zuletzt durch Vortrags- und Filmveranstaltungen zur Stadt- und lippischen Landesgeschichte, denn mit dem Raum wuchs das Interesse am Wandel, an der Anpassung der Menschen an Zeitläufe. Gefördert wurde dies durch einen weit ausgreifenden Geschichtsunterricht, am Aufbaugymnasium³ bis zu fünf Wochenstunden.

Als ich – damals Student im dritten Semester – aufgefordert wurde, nun auch eine historische Seminararbeit und einen Seminarvortrag aus Archivbeständen, also nicht aus der Sekundärliteratur zu entwickeln, meinte ich, die Arbeit an dieser Studienleistung in den Semesterferien gemeinsam mit einem Heimataufenthalt zu verbinden und gut im Staatsarchiv Detmold leisten zu können. Mein Hochschullehrer bot ein Proseminar über Reichstagswahlen in Sachsen-Anhalt an. Es gab studentische Diskussionen über die Themensetzung des Seminars. Nicht mehr „Reichstagswahlen im Wilheminschen Reich“ sollte das Seminar heißen, sondern „Parlamentarismus und Klassenkampf im Zeitalter des Imperialismus.“ Glücklicherweise war unser Hochschullehrer Thomas Klein so klug, diesen Themenwechsel zuzulassen. So verpuffte politischer Protest, wurden studentische Forderungen konstruktiv in thematische Anregungen umgewandelt.

Ich wählte eines der freien Themen: Die Reichstagswahlen 1903. Und ich fragte, ob ich diese Wahl am Beispiel des Fürstentums Lippe bearbeiten könnte. Das war, wie sich herausstellte, ein ausbaufähiges Thema, gefunden gleichsam im Blindflug. Keine Ahnung hatte ich von dem, was auf mich zukam. Mit der Lippischen Bibliografie von Wilhelm Hansen und den Ergänzungen von Ernst Fleischhack⁴ hatte ich zwar eine erste Ahnung, aber von den Zeitungsbeständen der Landesbibliothek und den mich dann überwältigenden statistischen Unterlagen des Staatsarchivs Detmold konnte ich nicht einmal träumen. Also meldete ich mich im Archiv an, durchaus unsicher, allerdings nicht ängstlich, denn bereits während der Schulzeit wurden wir angehalten, in der Landesbibliothek zu recherchieren. Dennoch war ich nicht sicher, ob ich als Proseminarist eine Arbeitserlaubnis und einen Arbeitsplatz bekäme. Es war kein Problem. Als Betreuer wurde mir Herr Archivoberrat Dr. Sandow zugeteilt, ein Pommer, der mich zu einem Erstberatungsgespräch vorließ und viele Ideen zu den Beständen hatte. Er nahm mich offenbar ernst – ob heute noch Proseminaristen so in ihrem Anliegen ernstgenommen und betreut werden, ich kann es mir kaum vorstellen. Frau Kittel, Herr Baum, Herr Stöwer, – sie halfen mir Akten zu identifizieren. Ja, und irgendwann kam dann der gemeinsam mit Ingeborg Kittel den

³ Das heutige Grabbe-Gymnasium in Detmold. (Red.)

⁴ LANDESVERBAND LIPPE (Hg.), Lippische Bibliographie, mit Hinweisen auf die Buchbestände der Lippischen Landesbibliothek, bearb. von Wilhelm Hansen u. Ernst Fleischhack, Detmold 1957.

Lesesaal betreuende Archivbeschäftigte Baum mit einem Aktenwagen herein: mit vielen unverzeichneten Archivkartons, darunter die Wahlergebnisse von 1903.

Herr Sandow verwies mich auf die Zeitungsbestände, die unmittelbar zugänglich seien. Damals wurden auch noch die lippischen Zeitungen in den Lesesaal der Landesbibliothek geliefert. Es war also ein traumhaftes Arbeiten in den Semesterferien.

Leider hatte ich mich in der Arbeit selbst viel zu oft verrechnet. Ich erhielt eine Nachfrist, musste meine Arbeit noch einmal einreichen. Das war dann mein Glück. Die Neufassung kam dem Leiter des Marburger Seminars für Neuere Geschichte, Professor Gerhard Oestreich, zu Gesicht. Er bestellte mich ein, zeigte sich erstaunt, dass die wahlstatistischen Unterlagen derart dicht überliefert und verfügbar waren. Und er bot mir, dem Studenten am Ende des dritten Semesters, an, über die lippische Wahlgeschichte zu promovieren. Das war damals möglich, denn die Promotionsordnung setzte keine anderen Abschlüsse voraus. So kam ich dazu, eine sozial- und wahlgeschichtliche Studie zur lippischen Wahlgeschichte auszuarbeiten. Ich ahnte nicht, dass dies zunächst einmal den Triumph des Hinterteils über den Geist voraussetzte, denn alle Statistiken mussten abgeschrieben und anschließend auf Anteile, Veränderungen und Wahlbeteiligungen berechnet werden. Dennoch war das Thema für mich, akademisch gesehen, ein doppelter Glückfall, auch, weil Wolfgang Abendroth die politologische Relevanz der Wahlforschung früh betont hatte und sich ebenfalls sehr interessiert und aufmuntert erweis.

So war ich im 4. Semester Doktorand der Geschichte, damals nach der alten Studienordnung, also mit der Alten Geschichte als Nebenfach, mit der Mittelalterlichen Geschichte als Teil der Hauptprüfung, mit der Politischen Wissenschaft als Nebenfach. Staatsexamen machte ich dann in Geschichte und Sozialkunde, beschränkte mich auf die Sozialstruktur, in der Dissertation dann auf die Industrialisierungsgeschichte. Als Ziel verfolgte ich aber weiterhin eine landesgeschichtlich geprägte Wahlkampf- und Wahlgeschichte.

Wie hat Ihre Herkunft Ihre wissenschaftliche Laufbahn geprägt?

In der Familie meiner Eltern bin ich das, was man oft „Erstakademiker“ nennt. Das ist kein Verdienst und keine Leistung, sondern vielen Umständen geschuldet: Lehrern, der Studienförderung durch Bund und Stiftungen. Ausgeprägt war eine Leseneugier, die Freude an der „Papiersauferei“, wie Elias Canetti das nannte. Als Kind war ich oft sehr und sehr lange krank und wurde so umständehalber zu einem begeisterten Buchfreund. Ich durfte auch meine Schwester, vier Jahre älter als ich, in den Unterricht begleiten und nahm zuweilen teil, fasziniert von den Erzählungen mancher Lehrer. Das war aufregend. Dass man als jüngerer Bruder einfach seine Schwester in die Schule begleiten durfte, heute klingt das unglaublich, aber es fiel eigentlich gar nicht auf, auch, weil in einer Klasse manchmal mehrere Jahrgänge betreut wurden. Entscheidend für mich waren allerdings Krankheiten, und das hieß damals: unbeschult zu sein, manchmal über einen längeren Zeitraum als ein Jahr hinweg. Glück hatte ich, weil es nach meiner Entlassung aus den Heilanstalten Lehrer gab, die mich einfach überspringen ließen.

Aus der 4. Klasse ging es so mitten in die sechste Klasse der Bürgerschule. Es klappte, manchmal unter Tränen, aber ich fand Anschluss, konnte bleiben und bin meinen Lehrern bis heute wirklich dankbar. Im Laufe der siebten Klasse stand dann zur Debatte, nach der Entlassung aus der 8. Klasse auf das Aufbaugymnasium Detmold, später Christian-Dietrich Grabbe-Gymnasium zu gehen. An die Prüfung erinnere ich mich deutlicher als später an mein Abitur. Dass ich wirklich aus der 8. Klasse der Volksschule auf ein Gymnasium wechseln konnte, kommt mir heute noch unglaublich war. Die sechziger Jahre waren eben ein Jahrzehnt der Bildungsförderung. Der Wechsel nach Detmold gelang. Jeden Tag am Theater, am Schloss, durch den Schlosspark vorbei zu gehen – also, mein lokalhistorisches Interesse wuchs, auch Dank wunderbarer Lehrer, die wiederum die unmittelbare Umgebung einbezogen. So nahm meine Klasse im Rahmen des Geschichtsunterrichts an einer Gerichtssitzung gegen den Mörder von Felix-Fechenbach teil, so besuchten wir rege das Theater, das Landesmuseum, lebten gleichsam im Raum einer Residenzstadt, die ihre Vergangenheit nicht verbergen wollte, veranstalteten sogar Konzerte. Der Schulweg prägte mein Raumgefühl: Postamt, Landesregierung, „Die Lipper ihrer Fürstin Pauline“ – ein Kranz am Ausgang des Schlossparks zum Marktplatz hin,⁵ das Grabbehaus, Ferdinand Freiligrath, die Adolfstraße und der Detmolder Hof, ganz zu schweigen von der Landesbibliothek oder von den Besuchen im Landesmuseum, die dann einen Niederschlag in der Schülerzeitschrift des Grabbegymnasiums *Knallerbse* fanden.

Können Sie sich noch an Ihre ersten Berührungspunkte mit der lippischen Geschichte erinnern?

Ich glaube, es war meine Mutter, die bei einem Stadtgang plötzlich von dem Novemberpogrom sprach, mich daran erinnerte, dass Möbel und Bettdecken auf die Straße geworfen wurden, wies mich hin, dass dort, wo nun ein Modehaus war, früher eine Synagoge stand. Es war eine Freundin meiner Mutter, die mir am „Kohlpott“ in Pivitsheide sagte, dass dort einmal Kriegsgefangene festgehalten worden waren. Es war meine Mutter, die von Zwangsarbeitern berichtete, die über den Bahnhof Nienhagen mal nach Lage oder Detmold fuhren. In den fünfziger Jahren war die Zeitgeschichte unmittelbar, der Durchbruch der Amerikaner über die Gauseköte, das Verhör meines Großvaters, der auf Intervention von Zwangsarbeitern wieder freigelassen wurde, der Kommunist Wilhelm Vehmeier – es war eigentlich eine Zeit voller Geschichte. Mein Heidenoldendorfer Großvater konnte eigentlich zu jedem Haus eine Geschichte erzählen. Sehr beeindruckte mich sein Bericht, wie er an den Bahnlinien mitgebaut hätte, auch, wie sein Vater im deutsch-französischen Krieg bei Belfort gekämpft hatte, wie Wilhelm II. mit dem Sonderzug durch das Lipperland fuhr. Das Haus, indem meine in Heiden ansässigen Großeltern lebten, gehörte einem Wandermaurer, der im Zuge der „Kampagne“ dann auf der Zuckerfabrik „überwinterte“. Seine Frau versorgte Land und Tiere. So erlebte ich eine Art „Zieglerhaushalt“ mit Ziegen, Schafen, Schweinen und dem landwirtschaftlichen Nebenerwerb, sah, wie stark die Ehefrauen in die Bewirtschaftung einbezogen waren. Aber es waren alles Details, zusammenhanglos. Sie machten allerdings neugierig, erwiesen sich als Puzzles, die sich dann später zu einem Raum-Zeit-Bild-fügten. Denn Regionalgeschichte verlangt die Vertrautheit mit dem Raum und seiner Geschichte.

⁵ Bronzeplakette mit dem Reliefporträt der Fürstin Pauline am Durchgang vom Schlossplatz zum Marktplatz. (Red.)

Viel wichtiger waren Kontakte, die die Schule vermittelte – einen Ausflug nach Lemgo, zur Falkenburg, in die Bandelhütte, die Beschäftigung mit der, wie man damals noch sagte, „Weserrenaissance“, mit Lortzings „Zar und Zimmermann“. Und dazu kamen die „lippischen Dichter“ – Weerth, Freiligrath, Grabbe, die irgendwie mit Lippe zusammenhängenden Komponisten wie Lortzing, und das erstreckte sich bis auf Musiker, die an der Musikakademie lehrten und zuweilen im Rundfunk zu hören waren. Gefördert wurde dies alles durch den „Jugendring“, der im Auftrag des Kreises Kulturveranstaltungen organisierte und den Theaterbesuch ermöglichte. Es gab also so etwas wie ein „Behagen“, das mit der Region zusammenhing. Niemals wäre ich auf die Idee gekommen, in einem „abgehängten Landstrich“ zu leben. Denn die kulturelle Dichte war bemerkenswert, auch dank des Landesverbandes und der von ihm mitgetragenen Einrichtungen.

Welche Rolle spielte die Regionalgeschichte in Ihrer akademischen Sozialisation – auch im Vergleich zu späteren Forschungsfeldern wie der Widerstandsforschung?

Bereits mit dem Wechsel auf das Aufbaugymnasium hatte ich ein starkes Interesse an der Geschichte, einem Integrationsfach, das Religion, Literatur, Geografie und Sozialkunde berührte. Ich wollte in Marburg studieren, nicht in Münster, nicht in Göttingen, weil Marburg eine sehr differenzierte Geschichtswissenschaft mit zehn Lehrstühlen hatte und mich Politikwissenschaft – damals Wolfgang Abendroth und Ernst-Otto-Czempiel – sehr reizte. Fritz Fischer, der als Hamburger Historiker eine Kontroverse über die deutsche Kriegsschuld am Ausbruch des Ersten Weltkriegs angeregt hatte, plädierte für die Kombination von Geschichtswissenschaft und Politikologie. Geschichte und Politikwissenschaft zu verbinden, das schien mir so eine ideale Kombination, zumal in Marburg durch den Diplomstudiengang auch noch Volkswirtschaftslehre, Öffentliches Recht, Soziologie und Philosophie integriert waren. Dazu kam eine anregende Erziehungswissenschaft, damals mit Wolfgang Klafki. Der Mediävist Walter Schlesinger war Verfassungs- und Landeshistoriker, sein Fachkollege Helmut Beumann vertrat einen anderen ideen- und kulturgeschichtlichen Ansatz, beide zusammen begründeten den Ruf der Marburger Mediävistik. Hinzu kamen ein Institut für hessische Landeskunde und das „Herder-Institut“, und beide öffneten sich der neueren und neuesten Geschichte. Also: Die Wahl von Marburg erwies sich für mich als eine sehr gute Möglichkeit, Geschichte an einem der größten und differenziertesten Institute studieren zu können.

Auch in der Alten Geschichte war das Fach mit Karl Christ und Walter Kienast attraktiv. Dazu kam eine Neuere Geschichte, vor allem mit Gerhard Oestreich, bald Ernst Nolte, mit Andreas Hillgruber und vor allem mit dem landeshistorisch sehr rührigen Thomas Klein. Wichtig wurde auch der Wirtschaftshistoriker Fritz Blaich. Die Seminare waren in der Regel sehr konkret, quellenbezogen, weniger orientiert auf Literatur-Nacherzählung. Bereits im Grundstudium konnte geforscht werden. In der Alten Geschichte entdeckte ich Velleius Paterculus, einen Zeithistoriker der augusteischen Zeit. Er erwähnte nicht nur Pontius Pilatus, sondern eben auch die Niederlage des Varus. Die Germania des Tacitus kam auch wie eine vergangene Zeitgeschichte vor. Zeitgeschichte als Historie, die ihren Ausgang noch nicht kennt – was gibt es Spannenderes?

Mit der kleinen Arbeit über 1903 gelang es dann sogar, eine Brücke zur Politikwissenschaft schlagen können. Wolfgang Abendroth hatte bereits in den fünfziger Jahren verschiedene Wahlstudien angeregt, die sich von den Bonner Wahlstudien der Braubach-Schule unterschieden. Wie auch immer: Beide Ansätze hatten mir das Gefühl vermittelt, mit „Lippe“ keineswegs ein abwegiges Thema bearbeitet zu haben, exemplarisch eine zentrale Frage aufzugreifen: Wie funktionierten Politisierung und Nationalisierung der Gesellschaft des 19. Jahrhunderts? Staat und Gesellschaft müssten doch „verzahnt“ werden, durch Wahlen und Parteien. Wahlen müssten Interessen artikulieren und aggregieren, Wahlergebnisse seien doch Reflexe auf soziale und politische Veränderungen, spiegelten politische Kultur. Mediatisierung von Politik und Interessen im Strukturwandel der Öffentlichkeit – na, wenn das nichts war.

Das „Wahlgeschichtsthema“ trug also, mehr noch: durch die kritischen Arbeiten von Hans-Ulrich Wehler über das Kaiserreich als Obrigkeitsstaat gewann es an Forschungsbrisanz. Denn nun bot sich die Möglichkeit, Demokratisierung, Partizipation und sich konflikthaft realisierende Politik von unten her zu analysieren und eine Korrektur der Vorstellung von der „stummen Untertanengesellschaft“ zu wagen. Weiterhin wichtig und motivierend war, dass die Geschichtswissenschaft durch die breiter werdende sozialgeschichtliche Fundierung sich methodisch öffnete. Stadt- und Landesgeschichten gab es damals nicht so viele, an denen ich mich orientieren konnte. Umso besser, dachte ich. Wolfgang Hofmanns Arbeit über die Bielefelder Stadtverordneten, Wolfgang Köllmanns Arbeit über Barmen, die Aufsätze von Helmuth Croon bestätigten doch in meinen Augen die Relevanz der Regionalgeschichte, die teils als „Landesgeschichte“, teils eben als „Regionalgeschichte“ betrieben wurde, sich vor allem durch wirtschaftshistorische Impulse von territorialen Begrenzungen löste, sich zugleich für übergreifende Fragestellungen öffnete.

„In Grenzen unbegrenzt“ (so Ludwig Petry⁶) forschen zu können, dabei die Ansätze der französischen Wahlgeographie, der britischen Psephology, der amerikanischen psychologischen Wahlforschung aufnehmen zu dürfen... Eigentlich fasziniert mich die historische Wahlforschung bis heute wegen der vielen Bezüge zur allgemeinen und zur Sozial-, zur Landes- und zur Ideengeschichte. Und Lippe war einfach in meinen Augen ein exzeptionell guter Fall. Das hatte ich dann irgendwann im Bielefelder Kolloquium zu begründen. Mit Quellenfunden konnte man dort nicht überzeugen, sondern mit Fragestellungen. Es gelang, den Wahlkreis 377 als lohnendes sozialgeschichtliches Objekt vorzustellen. Dies fiel mir insofern leicht, weil mir Lehrer und Großeltern den lippischen „Kosmos“ erschlossen hatten. Denn Regionalgeschichte ist dann leichter zu verstehen, wenn man Raumstrukturen und Mentalitäten kennt. Das hatte bereits Rudolf Heberle betont, als er seine erst viel später publizierte, bereits Ende der Weimarer Republik verfasste Studie über „Landbevölkerung und Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein“⁷ schrieb, als Zeitzeuge gleichsam, den es dann als Emigrant nach Baton Rouge vorschlagen hatte.

⁶ LUDWIG PETRY, In Grenzen unbegrenzt. Möglichkeiten und Wege der geschichtlichen Landeskunde. Jahresgabe des Instituts für geschichtliche Landeskunde an der Universität Mainz 1961, 3-17.

⁷ RUDOLF HEBERLE, Landbevölkerung und Nationalsozialismus. Eine soziologische Untersuchung der politischen Willensbildung in Schleswig-Holstein 1918 bis 1932, Stuttgart 1963 (Schriftenreihe der Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 6).

2 Zur Bedeutung der Regionalgeschichte

Welche Relevanz messen Sie der Regionalgeschichte heute bei – sowohl im wissenschaftlichen als auch im gesellschaftlichen Kontext?

Die Regionalgeschichte hat seit den sechziger Jahren ungemein an Bedeutung gewonnen. Zum einen verlangte sie methodische Kenntnisse, für den integralen Ansatz musste man quantitativ und qualitativ sozialwissenschaftliche Fragestellungen entwickeln. Die traditionelle territorial definierte Landesgeschichte wandelte sich, griff vereinzelt zeitgeschichtliche Fragestellungen auf. So veröffentlichte Erich Kittel seinen wichtigen Aufsatz zur Landesgeschichte der Revolution von 1918/19 in den eigentlich eher traditionellen *Blättern für deutsche Landesgeschichte*.⁸ Das gab gleichsam Rückenwind, bestärkte das Selbstbewusstsein. Einige der Landeshistoriker kamen gleichsam aus der Deckung, lehnten die Vorstellung ab, Landesgeschichte sei aus Krähwinkel gekommen. Auch die Stadtgeschichte griff zunehmend Fragestellungen des sozialen Wandels auf, politisierte sich, ermunterte, neue Quellen zu erschließen.

Die zahlreichen „Turns“ der Geschichtswissenschaft holten die Landesgeschichte aus der Ecke der Provinzialität heraus. Relevanz der Geschichte für heute zielt nicht nur auf die politische Bildung. In den sechziger und siebziger Jahren kamen wichtige Impulse aus der Entwicklungsforschung, aus der Modernisierungstheorie, die vor allem von Bielefelder Historikern um Wehler betont wurde und ermöglichte, systematische Fragestellungen auf regionaler Grundlage aufzunehmen. Ergänzt wurde der Bielefelder Ansatz durch die Berliner Wirtschaftsgeschichte, die Wolfram Fischer prägte, oder mit der Mannheimer empirischen Sozialgeschichte um Knut Borchardt, Rainer M. Lepsius. Allgemeine Geschichte und Landesgeschichte verbanden sich mit Gegenwartsbezügen.

Die Folge war ein regionalhistorischer Boom, der mir wenige Jahrzehnte zuvor noch überhaupt nicht denkbar schien. Die Wahrheit lag nicht mehr nur in den Akten, sondern spiegelte Fragestellungen. Regionalhistoriker kamen aus der wissenschaftlichen Nische, prägten die Stadtgeschichte, die Bildungsforschung, die Wirtschaftsgeschichte. Die Allgemehnhistoriker gerieten sogar in den Windschatten der Regional- und Landeshistoriker, denn zunehmend wurde das Besondere zum Korrektiv der großen These. Mit der Alltagsgeschichte verstärkte sich der *cultural turn* ebenso wie der *spacial turn*, musste sich die moderne Sozialgeschichte empirisch begründeten Fragestellungen widmen, sich behaupten.

Regionalgeschichte galt lange als „kleinräumige“ oder „provinzielle“ Disziplin. Wie hat sich Regionalgeschichte, wie hat sich auch Ihr Blick auf die wissenschaftliche Qualität und das Potenzial regionalhistorischer Forschung im Laufe der Jahrzehnte verändert?

Die zunehmende Bedeutung der modernen Regionalgeschichte war nicht nur eine Folge der Forschungspragmatik, denn regionalhistorisch ließen sich immer wieder neue Akten heben.

⁸ ERICH KITTEL, Novemberumsturz 1918. Bemerkungen zu einer vergleichenden Revolutionsgeschichte der deutschen Länder, in: BLÄTTER FÜR DEUTSCHE LANDESGESCHICHTE, 104/1968, 42-108.

Regionalgeschichte gewann an Anerkennung, was sich in Jahrbüchern und auch Sektionen der Historikertage niederschlug. Anerkennung ist eine Folge akzeptierter Bedeutung. Dies war nicht nur eine Folge der Ausweitung lokaler, regionaler, betrieblicher Untersuchungsfelder im Zuge einer topographisch definierten Mikro- und Mesoforschung. Wichtige Impulse vermittelte die internationale Sozial- und Regionalgeschichte und die französische Sozialforschung um die Schule der „Annales“, die dem Raum und der raumbezogenen Erfahrung, von Weltsicht und Weltverständnis eine neue Bedeutung zuschrieb. Britische Historiker wie Edward P. Thompson beflügelten hingegen die „Geschichte von unten“ durch die Protest- und die Revolutionsforschung, amerikanische Wirtschaftshistoriker bestanden auf Quantifizierungen und betonten strukturelle und psychologische, weltanschaulich bedingte Muster einiger zunehmend interdisziplinär geprägter Deutungsmodelle und Ansätze einer experimentierfreudigen, nicht nur als positivistisch abgesicherten orientierten Geschichtswissenschaft, die Modelle, Pfade, Alternativen suchte.

Neben den britischen Sozialhistorikern versuchten französische Sozialhistoriker aus der Schule der Annales die „lange Dauer“ zu beschreiben, Lebensverhältnisse zu rekonstruieren, Strukturen des Wandels zu beschreiben. Sie hoben auf eine ganz andere Art und Weise die Bedeutung von Erfahrungen und Erwartungen hervor, banden sie an Lebensweise und Alltagsbewältigung. Und entscheidend wurde die Lokal- und Stadtgeschichte durch eine die Rückkoppelung auf die sozialwissenschaftlich geprägten Gegenwartsanalysen von Max Weber beeinflusst. So veränderten sich die Strukturen der Erforschung, aber auch die Resonanz, die konkrete Ansätze wie Familien-, Schul-, Kirchen- und Mobilitäts- und Schichtungsgeschichte erhielt. Schön lässt sich dies an den Arbeiten von Hartmut Zwahr verdeutlichen, die wiederum von der Sozialgeschichte der Industrialisierung geprägt worden waren.

Regionalgeschichte wurde deshalb nicht als primär kleinräumig, als begrenzt wahrgenommen, sondern als eine Ausweitung der Fragestellungen und eine Erprobung neuer Methoden. Mit den Sozialwissenschaften waren viele generelle Fragestellungen an die Geschichtswissenschaft herangetragen worden, deren Beantwortung nicht mehr von Meinungen abhängig war, sondern nach Begründungen verlangte und Deutungen an Evidenzen maß. Hinzu kamen Herausforderungen durch die Ethnologie, durch die sich die traditionelle sachbezogene Volkskunde veränderte. Das alles weitete den Blick, drängte die politikgeschichtlichen Schwerpunkte zurück und leitete die Bedeutung der Geschichtswissenschaft zunehmend weniger aus nationalgeschichtlichen Bezügen ab, sondern rückte die konkreten Lebensbedingungen und -umstände in den Blick.

Wie schätzten Sie die aktuelle Bedeutung ein?

Jede Frage nach der aktuellen Bedeutung der Geschichte und der Geschichtswissenschaft enthält die Möglichkeit einer Falle. Denn in der Regel wird Bedeutung aus der unterstellten Nützlichkeit abgeleitet. Ich könnte nun sagen, dass die Regionalgeschichte für die Erforschung sozialer Entwicklungen wichtig sei. Das wäre gar nicht abwegig, wenn man an die Bedeutung einer sich in den Anfängen weitgehend selbstfinanzierenden Ziegeleiindustrie oder an genossen-

schaftliche Selbsthilfe denkt, an die ortgebundene Industrialisierung und die Nähe der über-regionalen Märkte.

Mir geht es bei der Begründung von Bedeutung regionalgeschichtlicher Ansätze vor allem um ein methodisches Prinzip. Es sagt sich ja leicht, Regionalgeschichte sei „in Grenzen unbegrenzt.“ Aber das verlangt eine klare, sich aus der Fragestellung und den quellenabhängigen Möglichkeiten ergebende methodische Klärung von Einfluss- und Bedingungsfaktoren von Veränderungen und Entwicklung. Hier erwies sich die Politikwissenschaft als ein sehr guter Zugang. Historiker haben Fragestellungen oft aus dem Vorhandensein der Quellen entwickelt. Politologen fragen als Sozialwissenschaftler nach den Bedingungen sozialer Differenzierung, nach den Umständen und Voraussetzungen von Nachhaltigkeit, schließlich nach der individuellen und gesellschaftlichen Anpassungsfähigkeit an den langfristigen Wandel.

Wichtig wurde neben Abendroth und Lepsius für mich die Entdeckung der Arbeiten des in Oerlinghausen wohnenden, vielleicht nach Max Weber bedeutendsten deutschen Sozialwissenschaftlers des vergangenen Jahrhunderts, Niklas Luhmann. Seine Theorie war ohne historische Phantasie nicht verständlich. Luhmann forderte immer auf, sich soziale und damit auch historische Komplexität bewusst zu machen, also die Vielfalt von Faktoren so weit wie möglich aufzugreifen, sie zugleich aber überlegt zu reduzieren.

Damit verbunden war ein neuer Zugang zur Regionalgeschichte. Sie lenkte den Blick auf Begründungen, gleichsam auf „historische Tests“, forderte den Historiker zum einen als Erkenntnis-, zum anderen als Entscheidungshistoriker, vor allem aber als Analytiker komplexer Wirkungszusammenhänge. Regionalgeschichte konkretisiert das allgemeine Schlagwort vom „sozialen Wandel“. Sie will Komplexität bewusst machen und zugleich zu deren Reduktion ermutigen. Es geht also nicht nur um Darstellung des Vergangenen, sondern um Erklärung einer auf die Gegenwart hinführenden Vergangenheit, um eine nicht primär präsentistische Deutung, sondern um eine sorgfältig abgewogene „diskutierte“ mögliche Erklärung.

Pragmatisch nützlich sind regionalgeschichtliche Kenntnisse gewiss bei Gebietsreformen, wenn man von gewachsenen Mentalitäten ausgeht. Dabei handelt es sich um eine retrospektive Sichtweise. Wie aber, wenn wir die Zielstellung ändern, also der Kenntnis von regionalen Entwicklungen eine Funktion bei der Lösung von Problemen zusprechen? Als Fremdenverkehrs- oder Museumsfachmann habe ich eine andere Vorstellung von Aktualität und Relevanz als jemand, der etwa Flurnamen erklärt. Mich hat Regionalgeschichte immer als methodische Herausforderung gefesselt: Wie lässt sich im Wandel der Zeit die Gestaltung von Lebensräumen, die Entstehung von Mentalitäten, der Wunsch nach Korrekturen, nach Wiedergutmachung, nach der Bedeutung von regionalem oder lokalem Geschichtsbewusstsein erforschen und vermitteln.

Sehen Sie eine besondere Rolle der „Bielefelder Schule“?

Einiges habe ich bereits angedeutet, zumindest, soweit es für mich persönlich wichtig war. Ich muss deshalb verallgemeinernd betonen, dass sich mit dem Begriff der „Bielefelder Schule“ sich

nicht nur ein Ansatz „kritischer Geschichtswissenschaft“ verbinden lässt, sondern auch eine Auseinandersetzung mit der politischen Geschichte als Methode. Methodisch ist die Öffnung für die Sozial- und Politikwissenschaften kennzeichnend, kennzeichnend ist die Orientierung auf die Entstehung dessen, was man moderne Welt nannte, die unmittelbare Vorgeschichte der Gegenwart. Politisch war die Orientierung an antiobrigkeitsstaatlichen Grundmustern im Sinne der liberalen, verfassungsstaatlichen Demokratie kennzeichnend.

Das erklärte den neuen Zugang zur Geschichte der Arbeiterbewegung, die von der parteipolitischen Fixierung auf Sozialdemokratie, KPD oder Gewerkschaftsbewegungen gelöst wurde und das „Arbeiterleben“ zum Thema machte. Dies bedeutete eine neue Grundlegung von Unternehmensgeschichte, eine neue Gesellschaftsanalyse, im Zuge der Demokratieggeschichte vergleichende Fragestellungen, die zugleich eine Entscheidung für eine Korrektur des Sonderwegs und eine spezifische Sensibilisierung für die politisierende Funktion von Geschichtsbildern beinhaltete. Mit den historischen Turns kamen neuen Perspektiven hinzu, die nicht nur gesellschaftliche Strukturen in den Blick nahmen, sondern auch politisch-psychologische Fragestellungen – bis hin zur Emotions-, Alltagsbewältigungs- und Bildungsgeschichte, sogar zur Biographieforschung gestatteten.

Problematisch ist die Verbindung des Ansatzes „kritischer Geschichtswissenschaft“ mit einem Ort, denn im Grunde wurden ähnliche Ansätze andernorts, vor allem in England und in den USA, aufgegriffen. Wissenschaftsgeschichtlich kontrovers blieb die Bestimmung des Verhältnisses von Gesellschafts- und Politikgeschichte. Ich selbst konnte die konfrontative Trennung, die sich in den achtziger Jahren in der Auseinandersetzung mit der „Politikgeschichte“ manifestierte, schon von meiner wissenschaftlichen Prägung als Historiker, Sozial- und Landeshistoriker und nicht zuletzt auch als Politikwissenschaftler nicht nachvollziehen, sah ich doch in dem Ansatz der „Bielefelder“ den entscheidenden Schritt zu einer Integration komplexer geschichtswissenschaftlicher Methoden. Die Kontroversen hatten einen belastenden geschichtspolitischen Hintergrund, spiegelten ein – inzwischen glücklicherweise weitgehend überwundenes – geschichtspolitisches Lagerdenken, das sich zum einen in der Proklamation einer „geistig-moralischen Wende“, zum anderen in der parteipolitischen Festlegung mancher Historiker manifestierte. Darüber wird heute ungern gesprochen, nach dem Motto von Gustav Radbruch: „Man mag es nicht vor keuschen Ohren nennen, was keusche Ohren nicht entbehren können“. Die Spaltungen waren eigentlich eines Faches unwürdig, das seine Sicherheit aus der Interventionsmacht der Quellen (Reinhart Koselleck und Thomas Nipperdey) bezog, das aus dem Anspruch, Abwägungs- und Diskussionswissenschaft zu sein, seine Rechtfertigung bezog, um der Ideologie von der Möglichkeit einer Monokausalität etwas entgegenzusetzen.

Die Wirkungen der „Bielefelder Schule“ sind wegen ihrer Nachhaltigkeit nicht zu unterschätzen. Nun ging es nicht mehr um Persönlichkeiten, sondern um Strukturen, um Entwicklungspfade, um Vergleiche. Das Singularitätsprinzip wurde durch eine komparatistische Perspektive erweitert. Das bot für die moderne Regionalgeschichte große Chancen, denn nicht mehr Ereignisse, große Taten stellten die Herausforderungen der Geschichtswissenschaft dar, sondern Lebens- und Alltagsbewältigung, Themenfelder wurden ausgeweitet, und das hatte Konsequenzen für die regionale Zeitgeschichte. Es ging nicht mehr um die „Machtergreifung“, die

sich in Berlin abspielte, sondern um Durchherrschaft von Gesellschaften, um „kleine Führer“ (Wolfgang Proske), um gesellschaftliche Voraussetzung von Herrschaft, Verfolgung, Unterdrückung.

„Sozialgeschichte“ wurde zur Geschichte in der Erweiterung (so Werner Conze), ihr Ziel wurde die „Unterfütterung“ und damit auch die Überprüfung, die Konkretisierung und Korrektur der großen Thesen. Eine langfristige Folge der Leistungsstärke dieses - in der Selbstbeschreibung der „Bielefelder“ – „kritisch“ genannten Ansatzes war die Öffnung für einen Methodenmix. Damit konnten vielschichtige Fragestellungen verfolgt werden, mit denen 1973 auf dem Braunschweiger Historikertag die Modernisierung der Geschichtswissenschaft vorangetrieben wurde. Einher ging dies im Zuge der Betonung der aufklärerischen Funktion von Geschichtsforschung – etwa durch Jürgen Kocka – mit einer – durchaus kritisch reflektierten Politisierung und einer Moralisierung, die aus der Verfolgungs- und Opfergeschichte abgeleitet wurde, die sich wiederum innerhalb weniger Jahre zur Täterforschung weitete. Mit der kulturwissenschaftlichen Fragestellung rückten dann Weltsicht und Weltverständnis, damit „Verführbarkeit“ (Helmuth Plessner) in den Blick.

Inwiefern kann Regionalgeschichte dazu beitragen, nationale oder globale historische Entwicklungen besser zu verstehen?

Diese Frage ist besonders wichtig, denn nationale, globale Entwicklungen lassen sich nicht nur verstehen, wenn man sie makrotheoretisch einordnet. Es geht um Menschen, um ihre Lebensverhältnisse, um Bildung, Entwicklung, Selbstermächtigung. Durch mein Verständnis der lippischen Landes-, Entwicklungs- und Industrialisierungsgeschichte fand ich einen sehr guten Zugang zur Entwicklungspolitik, zur Bedeutung von Interessenartikulation. Auch die zunächst linksliberal-fortschrittliche Prägung des frühen Parteiensystems half mir, Parteientwicklungen zu verstehen. Regionalgeschichte erleichtert ein Denken in Zusammenhängen, in Multikausalitäten, sie leidet sicherlich unter dem Vorurteil, „provinziell“ zu sein. Da fällt mir nur das Diktum von Uwe Dick aus der „Sauwaldprosa“ ein, der auf derartige Bemerkungen erwiderte: „Die Provinz ist im Kopf und dort am tiefsten, wo der Kopf am flachsten ist.“⁹ Vielleicht ist es vermessen, vielleicht sogar überheblich, aber ich bin sicher, dass regionalhistorische Zugänge das allgemeine Verständnis von Geschichte, von sozialem Wandel, von Konflikten und Interessengegensätzen, von Kompromissbildung stärken. Voraussetzung ist die Freude am Vergleich, an der Analyse von Funktionen, von Zusammenhängen der Wirkfaktoren und Kausalitäten.

Kommt Regionalgeschichte heute an den Universitäten zu kurz?

In der Lehre, denke ich, gewiss. In der historischen, vor allem der sozial- und wirtschaftshistorischen Forschung weniger. Das zeigen die hohen Standards der landeshistorischen Zeitschriften und Jahrbücher. Das studentische Interesse änderte sich mit den Abschlussarbeiten und weiterhin dann mit den anschließenden Forschungsarbeiten, die augenfällig oft regionalhistori-

⁹ UWE DICK, Sauwaldprosa, Göttingen 2022.

sche Bezüge aufwiesen. Das war nicht nur eine Folge der Überzeugung, dass die „Wahrheit“ aus den „Akten“ gehoben werden müsse oder ermittelt werden könne, also der Forderung, dass geschichtswissenschaftliche Forschung nur auf der Grundlage neuer Quellen möglich sei. Mit der Etablierung von Regionalgeschichte veränderte sich sogar der Blick auf die Quellen. Zeitungen galten lange als problematisch, als weniger vertrauenswürdig als Verwaltungsakten, bis man erkannte, welche Bedeutung die Presse für die Wahrnehmung und Deutung von Welt, Sinn, Politik hatte. Regionalhistorische Forschung ist in methodologischer Sicht sogar eine besonders gute methodische Schule der Historiker, stehen sie doch vor der Herausforderung eines Nebeneinanders von Mikro-, Meso- und Makrogeschichte.

Hat das Interesse von Studierenden an der Regionalgeschichte heute eher nachgelassen oder ist es gar gestiegen?

Diese Frage lässt sich mit Blick auf die zahlreichen Studien beantworten, die regionalhistorische Bezüge nutzen, um allgemeine Themen von Relevanz oder Attraktivität zu behandeln. Das wird deutlich bei einem Blick in die landeshistorischen Zeitschriften, etwa die *Westfälischen Forschungen*, die sich entschieden sozialwissenschaftlichen Fragestellungen öffneten, in die Schriftenreihen, die zunehmend sozial- und kulturgeschichtliche Themenfelder ausloten. Die Landesgeschichte, wie sie in Marburg vertreten wurde, griff entschieden Fragestellungen nach der Entstehung von Landesherrschaft, nach der Disziplinierung der Gesellschaft, nach den Wirkungen von Militarisierung und Bildung auf. Das waren Fragestellungen, die Historiker seit dem 19. Jahrhundert interessierten. Hinzu kamen im 20. Jahrhundert die wachsende Bereitschaft der Historiker, sozialtheoretische Fragestellungen aufzunehmen und mit dem Anspruch auf eine quellengesättigte, oftmals statistisch unterfütterte Evidenz zu verbinden. Ich halte deshalb Regionalgeschichte nach wie vor für einen methodischen „Königsweg“, weil der Wille zum Verständnis gesellschaftlicher Komplexität nicht mehr nur proklamiert, sondern konkret umgesetzt wird.

3 Lippe als Forschungsraum

Welche Besonderheiten sehen Sie im historischen Raum Lippe – sei es politisch, konfessionell, sozial oder kulturell? Was ist das Spannende an Lippe?

Natürlich findet jeder etwas anderes spannend. Mich hat, als ich mit der Untersuchung der Reichstagswahlen von 1903 begann, zunächst der Wahlkampf selbst interessiert, der wegen der Lokalpresse bis in einzelne Ortschaften hinein dokumentiert werden konnte. Das ermöglichte die Behandlung wahlpsychologischer Fragen der Wählermobilisierung. Dann kamen die Wahlstatistiken ans Licht, mit der üblichen Reaktion, die mein Doktorvater beflügelte: Derartige Wahlergebnisse sind selten und lohnen sich. Dann kam Abendroth mit der Frage nach strukturellen Voraussetzungen hinzu. Das bedeutete, in die einzelnen Orte und Wahlkreise zu geben. Aber es ging ja auch um Politik, gleichsam um die Frage nach der Überlagerung von Region und Nation, von der Nationalisierung der Region. Dazu boten Stein Rokkan, aber auch ameri-

kanische Wahlforscher Interpretationsmöglichkeiten. Es wuchs sich aus, ich verschätzte mich völlig im Hinblick auf den Forschungsaufwand und wurde dann von meinem Doktorvater ermuntert, die Untersuchung der Sozialstruktur in das Zentrum einer industrialisierungshistorischen Studie zu rücken.

Gleichzeitig ermunterte er, anschließend die „Nationalisierung der Region“ am lippischen Beispiel zu untersuchen. Das hielt ich angesichts der damaligen historischen Demokratieforschung für eine Fragestellung, die meine historischen und politologische Interessen verband. Ich denke, viele der lippischen Themen wären von allgemeiner Relevanz für die Wandlungsforschung. Kapitalbildung, Aufbau einer Verwaltung, Entstehung lokaler Parteiensysteme, die spezifische Politisierung der Öffentlichkeit, die Auswirkungen geschichtspolitischer Einflüsse von außen, die Veränderung des Regionalbewusstseins, Verwaltungsreformen, die Erforschung von Erinnerungsorten, die Industrialisierung und Deindustrialisierung, die aktuelle gleichsam zweite Industrialisierung, die Geschichte der Verbände und Kammern ... Es gäbe eine Fülle von zeitgeschichtlichen Themen, ganz zu schweigen von den kulturellen Institutionen.

Haben Sie das Gefühl, dass Lippe in der geschichtswissenschaftlichen Forschung angemessen berücksichtigt wird? Oder bleibt es eine „weiße Stelle“ auf der historischen Landkarte?

Gemessen an seiner Größe und Bevölkerungszahl ist Lippe landeshistorisch nicht unterbeleuchtet. Als Hans Kiewning die Biographie der Fürstin Pauline¹⁰ veröffentlicht hatte, stellte ein Rezensent eine Beziehung zwischen dem Umfang des Buches und der historischen Bedeutung her und meinte, der Verfasser hätte seinen Gegenstand zu ernst genommen. Verfassungsgeschichtlich bietet Lippe ein wunderbares Beispiel für politische Transformationen zwischen aufgeklärtem Absolutismus, Konstitutionalismus, Parlamentarisierung, Republikanisierung, Diktatur, erneuter Demokratisierung und Konstitutionalisierung. Ich spreche nicht *pro domo*, wenn ich betone, dass die Wahlkampfgeschichte und Wahlsoziologie Lippes außerordentlich interessant ist, weil die Datendichte, die Pressedichte und die soziostrukturelle Differenzierung die Kombination verschiedener Ansätze der Wahlforschung gestattet. So gesehen, habe ich mich immer noch nicht von dem Plan verabschiedet, die Wahlgeschichte Lippes im Kaiserreich zu vollenden. Beeindruckend ist die Erforschung der Weimarer Zeit und der Diktatur, eine Herausforderung stellt die justizielle Aufarbeitung der NS-Zeit dar.

Vieles in der lippischen Geschichtsschreibung dreht sich – auch aktuell – um die häufig gleichen Themen: Fürstenhaus, Fürstin Pauline, Heinrich Drake oder derzeit das Hermannsdenkmal ... Zeit für einen Schlusstrich?

Neben den Themen, die historisch einen hohen Gefühlswert haben, sollte die erkenntnis-kritische Rezeptionsforschung, durchaus bezogen auf die genannten Schwerpunkte, gefördert werden. Es gibt anregende und überzeugende Vorbilder und Anregungen, etwa in der kritischen Erforschung von Erinnerungsorten in der Nachfolge von Pierre Nora und Etienne

¹⁰ HANS KIEWNING, Fürstin Pauline zur Lippe 1769-1820, Detmold 1930.

Francois. Erinnerungsorte lassen sich zwar topografisch fixieren, zielen darüber hinaus aber auf Geschichtsbilder, die im Laufe der Zeiten entstanden, funktionalisiert und ideologisiert wurden. Eine wichtige Anregung gab vor 50 Jahren Thomas Nipperdey, als er im Zusammenhang seiner Untersuchung zum politischen Gehalt der Nationaldenkmäler seine Deutung des Hermannsdenkmals in die politische Symbol- und Emotionsforschung integrierte. Erinnerung zielt nicht nur auf Geschichte, sondern verfügt selbst über eine, die zum thematischen Gegenstand gehört. Einen guten Ansatz bot die Ausstellung über die Niederlage des Varus im Landesmuseum. Hier waren Tatsache, Rezeptionen, literarische Verarbeitungen und Emotionen gebündelt.

In der regionalen Zeitgeschichte ist es allerdings wesentlich schwieriger, selbst- und rezeptionskritisch die jüngere Vergangenheit in den Blick zu rücken. Denn Verfolgung, Widerstand, Repression haben mehrere Seiten, die Vaclav Havel in den Blick nahm, als er sagte, der Riss zwischen Täter und Opfer ginge mitten durch jeden Menschen hindurch. Also keinen Schlussstrich, sondern das Gegenteil: Öffnung für die zeitkritische Analyse als Voraussetzung einer selbstkritischen Reflexion auf die Herausforderungen von Beharrung und Wandel, von Inklusion und Exklusion, von Versagen und Bewährung, von Schuldeingeständnis und Versagensanalyse. Zeitgeschichte muss nicht nur kritisch gegenüber Vorurteilen und Selbstbestätigungen sein, sondern lädt selbstkritisch ein, das eigenen Denken und Fühlen, das höchstpersönliche Vorurteil zu bedenken. Zeitgeschichte macht keineswegs ein gutes Gewissen, sondern unterstützt die Selbstdistanzierung.

Gibt es lippische Themen, die nach Ihrer Meinung dringend erforscht gehören?

Es reicht nicht zu behaupten, der Tod sei ein Meister aus Detmold, wenn die Durchherrschaft und Nazifizierung der lippischen Gesellschaft, die Zwangsarbeit, die Geschichte der Kriegsgefangenschaft, der kriegsbedingten Verbrechen unerforscht bleiben. Die Geschichte der politischen und rassischen Verfolgung, der Deportationen, der Mitwirkung von lippischen Institutionen an rassenpolitischen Maßnahmen wie Sterilisierung und Überführung von Menschen in Tötungsanstalten ist von einzelnen Forschern angesprochen worden, aber eine Zeitgeschichte der fünfziger und sechziger Jahre steht ebenso aus wie die Geschichte seit den 70er Jahren mit dem beeindruckenden Durchbruch einer zweiten Industrialisierung. Hier haben die Mitarbeiter von „Rosenland“ nicht Herausforderndes, sondern auch inhaltlich Unverzichtbares und Weiterführendes geleistet. Ein wichtiges Thema bleibt die Geschichte der Integration nach 1945, die schwierige Beheimatung von Schutzsuchenden, wie sie Monika Plessner so eindrucksvoll geschildert hat. Dies könnte auch das Interesse an der Familiengeschichte – nicht als Herkunft- und Abstammungsgeschichte, sondern als Integrationsgeschichte – stärken. Unternehmensgeschichten wären ebenso lohnend wie Genossenschafts- oder Schulgeschichten. Lohnend wäre die Geschichte der Museen, nicht als Sammlungsgeschichte, sondern als Zugang zur Global- und Kolonialgeschichte. Faszinierend wäre auch eine lippische Militärgeschichte, denn was bedeutete es, wenn gesungen wurde: „Darinnen *ein* Soldat ...“? Unübersehbar ist der Einfluss, der von der Bielefelder Schule auf die neuere Geschichtsschreibung ausging. Es wäre reizvoll, diese Einflüsse einmal biographisch und thematisch zu ermitteln und zugleich herauszuarbeiten, weshalb ähnlich Einflüsse nicht von anderen Neugründungen in der Umgebung aus-

gingen. Und nicht zuletzt: Es mag deshalb als Ausdruck meiner lokalhistorisch in Jahrzehnten bewahrten Anhänglichkeit an meine Herkunftsregion gelten, wenn ich in der Kirchengeschichte, in der Sozial- und Bildungsgeschichte, auch in der Vereins- und Parteigeschichte noch viele Herausforderungen sehe.

4 Regionalgeschichte und politische Bildung

Sie haben lange die Gedenkstätte Deutscher Widerstand geleitet. Welche Rolle kann Regionalgeschichte in der historisch-politischen Bildung spielen – besonders im Hinblick auf Demokratie- und Erinnerungsarbeit?

Ich bin überzeugt, dass Geschichte das Rückgrat politischer Bildung ist. Denn die historische Perspektive sichert, dass Politische Bildung auf mehr als nur auf Institutionenverständnis zielt. Im Kern geht es um Formen und Regeln eines Zusammenlebens in einem Gemeinwesen, im Miteinander, im Interessenausgleich, in der Artikulation von Interessen, aber auch um deren Begrenzung. Politische Bildung unterstützt Zivilität, denn ihr geht es um die Reflexion des Spannungsverhältnisses zwischen Individuum und Staat, Kultur und Wirtschaft, Gesellschaft und Vielfalt, um Zivilität und individuelle Entfaltung bei Anerkennung von Zwängen, Erwartungen, Freiheiten, um Legitimation und Verpflichtung. Wo manifestiert sich unmittelbares Zusammenleben deutlicher als in den unmittelbaren Kontakten der Menschen im Nahraum? Es also um die Einsicht in die Grenzen von Staat und Gesellschaft, von Zwang und Konventionen, aber auch um Kompromisse durch Anerkennung von Vielfalt. Daran hat es im NS-Staat gefehlt und fehlt es in anderen diktatorischen Systemen, auf dieses Defizit reagiert der Grundrechtskatalog des Grundgesetzes. Durch Zeitgeschichte lassen sich die Folgen verweigerter Grundrechte deutlich machen. Und wenn wir – wie es etwa in der Erinnerung an Felix Fechenbach, an Karla Raveh, an Wilhelm Mellies, an die Behandlung sowjetischer Kriegsgefangener, an Lynch-Verbrechen, an Deportationen – die Brüchigkeit der Zivilisation deutlich machen, laden wir uns konkret zur kritischen Selbstreflexion unseres Verhaltens, Empfindens, Denkens ein. Denn wenn Bonhoeffer Recht hat, dass nicht, was wir im anderen verachten, uns selbst ganz fremd ist, dann ist jede kritische Untersuchung menschlichen Verhaltens im Nahraum eine Einladung, über sich selbst nachzudenken. Es waren Menschen, die die Rechte anderer verletzten. Menschen sind wir auch. So hilft es nicht, wie die von mir verehrte Margot Friedländer zu sagen: „Bleibe Mensch“, sondern sich einzugestehen: Auch ich habe Möglichkeiten der Verletzung und Benachteiligung, der Verächtlichmachung anderer in mir. Weil ich Mensch bin, bedarf ich immer wieder des Hinweises auf unausweichlich gefährdete Zivilität.

Für mich spielte in diesem Zusammenhang die Erforschung regionaler Widerstandsgeschichte eine besondere Rolle. Denn es geht um die Grenzen des Staates und seiner Ansprüche, um die Respektierung von Pluralität, von Anerkennung der Minderheiten, um die Begrenzung von staatlicher Gewalt, um die Disziplinierung von Verwaltung und Bürokratie. Regionalgeschichte und Lokalgeschichte untersucht den Nahraum. Das bedeutet, dass Nachbarschaft, Haus- und Dorfgemeinschaft, Schulgeschichte eine ganz spezifische Form von Sozialität in den Blick nehmen, allerdings – und dies zeigt die regionale Zeitgeschichte – nicht nur im Sinne des Mit-

einanders, des gegenseitigen Eintretens, sondern auch der Verletzung von Mitmenschlichkeit im Nahraum – durch Denunziation, durch Begehrlichkeit, durch Anpassung an Machthaber, Vorgesetzte, Obrigkeiten, nicht zuletzt durch Einfügung in Konventionen, die nicht hinterfragt und problematisiert werden. Nähe kann Schutz bieten, aber auch wehrlos machen, ausliefern.

Gibt es aus Ihrer Sicht gelungene Beispiele, wie regionale Erinnerungskultur heute ausgestaltet wird – gerade auch mit Blick auf den Nationalsozialismus?

Heute lebe ich in Berlin und werde eigentlich immer wieder auf zeitgeschichtliche Ereignisse hingewiesen, sei es durch Stolpersteine, durch Gedenktafeln, durch die im Internet verfügbaren Seiten zur Berliner Geschichte. Berliner Erinnerung geht in den Stadtraum, mit Ereignissen. Natürlich gibt es auch die offiziellen Gedenktage, die allerdings zunehmend unter einer Ritualisierung und damit auch Entleerung leiden. Kritische Berliner haben Denkmäler als „Kranzabwurfstellen“ bezeichnet. Das kann es also nicht sein. Lokale und regionale Zeitgeschichte muss nicht nur raumbezogen erschlossen werden, sondern mit Lebenswelten verbunden werden.

Was würden Sie jüngeren Regionalforscherinnen und -forschern mit auf den Weg geben, wenn es um den Umgang mit schwierigen oder belasteten historischen Themen geht?

Diese Frage hat mich nicht nur besonders beschäftigt, auch im Hinblick auf eigene Erfahrungen, sondern auch belastet. Regionale Zeitgeschichte berührt auf eine besondere Weise den sozialen Nahraum. Es geht nicht nur um historische Fakten, sondern um Personen, immer auch um Lebensbedingungen, die historisch belastet sind. Es kann um Politiker gehen, um Pastoren, um Vereine, die nach 1945 verdrängten, sich rechtfertigten, das Vergangene beschweigen konnten und durch zeithistorische Forschung mit ganz neuen Fragen oder eben auch belastenden, Auskunft und Erklärung verlangenden Erkenntnissen konfrontiert werden. Es kommt dann nicht nur zu neuen Erkenntnissen, sondern vor allem zu widersprüchlichen, nicht selten abwiegelnden oder verzerrenden Erklärungen und Rechtfertigungen des Fehlverhaltens. Vergangenheit wird gedeutet, gewiss, aber eben nicht nur, sie ist nicht das Ergebnis einer gesellschaftlichen Aushandlung, sondern ebenso das Resultat geschichtswissenschaftlicher Forschung. Die kann Widerspruch hervorrufen und sich bis zur Abwertung von gut belegten, dicht erforschten Befunden steigern. Das muss der Regionalforscher, der sich der „brennenden und qualmenden“ Geschichte zuwendet, aushalten. Also was wäre zu empfehlen: Ganz sicher gehen, dass das historische Arbeits- und Forschungs-Ergebnis Folge des erkenntnistheoretischen Prozesses der Falsifizierung im Sinne Karl Poppers ist.

Evidenz ist mehr als nur Augenschein, sondern historisch das Ergebnis von Relationierungen, von Revidierungen, Kontextualisierungen, nicht zuletzt von einem sorgfältigen Abwägen und Bedenken von Zeithorizonten, als von Erfahrungen und Erwartungen der Altvorderen und der eigenen. Das bedeutet, nicht nur nach Bestätigung der eigenen Positionen und Vermutungen, Deutungen und Erklärungen zu suchen, sondern sich ernsthaft der Gegenfrage zu stellen: Was

spricht eigentlich gegen meine Position? Wenn dann das Forschungsergebnis standhält, dann gilt es, Positionen zu begründen, zu wahren, gegen Angriffe zu verteidigen, also „Kurs zu halten“. Das ist nicht immer leicht und auch keineswegs selbstverständlich. Man steht Kontroversen, Gegeneinwände, Infragestellungen durch, wenn die Forschung nicht außergeleitet, also auf Resonanz und Beifall, auf Zustimmung zielt, sondern sich der Forschung selbst, der Erkenntnisgewinnung im Sinne historischer und kritischer Aufklärung verpflichtet fühlt. Regionale Zeitgeschichte zielt eben nicht, wie die alte dynastisch geprägte Landesgeschichte, auf eine Identifikation, sondern auf eine kritische Auseinandersetzung mit der Vorgeschichte der Gegenwart.

5 Ein Blick auf *Rosenland*

Sie kennen *Rosenland* seit vielen Jahren. Wie haben Sie die Entwicklung der Zeitschrift wahrgenommen?

Zu meinen ersten Herausforderungen als Geschichtsstudent gehörte im Seminar von Walter Schlesinger die Zusammenstellung einer Bibliografie zur sächsischen Geschichte im Mittelalter. Im Lesesaal der Landesbibliothek hatte ich einmal die Lippische Bibliografie von Hansen in der Hand gehabt. Also, schloss ich, kommt es nicht auf die Handbücher, sondern auf die versteckten Artikel in spezielleren Zeitschriften zur Ortsgeschichte an. Online-Zeitschriften gab es damals noch nicht. Dass es wichtig war, diese Ebene zu erfassen, hatten mir die *Lippischen Mitteilungen* gezeigt, die ich etwa mit Studienbeginn abonnierte und mit einer rückdatierten Mitgliedschaft im Verein auf das Jahr 1949 komplettierte. Im Laufe der Zeit verschoben sich zwar meine Schwerpunkte, aber als ich *Rosenland* dann in die Hände bekam, hatte ich das Gefühl, dass sich hier etwas vorbereitete, was man als regionale Zeitgeschichte immer wieder einmal gefordert hatte und was sich vereinzelt in einzelnen landeshistorischen Zeitschriften niederschlug. Die nordrhein-westfälischen Zeitschriften und auch die *Westfälischen Forschungen* sparten den lippischen Raum weitgehend aus. Also nahm ich *Rosenland* als den Versuch einer Selbstermächtigung von an der Geschichte des Fürstentums, des Landes und der lippischen Nachkriegsgeschichte engagierten Forschern vor Ort wahr und habe inzwischen alle Ausgaben abgespeichert. Es war von den Initiatoren einfach eine entschlossene und mutige Entscheidung gewesen, mit einer non-print-Publikation der nicht besonders stark entwickelten lippischen Zeitgeschichtsforschung einen Push zu geben. Die Resonanz blieb, wie ich an mir beobachtete, zunächst beschränkt. Das hätte sich leicht ändern können, wenn etwa in den *Lippischen Mitteilungen* landeskundliche Beiträge ermittelt worden wären, wie es früher die Ergänzung der Lippischen Bibliografie von Fleischhack bot.

Inzwischen liegt eine einzige in begrenzter Anzahl ausgedruckte Ausgabe vor. Ich freute mich, als mir eine Rezension dieser Festschrift Ruppert für die *Lippischen Mitteilungen* angeboten wurde. Dabei ging es mir nicht um die Präsentation des Inhaltsverzeichnisses. Sondern ich wollte über das Zeichen der Ehrung für einen der Initiatoren von *Rosenland* betonen, wie anregend und unverzichtbar für jeden landes- und zeithistorisch Interessierten und welche allgemeinen historischen Probleme sich in den publizierten Mikrostudien verbargen. Zu rezensie-

ren heißt, sorgfältig zu lesen, einzuschätzen, was substanziell vorliegt. Noch einmal ging ich die früheren Ausgaben durch. Ich bin überzeugt, dass mit *Rosenland* eine Landesgeschichte Lippes im 19. und 20. Jahrhundert institutionell abgesichert ist. Gut finde ich die Ergänzung von *Rosenland* und *Lippischen Mitteilungen*, und ich beziehe gern *Heimatland Lippe* ein – nicht aus Nostalgie, sondern weil sie für mich einen Verbund darstellen, der den lippischen Kosmos, der gleichsam im westfälischen Umfeld auszufransen (zumindest, wenn man die Berichterstattung etwa der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* verfolgt) oder aufgesaugt zu werden droht.

Regionalgeschichte hat in meinen Augen einen fast experimentellen Charakter. Denn örtliche Eingrenzung erleichtert die Isolation von Wirkungs- und Einflussfaktoren, erlaubt, Spezifika zu akzentuieren. Entscheidend sind dabei die eingrenzenden und präzisierenden Wirkungen von Kausalfaktoren und -beziehungen.

Welche Rolle spielt eine regionalgeschichtliche Zeitschrift wie *Rosenland* in der heutigen Wissenschafts- und Medienlandschaft?

Als ich *Rosenland* regelmäßig verfolgte, eigentlich auf jede Neuausgabe wartete, bedeutete dies eine Erweiterung der lippischen Geschichte, wie sie sich in den *Lippischen Mitteilungen* niederschlug. Das sage ich nicht abschätzig und nicht kritisch. Aber *Rosenland* füllte durch zeitgeschichtliche, erinnerungshistorische, aktuelle Fragestellungen eine Lücke der älteren lippischen Landesgeschichte. Regionale Zeitgeschichte regierte andererseits auf Trends, die Landesgeschichte nutzten, um die Mentalität der Bewohner in den nach 1945 von den Siegermächten geschaffenen „neuen Ländern“ zu prägen. Die moderne Regionalgeschichte wurde weniger durch landespolitische als durch kultur-, sozial- und wirtschaftshistorische Fragestellungen geprägt. Wer sich an der Wirtschafts- und Sozialgeschichte und an den Fragen der kritischen Gesellschaftsgeschichte orientierte, war auf der Suche nach Fallstudien. Diese Frage bewegt mich als landeshistorisch interessierter Historiker, der schon als Student regelmäßig die Literaturverzeichnisse der *Blätter für deutsche Landesgeschichte* und die in der DDR begründeten *Jahrbücher für Regionalgeschichte* verfolgte, immer auf der Suche nach Artikeln zur Landesgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts.

Regionalgeschichte gewinnt ihre allgemeine Relevanz aus dem Vergleich, der wiederum eine Voraussetzung für eine Modellbildung ist. Ich war eigentlich immer auf der Suche nach Fragestellungen, die eine Verallgemeinerung ermöglichten. So interessierten mich die lippischen Wahlkämpfe vor dem Hintergrund der nationalen Wahlkämpfe und Wahlergebnisse, von dieser Ebene aus arbeitete ich mich dann in die Wahlstudien einzelner Regionen, Länder und Städte vor, um herauszubekommen, wie sich die Verzahnung von Staat und Gesellschaft im Medium der Wahlen, der Parteien und der Gesinnungspresse realisierte.

Lippe erwies sich als ein unerwartet gutes Beispiel: Abgrenzbar von der Umgebung, dem katholischen Paderborn, dem pietistisch geprägten Bielefelder Raum, dem zu Wahlkreis Waldeck gehören Pymont, den Braunschweiger Wahlkreisen. Regionalgeschichte stimuliert die Hoffnung, exemplarische Mikroanalysen zu entwickeln, die zu vergleichenden Frage-

stellungen anregen. Die spezifischen Startbedingungen der Ziegelproduktion begriff ich erst richtig bei einem Besuch in Bolivien, als ich dort sah, dass Ziegelherstellung zunächst relativ wenig Kapital benötigt, dann die Produktionsfaktoren wie die Brennöfen fast „aus sich heraus“ schaffen kann. Das bestätigte sich dann noch einmal in Vietnam, als ich die dortige Ziegelproduktion kennenlernte. Irgendwie kam mir Robert Frost's Diktum in den Sinn: „You can't be universal without being provincial“. Es geht nicht vorrangig um die Feststellung, die eben viele regionalhistorische Studien ihrer Ausdruckskraft einschränkt: „Bei uns war das so“, sondern bestimmend muss die Frage sein: „Wie ist es woanders?“ Dann nähern wir uns der Bedeutung des Lokalbefunds für die allgemeine Geschichtswissenschaft, die ich mir eben nur vorstellen kann, wenn es gelingt regionalhistorische Bezüge zu vermitteln, also anzuregen, um über den engeren Horizont hinaus zu blicken.

Ich kann mir vorstellen, dass eine virtuelle Zeitschrift wie *Rosenland* mehrmals im Jahr erscheinen zu lassen, große Herausforderungen an die Herausgeber und die Beiträger stellt, nicht nur zeitlich und finanziell, sondern auch gedanklich. Der lippische Resonanzboden müsste eigentlich durch die vielen kulturellen Institutionen und die hohe Mitgliederschaft landeshistorischer Vereine optimal sein. Ich sehe in *Rosenland* nicht nur eine wichtige Ergänzung zu den *Lippischen Mitteilungen*, sondern das gelungene Beispiel für die Möglichkeiten regionaler und lokaler Zeitgeschichte, also einer bisweilen im Zuge der Ländergeschichten der Nachkriegszeit formulierte Anregung, „regionale Zeitgeschichte“ zu betreiben.

Gibt es Beiträge oder Themenschwerpunkte, die Sie besonders beeindruckt oder inspiriert haben?

Ich freue mich über die zeitgeschichtliche Fundierung der Zeitgeschichte. Der Beginn war nicht leicht, denn nicht selbstverständlich. Ich erinnere mich an die fast als Manuskript publizierten Erinnerung von Karla Raveh. Ich erinnere mich, wie ich erstmals mit der Geschichte der politischen Verfolgung konfrontiert wurde, zuerst in meinem Lagenser SPD-Ortsverein, dem ich 1965 unter dem Eindruck des damaligen Wahlkampfes und der Rede (und dem anschließenden Orgelspiel) von Helmut Schmidt beitrug, als mir der damalige Vereinsvorsitzende erzählte, wie er durch das Landratsamt geprügelt wurde. In diesem Zusammenhang auch eine kleine prägende landeshistorische Episode. Mein Heidenoldendorfer Großvater Heinrich Pläß wies einmal auf ein Haus mit den Worten: „Dort wohnt ein ganz anständiger Kerl“. Erst bei der Gedächtnisfeier für Wilhelm Mellies, die Herbert Wehner und den damaligen Schatzmeister der SPD Alfred Nau an das Grab von Mellies¹¹ führte, den Kurt Schumacher den letzten Moralisten der Schule Kants genannt hatte, verband ich die Bemerkung meines Großvaters mit neuem Sinn. Ich bin durch einen Artikel in *Rosenland* noch einmal auf die Problematik der Nachkriegs-Justiz verwiesen worden. Durch die Beiträge in „*Rosenland*“ stellten sich übersehene regionale Beziehungen zur Umgebung – sei es Bielefeld, Paderborn, Münster – ein. Wie oft habe ich in Bielefeld nicht an die Deportationen gedacht, die vom dortigen Bahnhof aus viele lippische Landleute in den Tod schickten. Inspirierend ist Landesgeschichte, weil sie Beziehungen zwischen Men-

¹¹ Auf dem Friedhof des Detmolder Ortsteils Pivitsheide V. L., seit 2013 Ehrengrab.

schen, weil sie die Auswirkungen von Entscheidungen und Zwängen erschließt, einen weiten Blick auf die Pluralität von Erinnerungen öffnet.

6 Ausblick

Welche Impulse sollte die Regionalgeschichte in den nächsten Jahren setzen? Was könnte sie in Zeiten gesellschaftlicher Polarisierung leisten?

Impulse reagieren auf gegenwärtige Herausforderungen und Entwicklungen. In Lippe konnten, wenngleich nicht überall, wichtige Impulse einer neuen mittelständisch getragenen zweiten Industrialisierung gesetzt werden. Die Erforschung der Hintergründe von Gebiets- und Verwaltungsreformen wären auf der Mikroebene ein lohnendes Thema, um die Beteiligung von Gruppen, örtlichen Interessenten an Reformvorhaben zu zeigen. Die Schulgeschichte hat die Expansion der letzten Jahrzehnte nicht aufgearbeitet. Sozialgeschichtlich wäre die Frage der Integration ein interessantes Oral-History-Projekt. Auch die Politisierung der lippischen Öffentlichkeit seit den 60er Jahren wäre eine Herausforderung.

Verraten Sie uns, an welchen Projekten, Forschungsvorhaben oder Publikationen Sie derzeit arbeiten?

Es ist irgendwie merkwürdig, aber mich fesselt nach wie vor die Demokratisierungs- und Wahlgeschichte. Immer wieder kehre ich methodisch zu diesem Überschneidungsbereich von Geschichts-, Politik- und Sozialwissenschaft zurück. Augenblicklich beschäftigt mich die frühe Weimarer Kultur- und Pressegeschichte.

In der Widerstandsgeschichte versuche ich, eine Art Doppelbiografie von Dietrich Bonhoeffer und Alfred Delp zu schreiben. Dabei geht es nicht um biographische Forschung, sondern mich beschäftigt – auch angesichts unserer öffentlichen Diskussionen über Flucht, Asyl, Exil – die Frage, wie Bonhoeffer und Delp die Veränderungen ihrer Zeit, insbesondere seit der Konsolidierung der NS-Diktatur, der Radikalisierung und der Kriegsführung gegen die eigene Bevölkerung wahrgenommen und verarbeitet haben. Hinsehen, wahrnehmen, reagieren – das bleibt ein Thema der politischen Selbstermächtigung.

Ich gehe inzwischen auf das 80. Lebensjahr zu und bin natürlich dankbar, dass ich mich weiterhin für die Gedenkstätte Deutscher Widerstand einsetzen kann, auch als Mitherausgeber der *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* (ZfG), als Rezensent etwa der *Lippischen Mitteilungen* sowie als Mitherausgeber der *Neuen Politischen Literatur* (NPL) und der Rezensionszeitschrift *Das historisch-politische Buch* (HPB) „am Ball bleiben“ kann. Denn mein geschichtliches Interesse hat sich mit dem Ruhestand so wenig erledigt wie historische Neugier und Lesefreude. Die historischen Turns, die sich auch mit wirklich den Blick erweiternden Beiträgen in *Rosenland* zeigen, machen weiterhin neugierig auf die lippische Geschichte als Exempel. Besonders dankbar bin ich für die Studien über die Verfolgung der Juden, die Geschichte der NS-Zeit – sie bieten

Herausforderungen angesichts der ungelösten und schmerzhaften, irritierenden Ereignisse der Gegenwart.

Wenn Sie ein junges Forschungsteam für ein neues *Rosenland*-Heft gewinnen könnten – welches Thema oder welchen Schwerpunkt würden Sie vorschlagen?

Die lippische Regionalgeschichte des 19. und vor allem des 20. Jahrhunderts hat viele Kontroversen aufgegriffen. Ich denke etwa an die Vortragsreihen zur Revolution von 1918, die den Blick auf die Weimarer Republik lenkten und eben nicht nur führende Persönlichkeiten, sondern „Bewegungen“ ausleuchteten. Mit *Rosenland* steht eine beeindruckende und überzeugende, anregende, nachdenklich machende digitale Zeitschrift zur Verfügung. Die Studien zur Weimarer Republik, zur NS-Zeit und zur Nachkriegszeit sind ein Beweis für die Fruchtbarkeit und die Notwendigkeit regionaler und lokaler Zeitgeschichte, die sich auf neue Fragestellungen einlässt und auch historische Kontroversen nicht scheut. Ich finde viele kritische Beiträge zur lippischen Zeitgeschichte. Ich fände Artikel über lippische Politiker der Weimarer Republik, über die „Führer“ in den Orten, über die Veränderung des lokalen Klimas nach 1945 und über die Entwicklungen in der Nachkriegszeit ebenso wichtig wie durch Oral-History erzeugte Berichte über die Entstehung des lippischen Melting Pot nach 1945. Sehr anregend fand ich die Erinnerungen von Monika Plessner, die die Neuanfänge des lippischen Volkshochschulwesens mit der lippischen bzw. Lemgoer Alltagsgeschichte verbinden. Ich habe selbst einmal sehr gute Erfahrungen mit Volkshochschulkursen in Neukölln gemacht, um Licht in die unmittelbare Geschichte der „lebenden Generationen“ durch sich gegenseitig erzählte Lebensgeschichte zu pluralisieren.

Wäre ich in Lippe noch fester verankert, ich würde ungemein gern an Redaktionssitzungen von *Rosenland* teilnehmen. Vor allem aber wäre es wünschenswert, *Rosenland* als Anregung für lokalgeschichtliche Interessentenkreise zu nehmen, die es in Lippe nach wie vor gibt. Wenn es gelänge, die jeweiligen Ausgaben nicht nur vorzustellen, sondern im Sinne fortschreitender Forschungen und herausfordernder Themen zu diskutieren, gäbe es einen landeskundlichen und geschichtspolitischen Rückkopplungsprozess. Vielleicht sollte es möglich sein, in Absprache mit Archiv, Landesbibliothek, Landesmuseum, auch Gymnasien und Hochschulen und Volkshochschulen als wechselnden Orte Themen zu diskutieren, um immer stärker auch die Gegenwart zu historisieren. Ich bin bei einer Durchsicht der erschienenen Ausgaben nicht nur beeindruckt, sondern auch überzeugt, dass viele der Beiträge anregend sind und anstoßen, was Zeithistoriker dann als Überlieferung von Zeitzeugen für ähnliche Fragestellungen nutzbar machen können.

Rezensionen

Karl Banghard, *Die wahre Geschichte der Germanen*, Ullstein Buchverlage, Berlin 2025, 270 Seiten, zahlr. Abb. – 22 €.

„Die wahre Geschichte der Germanen“, ein wahrhaftig großer Titel für ein Buch des Autors Karl Banghard, Leiter des Archäologischen Freilichtmuseums Oerlinghausen, jemand der sich zuvor durch seine dezidierte Haltung gegen die Vereinnahmung archäologischer Fundstellen und Funde als „germanisch durch die extreme Rechte“ gezeigt hat. Karl Banghard ist einer der wenigen, der zu dieser Thematik überhaupt forscht und schon mehrfach auch auf die Verantwortung der Fachwissenschaftler*innen aufmerksam gemacht hat. Dieses neue Buch zu den „Germanen“ fand und findet sehr große Aufmerksamkeit in den Feuilletons der Medien: ein Interview des Journalisten Guido Kleinhubbert mit Banghard in *Der Spiegel* 19/2025, eine Rezension von Christoph Arens in der *Jüdischen Allgemeinen*, von Ronald Düker in der ZEIT und erlebt momentan (Juli 2025) gerade die vierte Auflage, für eine Monografie eines Wissenschaftler mehr als ein Bestseller.

Banghard versucht nicht über Material- und Quelleninterpretationen ein bestimmtes Germanenbild zu vermitteln, sondern bietet eine stark an neuen archäologischen Quellen orientierte leger – fast schon flapsig - formulierte Darstellung. In einem wissenschaftlichen Buch würden solche Erklärungsansätze kritische Nachfragen erzeugen. Die Archäologie und andere historische Wissenschaften wissen, dass die Völkerschaften rechts des Rheins weitaus differenzierter waren, als es deren Etikettierung als „Germanen“ erscheinen lässt. Wahrscheinlich hätten die meisten so genannten Germanen verständnislos auf die Frage reagiert, ob sie denn „Germanen“ seien. Ein allgemeines germanisches Selbstbewusstsein ist nicht belegt, weil es in dieser Form nicht existiert hat. „Germanen“ waren im Altertum im Wesentlichen eine römische Projektion.

In 15 Kapiteln streift Banghard durch überwiegend neuere archäologische Quellen bzw. Fundstellen zum Thema. *Die Germanen ein „Roadmovie“* bildet die Einleitung in das problematische Thema und hier erläutert er warum er „die zurzeit beliebten verschämten Gänsefüßchen am Wort „Germanen““ nicht nutzt. Banghard vertritt hier zu Recht die Meinung, dass sich mit den Anführungszeichen keine „ungelösten, riesigen Forschungsprobleme“ auflösen könnten. Und diese Probleme sind zum Teil daraus entstanden, dass „das Mainstream-Germanenbild (...) über Generationen hinweg bemerkenswert unverändert weitergereicht“ wurde (S. 8). Und er macht zu Recht darauf aufmerksam, dass die von ihm erzählte Germanengeschichte, für die er europäische Fundstellen aus der Zeit zwischen 60 v. Chr. und 400 n. Chr. anführt, „auch (...) bestimmt nicht wahr“ (S. 11) ist, sondern, und dieser Aspekt wird gerade für die Germanen oft außer Acht gelassen, sie sind wissenschaftliche Interpretationen und manchmal vereinfachende Klischees der Forschung, die aber undifferenziert von den Medien aufgegriffen werden.

Mit verschiedenen Fundstellen, die die Obertitel der einzelnen Kapitel bilden, und dann jeweils spitzfindigen Haupttiteln führt Banghard die Leser und Leserinnen durch die Zeit und über weite Teile Europas. Aber auch wenn die Fundstellen genannt sind verbirgt sich dahinter keine

exakte wissenschaftliche Beschreibung, sondern es verstecken sich darin zahlreiche gut zu lesende Einblicke auch in die benachbarten Disziplinen, z. B. zu den Quellen der alten Geschichte oder der Sprachwissenschaften. So zeigen sich unter dem Kapitel „Varusgate“, eine Anspielung auf den politischen Skandal in den USA, der 1973 zum Rücktritt des Präsidenten Richard Nixon führte, eine zusammenfassende Beschreibung der Germanenkriege, deren Hauptpersonen und zudem kleine pointierte Seitenstiche gegen das Regionalmarketing der archäologischen Fundstelle Kalkriese. Auch ausgewiesene archäologische Fachleute werden in der fundierten Publikation noch zahlreiche Hinweise zum Alltagsleben der Germanen und zu ihren allzu vertrauten Germanenbildern finden, zumal zu den Fundstellen auch die wichtigste Literatur im Anhang angeführt ist. Sie werden dann hoffentlich einmal ihre Interpretationen überdenken und vielleicht angeregt durch die zahlreichen von Banghard skizzierten Darstellungen ihre Ausgrabungsergebnisse auf diese hin interpretieren. Allein diese Aussage verdeutlicht den wissenschaftlichen Wert, den dieses Buch zusätzlich hat.

Und vermutlich wird sich auch die politische Rechte über zahlreiche Aussagen und Bilder Banghards ärgern. Diese verwendet ausgehend von der falschen Gleichung „germanisch = deutsch“ – immer auch gern von Personen der AFD, erinnert sei hier nur an den Politiker Maximilian Krah, der einen Führungsanspruch Deutschlands damit begründet hat, dass das „deutsche, das germanische Element [...] politisch wirkmächtig sei“¹ – mit dem veränderten Germanenbild nicht mehr die erdverbundenen und an der Scholle klebenden und dadurch sehr immobilen Germanen. Deshalb ist dieses Buch auch gesellschaftspolitisch wichtig und es sind ihm weitere Auflagen und sehr viele interessierte Leserinnen und Leser zu wünschen. Und an den Autor geht der Dank, dass er mit einer locker geschriebenen Publikation den zu vertrauten Germanenbildern deutlich andere unkonventionelle und innovative Übermalungen entgegensetzt.

Uta Halle

Katharina Günther, Dorothea Krätzschar-Hamann, Jürgen Scheffler u. Franziska Voges (Hg.), Vom Kriegsende in ein neues Leben (1945-1951). Aus den Erinnerungen von Monika Plessner. Verlag für Regionalgeschichte, Bielefeld 2024. 152 S., Abb. – 19,90 €.

In Monika Plessners 1988 im Alter von 75 Jahren geschriebenen, an nicht erhaltenen Tagebucheinträgen orientierten Aufzeichnungen erscheinen die Jahre in Lemgo als „Zwischenspiel“. Anlässlich des 75jährigen Bestehens der Lemgoer Volkshochschule (VHS) hat Jürgen Scheffler, der sich auch schon früher zu Monika Plessner geäußert hatte,² diesen Abschnitt ediert, unterstützt und begleitet von den Töchtern Katharina und Dorothea und der Enkelin Franziska der Autorin.

Tatsächlich war Lemgo mehr als ein Zwischenspiel: Ihr erster Mann, der Maler und Kunsthistoriker Hans Tintelnot, stammte aus Lemgo, und Helmuth Plessner, ihr zweiter Mann, hatte

¹ Zit. nach MASCHA MALBURG: [Wie denkt der AfD-Mann, der die EU zerstören will?](https://www.stern.de/1.8.2023/wie-denkt-der-afd-mann-der-die-eu-zerstoeren-will?from=hp) www.stern.de (1. August 2023).

² JÜRGEN SCHEFFLER, Erwachsenenbildung in Lippe nach 1945: Monika Tintelnot, die Volkshochschule in Lemgo und das Lippische Volksbildungswerk, in: ROSENLAND 23/2019, 52-58.

seit der Kindheit schöne Erinnerungen an diese Stadt. Hier war die Autorin gezwungen, ihre großen Anlagen in praktische Tätigkeit umzusetzen, ihre Abhängigkeit von knausriger Verwandtschaft in Selbstständigkeit umzuwandeln und zuletzt etwas ganz Eigenes und Dauerhaftes zu schaffen – 75 Jahre VHS zeugen davon!

Die Autorin war mit ihrem Mann und den Töchtern im Januar 1945 aus Breslau nach Lemgo gekommen. Sie waren Flüchtlinge, aber privilegiert, denn der Schwiegervater, der Kaufmann Wilhelm Tintelnot, besaß eine Villa am Slavertor und ein Geschäftshaus in der Mittelstraße. Es wurde eng, als englische Offiziere die Villa beschlagnahmten und danach der Schwiegervater mit der Familie des Sohnes in der Mittelstraße zusammenlebte. Reibungslos war es nie.

Monika Tintelnot, die mit ihrer in den Kriegsjahren erstellten Dissertation 1946 in Göttingen promoviert wurde, war in Lemgo fremd, das schärfte ihren Blick. Die Lemgoer Gesellschaft wird in ihren Widersprüchen beleuchtet, viele Probleme der Zeit scheinen auf, von der Kälte der Wintertage über die Not der Flüchtlinge bis hin zum Verhältnis zu den Vertretern Englands in der Stadt. Das Bild, das die Autorin von Lemgo zeichnet, ist komplex, es ist eine zuweilen düstere, manchmal aber auch bunte Welt, die die Autorin hervorruft.

Die Ablehnung, die ihr in Lemgo begegnete, bleibt präsent: „man spürt, dass man unerwünscht ist und als Bürde empfunden wird“. Am meisten irritiert dabei die verächtliche Behandlung durch den Schwiegervater. Der immer noch Wohlhabende ließ seinem Sohn hin und wieder Lebensmittel mit der Auflage zukommen, sie nicht mit seiner Frau zu teilen. Da Hans Tintelnot auch das seit 1946 als Dozent in Göttingen verdiente Geld nicht angemessen zu teilen bereit war, verwundert einen das Ende dieser Ehe nicht.

Ganz anders liest es sich, wenn die Autorin Menschen traf, mit denen warme Begegnungen möglich waren. Dazu gehört ein am Rande der Gesellschaft lebendes Ehepaar, das sich durch gute „Beziehungen“ geschickt im Schwarzmarkt bewegte, ohne seine bürgerlichen „Kunden“ zu übervorteilen. Nach der Währungsreform aber waren die sozialen Grenzen wieder aufgerichtet und das Ehepaar blieb ausgegrenzt. Nicht so von der Autorin, der es wohl tat, unter diesen Menschen „die Freiheit ihrer Klassenlosigkeit“ zu erleben - eine wunderbare Formulierung.

Die Alltagserfahrung, dass ihr Mann in Göttingen gut lebte, während sie im Laden anschreiben lassen musste, trieb sie zum Handeln. Tatsächlich aber drängte sowieso alles in ihr Angelegte dazu, gesellschaftlich Nützliches zu tun, Bildung weit gestreut zu vermitteln, und davon leben zu können. Im Nachhinein erstaunen der Mut und die Kraft dieser Frau, die in Lemgo gerade erst im Sande verlaufene Idee einer Volkshochschule „geradezu euphorisch“ erneut anzugehen. Gleichzeitig wird ein allgemeines Phänomen der Nachkriegszeit erkennbar – der Hunger nach Bildung, nach Kunst, Literatur, Musik, letzten Endes nach Freiheit.

Zwei Momente ihrer Erfahrung werden deutlich. Da ist zum einen die Gehässigkeit einer schwer zu fassenden kleinstädtischen Schicht, die mit der Fremden und Gebildeten ebenso wenig zurechtkam wie mit dem neuen Direktor des Gymnasiums Dr. Werner, mit dem sich

Monika Tintelnot angefreundet hatte. Kritische Lehre, nicht-autoritäres Auftreten und ein weiter intellektueller Horizont waren einigen Einheimischen so suspekt, dass sie, wie die Autorin bitter vermerkt, eine offene Hexenjagd gegen jenen Schulleiter und eine eher verdeckte gegen sie selbst betrieben.

Gleichzeitig wurde ihr aber aus der gleichen Kleinstadtgesellschaft große Unterstützung zuteil. Wichtig für ihr Vorhaben waren die Fraktionsführer von CDU und SPD im Rat, Willi Dötsch, ein Vertreter der Möbelindustrie, und August Berlin, Maurer und Bundestagsabgeordneter. Auch die Rektoren der Volksschulen und die Gewerkschaften unterstützten sie: „Überall, wo ich hinkam, fand ich offene Ohren“. Entscheidend war die Begegnungen mit Heinrich Drake, ehemals Landespräsident und nun Regierungspräsident in Detmold. Sie fand nicht nur seine uneingeschränkte Unterstützung, sondern auch eine bis zu seinem Lebensende andauernde Freundschaft. Drake ließ es sich als gebürtiger Lemgoer nicht nehmen, am 4. Januar 1950 den Vortrag zur Eröffnung der neuen Volkshochschule zu halten. Sehr schön blitzt ihr feiner Sinn für Ironie auf – Drakes Überblick über die lippische Geschichte sei beeindruckend gewesen, aber sie sollte sie so noch öfter hören. Mit Drake arbeitete sie auch eine Zeitlang zusammen und entwarf ihm Briefe und Ansprachen, für die sie sich mit der Geschichte Lippes, aber auch mit aktueller Problematik, etwa der noch nicht überwundenen Entscheidung zum Anschluss Lippes an Nordrhein-Westfalen vertraut machen musste.

Die VHS erwies sich als großer Erfolg. Monika Tintelnot agierte als moderne Netzwerkerin, der es gelang, aus ihrem Bekanntenkreis akademische Prominenz ebenso zu ihren Monatsvorträgen zu holen wie, durch ihr offenes Zugehen auf Menschen, politische Akteure von Rang und Namen wie Lieselotte Funcke, Walter Scheel oder Heinz Kühn. Sie alle standen hinter der Volkshochschulidee und waren so von der Persönlichkeit der ersten Leiterin in Lemgo angetan, dass sie sich mit Kost und Logis als Entgelt zufriedengaben. Aber auch an eine interne lippische Auseinandersetzung erinnert die Autorin, an die Podiumsdiskussion zwischen dem reformierten Detmolder Pfarrer Heinrich Bödeker und Dechant Augustinus Reinecke als Vertreter der katholischen Diaspora: „sie standen sich wie Luther und Tetzel gegenüber“.¹

Ein zweites großes Projekt stieß sie mit ihrem Entwurf eines „Lippischen Volksbildungswerkes“ an. Getragen von Drakes Begeisterung und unterstützt auch durch ein Gutachten von Helmuth Plessner wurde es im Sommer 1952 umgesetzt und fasste in ganz Lippe die Träger des entsprechenden Bildungsangebotes zusammen. Ihre letzte große Leistung als Netzwerkerin war ein Beitrag zu den ersten Lippischen Heimattagen, die Heinrich Drake angeregt hatte und in denen seine Heimatstadt im Mittelpunkt stand. Sie brachte Hans Hilpert aus Göttingen dazu, mit Ensemblemitgliedern des Landestheaters in Detmold auf dem Lemgoer Marktplatz den „Jedermann“ von Hugo von Hofmannsthal aufzuführen. Dass die Veranstalter „vergaßen“, sie zur Erstaufführung am 1. Juli 1951 einzuladenden, war wie ein Signal – auch wenn Drake sie demonstrativ als seine Begleiterin zur zweiten Vorstellung einlud, war damit das Band zu Lemgo zerschnitten.

¹ Die Heftigkeit der Auseinandersetzung der beiden später Befreundeten wurde dem Rezensenten noch ein halbes Jahrhundert später von Pfarrer Brinkmann in Detmold bestätigt.

Ihre Töchter waren schon früher zum Vater nach Göttingen gezogen, sie folgte Ende 1951. Dort lernte sie Helmuth Plessner kennen, der den Lehrstuhl für Soziologie und Philosophie innehatte. Sie heirateten im Dezember 1952. Für Monika Plessner tat sich danach eine ganz andere Welt auf.

Andreas Ruppert

Margit Lenniger, Graf Christoph Ludwig zur Lippe (1679-1747). Vom enfant terrible zum Mitregenten. Lippe Verlag, Detmold 2024. – 311 S., zahlr. Abb. – 35 €.

Ein biographischer Ansatz erinnert daran, dass Geschichte von Menschen gemacht wird, die von den Bedingungen ihrer Zeit geprägt sind, umgekehrt aber auch diese Bedingungen mitprägen. Wenn der Blick die Wechselbeziehung erfasst, sieht man wie durch ein Fenster einen Ausschnitt früheren Lebens in seiner Lebendigkeit und Buntheit. Margit Lenniger ist mit ihrer Abhandlung über den Grafen Christoph Ludwig eine solche Biographie gelungen.

Die männlichen Angehörigen des Hauses Lippe waren gut ausgebildet. Sie sammelten Erfahrung im Ausland, Christoph Ludwig konnte anderthalb Jahre in Utrecht studieren. Dem schloss sich bei den Grafensöhnen häufig eine militärische Ausbildung an. Sie erreichten höhere Ränge in den Armeen der größeren deutschen Staaten, wobei es sich nicht um Ehrentitel handelte – zwei Brüder Christoph Ludwigs sind auf dem Schlachtfeld gefallen, später auch sein Sohn August. Die militärische Laufbahn war ebenso wichtig wie die Aufnahme in einen der säkularisierten Orden. Ehre und Geld, darum kreisten die Gedanken. Christoph Ludwig wurde 1704 als Ritter in den Johanniterorden aufgenommen, die erwünschte Pfründe blieb ihm allerdings verwehrt.

Eine Liebesgeschichte gab der Biographie Christoph Ludwigs eine dramatische Wendung. Er zeigte Mut und Charakter, als er „das Streben nach Verwirklichung eines persönlichen Lebensentwurfs über die Rolle [stellte], die ihm als nachgeborenem Sohn des Grafenhauses zugewiesen war“. Der Graf war ein Verhältnis mit der Kammerjungfer Anna Susanna Fontanier eingegangen, der Tochter des Hofkonditors, eines aus dem Languedoc stammenden Glaubensflüchtlings. Wie riskant eine solche „Mesalliance“ für die Frau war, zeigt die Autorin an Beispielen von Frauen an anderen Höfen. Auch in Detmold wurde der jungen Hugenottin viel abverlangt: die heimliche Flucht vor dem Zugriff des regierenden Grafen, der Verlust der Familienbindung, die Übersiedlung nach Kassel. Aus dieser unruhigen Zeit konnte die Autorin mit 38 Briefen, die der Graf an seine zukünftige Frau geschickt hatte, einen besonderen Bestand auswerten. In Kassel war sie vor lippischem Zugriff sicher und in der großen hugenottischen Gemeinde sozial aufgehoben. 1714 wurde sie dort mit Christoph Ludwig getraut. Er hatte sich in den militärischen Dienst des Kasseler Landgrafen begeben, mit dem hohen Rang eines Generalleutnants, wenn auch diesmal ohne entsprechende Befehlsgewalt. Ob Anna Susanna Fontanier in Kassel glücklich war, wissen wir nicht – fünf ihrer 10 Kinder sind dort bestattet, sie selbst ist schon 1728 gestorben. Zwei Jahre später ist ihr Mann mit den Töchtern Anna Charlotte und Sophia Concordia sowie den Söhnen Ludwig, August und Carl nach Detmold zurückgekehrt.

Hier begann ein zäher Kampf um die Anerkennung der Rechte der Kinder, d. h. um die Anerkennung ihrer Ebenbürtigkeit mit Anspruch auf die den Angehörigen des Grafenhauses zustehenden Apanagezahlungen, das Wohnrecht in einem der Schlösser und mit der Sukzessionsfähigkeit. Von politischen Konkurrenten wurden diese Streitpunkte funktionalisiert, wie es sich im Widerstand der lippischen Stände gegen das Grafenhaus ebenso zeigte wie in den ständigen Versuchen der in Schaumburg-Lippe regierenden verwandten Linie, ihren sowieso in Lippe bestehenden Einfluss weiter auszubauen. Um alles das wurde damals prozessiert, Lippe war ständig Thema bei den höchsten Reichsgerichten, sowohl in Wetzlar am Reichskammergericht als auch beim Reichshofrat in Wien. 1725 entschied man in Wetzlar im Sinne Christoph Ludwigs, endgültig geklärt war die Frage jedoch in Lippe erst nach Christoph Ludwigs Tod.

Welchen Rahmen die Querelen hatten, zeigt die Autorin an einem Phänomen, das sie „Politik durch Glocken“ nannte – die Sabotage des für Christoph Ludwigs 1741 gefallenen Sohn August in der ganzen Grafschaft angeordnete Trauergeläut durch die Schaumburg-Lippische Regierung in den von ihr verwalteten „Brakeschen Ämtern“, die mit der behaupteten Nicht-ebenbürtigkeit begründet wurde. Das Ganze sollte sich beim Tod von Christoph Ludwigs erstgeborenem Sohn Carl 1755 wiederholen.

Viel problematischer war die Apanagefrage. Die den Angehörigen des Grafenhauses zustehenden Gelder und die Wohnrechte, die eine elegante Lebensführung erlaubten, stellten eine „ruinöse Versorgungsverpflichtung“ dar, die das Land nicht tragen konnte. Hier war schon lange ein Sog entstanden, der Lippe mehrfach an den Rand des Staatsbankrotts brachte. Die Grafen lebten auf hohem Fuß, allein, die Apanagen konnten niemals vollständig ausgezahlt werden. Es entsteht das Bild, dass nicht nur die Grafschaft restlos verschuldet war, sondern auch die einzelnen Angehörigen des Hauses Lippe bei vielen Gläubigern tief in der Kreide standen und zu Dauerbeklagten vor Gericht wurden. Man hat dabei nicht den Eindruck, dass in ihren Überlegungen die Bedürfnisse des Landes und seiner Bewohner irgendeine Rolle gespielt hätten.

Eine ganz neue Entwicklung stellte die Heranziehung Christoph Ludwigs zum Vormund für Simon August dar, den Sohn seines 1734 verstorbenen Neffen Simon Henrich Adolph. Nach der Autorin war „aus dem ‚schwarzen Schaf‘ der Familie ein Regent geworden“. Die Vormundschaft hatte an erster Stelle die Witwe Johannette Wilhelmine beansprucht, die sich schon zuvor wesentlich in der Regierung engagiert hatte. Dies forderte den Widerstand und eine Klage der Stände heraus, die allerdings in Wien abgewiesen wurde. Die weiteren Vormünder waren die Brüder August Wolfhart und Christoph Ludwig. Da der militärisch engagierte August Wolfhart meist abwesend war, lag die Verantwortung auf den Schultern von Johannette Wilhelmine und Christoph Ludwig, die erstaunlich gut miteinander auskamen, während sie sich wenige Jahre zuvor noch vor Gericht gegenübergestanden hatten. Sie teilten sich die Zuständigkeiten und ergänzten sich, steuerten das lippische Schiff allerdings durch gefährliches Fahrwasser, denn sie hatten aus der Regierungszeit Friedrich Adolphs eine erdrückende Schuldenlast übernommen, die abzutragen nicht gelingen konnte. Spielraum gab es keinen, es gelang nur, die drohende Reichsexekution abzuwehren. Dass das eigene Luxusleben darunter nicht litt, versteht sich von

selbst. Die Vormundschaft endete 1747, als Simon August für volljährig erklärt wurde. Christoph Ludwig war da allerdings schon verstorben.

Zuletzt widmet sich die Autorin dem Lippehof in Lemgo, der 1730 dem Grafen Christoph Ludwig und seinen Kindern als Wohnsitz zugesprochen worden war. Akribisch schildert sie die Arbeiten an den Gebäuden, ihre Ausstattung und die Anlage der Gärten. Entstanden war eine „Stadtresidenz“, in der es sich „bequem und standesgemäß“ leben ließ. Vor dem geistigen Auge von Leserin und Leser erscheint ein Reigen von Handwerkern und Bediensteten, unter ihnen selbst ein Tanzmeister, von Lemgoer Nachbarn, deren Häuser gekauft oder umgesetzt wurden, von Bauern, die Spanndienste leisten mussten, um die Materialien heranzuschaffen – und immer wieder das Bild eines verschwenderischen Lebens mit häufigen Feiern und unendlicher Verschuldung bei Handwerkern und Lieferanten. Nach dem Tod des Grafen Carl 1767 fiel der Lippehof wieder an den in Detmold regierenden Zweig der Familie zurück. Von den fünf genannten Kindern Christoph Ludwigs hatte nur Anna Charlotte geheiratet, die Ehe blieb kinderlos. Es gab uneheliche Kinder, die anerkannt und versorgt wurden, ohne herrschaftliche Ansprüche zu besitzen. Ein Blick auf einige dieser Nachkommen rundet das Buch ab.

Das vorliegende Werk lebt nicht nur von der ausgezeichneten Quellenkenntnis der Autorin, sondern auch von ihrer Fähigkeit, Leserin und Leser mit ihrer Begeisterung am Stoff anzustecken und sie am Geschilderten teilhaben zu lassen. Der dazu noch üppig bebilderte Band trägt viele Steine zum Mosaik der lippischen Geschichte bei, der Autorin ist dafür unbedingt zu danken.

Andreas Ruppert

Hasso Ramspeck, Ein zerrissenes Leben: Eine Biografie des „linken“ Nationalsozialisten Bruno Fricke, Verlag Dr. Kovač, Hamburg 2024. – 261 S., 1 Abb. – 89,80 €.

1972 hatte der Autor Bruno Fricke in Bolivien kennengelernt; es folgten Besuche auf dessen Finca, ein Briefwechsel, und zuletzt überließ Fricke ihm einige Aufzeichnungen und einen selbstverfassten Lebenslauf, „in dem Wahres und Erfindung, Ungenaues und ‚Schöngefärbtes‘ ineinanderfließen“. Ramspeck war von diesem Mann fasziniert, ohne seine Distanz dabei aufzugeben. Er zeichnet Frickes Handeln in diversen historischen Zusammenhängen nach und leuchtet dabei gut die bisher wenig bekannten Aktivitäten in der Emigration in Südamerika und in den 50er Jahren in der Bundesrepublik aus. Es ist ein spannendes und lesenswertes Buch geworden.

In Fricke vereinten sich wesentliche Elemente eines radikalen Rechtsaußen: eine Halbbildung, die zu maßloser Selbstüberschätzung verleitete; eine immanente Brutalität und Gewaltbereitschaft; der Hass auf alles, was als Gegner definiert wurde, und selbstverständlich der Antisemitismus.

Der frühe Lebensweg des 1900 Geborenen bietet schon ein Tremolo an Gewalt, nur unterbrochen von einer Landwirtschaftslehre, die ihm später mehrmals nützlich sein sollte. Es war ein für solche Condottierenaturen typischer Weg: sozialisiert im kaiserlichen Militär, nach dem Krieg ohne Interesse an einer bürgerlichen Existenz, was immer hieß: Freikorps, Einsatz im Baltikum, Beteiligung an gegen die Republik gerichteten Umtrieben und an schwersten Gewalttaten. Vermutlich war Fricke in den Mord an Walter Rathenau am 24. Juni 1922 involviert; sicher ist seine Beteiligung am „Parchimer Fememord“ vom 31. März 1923, der wegen der Täterschaft von Martin Bormann, dem späteren „Sekretär des Führers“, und von Rudolf Höß, dem späteren Kommandanten des Konzentrationslagers Auschwitz, in die Geschichte eingegangen ist. Die Täter wurden zu unterschiedlich langen Haftstrafen verurteilt, Fricke kam mit 10 Monaten davon. Mit Bormann teilte er eine Zeitlang die Zelle, Höß hat er nach seiner eigenen Entlassung besucht. Man hielt zusammen.

Weiteren strafrechtlichen Verfolgungen entzog sich Fricke 1925 durch seine erste Flucht nach Südamerika. Dort warb er in drei Ländern für die NSDAP und versuchte vergeblich, die Parteileitung in München zum Aufbau einer Auslandsorganisation zu bewegen, als deren Führer er sich selbst sah.

In NSDAP und SA schien Fricke, der 1929 nach Deutschland zurückgekehrt war, eine politische „Heimat“ gefunden zu haben. Die Partei bot ein Ziel und eine Strategie, verlangte aber auch die Ein- und Unterordnung in einem Maß, das er nicht aufbringen konnte. In den internen Machtkämpfen setzte er immer auf das falsche Pferd, und 1932 half ihm nur noch die erneute Flucht nach Südamerika.

Fricke hat auch in der lippischen NSDAP einmal eine Rolle gespielt. Es war wie immer: Er trat mit großem Anspruch an, säte Hass und Feindschaft, beteiligte sich an einem Mordversuch und wurde zuletzt davongejagt, als er den bürgerlichen Herren, die ihn als eisernen Besen für das Chaos in ihrer „Bewegung“ geholt hatten, aus dem Ruder lief. Es sollte zum gewohnten Bild werden: „In Detmold hinterließ Fricke einen Scherbenhaufen.“ Der Teufel ließ sich nicht mit Beelzebub austreiben. Der Mordversuch an Karl Lerch am 15. Dezember 1929 in der Detmolder Gaststätte „Odeon“ zeigt dabei etwas Typisches. Wie bei den zuvor genannten Morden war Fricke im Hintergrund beteiligt, überließ aber die Ausführung der Tat anderen. Gerade das Lippe-Kapitel des Buches läßt leider auch erkennen, dass dem Werk ein sorgfältiges Lektorat gutgetan hätte.

Vor einer Strafverfolgung half Fricke wieder die Flucht – diesmal nach Danzig, das als Freie Stadt dem Zugriff der reichsdeutschen Justiz entzogen war. Im dortigen Gau der NSDAP herrschte 1930 ein ähnliches Chaos wie in Lippe. Die wenigen, vom Autor gut ausgeleuchteten Danziger Monate erscheinen als Frickes „große Zeit“. Auch hier allerdings: Zuerst ein glänzender Aufstieg, mit den Funktionen als Gaugeschäftsführer und Führer zweier SA-Standarten, aber verbunden mit einer solchen Fähigkeit, interne Kämpfe zu schüren, dass Hitler persönlich zuletzt den Gau auflöste und Fricke aus der Partei ausschloss.

Natürlich war Fricke an mehreren Revolten beteiligt, die lokale SA-Führer oder prominente Parteifunktionäre anzettelten, von Walter Stennes, dem „Obersten SA-Führer Ost“, bis zu Otto Strassers „Schwarzer Front“. Sie richteten sich gegen zwei Pfeiler der NS-Bewegung: den Anspruch Hitlers auf absolute Unterwerfung, und die Unterordnung der SA unter die Partei. Die Revolten scheiterten, ihre Anführer und auch Fricke überlebten durch die rechtzeitige Flucht aus Deutschland.

In der Emigration blieb Fricke ein treuer Anhänger Strassers, wobei man nicht weiß, wer von beiden der größere Realitätsverweigerer war. Immerhin wurden beide, Strasser in Kanada und Fricke in Südamerika, eine Zeitlang von der britischen Regierung finanziell unterstützt – und zuletzt fallengelassen. In mehreren Ländern – er war in Brasilien, Argentinien, Paraguay, Uruguay und Bolivien aktiv - versuchte Fricke, Ableger der „Schwarzen Front“ zu organisieren, aber letzten Endes wollte kaum Jemand etwas mit dieser perspektivlosen Gruppe und ihren wirren Anführern zu tun haben, am wenigsten die deutschen Demokraten im Exil.

In den 50er Jahren versuchte sich Fricke noch einmal in der Bundesrepublik als Unterstützer für den noch bis 1955 in Kanada zurückgehaltenen Strasser, der ernsthaft glaubte, die rechten Splittergruppen hätten nur auf ihn als neuen „Führer“ gewartet. Über die Frage, mit wem man zusammenarbeiten könne, kam es nun allerdings zum Bruch. Fricke tingelte von einer rechten Kleinstpartei zur nächsten, wobei er an seinen Intrigen, die Parteien aber an den Wahlurnen scheiterten.

Enttäuscht emigrierte Fricke 1956 ein letztes Mal und versuchte erst in Paraguay als Lehrer und zuletzt in Bolivien als Farmer Fuß zu fassen. Dabei wiederholte sich das bekannte Bild: Er beeindruckte Menschen, bis sie ihn durchschauten und sich wieder abwandten. Dem Bundesnachrichtendienst lieferte er fast 20 Jahre lang Berichte aus Bolivien und wurde dafür alimentiert, auch noch nach seiner „Abschaltung“ 1978. Im Mai 1985 ist Fricke in Bolivien gestorben, er hatte sich wenige Stunden nach dem Tod seiner Frau auf seiner Finca umgebracht. Die wenige Monate zuvor verfasste autobiographische Skizze trägt den Titel „Der Weg ins Nichts“.

Andreas Ruppert

Konrad Soppa u. Hans C. Jacobs, 80 Jahre Kriegsende in Lage – 3. April 1945. „Nun sind sie da, die Amerikaner ...“ – Dokumentation und Zeitzeugenberichte, Lippe Verlag, Detmold 2025. – 212 S., zahlreiche Abb. – 23 €.

In ihrer Einführung geben die Herausgeber einen Überblick über die militärische Situation in Ostwestfalen und Lippe vor dem Einmarsch der amerikanischen Truppen, bis dann der Einmarsch in die Stadt Lage und in umliegende, heute eingemeindete Dörfer erfolgte. Entgegen mancher Beschwörung eines stillen und friedlichen Städtchens wird deutlich, dass Lage als Knotenpunkt von in den letzten Kriegsmonaten wichtigen Bahnlinien, die nach einer Zeugnisaussage nachts von Zügen im Minutenabstand befahren wurden, und als eine Stadt, in der

Trupps von Wehrmacht und Waffen-SS in großer Zahl durchfluteten, ein Angriffsziel der vorrückenden amerikanischen Truppen abgeben musste.

Der Einführung sind zahlreiche Fotografien beigegeben, die oft nicht aus Lage stammen, aber von amerikanischen Soldaten aufgenommen wurden und Details ihres Vormarschs allgemein anschaulich machen. Die Bilder aus Lage selbst sind beeindruckend, und gerade die Aufnahme von einem Bahngleis mit Bombenkratern rechts und links zeigt, wie stark ein sinnlicher Eindruck noch vor der Beschreibung im Text wirken kann. Unbedingt erwartet hätte man hier eine Beigabe von Karten: von Lage und Umgebung, dazu einen Stadtplan und eine Skizze vom lokalen Gleisnetz.

Den Kern der Edition machen 20 Zeitzeugenberichte aus. Einige sind schon früher veröffentlicht worden, andere liegen hier zum ersten Mal vor. Einige sind direkte Aufzeichnung erlebter Zeit, andere sind im Rückblick entstanden, zum Teil im direkten Brief- und Telefonaustausch mit Konrad Soppa, und unterliegen den bekannten Mechanismen, die auf Erinnerungen einwirken. Einen Mangel stellt allerdings der Verzicht auf biographische Angaben zu den Autorinnen und Autoren der Berichte dar.

Zentral schon wegen ihrer Quantität sind die Tagebucheinträge von Fritz Geise. Der ehemalige Schulrat, von 1925 bis 1930 auch liberales Mitglied des Landespräsidiums, ist immer nahe am Geschehen, mit genauem Blick, aber auch mit engem nationalistischen und latent rassistischem Blickwinkel. So stellt er etwa eine wahre Hierarchie von Plünderern auf: schlimm, gewalttätig und inakzeptabel sind Plünderungen durch ehemalige Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter; danach kommen deutsche Evakuierte und Flüchtlinge, denen angesichts des Verlustes ihrer Habe doch ein gewisses Verständnis entgegengebracht wird; bei Plünderungen durch Einheimische aber entsteht der Eindruck eines rechtsfreien Raumes, in dem etwa die „Sicherstellung“ von Geräten aus dem Technikum oder die „Umeignung“ von Lebensmitteln aus Wehrmachtbeständen erlaubt war. Außerhalb der Hierarchie stehen Plünderungen durch amerikanische Soldaten, denn welcher Maßstab gilt für Sieger, als die man sich so lange selbst sah? Geises Kriegschronik beginnt 1939, und beim Lesen der Einträge für die letzten Kriegswochen erinnert man sich verwundert, zu welchen Jubelarien ihn zuvor die Bombenabwürfe auf London und Belgrad oder jedes mit Mann und Maus versenkte Frachtschiff auf den Weltmeeren hingerissen hatten.

Eine längere Aufzeichnung liegt von einer jungen Frau vor, die gerade ihr Studium am Technikum abgeschlossen hatte. Man erhält den Eindruck, dass es sich erst jetzt um Krieg handelte, als die US-Armee nach Lage einrückte, mit „abscheuliche[n] Niggern“, die „wie Tiere“ aussahen, und mit freigelassenen Ausländern, die es nun wagten, Deutsche auf der Straße anzurempeln. Unbefangen bezeugt sie ein Element damaliger deutscher Mentalität am Beispiel eines Mannes, der die Ausführung des ihm vom amerikanischen Kommandanten gegebenen Befehls, innerhalb einer Viertelstunde die Bevölkerung Lages über die angeordneten Verhaltensregeln zu informieren, erst für unmöglich hält, doch schon wenige Minuten später Vollzug meldet: „Ein Beweis, daß ein Deutscher den übernommenen Befehl strikt und unverzüglich ausführt“. Wie Plünderungen aussahen, lässt sich bei ihr allerdings auch hautnah miterleben.

Beeindruckend und überzeugend, zudem frei von ideologischem Ballast, sind die Schilderungen von Kindern und Jugendlichen. Sie erlebten jene Tage in einer merkwürdigen Mischung von Abenteuergefühl und Angst, erschrecken vor der Gewalt – „Endlich hellt es sich auf, wir sehen uns erstaunt an, erstaunt darüber, dass wir noch leben“, schreibt ein Jugendlicher – und zeichnen durchweg ein positives Bild von den amerikanischen, auch den schwarzen Soldaten, die Kindern gegenüber freundlich waren und ihnen hin und wieder Schokolade, Kaugummi oder gar Fleischkonserven zukommen ließen. Auch das Unverständnis der Kinder wird deutlich, die Geschichte erlebten, zum Teil erlitten, aber doch nicht verstanden. Erwähnt sei etwa die Irritation einer Jugendlichen, die von einem Tag zum andern nicht mehr den Gruß „Heil Hitler“ verwenden durfte.

Die Berichte geben ein Bild von jenen dramatischen Wochen in einer kleinen Stadt in Lippe. Es wird etwas vom Geist jener Zeit deutlich – die Angst vor den Siegern, die Uneinsichtigkeit in die eigene Verantwortung bei den Erwachsenen, und das Fehlen jeder Idee von „Befreiung“, aber auch die Offenheit und Unbefangenheit der Kinder und Jugendlichen. Auch in Lage gab es keine Stunde Null, konnte es auch nicht geben, aber doch die Chance zu einer anderen Entwicklung. Diesen Endpunkt einer Epoche und den Beginn einer neuen, deren Zukunft offen war, in einer Sammlung von Zeitzeugenberichten festgehalten zu haben, macht das Buch wertvoll.

Andreas Ruppert

Ankündigung

Sonderausgabe des *Rosenland* zu „150 Jahre Hermannsdenkmal“

„150 Jahre Hermann: Ein Denkmal – viele Perspektiven“, so lautete der Titel einer Tagung im „Haus des Gastes“ in Hiddesen am 17. Mai 2025. Seit seiner Errichtung fordert das Hermannsdenkmal immer wieder dazu heraus, es aus verschiedenen Blickwinkeln zu betrachten und zu analysieren. Neun Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler boten den zahlreichen sehr interessierten Gästen ein abwechslungsreiches wie auch spannendes Vortragsprogramm und stellten sich den Fragen des Publikums. Viele der Beiträge dieses erkenntnisreichen Samstags, bestens organisiert von Heimatverein Hiddesen und Stadtarchiv Detmold, werden in einer Sonderausgabe von *Rosenland – Zeitschrift für lippische Geschichte* erscheinen. Voraussichtlich im Dezember 2025 wird diese Nummer 32 dann online zum Herunterladen verfügbar sein.



Abb. 1: Das Hermannsdenkmal auf einem Notgeldschein der Stadt Detmold, 1921.
(Stadtarchiv Detmold)

Impressum

Rosenland. Zeitschrift für lippische Geschichte.

Herausgeber und Redaktion:

Jürgen Hartmann (Nordhorn) und Dr. Andreas Ruppert (Paderborn).

Anschrift: Jürgen Hartmann, Sonnenteich 15, D-48527 Nordhorn.

URL: www.rosenland-lippe.de

Anfragen, Beiträge etc. bitte an: rosenland-lippe@web.de

Erscheinungsweise: etwa zwei Ausgaben / Jahr.

Die nächste Ausgabe erscheint voraussichtlich im Dezember 2025.

In diesem Fall handelt es sich um eine Sonderausgabe zur Tagung „150 Jahre Hermann: Ein Denkmal – viele Perspektiven“.